

PROTOKOLL

über die 16. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 08. Juli 1999, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

-

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Elfriede Reznar, GR Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT:

GR Engelbert Lengauer, GR Edith Radmoser

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

-

-

5. VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

-

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Präs-108/99 Einrichtung eines Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses.
- 2) Präs-372/99 Europäische Wissenschaftstage in Steyr; Grundsatzbeschluß.
- 3) Präs-369/99 Entwicklung eines Studienganges für Führungskräfte in Non-Profit-Organisationen.
- 4) Fin-120/98 Rechnungsabschluß 1998.
- 5) Wahl-7/99 Neuerlassung einer Verordnung über die Durchführung von Bürgerinitiativen.
- 6) Rp-2/98 Jahresbericht 1998 der Fachabteilung für Kontrolle und Revision gem. 39 Abs. 3 StS.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

8) Fin-269/98 Verein „Drehscheibe Kind“; Subventionsansuchen 1999.

9) Fin-132/99 Alten- und Pflegeheim Tabor, Jahresabschluß 1998.

10) JW-25/97 Errichtung eines Kinderschutzzentrums.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

11) VerkR-5629/92 Parkraumbewirtschaftung; Erweiterung des gebührenpflichtigen Parkraumes; Änderung der Parkgebühren-Verordnung 1992.

12) VerkR-5629/92 Änderung des Vertrages mit dem Österr. Wachdienst Chwoyka & Co KG über die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Gebiet der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

GHJ2-12/99 Erneuerung des Bodens MZH Wehrgraben.

GHJ2-33/99 Sofortmaßnahme; Sanierung der Dachfläche und Fassade des Restaurantgebäudes Stadtbad.

GHJ2-1585/77 Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus; Abänderung.

FW-10/99 Ankauf eines Kleinrüstfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.

ÖAG-35/98 Abschluß eines Kaufvertrages mit der Ärztekammer für Oberösterreich über die der Stadt verbliebenen Restflächen an der Dukartstraße.

-

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Umw-19/99 Umweltbericht 1997/98.

Sport-7/99 Sportförderungsrichtlinien der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Stw-10/99 Städtisches Wasserwerk; Instandsetzungsarbeiten bzw. Sanierung Hochbehälter Steyrecker; Auftragsvergaben.

Stw-42/99 Erdgasaufschließung St. Ulrich, 1. Teil;

Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 2. Teil; Vergabe der Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

GHJ2-40/98 Verkauf von Geodaten der Stadt Steyr.

BauStr-11/97 Ausbau der Friedhofstraße; Grundeinlösen von den Ehegatten Alois und Theresia Stögbauer sowie von Herrn Rudolf Fuchs.

BauBrü-1/99 FG-Rampe Paddlerweg; Vergabe der Instandsetzungsarbeiten.

BauT-8/99 Errichtung Kanalisation Steyrdorf, NK Dachsbergweg 1, S 20 - S 13; Vergabe der Kanalbauarbeiten.

BauStr-8/99 Steyrtalradweg Steyr - Grünburg; Bauabschnitt Roseneggerstraße BA 1; Vergabe der Arbeiten.

BauStr-2/99 Asphaltierungsprogramm 1999; Vergabe der Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Fin-81/99 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Fin-161/94 Verein Industrieforum Steyr; Ausstellung „Tradition - Innovation“; Förderung.

Fin-267/97 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1998; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

VH-12/99 Festsetzung der Kursgebühren und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr.

Präs-376/99 Antrag der F- und LiF-GR-Fraktion auf Beschlußfassung von Richtlinien für ein modernes Personalauswahlverfahren bei Geschäftsbereichs- und Fachabteilungsleitern des Magistrates der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich begrüße sie herzlich zu der heutigen Sitzung und eröffne diese. Ich stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde, und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind die Kollegin Reznar und der Kollege Oppl gemeldet worden. Ich nehme an, die beiden Herrschaften nehmen diese Funktion an. Entschuldigt haben sich Herr GR Engelbert Lengauer und Frau GR Edith Radmoser. Der Kollege Stieglitz hat uns mitteilen lassen, daß er etwas später zu uns stoßen wird.

Als ersten Punkt beschäftigen wir uns mit der Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse bzw. mit einer Änderung in der Zusammensetzung. Meine Damen und Herren des Gemeinderates mir liegt ein

Amtsbericht folgenden Inhalts vor.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 30.10.1997 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Nunmehr gibt die Gemeinderatsfraktion der Freiheitlichen im Gemeinderat der Stadt Steyr nachstehende Änderung in der personellen Zusammensetzung des Finanz- und Rechtsausschusses bekannt:

Anstelle von Herrn GR Hans Payrleithner als Ersatz tritt Herr GR Ing. Klaus Hoflehner als Ersatz

Da die Ausschußmitglieder grundsätzlich jeweils von der sie nominierenden Fraktion zu wählen sind, darf daher vorgeschlagen werden, in dieser heutigen Sitzung des Gemeinderates die entsprechende Wahl durchzuführen. Es werden hier die Mitglieder der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion aufgefordert, wenn sie dem Vorschlag ihrer Fraktion zustimmen, jetzt ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr, das ist einstimmig. Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich darf hier zur Beantwortung von allfälligen Anfragen kommen, und zwar zuerst auf einen Antrag der GR Mag. Frech und des GR Apfelthaler auf Erlassung einer Richtlinie bei Straßenbenennungen durch die Stadt Steyr am 24. des Jahres eingebracht.

Dieser Antrag lautet:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

In Hinkunft sind die Initiatoren von Straßenbenennungen in die Planungs- und Entscheidungsphase seitens der Stadt einzubinden. Vor der endgültigen Entscheidung ist die Zustimmung der Initiatoren notwendig. Bei bereits verstorbenen Personen, nach denen eine Straße benannt werden soll, ist Kontakt mit etwaigen Angehörigen herzustellen.

Die Stadt führt eine Erhebung über alle im Stadtgebiet noch nicht benannten Straßen und Plätze durch.

Durch Zusatztafeln ist bei Straßenbenennungen am Straßenbeginn auf die Geschichte und das Lebenswerk der Persönlichkeit hinzuweisen. Nur so ist gewährleistet, daß die jeweiligen „Namenspatronen“ nicht in Vergessenheit geraten.

Bei neuen Straßenbenennungen ist verstärkt auf Benennungen nach Frauen zu achten. Eine Erhebung über das derzeitige Verhältnis zwischen Männer- und Frauenbenennungen wird vonseiten der Stadt durchgeführt.

Begründung:

Derzeit erfolgt keine Einbindung jener Hinterbliebenen bzw. Organisationen, die eine Straßenbenennung nach einer Steyrer Persönlichkeit vorgeschlagen und damit den Ausgangspunkt für eine Straßenbenennung gelegt haben. Es müßte aber eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit sein, die Impulsgeber von Straßenbenennungen in die Entscheidungsfindung- und -umsetzung einzubinden, wodurch auch das Engagement der betreffenden Personen entsprechend anerkannt wird.“

Diesen Antrag finden sie jedoch nicht auf der Tagesordnung für die heutige Gemeinderatssitzung. Dies deshalb, da gem. § 19 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Bürgermeister verpflichtet ist, nur einen in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallenden Gegenstand in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen. Die Angelegenheit der Straßenbenennung durch die Stadt Steyr fällt jedoch nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderates, sondern in diejenige des Stadtsenates.

Nach der bisherigen Rechtslage, konkret § 2 des Gesetzes über die Kennzeichnung von Ortschaften, Verkehrsflächen und Gebäuden, LGBl. 65/1969, war der Gemeinderat für die Festlegung von Namen für Verkehrsflächen zuständig.

Gemäß Art. II OÖ Straßengesetz-Novelle 1997, LGBl. 82/1997, wurde das Gesetz über die Kennzeichnung von Ortschaften, Verkehrsflächen und Gemeinden jedoch aufgehoben, und der Regelungsinhalt weitgehend in das OÖ Straßengesetz übernommen; von der expliziten Benennung eines zur Namensfestlegung von Verkehrsflächen zuständigen Organes der Stadt hat der Gesetzgeber abgesehen. Konkret lautet § 10 Abs. 1 OÖ Straßengesetz:

„Hat die Gemeinde zur Bezeichnung einer Verkehrsfläche der Gemeinde einen Namen bestimmt, ist diese am Beginn und am Ende durch eine Straßennamenstafel zu kennzeichnen“.

Da der Gemeinderat - im Gegensatz zur bislang geltenden Rechtslage - nun als zuständiges Organ nicht mehr genannt ist, ist für die Beantwortung der Frage, welches Organ der Stadt Steyr nunmehr für die Festlegung von Straßennamen zuständig ist, das Statut für die Stadt Steyr 1992 heranzuziehen. § 47 Abs. 4 StS 1992 lautet: „Der Stadtsenat ist das beschließende Organ in allen nicht behördlichen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, die nicht dem Gemeinderat, dem Bürgermeister oder dem Magistrat vorbehalten sind.“

Von dieser subsidiären Generalkompetenz zu Gunsten des Stadtsenats ist künftig somit auch die Angelegenheit der Verkehrsflächenbenennung umfaßt, da sie keinem anderen Organ der Stadt vorbehalten ist. Für die nicht behördliche Bestimmung von Straßennamen (als interne privatwirtschaftliche Willensbildung) ist somit der Stadtsenat der Stadt Steyr zuständig.

Dem Gemeinderat steht in derartigen Angelegenheiten lediglich eine Richtlinienkompetenz zu, bei deren Erstellung die faktischen und rechtlichen Möglichkeiten bzw. Grenzen jedoch beachtet und eingehalten werden müssen, d. h., daß diese Richtlinien nicht so determinierend sein dürfen, daß eine freie Entscheidung des zuständigen Organes nicht möglich ist.

Der von ihnen gestellte Antrag war daher in der vorliegenden Form zur Beschlußfassung nicht geeignet, da er darauf abzielte, die Beschlußfassungskompetenz, die rechtlich eindeutig beim Stadtsenat liegt, auf den Gemeinderat zu übertragen, was aufgrund der Rechtslage im Sinne des Statutes für die Stadt Steyr eindeutig unzulässig ist.

Möglich wäre die Einbringung dieses Antrages allenfalls in der Form einer Weisung des Gemeinderates an den Stadtsenat gewesen, wozu es jedoch eines entsprechend formal richtigen und als Weisung des Gemeinderates an den Stadtsenat bezeichneten Antrages bedurft hätte. Da dieses wesentliche Kriterium der formalrichtigen Bezeichnung des Antrages jedoch nicht erfüllt wurde, sondern sich dieser Antrag unmittelbar an den Gemeinderat als in der Sache selbst zur Beschlußfassung unzuständiges Organ richtete, war er somit nicht in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen.

Inhaltlich wäre dieser Antrag meiner Meinung nach auch nicht geeignet gewesen, hierüber eine positive Beschlußfassung herbeizuführen, da auch rechtlich einige Ungereimtheiten und Unzulässigkeiten in diesem Antrag enthalten sind. So ist die Normierung eines Zustimmungserfordernisses der Initiatoren von Straßenbenennungen sowohl für die Tätigkeit in den Ausschüssen als auch für die Beschlußfassung im Stadtsenat rechtlich eindeutig unzulässig.

Ein solches Zustimmungserfordernis würde bedeuten, daß de facto die Angehörigen oder Initiatoren die Straßenbenennungen vornehmen und der Stadtsenat dies nur mehr formell absegnet.

Zur Forderung, daß bei bereits verstorbenen Personen, nach denen eine Straße benannt werden soll, Kontakt mit etwaigen Angehörigen herzustellen ist, werden in der Praxis dann Probleme entstehen, wenn kein unmittelbarer, räumlicher oder zeitlicher Bezug zur Stadt Steyr besteht und dadurch

zeitaufwendige Ahnenforschung betrieben werden müßte.

Zur Forderung, daß durch Zusatztafeln bei Straßenbenennungen am Straßenbeginn auf die Geschichte und das Lebenswerk der Persönlichkeit hinzuweisen ist, ist festzustellen, daß die Anbringung von Zusatztafeln grundsätzlich denkbar ist. Soweit die Anbringung solcher Zusatztafeln jedoch auf Privatgrund Dritter stattfinden soll, wie dies insbesondere bei jenen Straßentafeln der Fall ist, die auf Hausmauern von Privathäusern montiert sind, ist gegen den Willen der privaten Eigentümer die Anbringung derartiger Zusatztafeln nicht durchsetzbar, da die Duldungspflicht zur Anbringung gem. § 10 Abs. 3 des OÖ Straßengesetzes nur für die eigentliche Straßentafel besteht. Es würde aber dann der kuriose Fall eintreten, daß derartige Zusatzinformationen einmal angebracht werden und einmal nicht - jeweils abhängig von der Zustimmung oder Nichtzustimmung des jeweiligen Grundbesitzers.

Dieses Problem ist auch dadurch nicht zu umgehen, daß derartige Zusatztafeln auf eigenen Standsäulen auf öffentlichem Gut errichtet werden, da dies zu einem unübersichtlichen Schilderwald führen und speziell auf öffentlichen Verkehrsflächen der Verkehrssicherheit und so wahrscheinlich der Straßenverkehrsordnung widersprechen würde.

Zur Forderung, daß bei neuen Straßenbenennungen verstärkt auf Benennungen nach Frauen zu achten ist, wird festgestellt, daß die nichtbehördliche Bestimmung von Straßennamen Teil des privaten Rechts der Stadt Steyr als Eigentümerin des Grund und Bodens ist. Soweit der Landesgesetzgeber in dieses Recht nicht lenkend durch Normierung entsprechender Bestimmungen im OÖ. Straßengesetz eingreift, steht das Recht zur Namensbestimmung ausschließlich dem nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständigen Organ - das ist der Stadtsenat gem. § 47 Abs. 4 StS - zu.

Der Landesgesetzgeber hat dazu in § 10 Abs. 4 des OÖ. Straßengesetzes lediglich bestimmt, daß die Gemeinde durch Verordnung nähere Regelungen über die einheitliche Gestaltung und Ausführung von Straßen-, Namens- und Hausnummerntafeln sowie deren Anbringung festlegen kann.

Hier hat der Landesgesetzgeber lediglich eine einheitliche optische Gestaltung vor Augen hinsichtlich Form, Größe, Schrift, Bild, Farbgebung usw. Das privatrechtliche Recht, Namen zu bestimmen, kann daher wohl nicht über eine Richtlinie des Gemeinderates dem Stadtsenat entzogen werden.

Da somit - wie erwähnt - die Zuständigkeit zur Straßenbenennung durch die Stadt Steyr rechtlich eindeutig beim Stadtsenat liegt, ist daher eine Zuständigkeit des Gemeinderates nicht gegeben und war daher der gegenständliche Antrag nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen.

Sehr geehrte Frau Mag. Frech, da sie sich immer darüber beschwerten, daß keine Vorberatung im zuständigen Ausschuß stattfindet, werde ich diesen Antrag auf die nächste Sitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses setzen. Dort könnten wir die Diskussion fortsetzen. Mittlerweile habe ich gesehen, gibt es schon wieder einen weiteren Dringlichkeitsantrag.

Daß es sich hierbei um keine leicht zu beantwortenden Rechtsfragen handelt, werden sie auch aus der schriftlichen Beantwortung ihrer Anfragen durch das Amt der OÖ. Landesregierung ersehen können.

Beim Amt der OÖ. Landesregierung werden sich jetzt die Spezialisten der Baurechtsabteilung mit dieser Thematik befassen. Die Ergebnisse können dann auch in der Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschußsitzung erörtert werden.

Ergänzend möchte ich noch mitteilen, daß in der jüngsten Rechtsauskunft der OÖ. Landesregierung, durch welche wir schon häufig in der letzten Zeit durch Anfragen ihrer Fraktion provoziert wurden, und in diesem Fall bin ich sogar dankbar dafür, da die Rechtsansichten der Juristen im Haus bestätigt wurden.

Das Land bestätigt nämlich hier unsere, im letzten Gemeinderat anlässlich der Resolutionsdiskussion,

vertretene Rechtsansicht, wonach Resolutionen des Gemeinderates rechtlich lediglich Wünsche an den jeweiligen Adressaten darstellen. Im besten Sinn des Wortes kann eine Resolution des Gemeinderates höchstens als Entschließung des Gemeinderates interpretiert werden.

Jedenfalls, so führt die Landesregierung weiters aus, hat der Gemeinderat keinerlei, wie auch immer, geartetes Antragsrecht an andere Organe der Stadt.

Hinsichtlich der viel strapazierten Frage, ob der Gemeinderat gegenüber anderen Organen der Stadt ein Weisungsrecht hat, ist die OÖ. Landesregierung nun auf neuen Pfaden der Rechtsmeinung unterwegs. So hat sie bisher die Auffassung vertreten, daß der Gemeinderat keinerlei Weisungsrecht gegenüber anderen Organen hat. Nunmehr bejaht sie jedoch ein derartiges Weisungsrecht, jedoch mit der Einschränkung, daß Weisungen des Gemeinderates zwar möglich, aber sowie jede andere Weisung den Legalitätsvorschriften entsprechen müssen, und überdies das Prinzip der festen Zuständigkeitsverteilung innerhalb des Stadtstatutes gewahrt bleiben muß.

Ich freue mich aber auch ganz besonders deswegen über diese Rechtsauskunft des Landes, da damit schon bewiesen ist, daß unsere Magistratsjuristen keineswegs in ihrer Rechtsanschauung bzw. Rechtsauslegung irgendwie sprunghaft oder kryptisch sind, wie dies von ihnen behauptet wurde, sondern zur vom Land bisher gepflogenen Rechtsansicht doch klare Rechtsstandpunkte vertreten haben.

Bewiesen wird das auch dadurch, daß sämtliche bisherige Aufsichtsbeschwerden bzw. Rechtsanfragen beim Land OÖ. von der Aufsichtsbehörde dahingehend erledigt wurden, daß kein Grund zur Beanstandung gefunden wurde.

Die vom Liberalen Forum schriftlich an das Land geäußerte Befürchtung, ich zitiere wörtlich - daß die Sitzung schlimmstenfalls im rechtsleeren Raum enden wird und niemand der Anwesenden, der Vorsitzenden und die Magistratsjuristen eingeschlossen, schlußendlich wirklich fundierte, objektive Rechtsauskünfte zu geben imstande sein werden - entbehrt daher jeglicher Grundlage, darf aber ungeachtet dessen doch als ein besonderes Zeichen der Wertschätzung, welche die Frau GR Michaela Frech den leitenden Juristen des Magistrates entgegenbringt, gewertet werden.

Das Land OÖ. sieht jedenfalls keinerlei Bedarf, sowie von ihnen beantragt, Frau Kollegin Frech, einen Landesjuristen zur heutigen Gemeinderatssitzung nach Steyr zu entsenden, sondern bestätigt die inhaltliche und rechtliche Richtigkeit seitens unserer Juristen erteilten Auskünfte voll.

Besonders bemerkenswert erscheint mir in diesem Zusammenhang auch der Umgang der Liberalen Gemeinderatsfraktion mit dem Begriff der Amtsverschwiegenheit. Stellt doch die Frau Kollegin Frech in ihrem an das Land OÖ. gerichteten Schreiben ganz pikiert die Anfrage, wie es denn möglich sein kann, daß bei jeder Anfrage zum Statut der Stadt Steyr, die von einer Privatperson oder einer Gemeinderatsfraktion an die OÖ. Gemeindeaufsicht herangetragen wird, automatisch Meldung an den Magistrat der Stadt Steyr erstattet wird. Seitens des Amtes der OÖ. Landesregierung wurde hiezu auch eindeutig mitgeteilt, daß es üblich ist, die betreffende Gebietskörperschaft von der Rechtsansicht der Aufsichtsbehörde abschriftlich in Kenntnis zu setzen, um damit eine einheitliche Vollziehung zu gewährleisten. Die Frage der Amtsverschwiegenheit stellt sich nach Auffassung des Amtes der OÖ. Landesregierung in diesem Zusammenhang überhaupt nicht.

Ganz anders würde sich die Frage der Amtsverschwiegenheit jedoch insofern darstellen, wenn in den OÖ. Regionalnachrichten vom 7. Juli 1999 Herr Mag. Christian Frech von der Bürgerinitiative „Bessere Buslinien für Steyr“, die beabsichtigte und heute auf der Tagesordnung des Gemeinderates stehende Änderung der Durchführungsverordnung für Bürgerinitiativen inhaltlich detailliert kommentiert, da diese Angelegenheit bisher nur in einer nicht öffentlichen Stadtsenatssitzung diskutiert wurde und die Unterlagen an alle Gemeinderatsmitglieder mit dem Vermerk „vertraulich“ zugestellt wurden. Die Tatsache, daß Herr Mag. Christian Frech dennoch in der Lage ist, inhaltlich detaillierte Aussagen zu dieser geplanten Ordnungsänderung abzugeben, scheint die Frage der

Amtsverschwiegenheit jedenfalls viel mehr zu betreffen als die zwischen Gebietskörperschaften selbstverständlich übliche Wahrung der ständigen Rechtsbeziehungen.

Zusammenfassend möchte ich daher nochmals feststellen, daß seitens des Amtes der OÖ. Landesregierung die Rechtsausführungen, die von unseren Magistratsjuristen dem Gemeinderat der Stadt Steyr gegeben wurden, rechtlich vollinhaltlich bestätigt wurden und daher die von der Liberalen Fraktion geäußerten Bedenken an der Kompetenz unserer eigenen Juristen völlig ins Leere gehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zur Berichtigung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eine Mitteilung. Wir haben keine Diskussion, Frau Kollegin. Sie können auch beim Land nachfragen, die werden ihnen das auch sagen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weiters gibt es einen konkreten Antrag der Gemeinderäte Kurt Apfelthaler und Andreas Kupfer auf Benennung des Museumsvorplatzes (Museum Arbeitswelt) nach Friedrich Uprimny. Dieser lautet:

Benennung des Museumsvorplatzes (Museum Arbeitswelt) nach „Friedrich Uprimny“.

Als Begründung wurde angeführt:

„1992 beantragte das Komitee Mauthausen Aktiv, eine Straße nach Friedrich Uprimny zu benennen. Jahrelang wurde das Thema verdrängt, vernachlässigt und schubladisiert. In den letzten Jahren scheiterten mehrere Versuche, eine Straßenbenennung zu realisieren.

Im November, anlässlich der Gedenkfeier zur Reichskristallnacht, wurde die Idee, den Museumsvorplatz nach Friedrich Uprimny zu benennen, geboren. Sowohl das Museum Arbeitswelt als auch das Komitee Mauthausen Aktiv und die Angehörigen von Uprimny unterstützten seitdem diese Idee.

Friedrich Uprimny wurde am 11. 3. 1921 in Steyr geboren. Der Malerlehrling mußte bereits in seiner Jugend antisemitische Erniedrigungen erdulden. So wurde der begeisterte Boxer aus dem Steyrer Boxclub ausgeschlossen. Uprimny floh 1938 aus Österreich. Über Tschechien kam er nach Israel, wo er sich der britischen Armee anschloß. Uprimny, der in Malta, Italien und Nordafrika gegen die Nazis kämpfte, wurde schwer verwundet. Nach dem Krieg kehrte Uprimny

1946 nach Steyr zurück. Sein Elternhaus war voll belegt, nach einem jahrelangen Rechtsstreit gelangte das Haus 1963 wieder in seinem Besitz. Uprimny lebte bis 1992 in Steyr. In seinen letzten Lebensjahren engagierte er sich intensiv für die Aufarbeitung der NS-Greuel in Steyr, war maßgeblich an der Renovierung des jüdischen Friedhofs beteiligt, leistete als Zeitzeuge unschätzbare Arbeit gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus, galt als Seele und Motor des Komitee

Mauthausen Aktiv.

Der Standort Museum Arbeitswelt ist ideal für eine Platzbenennung nach Friedrich Uprimny. Das Museum engagiert sich seit seiner Gründung für die Sichtbarmachung der jüdischen Geschichte Steyr's und bietet neben der aktuellen Anne-Frank-Ausstellung in der Zeitwerkstatt auch pädagogische Workshops zu Uprimny und der Geschichte des Judentums in Steyr an. Außerdem setzt das Museum durch Veranstaltungen ständig Zeichen gegen den aufkommenden Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.

Der Museumsvorplatz als topographischer Nabel des neuen, jungen, engagierten Steyr ist prädestiniert für eine symbolische Platzbenennung.

Der Museumsvorplatz zwischen der Altstadt, Wehrgraben und Steyrdorf - der vergangenen Heimat der Steyrer Juden - ist der ideale Platz für eine Benennung nach Friedrich Uprimny.

Nach Möglichkeit der Rechtsabteilung/Magistrat Steyr hat die Gemeinde die Möglichkeit auf öffentlichem Gut als auch auf städtischem Privatbesitz eine Straßen- bzw. Platzbenennung durchzuführen.

Wir bitten die Gemeinderäte aller Fraktionen um Ihre Zustimmung.“

Hiezu möchte ich mitteilen, daß dieser Antrag inhaltlich genauso zu beurteilen ist wie der Vorherige, da dafür der Stadtsenat und nicht der Gemeinderat zuständig ist. Ich habe auch diese Rechtsansicht bereits mit Schreiben vom 21. 6. 1999 allen Fraktionsvorsitzenden - also auch der GAL-Gemeinderatsfraktion - mitgeteilt und daher werden derartige Anträge nicht mehr auf die Gemeinderatstagesordnung gesetzt

Herr Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil richtete mit Schreiben vom 1. Juli 1999 folgende Anfrage an mich:

„Es ist zwar nicht üblich, daß Stadtsenatsmitglieder sich gegenseitig im Gemeinderat Anfragen stellen, nachdem mir aber in der letzten Zeit und konkret in letzter Woche die Einsichtnahme in den Vertrag mit dem Werbering verwehrt wurde, stelle ich an sie folgende Frage:

Warum wird einem Vizebürgermeister der Stadt Steyr die Einsichtnahme in die gültigen Verträge der Stadt Steyr mit dem Werbering verweigert?

Es war die Absicht bei der Beschlußfassung im Jahr 1994, bei der Vergabe von Werbeflächen der Stadt Steyr, Brücken von der Bewerbung auszunehmen. Nun haben sich die Vertragspartner an diese Vereinbarung nicht gehalten und im konkreten Fall wurden auf der Schönauer Brücke auf Lichtmasten Werbetafeln angebracht. Dies ist mit dem Stadtbild absolut nicht verträglich.

Nach Rücksprache mit der zuständigen Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung wurde ich an die Liegenschaftsverwaltung verwiesen.

Hier verweigerte man mir die Einsichtnahme in die Verträge bzw. in die Amtsberichte aus dem Jahr 1994.

Daher erhebt sich eine weitere Frage:

Warum ist diese abweichende Vorgangsweise bezüglich Werbemaßnahmen auf Brücken zugunsten des Werberinges nun erlaubt?

Ich bitte um Beantwortung dieser Fragen im nächsten Gemeinderat.

Hiezu möchte ich Ihnen folgendes mitteilen, Hr. Dr. Pfeil:

Warum wird einem Vizebürgermeister der Stadt Steyr die Einsichtnahme in die gültigen Verträge der Stadt Steyr mit dem Werbering verweigert?

Mit der Frage des Einsichtsrechts ist zwingend das Thema der Amtsverschwiegenheit berührt. Gemäß Art. 20 Abs. 3 sind alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe, soweit gesetzlich nicht anderes bestimmt ist, zur Verschwiegenheit über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet. Die Pflicht zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit besteht unabhängig davon, ob das betreffende Organ Aufgaben der Hoheits- oder der Privatwirtschaftsverwaltung zu besorgen hat; sie besteht auch gegenüber solchen Personen, die selbst zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.

Lediglich gem. Art. 20 Abs. 3 letzter Satz und Abs. 4, ... Wie heißt das Gesetz?

OMR MAG. HELMUT GOLDA:

Bundesverfassungsgesetz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eh Bundesverfassungsgesetz. Die Verfassung regelt uns das sogar.

... wird ein geringes Auskunftsrecht und hier vor allem in gesonderten gesetzlichen Bestimmungen, die dieses Auskunftsrecht näher bestimmen, normiert.

Entsprechend dieser bundesverfassungsgesetzlichen Bestimmung normiert § 12 Abs. 1 StS 1992 ein Unterrichtsrecht für die Gemeinderatsmitglieder. Dieses Unterrichtsrecht ist vom Begriff und inhaltlichen Umfang her geringer als ein direktes Einsichtsrecht in Unterlagen.

Der Landesgesetzgeber hat, sowie in vielen anderen Gemeindeordnungen, ein erweitertes Informationsrecht dahingehend festgelegt, daß Fraktionsvorsitzende, hinsichtlich jener Angelegenheiten, die im Gemeinderat zu behandeln sind, und auf der Tagesordnung für die nächste Sitzung beim Magistrat aufscheinen, in die zur Behandlung einer solchen Angelegenheit notwendigen Unterlagen einsehen können.

Dieses Einsichtsrecht gilt aber nicht uneingeschränkt, sondern ist auf die zur Behandlung im Gemeinderat notwendigen Unterlagen beschränkt und unterliegen, die durch diese Einsicht gewonnenen Informationen, zwingend der gesetzlichen Amtsverschwiegenheit.

Was die Betonung in der Fragestellung anbelangt, daß einem Vizebürgermeister die Einsichtnahme verweigert wird, ist entsprechend dem klaren Wortlaut des Stadtstatuts festzustellen, daß nur Fraktionsvorsitzenden ein Einsichtsrecht gem. § 9 StS 1992 zukommt, unabhängig davon, ob der oder die Vorsitzende auch Vizebürgermeister oder Vizebürgermeisterin ist; mit anderen Worten bringt die Funktion eines Vizebürgermeisters keine zusätzlichen Einsichtsrechte mit sich.

Warum ist diese abweichende Vorgangsweise bezüglich Werbemaßnahmen auf Brücken zu Gunsten des Werberinges nun erlaubt?

Der Inhalt dieser Frage ist insofern unverständlich, als der Werbering in keiner Weise begünstigt

wird. Das zeigt sich schon daran, daß derzeit 3 Anträge des Werberings auf Aufstellung von beleuchteten Werbeeinrichtungen beim Magistrat abgelehnt wurden, und die dagegen erhobenen Berufungen im Stadtsenat demnächst zur Entscheidung anstehen.

Soweit die erwähnte Beschlußfassung im Jahre 1994 den Beschluß des Stadtsenats vom 30. Juni 1994 bzw. den Beschluß des Gemeinderats vom 7. Juli 1994 über einen Vertrag mit einer Werbefirma über Plakatierung und Werbung auf Gemeindegrund der „Stadt Steyr“ gemeint ist, ist klarzustellen, daß sich damals vier Werbefirmen um die Vergabe des Rechts zur Plakatierung und Werbung auf öffentlichem und privaten Gut der Stadt Steyr sowie Werbung auf Lichtmasten der Stadt Steyr bemüht haben und letztendlich der Werbering als Bestbieter hervorging.

Weder in dem den Beschlüssen des Stadtsenats und Gemeinderats zugrundeliegenden Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung, wie auch im letztendlich unterfertigten Vertrag mit dem Werbering ist auch nur mit einem Wort erwähnt, daß Brücken von der Bewerbung auszunehmen sind. Von einem Vertragsbruch oder Begünstigung seitens des Vertragspartners kann also keine Rede sein.

GR Siegfried Stieglitz trifft um 14.40 Uhr ein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, ich hätte eine Zusatzfrage. Es ist leider keine Diskussion möglich. Ich würde sehr gerne über Formen der Zusammenarbeit hier im Hause diskutieren. Ich habe mittlerweile diesen Vertrag. Zusatzfrage: „Wir waren uns früher einig, in den Vorbesprechungen zu diesem Vertrag, daß Lichtmasten auf Brücken aus Gründen des Stadtbildes frei bleiben müssen, und wir haben deshalb auch im § 1 hineingeschrieben, daß solche Werbemaßnahmen immer mit der Stadt Steyr abzuregeln sind. Konkrete Frage jetzt an sie: Warum ist man von dieser Vorgangsweise abgegangen und wer hat die Genehmigungen für die Schönauer Brücke gegeben, daß jetzt fast alle Lichtmasten mit Werbetafeln des Werberinges bestückt sind?“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muß ehrlich sagen. Ich erinnere mich konkret nur daran, als sich seinerzeit die C&A in Steyr plazierte. In einer überfallsartigen Weise, da aus meiner Sicht, ein übertriebener Werbeaufwand an den Brücken betrieben wurde. Das ist nicht mit unserer Zustimmung geschehen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Die ÖVP hat auch auf der Brücke ihre Werbetafeln weggeräumt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist mir jetzt gar nicht eingefallen, aber die haben auch die Zustimmung nicht eingehalten. Insofern ist die ÖVP mit C&A in bester Gesellschaft.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nicht schmeichelhaft?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nur mit dem Unterschied, daß die rote Zahlen haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Tut mir Leid. Also wir haben daraufhin C&A aufmerksam gemacht, daß so etwas mit uns, mit der Behörde, abzureden ist. Wir haben ihnen auch mitgeteilt, daß sie das in einer verhältnismäßig kurzen Zeit entfernen, und daß sie dafür auch eine Gebühr entrichten müssen. So ist das geschehen und die Werbetafeln sind dann auch entfernt worden. Natürlich hat so eine Maßnahme, die von uns weder gewollt noch mit uns abgesprochen wurde, immer Folgewirkungen, sodaß wir zur Zeit z. B. Interspar, die sich jetzt an das Magistrat gewendet haben, um auch so eine Werbung auf den Brücken durchzuführen, gar nicht sagen können: „Ihr nicht!“ Wir können nur, und so wird die Vorgangsweise sein, einen begrenzten Zeitraum diese Werbung dort vornehmen lassen, auch im Sinne der Gleichbehandlung von Unternehmungen, die sich neu in Steyr plazieren. Hier kann man natürlich unterschiedliche Auffassungen haben. Auf der einen Seite bemühen wir uns ungeheuer, manche meinen das ist noch zu wenig, daß wir neue Unternehmungen und Betriebe nach Steyr bekommen. Auf der anderen Seite, wenn sie diese neuen Unternehmungen auch werbemäßig plazieren wollen, werden wir halt nicht umhin können, das auch in einem beschränkten Ausmaß zu akzeptieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber wegen der Schönauer Brücke geben sie mir keine Antwort, halte ich fest. Ob die Tafeln, die jetzt auf der Schönauer Brücke stehen, eine Genehmigung haben. Und wenn ja, wer hat sie gegeben? Wir waren der Meinung, auf Brücken hat eine Werbung nichts zu suchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich muß ihnen ganz ehrlich sagen, aus dem Vertrag heraus wird jedenfalls interpretiert, ich habe das aufgrund ihrer Anfrage erheben lassen, daß dort die Brücken nicht ausgenommen sind. Ich weiß nicht auf was für Beredungen sie sich beziehen. Aber natürlich sind Brücken wahrscheinlich auch von der Werbung sogar bevorzugte Orte. Ich persönlich möchte es auch in möglichst engen Grenzen halten. Das ist meine persönliche Meinung.

Die Frau Gemeinderätin Reznar richtet mit Schreiben vom 13. 5. 1999 eine Anfrage an Frau Vizebürgermeisterin Mach. Ich ersuche Frau Vizebürgermeisterin Mach um Verlesung der Anfrage und Beantwortung derselben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse und Besucher. Meine Anfrage betrifft die Vorfälle im Sozialamt. Die Anfrage lautet:

Im Sommer letzten Jahres kam es im Bereich der Kassaführung im Sozialamt zu Unregelmäßigkeiten. Es wurde ein Fehlbetrag von über S 70.000,-- festgestellt.

Da bis heute keine offizielle Benachrichtigung des Gemeinderates über ein Ergebnis der Untersuchungen vorliegt, stellt die unterzeichnete Gemeinderätin gem. § 10 des Stadtstatutes an sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, noch einmal nachfolgende Anfrage:

1. Sind die Untersuchungen im Bereich des Sozialamtes abgeschlossen, wenn ja - mit welchem Ergebnis und welchen Konsequenzen. Wenn nein - wann ist mit einem Ende der Untersuchungen zu rechnen?
2. Sind die betroffenen Mitarbeiter immer noch im Sozialamt beschäftigt; wenn ja - in welcher Tätigkeit; wenn nein - welche Tätigkeit üben sie derzeit aus.

Eine weitere Verzögerung bei der Aufklärung dieser Angelegenheit bringt im Bereich des Sozialamtes großen Druck auf die unschuldigen Mitarbeiter. Deshalb sind eine Klärung und die darauf resultierenden Konsequenzen höchst notwendig.

Hiezu möchte ich folgendes berichten:

Zu 1) Die kriminalpolizeilichen Untersuchungen sind derzeit noch nicht abgeschlossen. Mit einem Ende der Untersuchungen ist laut Aussage der Kriminalpolizei bis Ende August 1999 zu rechnen.

Zu 2) Die ursprünglich mit der Kassa bzw. der Seniorenpaßausgabe betrauten Mitarbeiter sind weiterhin im Sozialamt beschäftigt; allerdings wurde der seinerzeitige Kassier bis zur Klärung des Falles mit Verwaltungsarbeiten betraut und die Kassa bis auf weiteres von einer anderen Mitarbeiterin übernommen. Außerdem erfolgte eine Trennung von Seniorenpaßausgabe und Inkasso, sodaß Bargeld nur mehr im Bereich der Kassa vorhanden ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für diese Beantwortung. Herr Gemeinderat Ing. Wolfgang Hack richtete mit Schreiben vom 29. 6. 1999 folgende schriftliche Anfrage an mich mit dem Ersuchen, diese an Vizebürgermeister Dr. Pfeil weiterzuleiten. Ich ersuche Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil, die Verlesung der Anfrage und gleichzeitig auch die Beantwortung vorzunehmen:

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste. Herr GR Ing. Wolfgang Hack, Gemeinderat der Stadt Steyr, richtet eine Anfrage an mich, gem. § 10 usw. und so fort.

Sehr geehrter Herr Dr. Pfeil !

In der Sitzung des Gemeinderates vom 17. 9. 1998 fand eine 10 protokollseitenlange Diskussion zum

Tagesordnungspunkt „Erstellung eines neuen Organisationsplanes für den Katastrophenhilfsdienst der Stadt Steyr“ statt.

Die Katastrophen der letzten Zeit wie Lassing, Galtür, Tauerntunnel, sind mahndendes Beispiel dafür, daß eine effiziente Katastrophenvorsorge und die notwendigen Vorkehrungen eine sehr wichtige Aufgabe jeder Kommune sind.

Bezugnehmend auf den oben angeführten neuen Organisationsplan erlaube ich mir daher, nachfolgende Fragen an sie zu stellen:

Wer ist Katastropheneinsatzleiter?

Wo befindet sich der Katastrophenstab im Ernstfall?

Gibt es einen Strahlenschutzraum für den Katastrophenstab?

Wurde der Organisationsplan mit allen Einrichtungen wie z. B. Polizei, Rettung, Feuerwehr, Bezirkshauptmannschaft, Landeskrankenhaus, Stadtwerke, Magistrat etc., abgestimmt?

Wann findet die nächste Katastrophenübung im Raum Steyr statt?

Ich bitte um Beantwortung dieser Fragen im nächsten Gemeinderat!“

Mit freundlichen Grüßen

GR Ing. W. Hack

Sehr geehrter Herr Katastrophenreferent der ÖVP. Ich werde ihnen gerne diese Fragen beantworten. Es wäre ihnen zwar ein Leichtes gewesen sie im Organisationsplan nachzulesen, aber es ist auch für mich kein Kunststück daraus zu zitieren und ihnen die gewünschten Auskünfte auch mündlich mitzuteilen.

ad 1) Katastropheneinsatzleiter ist der Bürgermeister, dem zur direkten Unterstützung im Katastrophenabwehrstab der Leiter des Stabes, der Sichter, der Tagebuchführer sowie weiteres Personal zur Verfügung steht. Auch hier können sie Namen mit dem bereits bestehenden Organisationsplan vergleichen, der ja hoffentlich und offensichtlich in ihren Händen ist. Die Aufgaben des Einsatzleiters, wie zum Beispiel Wartung und Instandhaltung des Materials, Einteilung der Einsatzkräfte, Sicherstellung der Führung, Sanitätsversorgung der Einsatzkräfte, Einsatzbefehle erteilen, Beurteilung der Lage, Einsatzdokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, Verpflegung und Unterbringung der Mannschaft etc. wird sodann auf die einzelnen Sachgebiete von S 1 bis S 5 aufgeteilt. Auch hier können sie das aus dem Katastrophenheft sehen.

ad 2) Als Räumlichkeiten im Katastrophenfall sind in erster Linie das Rathaus (Festsaal genannt) und in zweiter Linie das Amtsgebäude Promenade 9 vorgesehen. Derzeit wird auch noch eine Räumlichkeit in den Stadtbetrieben Steyr mit den notwendigen Anschlüssen und Gerätschaften ausgestattet.

ad 3) Es ist kein Strahlenschutzraum vorhanden. In diesem Zusammenhang darf jedoch darauf hingewiesen werden, daß für den Fall großräumiger radioaktiver Verstrahlung ein Alarm- und Einsatzplan des Landes OÖ. (OÖ. Strahlenalarmplan) vorhanden ist, wobei im Falle von radioaktiver Verstrahlung die Katastropheneinsatzleitung ausschließlich beim Land liegt und der Magistrat in diesem Fall lediglich eine befehlsentgegennehmende Funktion hat. In diesem Zusammenhang möchte ich noch ergänzen, daß hier auch das Bundesheer eine sehr große Rolle spielt.

ad 4), Wie bereits aus dem Amtsbericht, betreffend die Erstellung eines neuen Organisationsplanes für den Katastrophenhilfsdienst der Stadt Steyr vom 26. August 1998, ersichtlich ist, war gerade die Abstimmung des Organisationsplanes mit anderen Einrichtungen einer der Hauptgründe für die Abänderung des Organisationsplanes, zumal andere Organisationseinheiten, wie zum Beispiel Rettung, Polizei, Feuerwehr und Bundesheer schon seit längerer Zeit eine stabsmäßige Organisationsplanung und Aufgabenverteilung haben.

Nach Beschlußfassung des neuen Organisationsplanes wurden auch sämtliche für einen Katastrophenfall notwendige Organisationseinheiten (angefangen von der Feuerwehr bis hin zur Bergrettung) angeschrieben, ihnen der neue Organisationsplan zur Kenntnis gebracht sowie in der Folge die Kontaktpersonen dieser Einsatzorganisationen im Katastrophenfall samt Stellvertreter sowie Adressen und Telefonnummern erhoben.

Derzeit wird an einem EDV-Konzept gearbeitet, welches bereits jetzt vor der Fertigstellung steht, um im Einsatzfall auf Knopfdruck alle notwendigen Informationen zu haben. Die erhobenen Daten werden sodann in dieses EDV-Programm eingegeben, wobei das Zeitziel Anfang Oktober 1999 sein wird. Nach Fertigstellung dieses „Katastrophenschutzhandbuches“ werden mit den bekanntgegebenen Vertretern der Einsatzgruppen Besprechungen stattfinden.

ad 5) Nach Enderledigung des Punktes 4) ist daran gedacht, daß eine Schulung bei der Landesfeuerwehrschule im Laufe des nächsten Jahres, also 2000, eine Katastrophenübung im Raum Steyr stattfinden soll.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Ing. Wolfgang Hack

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vielleicht habe ich mich falsch ausgedrückt. Ich kann es gerne noch einmal vorlesen. Es ist natürlich jetzt so, daß ein EDV-Programm gemacht wird, da wir auch von ständigen Veränderungen leben. Hier werden die jeweils neuen Namen immer wieder erneuert und eingegeben, und es wird Kontakt mit den Herrschaften von der Feuerwehr, Rettung bis zur Hundbrigade aufgenommen. Im nächsten Jahr wird dann eine Katastrophenübung im Raum Steyr gemacht. Ich hoffe wir werden es nicht in der Natur brauchen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine weitere Anfrage ist durch die Frau Gemeinderätin Radmoser und den Gemeinderat Hauser an den Vizebürgermeister Pfeil eingegangen. Ich darf auch hier bitten diese zu verlesen und zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bitte Herrn Hauser gleich vorne weg Frau GR Radmoser in Kenntnis zu setzen, daß ich diese Anfrage beantwortet habe. Es ist eine Verkehrsanfrage. Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister!

„Die Unfallstatistik des Landes Oberösterreich zeigt einen unerfreulichen Anstieg der Unfallzahlen

zwischen den Jahren 1995 und 1997 von 269 auf 442 Unfälle pro Jahr. Im Jahr 1998 sinkt zwar die Unfallzahl etwa um 10%, die Stadt Steyr rangiert aber noch immer auf Platz 1 der Unfallstatistik in OÖ.

In diesen Unfallstatistiken sind sogenannte Unfallhäufungsstellen angeführt. Die unfallträchtigsten Bereiche sind allesamt auf Bundesstraßen gelegen.

Eine Entschärfung solcher Unfallhäufungsstellen sollte daher das oberste Ziel unserer Aktivitäten im Bereich der Verkehrspolitik sein.

Eine solche Unfallhäufungsstelle ist der „Linksabbieger“ von der Ennser Straße in die Karl-Holub-Straße. Die Behörde ist hier also verpflichtet alles zur Verbesserung dieser prekären Situation zu unternehmen.

Vor etwa 2 Jahren wurde daher ein Linksabbiegeverbot erlassen. Die Kundmachung dieser Verfügung ist unterblieben, da die Verbotstafel aufgrund der baulichen Gegebenheiten so weit am rechten Rand stünde, daß sie vom Verkehrsteilnehmer, der diese beachten sollte, kaum gesehen würde.

Die Wirksamkeit dieses Verbotes wäre daher gleich null und noch dazu entstünde eine Rechtsunsicherheit.

Die Lösung des Problems liegt so gesehen in der Errichtung eines „Fahrbahnteilers“, das war für alle, die sich mit dieser Situation vertraut gemacht haben, klar.

Im Rahmen der Planungen für verschiedene Verbesserungsmaßnahmen am Taborknoten wurde auch die Errichtung dieser Mittelinsel an der Ennser Straße vorgesehen. Dieser Kreuzungsumbau wurde auch in den Ausschüssen beraten und von allen für gut befunden.

Daraufhin wurde der Kreuzungsumbau im Einvernehmen mit der Bundesstraßenverwaltung begonnen. Der Asphalt wurde für den Fahrbahnteiler ausgeschnitten und die notwendigen Befestigungsarbeiten durchgeführt. Doch dann passierte folgendes: Die Besitzer der Fa. Kogler verbündeten sich mit den Verantwortlichen der Post am Tabor, und protestierten gegen diese Maßnahmen, da die Zufahrtsmöglichkeiten zu diesen Firmen eingeschränkt würden. Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, haben als Verkehrsreferent der Stadt gemeinsam mit Herrn Stadtrat Mayrhofer, der gerade nicht aufpaßt, welcher in erster Linie für die Baumaßnahmen der Stadt zuständig ist, einen Lokalausweis anberaunt. Bei diesem wurde von ihnen entschieden, daß der Fahrbahnteiler doch nicht errichtet werden soll und somit das Linksabbiegen wieder zugelassen ist. Der Kompromiß war oder ist, daß die Zufahrt nur bis zur Fa. Kogler und der Post gestattet ist. Die restliche Karl-Holub-Straße ist nun eine sogenannte „falsche Einbahn“, d. h., man darf aus Richtung Ennser Straße kommend nicht durch die Holub-Straße zur Schule fahren. Innerhalb der Holub-Straße zwischen Taschelried und den beiden Firmen darf man aber jederzeit umkehren und somit diese Straße in beiden Richtungen befahren.

Diese Maßnahmen wurden so umgesetzt, obwohl sie schon im Jänner 1999, bei der Beantwortung einer Anfrage des Liberalen Forums, das Gegenteil - nämlich diesen Fahrbahnteiler - angekündigt haben.

Hiezu nun unsere Fragen:

1. Der Beschluß im Verkehrsausschuß sagt eindeutig aus, daß die geplanten Maßnahmen zur raschen Verbesserung der Situation am Taborknoten, die auch die Errichtung dieses besagten Fahrbahnteilers an der Ennser Straße beinhalten, umgesetzt werden. Nun ist das Gegenteil passiert. Was sind ihnen als Verkehrsreferent dieser Stadt die Beschlüsse des Verkehrsausschusses wert?

2. Der Protest gegen diese Maßnahme erfolgte von zwei Anrainern am Tabor. Und schon wurde sie gestoppt bzw. sogar rückgängig gemacht. Wie laut müßten daher andere Betroffene (z.B. Unfallopfer oder deren Angehörige) schreien, damit getroffene Beschlüsse wirksam und begonnene Baumaßnahmen nicht eingestellt bzw. rückgebaut werden?

3. Der Linksabbieger ist eindeutig die Ursache für diese Unfallhäufungsstelle. Sie haben diesen Linksabbieger nun wieder zugelassen. Warum haben sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, gemeinsam mit Herrn Stadtrat Mayrhofer - gegen den ausdrücklichen Widerspruch der sachverständigen Beamten des Magistrates - diese Entscheidung getroffen?“

Herr Gemeinderat Hauser, ich nehme gerne zu dieser Anfrage Stellung. Es wäre auch durchaus möglich gewesen im letzten Verkehrsausschuß, am 17. Juni, darüber zu diskutieren. Aber es sollte auch der Gemeinderat von dieser sehr viel diskutierten, umstrittenen Kreuzung Kenntnis haben, weil im Verkehrsbereich ist es halt so, daß es nicht schwarz oder weiß gibt. Wenn man jemandem etwas gibt, nimmt man jemand anderen etwas. Und gerade die Linksabbiegerbeziehungen sind tatsächlich auf den Bundesstraßen ein großes Problem. Nur man kann nicht kleine Firmen ausschließen und große Firmen bevorzugen. Ich gebe ihnen Recht. Jetzt komme ich zur Verlesung der Beantwortung.

Aufgrund des Berichtes des Amtes der OÖ. Landesregierung (Analyse der Unfallhäufungsstellen 1994) über die Unfallhäufungsstelle Ennser Straße/Holubstraße wurde im Verkehrsausschuß, damals vom 03.07.1996, einstimmig die Erlassung eines Linksabbiegeverbotes von der Ennser Straße in die Holubstraße sowie die Anbringung einer, und jetzt kommt es, Halbkreistrennschwelle zur baulichen Unterstützung dieser Verkehrsmaßnahme empfohlen. Wie sie wissen, der Verkehrsausschuß macht ja nur Empfehlungen, er kann ja nie eine Verordnung beschließen. Die entsprechende Verordnung wurde mit 3. 4. 1997 erlassen. Auf die Kundmachung, wie sie richtig auch in ihrem Schreiben sagen, ist dann eben aus verschiedenen Gründen verzichtet worden, weil sie mehr Rechtsunsicherheit erzeugt hätte. Und was ein ganz besonderes Problem war, ist man dann im Nachhinein draufgekommen, daß sich die Halbkreistrennschwellen, das ist ein schwieriges Wort, als äußerst gefährlich darstellen. Besonders für einspurige Fahrzeuge und für den Winterdienst sind das echte Killerauflagen. Sie werden nur bei Mittelinseln zur kurzfristigen Erweiterung und Verlängerung einer Trennlinie verwendet. Aber niemals dort, wo noch ein Fahrzeug passieren muß, nicht mehr auf dieser Höhe. Sonst kommt es zu schweren Unfällen mit einspurigen Fahrzeugen.

Im Rahmen eines Projektes der Bundesstraßenverwaltung zur Verbesserung der Verkehrssituation am Ennser Knoten, insbesondere des Fußgängerverkehrs, wurde diese Problematik mit einbezogen. Im Zuge des geringfügigen Knotenumbaues sollte der Fahrbahnteiler auf der Ennser Straße über die Kreuzung mit der Holubstraße gezogen werden, um so ein Linksabbiegen unmöglich zu machen. Dagegen wurde nun Anfang April, aber auch schon früher, von der Fa. Kogler und dann von der Post und Telekom Austria massive Einwände gegen die Errichtung dieses Fahrbahnteilers erhoben. Dann wurde ein gemeinsamer Lokalausgleich, am 8. 4. 1999, in Anwesenheit vom Straßenbaureferenten StR Mayrhofer, meiner Person und den zuständigen Beamten, das waren Bez. Insp. Toros von der Bundespolizei, Herr Ferrari von der Bezirksverwaltung und Herrn Ing. Grassnigg von der Verkehrsplanung vereinbart. Wobei, das ist richtig, vonseiten der Beamenschaft Bedenken geäußert wurden, daß bei einer kompletten Aufhebung des Linksabbiegeverbotes, das Sicherheitsrisiko bestehen bleibt. Die anwesenden Firmenvertreter äußerten sich wie folgt:

Fa. Kogler:

Das ist eine Firma mit 18 Angestellten. Sie besteht seit 1956. Früher war die Einfahrt und Adresse Ennser Straße 1 a. Jetzt ist die Einfahrt, im Einvernehmen mit dem Magistrat und auf Wunsch des Magistrates und der Straßenbauverwaltung in die Holubstraße zurückgesetzt worden, weil hier die Fa. Kogler dem Straßenerhalter entgegengekommen ist. Das ist schon längere Jahre her. Eine Zufahrt für Kunden wäre bei einem gänzlichen Linksabbiegeverbot kaum mehr möglich, da das Hauptklientel, und das ist auch logisch und nachvollziehbar, entweder von Richtung Blümelhuberberg oder von der Seifentruhe kommt, jedenfalls aus Richtung Zentrum. Ein alternativer Zufahrtsweg, stellen sie sich

das einmal vor, wäre dann durch Taschelried und Holubstraße. Was dann die bis zu 16 m langen Sattelaufleger und Doppellastwagen, weil da geht es um die Bremsen, da geht es um die Elektronik, in der Siedlung verursachen, neben der Schule vorbei. Wir haben dort eine Volks- und eine Hauptschule, viel Glück meine Herrschaften. Also das mußten wir auf alle Fälle verhindern, daß hier ein Schwerverkehr, neben der Schule vorbei, dazukommt. Und was auch ganz wichtig wäre, wenn jemand auf der Ennsner Straße Richtung stadtauswärts fährt und möchte zur Fa. Kogler, hat er den Linksabbieger in Richtung Taschelried hinein auch schon übersehen, weil dort ist ja der Linksabbieger auch nicht ohne. Stellen sie sich vor, dort ein Hänger, und das ist nicht einer, sondern das sind viele pro Tag, der Linksabbieger Richtung Schule ist dort auch relativ stark. Wenn der jetzt jemanden übersieht oder den nicht will, wo dreht er dann um, wenn er zur Fa. Kogler kommt. Da gibt es nur eine legale Alternative, das ist durch den Resthof durch, mitten im Wohngebiet. Es gibt nur diese eine Alternative. Die andere Alternative ist, weit nach Dietach hinaus, und dort irgendwo umdrehen. Sagen sie mir eine Alternative.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Stadtwerke Steyr!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist nicht legal. Ich habe gesagt legale Umkehrmöglichkeiten. Ist nicht legal, das ist Privatgrund.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Was heißt das?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist nicht legal, d. h. es kann nicht sein, das Lkws dort in die Stadtwerke einfahren, dort umdrehen - Sind sie dort schon einmal herausgefahren? - dann den Linksabbieger von den Stadtwerken in Richtung Stadt haben? Prost Mahlzeit. Mich wundert es eh, daß dort noch nicht viel passiert ist.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Jedes Fahrzeug...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein nicht jeder, da sind sie nicht richtig informiert, die meisten Autobusse fahren jetzt hinten hinaus und dann über die ampelgeregelt Kreuzung, weil der Linksabbieger aus den Stadtwerken heraus ist ein Horror. Da habe ich vier Spuren zu überqueren.

Die Stellungnahme von der Post und Telekom:

Das ist auch ganz interessant. Von der Post und Telekom war Frau Ing. Karin Meinl aus Linz anwesend. Die Post und Telekom Austria plant im bestehenden Objekt in der Ennser Straße Ecke Holubstraße ein Service- und Beratungszentrum. In der dazugehörigen Bauverhandlung, die am 25. 3. 1999 stattgefunden hat, wurde das Projekt mit integriertem Verkehrskonzept ohne Einwände der Behörden genehmigt und vorgeschrieben. Und dort waren der Linksabbieger und die Schrägparkplätze von der Stadt kommand dabei. Bei einer nachträglichen Verweigerung, die bauen ja schon, würde das eine Fehlinvestition seitens der Post Telekom Austria von ca. S 2 Mio. bedeuten. Und sie behalten sich dann rechtliche Schritte gegenüber der Stadt vor. Es wurde daher aus all diesen Punkten, die nachvollziehbar waren, gemeinsam mit Herrn StR Mayrhofer auch mit den Behördenvertretern folgende Vereinbarung vor Ort getroffen:

Die Einbahn in der Holubstraße wird aufgehoben und nach den Firmenzufahrten wird ein Einfahrtsverbot erlassen. Gleichzeitig soll direkt an der Kreuzung Ennser Straße - Holubstraße eine Vorankündigung des Einfahrtsverbotes mit dem Zusatz „nach 60 m“ angebracht werden. Diese entsprechende Verordnung, die am 17. 5. 1999 erlassen wurde. Durch diese Verkehrsmaßnahme ist einerseits der Unfallhäufungspunkt Ennser Straße größtenteils saniert, da eine Durchfahrt durch die Holubstraße unterbunden ist. Und das ist mir ganz wichtig, daß der Schleichweg durch die Siedlung bzw. an der Schule vorbei nicht mehr entstehen kann. Der Schleichweg ist weg. Außerdem ist durch diese Maßnahme die Existenz o.a. Firmen weiterhin an diesem Standort möglich. Ich danke ihnen.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Wie sie richtig gesagt haben, ist erst im Nachhinein, nach dem Lokalausweis, die Einbahn umgedreht worden, weil wenn man das vorher gemacht hätte, wären die Beurteilungsgrundlagen ein bißchen anders gewesen. Man hätte nicht nur links nicht zufahren können, sondern man hätte auch in Taschelried weder zur Post noch zur Fa. Kogler können. D. h. also, der Linksabbieger war vollkommen abgeschnitten, überhaupt diese beiden Firmen erreichen zu können. Aber jetzt zu meiner Zusatzfrage. Wer übernimmt denn die Verantwortung, wenn dort wieder die Unfälle passieren? Diese Regelung passiert eigentlich wider besseres Wissen, eben aufgrund der Sachverständigen Beamten und eigentlich auch gegen alle Meinungen, die durch die Unfallstatistik eindeutig Bericht sind, daß dort wieder was passiert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Hauser, es ist bis heute kein einziger Unfall dort passiert. Stand heute 11.00 Uhr Mittag, seit diese Regelung in Kraft ist. Zweitens mit demselben Argument können sie die Fa. Tischlinger, die dort ist, ich glaube, das heißt jetzt Schuh Mayer, die haben alle einen Linksabbieger und ich wünsche uns allen ... Bitte?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Gstöttner.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gstöttner, ganz richtig, die haben alle Linksabbieger. Da müssen sie natürlich konsequenterweise auch dort eine doppelte Sperrlinie anbringen oder eine Mittelinsel machen. Es kann ja nicht sein, daß ich zwei Firmen ausschließe und die nächsten nicht. Da muß uns im Verkehrskonzept etwas einfallen, aber das ist eben das Problem, daß Firmen mit gewachsenen, nicht geplanten Strukturen nicht mehr zusammenpassen. Und ich wünsche uns jetzt schon alles Gute, und derzeit, ich sage es ganz offen im Gemeinderat, diese Verordnung, die mir zum Unterschreiben vorgelegt worden ist, über den Linksabbieger über die Spur beim Interspar, der glaube ich im August anfängt, das ist für mich nicht akzeptierbar. Dort wird es zu einem enormen Rückstau kommen. Das haben wir früher schon gehabt, jetzt ist dieser Linksabbieger, diese Spur, nicht länger. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß der Taborknoten dort von dem Linksabbieger untangiert bleibt. Da muß uns etwas anderes einfallen. Ich habe deshalb gebeten, nicht nur deshalb, aber besonders auch wegen der Eyblkreuzung, daß wir nächsten Freitag zusammenkommen, daß wir diese zwei derzeit diskutierten Kreuzungen mit dem Planer von der einen Kreuzung gemeinsam besprechen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. So jetzt hat mir irgendwer mein Papier weggenommen.

Eine weitere Anfrage hat der Herr Gemeinderat Hans Payrleithner mit Schreiben vom 21. 6. 1999 an mich gerichtet. Und zwar das Thema Problem 2000-Umstellung, was hier die Computer der Stadtverwaltung und die angeschlossenen Betriebe, Organisationen, Institutionen anbelangt. Ich habe die Problematik bereits in der letzten Sitzung in meinem Bericht angesprochen und umfangreich berichtet. Ich möchte diese Beantwortungen in schriftlicher Form vornehmen. Ich habe das da hergelegt und seit dieser Zeit ist das jetzt verschwunden. Jetzt möchte ich einmal alle die am Rednerpult waren bitten, nachzuschauen. Ich habe mir das schon bereit gelegt. Haben sie es nicht dabei?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wie immer, von mir können sie alles anschauen...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Kollege Payrleithner, ich bitte dich, wir werden das dann auffinden. Es steht ja auch im Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da, ich habe es mit, tatsächlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Haben sie es wirklich? Dann geben sie es bitte weiter an ihren Kollegen Payrleithner, Herr Fraktionsvorsitzender.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Herr Bürgermeister, in Anbetracht zur Information dieser Anfrage, nehme ich das gleich zur Kenntnis, daß ich das in schriftlicher Form erhalte. Der Grund, warum ich diese Anfrage gestellt habe, ist der, daß es im Amtsbericht einen Aktenvermerk aus dem Bereich Steuerangelegenheiten gibt, der sehr wohl zu der Erkenntnis kommt, daß in der 20. Kalenderwoche im Mai 1999 die Jahrtausendfähigkeit nicht gegeben ist. Das war vor allem der Grund, warum ich diese Anfrage gestellt habe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe das in der letzten Gemeinderatssitzung berichtet, ich hoffe es haben mir einige zugehört, es wird natürlich immer schwerer, wenn ich aufgrund der vielen, vielen Anfragen, die man dort oder da vielleicht anders erledigen könnte, nämlich am kurzen Weg, wenn es einem um die Sache, die zu tun ist, geht, und nicht um die Show. Ich sage das auch einmal ein bißchen provokant, dann hätten wir nämlich mehr Zeit uns mit den wirklichen Tagesordnungspunkten zu beschäftigen, weil die werden ja sehr nach hinten geschoben. Seit 1 ½ Stunden machen wir hier schon Antworten. Ich habe das letzte Mal zu diesem Thema berichtet. Wir beschäftigen uns intensiv, seit dem Frühling des Jahres, mit dieser Materie. Diese Materie war auch Thema des OÖ. Städtetages. Die Fachleute haben sehr konkrete Aufträge. Es fehlen auch noch einige Rückmeldungen vom LIF und den Betreuungsunternehmungen, die im Oktober erwartet werden. Zu 100% können natürlich keine Ausfälle ausgeschlossen werden, weder bei uns wie überall woanders, bis hinein in die Haushalte. Wir haben daher jetzt schon vorgesehen, daß es einen Journdienst, bei diesem Wechsel von 1999 auf 2000 geben wird, um hier auch jederzeit in der Lage zu sein einzugreifen und die Dinge im Griff zu haben. Das steht in dem Schreiben auch noch einmal drinnen. Ich bitte das also noch einmal zu studieren, und vielleicht gibt es auch die Notwendigkeit noch einmal darüber zu debattieren. Ich kann gern noch einmal darüber berichten, aber das ist der Stand der Dinge, der in der letzten Sitzung bereits vorgetragen wurde.

Zu den „Mitteilungen des Bürgermeisters“ darf ich sagen, daß ich ein Schreiben von Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer bekommen habe, im Bezug auf unsere Resolution gegen die Streichung des Regionalzuges aus Linz, das ist ja der letzte Zug. Der Herr Landeshauptmann schreibt:

„Am 9. Juni 1999 habe ich ihr Schreiben vom 26. Mai 1999 und die Resolution des Gemeinderates erhalten. In dieser Resolution spricht sich der Gemeinderat gegen die Streichung jenes Regionalzuges aus, der Linz um 23.00 Uhr Richtung Steyr bzw. Garsten verläßt.

Ich wurde auch von anderer Seite (dem Grünen Parlamentsclub) um Unterstützung für eine Weiterführung dieses Zuges im Sommerfahrplan 1999 gebeten, weshalb ich mich schon am 20. Mai 1999 mit den Österr. Bundesbahnen in Verbindung gesetzt habe. Sie wissen, daß der Fahrplan eine Entscheidung der Österr. Bundesbahnen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ist.

Mir liegt nunmehr bereits die Rückantwort des Leiters für den Personennahverkehr in Oberösterreich, Herrn DI Struger, vor und ich muß leider vorweg mitteilen, daß mein Vermittlungsversuch nicht den gewünschten Erfolg brachte.

Die ÖBB verweisen auf die Verpflichtung zur kaufmännischen Geschäftsführung gem. dem Bundesbahngesetz 1992, was sowohl für den Absatzbereich als auch den gemeinwirtschaftlichen Teil des Nahverkehrs gilt. Die Zuschüsse des Bundes für diesen Bereich und der hohe Kostenbeitrag des Landes Oberösterreich nach dem Verkehrsdienstvertrag, einschließlich der Verkehrseinnahmen decken nicht die gesamten Produktionskosten des Regionalverkehrs ab. Deshalb haben die ÖBB schwach ausgelastete Züge, deren Produktionskosten in keinem Verhältnis zu den Verkehrseinnahmen stehen, aus dem Angebot genommen.

Der vom Gemeinderat angesprochene Regionalzug wird im Abschnitt zwischen St. Valentin und Garsten nur von maximal 15 Reisenden pro Tag in Anspruch genommen. Auch die gute Anschlußverbindung vom IC mit nur 5 Minuten Übergangszeit wird kaum (d.h. von 0 bis maximal 5 Reisenden) genutzt. In der Begründung für diese Entscheidung führen die ÖBB an, daß als Ersatz bereits derzeit eine Busverbindung nach Steyr besteht (mit Abfahrt in Linz um 22.20 Uhr). Deshalb hat auch die Verkehrskoordinierung beim Amt der OÖ. Landesregierung die Zustimmung im Rahmen des Verkehrsdienstvertrages zu diesem Fahrplan gegeben.

Die ÖBB ersucht um Verständnis für diese Maßnahme aufgrund der bestehenden Alternative, und ich bedauere daher, dem Gemeinderat keine bessere Mitteilung machen zu können.“

Landesrat Haider, der verkehrszuständig ist, schreibt:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich möchte dich im folgenden über die Angelegenheit, Streichung der ÖBB-Spätverbindung zwischen St. Valentin und Garsten, informieren.

Im Verkehrsdienstvertrag zwischen dem Land OÖ. und den ÖBB, den ich in Kopie zu deiner Information beilege, wurde vereinbart, daß die ÖBB gering ausgelastete Züge, nach entsprechenden Verkehrszählungen, aus dem Angebot herausnehmen können. Als gering ausgelastet gelten Züge, die eine Reisendenfrequenz von weniger als 25 auf den Regionalbahnen und von weniger als 50 auf den übrigen Strecken aufweisen.

Dies trifft auf den Regionalzug 3677 zwischen St. Valentin und Garsten zu, der nach vier Verkehrszählungen im Schnitt eine Frequenz von 15,5 Reisenden hatte.

Veränderungen im Leistungsangebot werden abgesprochen, wobei natürlich gerade bei Spätverbindungen eine besondere sorgfältige Überprüfung erfolgen sollte. In der von mir, seitens der ÖBB, vorgelegten Liste über die geplanten Änderungen, war jedoch die genannte Verbindung mit einer falschen Abfahrtszeit angegeben, sodaß die Bedeutung dieser Verbindung nicht erkennbar war.

Ich habe daher meiner Fachabteilung, Verkehrskoordinierung, den Auftrag gegeben, die drei denkbaren Lösungen zum Erhalt einer Spätverbindung auf Kosten und Realisierungsmöglichkeiten zu überprüfen. Dabei wird untersucht:

- die zeitliche Verlegung des letzten Bahnbusse und Führung über St. Valentin.
- die Fortführung eines eigenen Busses zwischen St. Valentin und Garsten, sowie
- die Fortführung des lokbespannten Zuges nach Garsten, wie im vergangenen Fahrplan.

Ich werde dich nach Durchführung der Überprüfungen wieder informieren und verbleibe

mit freundliche Grüßen

Herr DI. Robert Struger schreibt mir:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich beziehe mich auf die vom Gemeinderat der Stadt Steyr gefaßte Resolution und darf sie wie folgt beantworten:

Die Österr. Bundesbahnen sind gem. Bundesbahngesetz 1992 im Absatzbereich und somit im gemeinwirtschaftlichen Teil des Nahverkehrs zur kaufmännischen Geschäftsführung verpflichtet.

Die Zuschüsse des Bundes für diesen Bereich, sowie der Kostenbeitrag des Landes Oberösterreich gem. „Verkehrsdienstevertrag“ einschließlich der Verkehrseinnahmen, decken jedoch nicht die gesamten Produktionskosten des Regionalverkehrs ab.

Aufgrund dieser Voraussetzung haben wir daher schwach ausgelastete Züge, deren Produktionskosten in keinem Verhältnis zu den Verkehrseinnahmen stehen, in Abstimmung mit dem Land Oberösterreich - Verkehrskoordinierung, unter Einhaltung der Vorgaben des Verkehrsdienstevertrages, aus dem Angebot genommen.

Der von ihnen angesprochene Regionalzug, ...

Da schreibt er wieder 15 Reisende usw.

Es wird begründet, warum eben diese Einstellung erfolgt ist, und er ersucht um Verständnis für die gesetzte Maßnahme.

Auch der Herr Bundeskanzler hat mir geschrieben. Und zwar betrifft das unsere Resolution zu den EU-Förderungsmöglichkeiten Ziel 2 Gebiet und teilt mir mit:

Zu deinem Schreiben vom 12. 3. 1999, mit dem du eine Resolution des Gemeinderates vom 4. 3. 1999 vorlegst, welche die Aufrechterhaltung der Region Steyr als nationales Förder- und Zielgebiet im Rahmen der EU-Förderungsmöglichkeiten fordert, teile ich dir folgendes mit:

Bereits im September 1998 wurde zwischen den Vertretern der Bundesregierung (Bundesminister Mag. Molterer, Staatssekretärin Dr. Ferrero-Waldner, Staatssekretär Dr. Wittmann, Staatssekretär Dr. Ruttentorfer) und den Landeshauptleuten vereinbart, daß aus der Sicht des Bundes die Frage der Neuabgrenzung der Regionalförderungsgebiete nach EU-Recht im Einvernehmen der Länder entschieden werden soll.

Die nach EU-weiten Kriterien festgelegten Bevölkerungsplafonds für Regionalförderungsgebiete in Österreich, sollen nach einer zwischen den Ländern einvernehmlich festzulegenden Methode auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt werden.

Die Frage der Auswahl der Regionalförderungsgebiete im Detail innerhalb des landesspezifischen Anteils soll - unter Berücksichtigung EU-weiter Mindestkriterien - in Eigenverantwortung der einzelnen Länder erfolgen.

Die Landeshauptleute haben am 14. 4. 1999 bei einer Landeshauptleutekonferenz in Igls beschlossen, diese Fragen bis Ende Juni 1999 in einer Arbeitsgruppe auf Länderebene klären zu wollen. Da Österreich, sowie viele andere EU-Mitgliedsstaaten, seine Regionalförderungsgebiete reduzieren muß, ist diese Entscheidung zweifellos schwierig. Eine Aufteilung ausschließlich nach regionalen Problemindikatoren würde bedeuten, daß Oberösterreich, das ja bekanntlich gute Regionaldaten aufweist, einen Großteil seiner Regionalförderungsgebiete verlieren würde. Es wird daher eine Kompromißlösung gefunden werden müssen, die allerdings auf Basis von Problemindikatoren

argumentierbar sein muß. Ob Steyr in einer Regionalförderungsgebieteabgrenzung des Landes Oberösterreich Platz finden kann, muß der landesinternen Entscheidungsfindung vorbehalten bleiben.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß für alle Gebiete, die in Zukunft die einschlägigen Förderkriterien nicht erfüllen werden, mehrjährige Übergangsunterstützungen vorgesehen sind.

Der Herr Bundesminister Dr. Werner Fasslabend teilt mir auf ein Schreiben, das ich am 30. 4. 1999 betreffend der Trollmannkaserne und unserem Planungsinteresse, mögliches Kaufinteresse, angemeldet habe, mit. Er schreibt:

Bezugnehmend auf ihr Schreiben, ...

Entschuldigung vom 24. 3. 1999, der Brief von ihm ist vom 30. 4. 1999, möchte er mir folgende Informationen übermitteln:

Aufgrund der politischen Beschlußfassung zur Strukturanpassung des Bundesheeres erfolgte mit 1. 4. 1999 die Auflösung der dort bisher dislozierten Kompanien und die Reduzierung der territorialen Organisationen auf eine Betriebsstaffel der Heeresunteroffiziersakademie.

Über Ersuchen des Bundesministeriums für Inneres erfolgte zwischenzeitlich, für die Dauer von 2 Grundausbildungslehrgängen des Landesgendarmieriekommandos Oberösterreich, eine Unterkunftsbeistellung.

Ihr grundsätzliches Ankaufsinteresse wird gerne zur Kenntnis genommen, und es wird auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten davon informiert.

Zur Zeit wird davon ausgegangen, daß eine Entscheidung über den Entfall der militärischen Nutzung und einen etwaigen Verkauf der Kaserne erst in der nächsten Legislaturperiode erreicht werden kann.

So die Auskünfte.

Über eine Reihe von Informationen möchte ich ganz kurz berichten. Der Gemeinderat soll auch darüber ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Antrag zur Geschäftsordnung, Herr Bürgermeister. Sie haben nicht erwähnt, warum sie die beiden zeitgerecht eingebrachten Anfragen des LIF nicht beantwortet haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Haben sie noch ein paar Anfragen?

Ich weiß nicht wie viele sie noch stellen werden, Frau Kollegin, aber fragen sie mich bei Gelegenheit. Ich weiß nicht wie viele Anfragen im Gemeinderat beantwortet werden sollen, 28 Seiten hat schon mein Zettel. Ich möchte mich nicht als Alleinunterhalter profilieren.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Unterstützt vom Herrn Dr. Pfeil.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Michaela Frech

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich weiß es nicht. Was für Anfragen sind das überhaupt?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es sind zwei Anfragen. Eine Anfrage, zeitgerecht eingebracht, betreffend Finanz- und Rechtsausschuß, und eine andere Anfrage ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eine Anfrage eingebracht zur Häufigkeit des Finanz- und Rechtsausschusses und eine Anfrage zur Vergabeordnung Steyr's. Ich möchte nur wissen, ob ich mit einer schriftlichen Antwort rechnen kann. Sie sind zeitgerecht eingegangen.

OAR ANTON OBRIST:

Wann sollen die gekommen sein?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Am 1. Juli 1999.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also ich muß sagen ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe den Eingangsstempel der beiden Anfragen hier.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die sind mir nicht bekannt. Ich weiß es nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich bitte dem jetzt nachzugehen. Ich habe den Eingangsstempel, Magistrat Steyr, 1. Juli 1999.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Die Anfragen müssen beim Herrn Bürgermeister eingebracht werden. Das steht bei uns in der Geschäftsordnung drinnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da steht: An den Bürgermeister der Stadt Steyr. Wenn ich es nicht bei der Einlaufstelle einbringen kann, dann ist das etwas ganz Neues. Bis jetzt sind Anfragen immer mit dem Eingangsstempel in der Einlaufstelle abgegeben worden. Ich möchte nur wissen, ob sich etwas geändert hat.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, bei mir hat sich nichts geändert.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin gerne bereit, das auch noch zu diskutieren.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich bitte dem nachzugehen, was mit diesen beiden Anfragen ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, wir werden nachschauen und sie auch beantworten, gar keine Frage, aber ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das werden wir in der nächsten Sitzung beantworten, Frau Kollegin. In der Zwischenzeit werden ja noch einige dazukommen. Ich möchte nur wirklich an sie appellieren. Natürlich kann ein Gemeinderat oder ein Stadtsenatsmitglied hier das Instrumentarium, das hier im Statut vorgesehen ist, der Anfrage nutzen. Ich verstehe auch, daß man manchmal die Bühne des Gemeinderates für bestimmte Anfragen haben möchte. Es gibt auch keine Geheimnisse, aber ich glaube nicht, daß es im Sinne der Mehrheit, der im Gemeinderat vertretenen Damen und Herren, ist, daß Anfragebeantwortungen zum Schluß den überwiegenden Teil der Sitzung einnehmen, weil letztendlich gibt es ja dann noch 33 Tagesordnungspunkte und eine Reihe von sehr bedeutsamen Geschäftsfällen und Punkten, die natürlich einer inhaltlichen Diskussion bedürfen. Wenn wir uns damit erschöpfen wollen, möglichst viele Anfragen zu stellen, können wir das tun. Aber ich bin überzeugt, daß im Prinzip natürlich jedes Mitglied des Gemeinderates verhältnismäßig mühelos in der Lage ist, pro Gemeinderatssitzung drei Anfragen zu stellen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist nicht das Thema.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann brauchen sie nur mehr 35 mal 3 rechnen, dann müssen wir einen eigenen Sitzungstag für Anfragebeantwortungen machen. Wissen sie, sie blockieren natürlich damit auch wertvolle Kapazitäten von Mitarbeitern. Gerade diese juristisch, bedeutsamen Fragen der Geschäftsordnung, vieler Gesetze usw., das macht ja nicht der Referent oder der Bürgermeister, sondern er befaßt damit die rechtskundigen Beamten. Wissen sie, mir liegt vielleicht schon mehr am Herzen, daß unsere Juristen unter Umständen versuchen ihre Kapazität in den Dienst der Stadt so zu stellen, daß wir die wichtigen Vorhaben der Stadt weiterbringen und nicht, weiß Gott was für Gelehrtenabhandlungen über die Geschäftsordnung, das Statut und jede Menge Gesetze verfassen müssen. Ich möchte das bei der Gelegenheit einmal sagen. Wir blockieren uns langsam selbst in unserer Arbeit, wenn wir uns ständig mit Statutenfragen auseinandersetzen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, es geht mir konkret darum, ich habe kein Problem mit einer schriftlichen Beantwortung meiner Anfragen. Aber ich möchte wissen ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das werden wir auch machen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... ob es in Ordnung ist eine Anfrage bei der Einlaufstelle einzubringen oder nicht, ja oder nein?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich weiß nicht wie das genau geht. Die Anfrage ist an den Bürgermeister zu stellen. Ich muß die Anfrage auf den Tisch bekommen. Wenn ich sie auf dem Tisch habe, lasse ich sie sofort, wenn es zeitgerecht eingebracht ist, beantworten. In dem Fall, weiß ich nicht, möglicherweise in Anbetracht der Vielfalt der Anfragen, ist das noch irgendwo im Aktenlauf. Sie können sich schon erregen, sie können auch noch hundert Anfragen stellen. Ich werde sie auch alle beantworten. Es wird uns nur allen miteinander fad werden, wenn wir immer nur einen Dialog führen müssen. Ich glaube, daß einige hier herinnen schon noch die Meinung haben, daß wir andere Dinge auch noch erledigen sollten. Aber die zwei Anfragen werde ich ihnen schriftlich beantworten. Wenn sie sie aber eh nur für den Gemeinderat brauchen, für irgendeine Show, dann warten wir bis in den Herbst, und wenn sie es schnell haben wollen, dann bekommen sie es schriftlich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Erst zu sagen, es ist nicht eingelangt, jetzt auf einmal heißt es, es ist noch im Aktenlauf. So kann es doch nicht sein.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, die Anfragen liegen mir nicht vor. Gibt es die jetzt, was steht da drinnen? Sind das wieder rechtliche Fragen?

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Wir sind ja mit der Beantwortung dieser Anfragen noch nicht aus der Zeit, denn wie im § 12 unseres Statutes auch nachzulesen steht, sind ordnungsgemäß eingebrachte Anträge spätestens in der zweitfolgenden Sitzung des Gemeinderates zu beantworten. Das könnten wir auch noch bei der Septembersitzung. Außer wir machen das, wie es der Herr Bürgermeister vorgeschlagen hat, daß eine

Anfrage schnell beantwortet werden soll, dann werden wir das auf dem schriftlichen Wege machen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber das kann man ja sagen.

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Machen wir eine Pause.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich sage noch ganz kurz etwas. Der Gemeinderat soll darüber informiert werden, daß wir eine Städtepartnerschaft mit Bethlehem anstreben. Im Herbst könnte es dazu die Beschlußfassung geben.

Es ist allgemein bekannt, daß die Busdrehzscheibe ab Montag, 12. Juli, in Betrieb geht.

Die Eröffnung der Kleingartenanlage Münchenholz wird am Samstag den 10. Juli sein.

Die Branchenmixanalyse, die wir finanzieren werden, wird jetzt durchgeführt. Es werden hier Ergebnisse Ende September erwartet.

Die Frequenzzählung in der Inneren Stadt ist im Laufen.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich sagen, daß die Arbeitslosenquote im Mai 5,8% betrug und gegenüber dem Vormonat um 0,6% niedriger ist, gegenüber dem Vorjahr um 0,4% höher.

Die Gesamtsumme der Arbeitslosen betrug im Mai 1999 2.390. Die offenen Stellen sind 576 und entwickeln sich erfreulich. 81 Stellen mehr als im Vormonat und um 127 Stellen mehr als im Vorjahr.

Ich bitte sie um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates. Vor Eingang in die Tagesordnung darf ich mitteilen, daß mehrere, drei, Dringlichkeitsanträge vorliegen. Diese sind ausreichend unterstützt und zwar:

Erster Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen und der Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist ein Antrag des Liberalen Forums, und der ist unterstützt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was ist das? Unterstützt - habe ich gesagt. Trifft zu. Interessante Kombinationen beim Unterstützen, stelle ich fest.

Dringlichkeitsantrag

zur Sitzung des Gemeinderates am 8. 7. 1999. Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatäre folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der gemeinderätliche Wohnungsausschuß wird um die Agenden der Liegenschaftsverwaltung erweitert. Er wird wie folgt umbenannt:

Ausschuß für Angelegenheiten von Wohnungen und Liegenschaften.

Und dazu wurde handschriftlich vermerkt - und um folgende Kompetenzen erweitert. Wobei ich nicht weiß, was die folgenden Kompetenzen genau sind.

Begründung:

Die Verwaltung der städtischen Bauten und Anlagen, insbesondere die Pflege und Instandhaltung, nimmt immer mehr an Bedeutung zu. Eine intensivere Befassung ist daher dringend notwendig. Der Verkauf und Ankauf von Liegenschaften und Immobilien, wie gerade die Beispiele der letzten Zeit zeigen, verlangen besonders die Vorbereitungen in einem hierfür geeigneten Gremium.

Das ist der Antrag. Es ist darüber zu befinden, ob diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird. Ich muß für meinen Teil sagen, daß ich das erste Mal, jetzt im Gemeinderat, davon Kenntnis erhalte, daß es solche Überlegungen gibt. Der Herr Dr. Pfeil sagt mir, er hat schon einmal im Wohnungsausschuß darüber gesprochen. Ich kann nur eines sagen, aus meiner Sicht, sehe ich hierfür keine Dringlichkeit. Es ist auch nicht abzusehen, welche Konsequenzen das alles hat. Ich habe nichts dagegen, wenn das auch heute noch, am Schluß der Sitzung würde ich vorschlagen, debattiert wird. Dringlichkeit sehe ich persönlich keine. Es war eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung, es gibt viele Kontakte, Stadtsenat usw., es war noch nie ein Thema. Es wird als Dringlichkeitsantrag so in das Sommerloch hineingestoßen. Der Gemeinderat wird darüber befinden müssen, ob man ihm die Dringlichkeit zuerkennt oder nicht, und ob man das gleich debattieren möchte, wenn eine 2/3 Mehrheit zustande kommt, oder erst am Ende der Sitzung. Die Frage der Dringlichkeit steht natürlich zur Debatte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ein Wort zur Dringlichkeit hätte ich noch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort gemeldet, ja bitte, ein Wort zur Dringlichkeit, nicht zum Inhalt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ein Wort zur Dringlichkeit. Nachdem sich in letzter Zeit ja die Fälle, Angelegenheiten betreffend Liegenschaften der Stadt Steyr, häufen, mit denen sich die Gemeinderäte, die Vertreter dieser Stadt, befassen müssen, sehen wir schon die Dringlichkeit gegeben. Es ist auch heute wieder auf der Tagesordnung ein Tagesordnungspunkt „Kaufvertrag mit der Ärztekammer Oberösterreich“. Ich darf in Erinnerung bringen, daß das Taborrestaurant zur Diskussion steht, Angelegenheiten im Wehrgraben mit einem Lokal, das der Stadt gehört usw. Es sind immer wieder Gründe zum Verkauf ausgeschrieben z. B. der Wirtschaftshof, mit dem wir uns zu befassen haben. Meines Wissens nach gibt es keinen Ausschuß, der sich mit derartigen Dingen beschäftigt. Ich habe mich da erkundigt. Es hat mir eigentlich niemand sagen können, ob in einem Ausschuß derartige Dinge behandelt werden. Nachdem die nächste Gemeinderatssitzung erst Ende September stattfindet, habe ich daher auch am Montag im Wohnungsausschuß dieses Thema vorgeschlagen. Es ist keine formalistische Aufblähung. Es ist ja der Referent, zugleich der Herr Vizebürgermeister Tatzreiter, der ja das Wohnungswesen in dieser Stadt über hat, auch für die Liegenschaften zuständig. Also es wird auch hier kein größeres Problem geben. Ich habe auch, mit Ausnahme den Kollegen deiner Fraktion, eher Zustimmung, beim Wohnungsausschuß am Montag, deuten können. Deine Fraktionskollegen haben gesagt, sie werden noch mit dir sprechen. Darum bin ich doch etwas erstaunt, daß du von dem Ganzen nichts weißt. Ich glaube, daß die Dringlichkeit sehr wohl, aufgrund der Aktualität in den letzten Monaten, aber auch in Zukunft, was diese Dinge betrifft, durchaus gegeben ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe geschätzte Presseleute. Ich darf zur Dringlichkeit bzw. zu dem heutigen Antrag schon vermerken, daß am Montag wohl darüber geredet wurde, aber nur andeutungsweise. Man sollte sich einmal Gedanken machen. Dazu haben wir uns, sozusagen einmal bekannt, was du gesagt hast, lieber Hans Payrleithner, daß wir uns vielleicht einmal damit beschäftigen sollten. Aber es ist nicht gesagt worden, daß wir das so abrupt machen sollen und, daß das der Dringlichkeit bedarf. Von dem ist überhaupt nicht die Rede gewesen. Das müßten eigentlich alle, die im Wohnungsausschuß sitzen, genauso bestätigen. Ich empfinde es als ein bißchen überzogen, daß man das jetzt auf einmal als so dringlich beurteilt, daß man auf jeden Fall, von Montag bis heute, schon einen Dringlichkeitsantrag einbringen sollte, und den wir auch noch genehmigen bzw. beschließen sollten, weil möglicherweise des jetzt alles so schnell und eilig daherkommt und möglicherweise andere Entscheidung fallen sollten. Ich weiß es nicht, wie du das jetzt vielleicht meinst. In dem Zusammenhang stelle ich nur fest, daß wir uns das gut überlegen sollten, weil es ja ohnehin, wenn es um einen Verkauf geht, durch den Stadtsenat bzw. durch den Gemeinderat geht, das höchste Gremium dann die Entscheidungen trifft, und nicht irgendein Ausschuß. In dem Fall kann es nur eine Beratung sein, was wir im Ausschuß dabei tätigen. Ich möchte es dabei schon belassen. Ich bin aber nicht der Auffassung, daß wir das heute, in dem Fall oder in diesem Zusammenhang, so behandeln sollten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, daß dieses Thema wirklich ein wichtiges Thema ist, und daß man darüber mit Sicherheit diskutieren und auch beraten sollte. Ich sehe die Gefahr, wenn wir das heute in der Dringlichkeit machen, daß hier das Kind mit dem Bad ausgeschüttet wird und das ist sicher nicht sinnvoll. D. h., ich würde vorschlagen, daß wir das in den Finanz- und Rechtsausschuß übertragen und dort in der nächsten Sitzung behandeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat. Dieser Vorschlag, der uns am Montag zu Gehör gebracht worden ist, ist sicher nicht uninteressant. Ich glaube aber, daß wir für die Ausgestaltung dieses möglichen Ausschusses noch Zeit brauchen. Ich habe auch damals den Kollegen Payrleithner gebeten einige Vorschläge, wie er sich denn das vorstellt, zu liefern. Und ich glaube auch, daß eine Dringlichkeit nichts daran ändert, daß wir wahrscheinlich erst im Herbst wieder zusammenkommen werden. Also, dazwischen werden wahrscheinlich keine oder kaum Sitzungen stattfinden, die sich mit dieser Causa, auch bei Dringlichkeit, befassen würden.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Na ja, aber ich denke mir, wenn wir schon so einen großen Schritt tun, daß wir diese Erweiterung des Wohnungsausschusses planen, dann sollte man sich das genau überlegen, so husch husch vor den Ferien. Ich bin eher nicht dafür.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung zur Dringlichkeit? Wenn keine Wortmeldung mehr zur Dringlichkeit ist, lasse ich darüber abstimmen, ob diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird. Wer das tut, den bitte ich um ein Zeichen, 10 (FPÖ + LIF). Danke. Gegenprobe (SPÖ, ÖVP + GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag Nummer 2, ein Antrag der Liberalen Gemeindefraktion und der ÖVP-Gemeindefraktion.

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag

gemäß § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem für die Angelegenheiten der Stadtwerke Steyr zuständigen Mitglied des Stadtsenates wird hiemit folgende Weisung erteilt:

Bei der Umsetzung der neuen Linienführung für die städtischen Autobuslinien ab 12. Juli 1999 ist umgehend dafür Sorge zu tragen, daß die jetzige Linie 3a (Ennsleite - Neuschönau - Bahnhof) weiterhin über den Stadtplatz geführt wird.

Begründung:

1. In materieller Hinsicht:

Entlang der derzeitigen Linie 3a liegen mehrere Seniorenwohnheime und Wohngebiete mit älterer Wohnbevölkerung. Gerade für ältere Menschen ist die Erreichbarkeit des Stadtplatzes als soziales Zentrum der Stadt, des Rathauses, der Einkaufsmöglichkeiten am Stadtplatz, sowie zahlreicher eben dort gelegener Arzt-, Rechtsanwalts- und Notarspraxen von besonderer Bedeutung.

Insbesondere dann, wenn sie nicht mehr selbst motorisiert bzw. gebrechlich sind. Für die genannte Personengruppe stellt der Zwang zum Umsteigen auf der Nahverkehrsdrehscheibe eine unzumutbare Belastung dar, die durchaus vermeidbar ist. Diese unzumutbare Belastung trifft zudem auch Behinderte sowie Eltern mit Kleinkindern.

Hinzu kommt, daß bei der Linie 3a, bei einem zwingenden Umsteigen auf dem Bahnhof, keinerlei vernünftige Relation mehr zwischen Fahrstrecke und Fahrzeit besteht. Es ist daher damit zu rechnen, daß es in der Folge zu rückläufigen Fahrgastzahlen auf dieser Strecke kommen wird, sollte die Linie 3a tatsächlich nicht mehr über den Stadtplatz geführt werden.

2. In Hinsicht auf die Dringlichkeit:

Die antragstellenden Fraktionen haben in den letzten Wochen und Monaten mehrfach versucht, die gewünschten Änderungen herbeizuführen, sind dabei jedoch auf kein Gehör vonseiten des für die Stadtwerke verantwortlichen Stadtsenatsmitgliedes gestoßen. Mit der Gemeinderatssitzung vom 8. Juli 1999 ist nunmehr die letzte Möglichkeit für die Herbeiführung dieser Änderung gekommen, bevor die neue Linienführung in Kraft tritt. Daher ist die Dringlichkeit des Antrages in ausreichender Weise gegeben.

3. In formaler Hinsicht:

Der Gemeinderat ist gem. Art. 118 Abs. 5 B-VG das oberste Organ der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich. Das bedeutet, daß dem Gemeinderat eine Weisungsbefugnis gegenüber den ihm so nachgeordneten Organen der Stadt (Bürgermeister, Stadtsenat bzw. einzelne Mitglieder des Stadtsenates) zusteht.

Die einschlägige und ständige Judikatur des VfGH ist dazu eindeutig (siehe insb. VfGH v. 14. 12. 1992, G 117/92).

Auch Walter/Steiner (in Fröhler-Oberndorfer, Das österr. Gemeinderecht, 3.7.2.3., S. 13) vertreten die Auffassung, daß gem. Art 117 Abs. 1 lit. a in Verbindung mit Art 118 Abs. 5 B-VG der Gemeinderat als oberstes Organ in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches letztlich die Möglichkeit

hat, seiner Meinung zum Durchbruch zu verhelfen, sei es im Instanzenzug oder sei es im Wege von Weisungen. Dadurch ist eindeutig die sachliche und formale Zuständigkeit des Gemeinderates für die Regelung dieser Angelegenheit gegeben.

Diese Auffassung wurde mittels Schreiben der OÖ. Gemeindeaufsicht vom 7. 7. 1999 vollinhaltlich bestätigt.

Nunmehr steht die Frage der Zuerkennung der Dringlichkeit zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Herr Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste. Es war eigentlich damit zu rechnen, daß heute ein derartiger Antrag eingebracht wird, und der geneigte Zuhörer wird sicherlich erstaunt darüber sein, daß die Frau Kollegin Frech ihre Hände im Spiel hat. Nachdem es nach den Statuten nicht möglich ist über den Inhalt dieses Antrages jetzt zu diskutieren, darf ich sie kurz und bündig bitten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, denn es ist mir wirklich ein Bedürfnis, und wahrscheinlich einigen anderen auch, zu diesem eingebrachten Antrag einiges zu sagen. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine weitere Wortmeldung. Ich persönlich glaube auch, daß vom Zeitpunkt her natürlich die Dringlichkeit gegeben erscheint. Vom inhaltlichen her wird es möglicherweise recht unterschiedliche Positionen geben. Wer also dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das ist einstimmig.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird nicht mehr weit fehlen, werden sie da vorne sitzen, Frau Kollegin. Die Frage der Behandlung, sofort oder am Ende der Sitzung, wie wir das gewöhnlich tun, sollte auch noch abgestimmt werden, damit alles seine schöne Ordnung hat. Hiezu muß allerdings eine 2/3 Mehrheit gefunden werden, wenn eine sofortige Behandlung erfolgen soll. Wer also der Meinung ist, daß hier eine sofortige Behandlung dieses Dringlichkeitsantrages erfolgen soll, der möge dazu ein Zeichen geben (13 FPÖ, ÖVP + LIF). Wer gegen die sofortige Behandlung ist, den bitte ich auch um ein Zeichen (21 - SPÖ + GAL + GR Dr. Wilfrid Wetzl + GR Ing. Klaus Hoflehner). Der Antrag wird, gemäß dieser Beschlüßfassung, am Ende der Tagesordnung in Behandlung genommen.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag Nr. 3.

Dringlicher Antrag gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Eingebracht durch die Grünen und dem Liberalen Forum. Frau Frech ist überall beteiligt.

Resolution des Gemeinderates an den Stadtsenat

Der Gemeinderat möge folgende Resolution an den Stadtsenat beschließen:

In Hinkunft sollen die Initiatoren von Straßenbenennungen nach Möglichkeit in die Planungs- und Entscheidungsphase seitens der Stadt Steyr eingebunden werden. Dabei soll ihnen nach Möglichkeit ein Parteigehör vor der endgültigen Straßenbenennung eingeräumt werden. Sofern möglich und durchführbar soll auch mit etwaigen Angehörigen der verstorbenen Persönlichkeiten, nach denen eine Straße benannt werden soll, Kontakt aufgenommen werden.

Die Stadt Steyr soll eine Erhebung über alle im Stadtgebiet noch nicht benannten Straßen und Plätze durchführen.

Bei neuen Straßenbenennungen soll verstärkt auf Benennungen nach Frauen geachtet werden. Eine Erhebung über das derzeitige Verhältnis zwischen Männer- und Frauennamen soll durchgeführt werden.

Zudem sollen jene Möglichkeiten geprüft werden, wie - in Übereinstimmung mit landes- und bundesgesetzlichen Vorgaben - durch etwaige Zusatztafeln auf die Geschichte und das Lebenswerk der Persönlichkeiten hingewiesen werden kann. Es wäre nämlich bedauerlich, wenn das Leben und Werk der jeweiligen „Namenspatrone“ im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten würde.

Begründung:

Derzeit erfolgt nur selten oder gar nicht die Einbindung jener Hinterbliebenen bzw. Organisationen, die eine Straßenbenennung nach einer Steyrer Persönlichkeit vorgeschlagen und damit den Ausgangspunkt für eine Straßenbenennung gelegt haben.

Es müßte aber eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit sein, die Impulsgeber von Straßenbenennungen in die Entscheidungsfindung und -umsetzung einzubinden, wodurch auch das Engagement der betreffenden Personen entsprechend anerkannt wird.

In diesem Fall handelt es sich also wieder um die Zulassung einer Dringlichkeit, daß eine Resolution hier im Gemeinderat beschlossen werden soll, ein sogenanntes Wunschschreiben, die uns die letzten Sitzungen vermittelt haben. Zur Dringlichkeit. Wer wünscht das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Sie haben ja zu Beginn der Sitzung erfahren, daß ein Antrag, der gemeinsam mit der Grünen Fraktion und dem Liberalen Forum eingebracht worden ist, nicht auf die Tagesordnung des Gemeinderates kam. Dieser Antrag wurde ihnen auch verlesen und wie sie jetzt gemerkt haben, im Vergleich zur Resolution, hat sich der Inhalt nicht geändert. Was sich geändert hat waren formal, juristische Kriterien, daß es eben jetzt nicht mehr „Antrag“ sondern „Resolution“ heißt, und daß die Formulierungen etwas weicher sind. Das sind aber nur grammatikalische Änderungen und wir hatten nicht die Möglichkeit, und ich hatte nicht die Möglichkeit im Speziellen, wie sie gemerkt haben, auf die Anschuldigungen des Herrn Bürgermeister zu antworten. Er hat zwar begründet, warum er den Antrag nicht hinaufgesetzt hat, ich hatte aber keine Möglichkeit zu sagen, nicht einmal mit dem Wort zur Berichtigung, eine Gegenstellungnahme abzugeben. Ich gehe davon aus, daß es eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit sein sollte, zu einem Antrag auch das Wort ergreifen zu dürfen, und daß ist jetzt in diesem Fall sicherlich eine Möglichkeit es zu tun. Dabei werde ich meinen Kollegen Kupfer bitten weitere Begründungen zu liefern, die für die Dringlichkeit sprechen. Ich würde sie wirklich

bitten uns die Möglichkeit zu geben über diesen Antrag hier diskutieren zu können, egal wie sie dann in der Folge ihr Abstimmungsverhältnis machen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, weitere Wortmeldungen, Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Meine Begründung für die Dringlichkeit ist nicht formal, juristischer Natur sondern eher inhaltlicher Natur. Wir diskutieren jetzt über diverse Straßenbenennungen seit ungefähr einem $\frac{3}{4}$ Jahr auf verschiedensten Ebenen in der Öffentlichkeit. Ich glaube, daß es notwendig ist, und das zeigten auch diverse Anfragen oder Anträge, die jetzt nicht aus formalen oder juristischen Gründen auf die Tagesordnung gekommen sind, daß wir auch im Gemeinderat die Gelegenheit noch vor der Sommerpause nützen sollten, eine ausführliche Debatte darüber zu führen. Darum bitte ich das Präsidium, den Stadtsenat und die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für die Dringlichkeit dieses Antrages abzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe diesen Antrag meine Zustimmung mit Unterschrift gegeben, daß er die Dringlichkeit bekommt, daß es möglich ist, hier einen Dringlichkeitsantrag aus demokratiepolitischen Gründen einzubringen. Ich erachte es durchaus für schlecht, wenn aus nachvollziehbaren, kurzfristigen Anlässen heraus Verordnungen geändert werden. Im Nationalrat würde man da sagen „Anlaßgesetzgebung“, und die kritisieren das alles. Hier haben wir eine „Anlaßverordnungsgebung“ und das ist schlecht, Herr Bürgermeister. Sie haben sich diese Diskussion hier selbst zuzuschreiben, wenn sie nicht jetzt aus einem Anlaß heraus, überraschend, über Nacht, bestehende Verordnungen über formal, juristische Geschichten geändert hätten, hätten wir heute diese Diskussion nicht. Ich habe einige Probleme, inhaltlich. Wir könnten durchaus darüber diskutieren, aber formal unterstütze ich diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Wir werden auch der

Dringlichkeit die Zustimmung geben. Wir werden dann noch die Gelegenheit haben, inhaltlich darüber zu diskutieren, weil ich hier schon etwas den Eindruck habe, daß das Demokratieverständnis hier zum Teil sehr schwach ausgeprägt ist und wir sollen hier diskutieren. Aber es gibt schon Zuständigkeiten, es gibt hier Zuständigkeiten, es gibt Statuten und Gesetze, und an die sollten wir uns auch halten und nicht immer dann so auslegen, wie man das gerade will, wie es einem gerade in den Kram hineinpaßt. Sie sind da gerade wirklich ein Paradebeispiel, Frau Kollegin Frech. Aber aus dem Grund werden wir auch die Zustimmung geben, weil wir das auch ausführlich diskutieren wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich möchte nur zu den Ausführungen des Dr. Pfeil folgendes sagen:

Ich weiß seit ungefähr 14 Tagen, daß nicht der Gemeinderat sondern der Stadtsenat zuständig ist, aufgrund einer Gesetzesänderung im Jahr 1997.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die habe ich mir noch nicht mitgeschrieben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte Herr Dr. Pfeil, ich sage nur folgendes. Wenn mir von einem rechtskundigen Beamten gesagt wird, in welchem Gremium ein Tagesordnungspunkt oder Geschäftsfall richtigerweise zu behandeln ist, dann muß ich, ab dem Zeitpunkt zumindest, das richtig machen. Vorher habe ich das nicht gewußt. Ich lese auch nicht jeden Tag irgendwelche Gesetzbücher. Ich habe auch nie behauptet, daß ich der Chefjurist da herinnen bin. Aber das sind andere auch nicht. Und dennoch bringen sie ihre Anträge ein, Kraut und Rüben durcheinander, ob es paßt oder nicht. Und wir müssen eigentlich dann zuordnen, und das ist die Aufgabe der rechtskundigen Beamten, in welchem Gremium so etwas beschlossen werden kann. Wenn wir nämlich im falschen Gremium irgendetwas beschließen, das in Wahrheit gar nicht rechtlich hält, und dann natürlich anfechtbar wäre, also das interessiert, oder muß jedenfalls schon jeden Gemeinderat interessieren, daß wir im richtigen Gremium die richtigen Dinge beschließen. Und daher kann ich nur sagen, ich fühle mich sehr unschuldig. Was sie da gesagt haben, daß ich da eine Anlaßgesetzgebung mache, das hat sich an Hand dieser Situation, bei genauer Prüfung, wo ist das zu beschließen, wirklich ergeben, daß es halt im Stadtsenat ist. Na gut, alle sind einstimmig für die Dringlichkeit, wie ich vernommen habe, daher werden wir heute diese Debatte noch durchführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber am Ende der Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber wir stimmen natürlich darüber ab und ich hoffe auch, daß das am Ende der Tagesordnung geschieht, sowie bei dem vorhergehenden Antrag. Aber bitte, zuerst stimmen wir ab. Wer erkennt ihm die Dringlichkeit zu? Danke sehr. Wer ist dagegen? Niemand. Mein Vorschlag ist, daß wir das am Ende der Tagesordnung behandeln? Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Ich kenne mich jetzt nicht aus, da haben ein paar nicht abgestimmt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das war nur falsch formuliert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte? Was habe ich?

Diskussion verschiedener Mandatare

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Falsch formuliert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich stelle fest, daß einstimmig beschlossen wurde, daß am Ende der Tagesordnung der Dringlichkeitsantrag 3, Resolution, nach dem Antrag 2 in Behandlung zu nehmen ist. In Anbetracht einer zweistündigen Sitzungszeit schlage ich eine Pause von 15 Minuten vor.

PAUSE VON 16.10 UHR BIS 16.40 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen und ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Antrag zur Geschäftsordnung. Ich möchte diesen folgenden Antrag zur Geschäftsordnung stellen, und zwar den Antrag gemäß § 8 Stadtstatutes auf Absetzung eines Verhandlungsgegenstandes von der Tagesordnung. Und zwar den Verhandlungsgegenstand Nr. 6) Neuerlassung einer Verordnung über

die Durchführung von Bürgerinitiativen. Ich bitte sie das auch prüfen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist der Punkt 6) der Tagesordnung. Die Frau Kollegin Frech möchte eine Begründung dafür abgeben. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte diesen Antrag auf Absetzung eines Tagesordnungspunktes eben zu Beginn der Verhandlungsgegenstände stellen, und zwar deshalb, weil ich der Auffassung bin, daß gerade ein so sensibles Thema, wie eine neue Verordnung, über die Durchführung von Bürgerinitiativen einer Vorberatung, einer korrekten, seriösen Vorberatung, durch ein zuständiges Gremium bedarf. Meines Erachtens wäre das geeignete Gremium dafür der Finanz- und Rechtsausschuß, und ich würde auch sie bitten, diesen Tagesordnungspunkt von der heutigen Tagesordnung dahingehend abzusetzen und diese neue Verordnung der Vorberatung dem Finanz- und Rechtsausschuß zuzuweisen.

Die Begründung ist, wie gesagt, es ist vorher in keinem einzigen politischen Gremium behandelt worden. Es gab auch schon im Stadtsenat den Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung, sowohl unterstützt von der ÖVP und von der FPÖ. Sie ist aber dann leider im letzten Stadtsenat nur mit den Stimmen der SPÖ beschlossen worden. Es hat also auch keine, zwar eine qualifizierte, Mehrheit gefunden, aber nicht die Mehrheit der Fraktionen im Steyrer Gemeinderat. Und ich bitte sie eines zu bedenken, diese Verordnung ist 18 Jahre lang in der Schublade gelegen. Sie wurde erlassen am 7. Juli 1981, wurde inzwischen niemals geändert, und ich glaube was man 18 Jahre lang hat liegen lassen können, das schafft man auch noch ein paar Monate, um es dann wirklich ordentlich vorzubereiten. Im Amtsbericht wird darauf hingewiesen, daß es zwingend notwendig ist, diese Verordnung jetzt zu erlassen. Nur wenn sie nach Linz und Wels blicken, dort gibt es ebenfalls Verordnungen, die auch nicht geändert worden sind, und ich bitte wirklich im Sinne einer seriösen, konstruktiven Politik diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen und einer soliden Beratung im Finanz- und Rechtsausschuß zu unterziehen. Ich habe, entgegen vielleicht anders lautender Meinungen, eigentlich keine Lust hier mit Abänderungsanträgen und sonstigen Dingen zu agieren, sondern ich finde, das gehört solide vorbereitet, gerade wenn es um den Eingriff in die Bürgerrechte geht. Und aus diesem Grund bitte ich sie, das ebenfalls so zu sehen, und einer Zuweisung dieses Antrages in den Finanz- und Rechtsausschuß zu erwirken. Weil ich gehe davon aus, daß kaum jemand von ihnen die Auswirkungen wirklich kennt, die diese Verordnung haben wird, und vor allem möchte ich auch darauf hinweisen, daß dieses Bürgerrechtsgesetz ebenfalls demnächst novelliert werden soll. Daher sollten wir auch noch vorher mit dem Land Rücksprache halten. Ich habe diesbezüglich ein Schreiben vom heutigen Tag vom Referenten der Gemeindeabteilung, von Fritz Hochmair, der mir auch bestätigt, daß in Zukunft, also demnächst, eine Überarbeitung des Bürgerrechtsgesetzes sein wird, und es deshalb auch sinnvoll ist, diese Verordnung noch zurückzustellen und einmal abzuwarten, wie sich das Land hier entscheiden wird. Ich hoffe wirklich auf die Unterstützung aller demokratisch gesinnten Mandatäre in diesem Gemeinderat. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zu. Es ist natürlich so, sie haben einen Antrag auf Absetzung gestellt. Das müssen sie erst einmal klären. Es geht entweder Antrag auf Absetzung oder sie stellen den Antrag auf Zuweisung in den Finanz- und Rechtsausschuß.

Präsidialdirektor

SR Dr. Gerhard Alphasamer:

Es hat zwei verschiedene Geschäftsordnungsanträge jetzt gegeben. Der Absetzungsantrag ist mit einer 2/3 Mehrheit zu beschließen und dann ist er abgesetzt. Dann ist aber der Tagesordnungspunkt erledigt und er ist nicht mehr weiter zu behandeln, daher ist auch eine Zuweisung an den Ausschuß nicht mehr möglich. Es gibt aber auch eine andere Ziffer, das wäre die Ziffer j) gewesen. Es gibt auch die lit. a), ein Antrag auf Verweisung einer Angelegenheit zur Vorberatung in den zuständigen Ausschuß. Jetzt ist zu klären, welche der beiden Varianten sie haben möchten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die, die sie jetzt am Schluß gemeint haben.

Präsidialdirektor SR Dr. Gerhard Alphasamer:

Die zweite Variante.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, Vorberatung in den Finanz- und Rechtsausschuß.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Antrag auf Zuweisung in den Finanz- und Rechtsausschuß. Wünscht die SPÖ das Wort dazu? Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Mich hat mein Gefühl vorhin nicht getäuscht, daß sie wirklich mit der Demokratie ein Problem haben. Das ist nämlich genau der Punkt, Frau Kollegin Frech, wir haben nicht ein grundsätzliches Problem, daß wir diesen Antrag nochmals in den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß zurückweisen. Das ist nicht der Punkt. Aber hier so darzustellen und die inhaltliche Diskussion vorweg schon wegzunehmen, damit hier die Öffentlichkeit nicht weiß um was es geht, das ist eine unfaire Methode bis dort hinaus. Das wissen sie ganz genau, daß man jetzt, aufgrund ihres Geschäftsordnungsantrages, keine inhaltliche Diskussion darüber führen kann. Das ist äußerst unfair bis dort hinaus, was sie machen, weil in Wirklichkeit bricht wegen dem, was wir heute beschließen, nicht die Welt zusammen. Wenn man kurz darüber, von jeder Fraktion zumindest, eine Stellungnahme abgeben hätte können und dann hätten wir gesagt, wir weisen es an den Finanz- und Rechtsausschuß zurück, das wäre kein Problem gewesen. Jeder hätte gewußt, um was es da geht, um was wir reden. Sie stellen es so dar, als wenn Steyr zusammenbrechen würde, wenn dieser Beschluß so gefaßt worden wäre, weil er nirgendwo diskutiert wurde. Das ist nämlich auch eine falsche Darstellung, daß er in keinem

politischen Gremium diskutiert worden ist. Er ist nämlich zweimal im StS diskutiert worden und nicht wegen inhaltlicher Probleme nicht beschlossen worden sondern wegen anderer Probleme wurde er nicht beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht die FPÖ das Wort? Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Typisches Beispiel „Anlaßverordnungen“. Gerade sie, Herr Bremm, haben es wirklich nicht notwendig, und gerade sie sind wirklich nicht derjenige, der da herauskommen und sagen kann, jemand anderer ist unfair. Gerade sie mit ihren, wir werden heute noch diskutierten, wenn der Abänderungsantrag oder der Auflösungsantrag für ihre Sportförderungsrichtlinien kommt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zur Sache bitte reden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da werden wir eh heute noch diskutieren darüber, wer fair und wer nicht fair ist. Gerade ihre Partei, groß plakatieren, wer fair ist. Also, von Demokratie braucht gerade ihre Partei uns herinnen, im GR, nichts erzählen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

STADTRAT GERHARD BREMM:

Aber sie am allerwenigsten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ja wirklich zu dumm. Da stellt er sich her und ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

ÖVP? Bitte. Wir werden eh über das noch diskutieren. Ich glaube, uns braucht da niemand etwas vorwerfen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Nachdem die Stimmung schon wieder sehr emotional ist, glaube ich sollten wir wieder ein bißchen auf die Sachlichkeit herunter gehen. Auch die ÖVP hat sich in der StS-Sitzung dafür ausgesprochen, daß dieser Tagesordnungspunkt zuerst im Finanz- und Rechtsausschuß behandelt werden soll. Einfach aufgrund der Frage, wenn man das nicht dort behandelt, in einem Rechtsausschuß, wo dann eigentlich. Wir sehen keine Dringlichkeit, d. h., wir sehen keine Notwendigkeit wirklich sofort diese Entscheidung zu treffen und ich glaube, es verhärtet unnötig die Fronten, wenn man da jetzt einen Standpunkt einnimmt und sagt, da fahren wir drüber. Ich glaube, es wäre wirklich sinnvoll, das noch einmal im Ausschuß zu beraten, sinnvoll und ruhig zu diskutieren um es dann im GR einzubringen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Mayrhofer, aber ich glaube, es hat auch niemand von „drüberfahren“ gesprochen. Wenn wir aber in den Stadtsenat schauen, wie wir ihn zurückgestellt haben, da haben wir ihn aber aus anderen Punkten zurückgestellt. Es ist aber auch nicht erwähnt worden, daß wir ihn diesen Ausschuß zuweisen sollen. Es hätte jeder die Gelegenheit gehabt. Es ist aber nicht erwähnt worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es war als Appell gedacht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, es hat keiner ein Problem damit, wenn wir es dem Finanz- und Rechtsausschuß zuweisen. Es wäre aber auch kein Problem gewesen, wenn man über den Antrag diskutiert hätte, dann hätte jemand den Antrag zur Geschäftsordnung stellen können und dann hätten wir ihn an den Finanz- und Rechtsausschuß zuweisen können. Das wäre eine demokratische Vorgangsweise, aber nicht gleich vorher den Antrag absetzen.

Wünschen die Grünen dazu das Wort? Bitte Herr Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich sehe das ziemlich ähnlich, aus einem ganz einfachen Grund, persönlich von mir. Ich habe mich in den letzten Tagen sehr intensiv damit auseinandergesetzt und darum denke ich mir, wir könnten wirklich die Meinungen bei dem Tagesordnungspunkt aufeinanderprallen lassen. Anlaß gibt es für mich aber eigentlich schon. Ich will jetzt nicht inhaltlich darauf eingehen, weil es jetzt ja um die Dringlichkeit oder um die Absetzung bzw. Zuweisung an den Finanz- und Rechtsausschuß geht, daß wir schon das Problem haben, und das ist ein juristisches Problem, wenn sich jetzt in den nächsten

Wochen und Monaten eine Bürgerinitiative gründet, daß wir mit einer Verordnung dastehen, die eigentlich nicht rechtskräftig ist. D. h., wir sollten uns zumindest die Möglichkeit geben, über den Punkt 6) zu diskutieren. Ich sage aber auch, daß das bei uns nicht Fraktionsmeinung ist, daß wir da zwei verschiedene Meinungen haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Frech, wollen sie auch noch eine Stellungnahme abgeben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir können es aber auch so machen, daß wir abstimmen, ob wir den Antrag auf der Tagesordnung lassen, wenn wir darüber noch diskutieren wollen und dann jemand den Antrag stellt, Zuweisung an den Finanz- und Rechtsausschuß. Diese Möglichkeit kann ich auch vorschlagen. Aber ich würde sagen, wir stimmen über den Antrag auf Zuweisung an den Finanz- und Rechtsausschuß ab.

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Diskutieren im Ausschuß ist doch super.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme zur Zuweisung.

So jetzt steigen wir in die Tagesordnung ein. Ich ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte nur zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt der Ordnung halber sagen, daß die Verordnungsprüfung durch das Land OÖ erfolgt ist und, daß dieser vorliegenden Verordnung die Zustimmung des Landes OÖ gegeben wurde. Also, so jenseits der Demokratie finden wir uns nicht. Richtig ist, was der Kollege Kupfer sagt, wenn in der Zwischenzeit eine Bürgerinitiative ist, müssen wir es nach der alten Verordnung, die nicht an die neue Gesetzeslage angepaßt ist, halt behandeln. Aber ich gehe einmal davon aus, daß solche Parteien, wie sie da herinnen sitzen, ohnehin ungefähr wissen, was Mehrheiten in der Bevölkerung brauchen und daß wir nicht nur ausschließlich auf das

Instrument der Bürgerinitiativen angewiesen sind. Ich möchte die gar nicht schmälern, aber es hat nicht so viele gegeben in der abgelaufenen Zeit. Wenn sich hier die Rechtslage ändert, dann müssen wir halt eine Anpassung vornehmen. Das hätte schon früher sein können, jetzt wäre es halt Zeit gewesen und jetzt stellen wir das in den Herbst hinein. Ich bin eh durchaus dafür, nachdem die heutige Sitzung sehr lange noch dauern wird, daß wir das im Herbst, im Ausschuß, in aller Ruhe diskutieren. Was mich an dem befremdet ist, daß im StS inhaltlich kaum Diskrepanzen aufgetaucht sind und kaum etwas als Vorschlag gekommen ist, als Vorschlag zur Änderung, was man nicht sofort hätte ausräumen können. Wir hätten es auch jetzt im GR diskutieren können. Aber man will das offenbar eh nicht haben. Daher ist der Beschluß für mich schon in Ordnung.

Jetzt kommen wir endlich zur Tagesordnung.

Es ergeht der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat.

Präs-108/99

Einrichtung eines Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 30. Oktober 1997 gem. § 40 Abs. 1 StS 1992 eingerichtete gemeinderätliche Finanz- und Rechtsausschuß wird mit sofortiger Wirkung in „Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß“ umbenannt.

Der Wirkungskreis des bisherigen Finanz- und Rechtsausschusses und nunmehrigen Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses soll um die Zuständigkeit zur Vorberatung von Anträgen und Abgabe von Empfehlungen im Bereich wirtschaftspolitischer Planungen und Maßnahmen erweitert werden, sodaß der Wirkungskreis des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses künftig wie folgt zu lauten hat:

Vorberatung von Anträgen und Abgabe von Gutachten in nachstehenden Angelegenheiten:

Rechnungsabschluß

Voranschlag

Nachtragsvoranschlag

mittelfristige Finanzplanung

die Beteiligung an erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen sowie die Aufgabe einer solchen Beteiligung

Beitritt zu einer Genossenschaft oder Gesellschaft und der Austritt aus ihnen

Anträge, Beschwerden, Klagen und Gegenäußerungen an den Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof

Rechtsmittel gegen verwaltungsbehördliche Entscheidungen von Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof und von Beschwerden, Klagen und Anträgen an den Verfassungsgerichtshof

die Abgabe von Empfehlungen im Bereich wirtschaftspolitischer Planungen und Maßnahmen

Wirtschaftsförderungsanträge an den Gemeinderat, die außerhalb der Wirtschaftsförderungsrichtlinien liegen, sofern dadurch keine unzumutbare Verzögerung der Förderung eintritt.

Ich bitte darüber die Debatte zu eröffnen und dann die Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Ing. Hoflehner. Ich erteile es ihm. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In einer der vorvorherigen Gemeinderatssitzung haben sich Frau Mag. Michaela Frech und ich darum bemüht, einen Wirtschaftsausschuß in Steyr zu installieren. Dieser Antrag hatte nichts mit Parteiideologie zu tun. Daher hofften wir, daß diesem damaligen Antrag stattgegeben wird und daß wir eine breite Zustimmung finden werden. Der Antrag hat deshalb nichts mit Parteiideologie zu tun, da selbst der linkeste Linke in Europa eines erkennen muß. Je schlechter die Wirtschaftskennzahlen eines Staates sind und je niedriger die Beschäftigungsquote ist um so geringer sind die Einnahmen an Steuern und daraus folgend, um so weniger Geld ist für die Umverteilung da. Viele Experten vertreten übereinstimmend die Meinung. Sogar Tony Blair und Gerhard Schröder, die zwei Sozialdemokraten, fordern in einem Grundsatzpapier folgendes: Eine deutlichere, wirtschaftsfreundlichere Ausrichtung des Staates um der Arbeitslosenmassen Herr zu werden. Ja wirklich, sie runzeln die Stirn. Das ist vor drei Wochen in allen Zeitungen gestanden. Ich denke also, daß die Sozialdemokraten nichts gegen eine wirtschaftsfreundliche Ausrichtung haben können und ich denke auch, daß die ÖVP eigentlich begeistert aufschreien hätte müssen, wenn es darum geht, eine Wirtschaftsinitiative für Steyr zu fordern. Der Antrag wurde von der ÖVP leider nicht unterstützt. Heute beschließen wir darüber, ob wir den Wirtschaftsausschuß im Finanz- und Rechtsausschuß als Anhängsel daranhängen. Für mich und meine Fraktion ist das leider eine unbefriedigende Lösung. Deswegen Herr Bürgermeister, weil es gerade in diesem Ausschuß sehr, sehr viel zu tun gäbe. Es kann für die Wirtschaft nicht befriedigend sein als Anhängsel in einem Ausschuß diskutiert zu werden, der selten bis nie tagt. Ich unterstelle ihnen aber immer noch, Herr Bürgermeister, daß sie über die Bedeutung der Wirtschaft Bescheid wissen. Ich glaube, in einem Wirtschaftsausschuß, der heute beschlossen wird, müßten folgende vier Themen, meiner Meinung, dringendst behandelt werden:

Wir brauchen ein mittel- und langfristiges Wirtschaftskonzept für Steyr. Ein Konzept ist deshalb wichtig, weil wir wissen müssen, wohin wir überhaupt wollen. Alles andere ist Management bei Chaos.

Wir brauchen dringendst zeitgemäße Verkehrsanbindung an den Wirtschaftsraum Oberösterreich. Sowohl von der Schiene als auch auf der Straße. Nur gute Anbindungen bringen auch neue Investoren nach Steyr.

Wir brauchen eine aktive, nicht eine passive, professionelle Betriebsansiedlungspolitik, speziell für Klein- und Mittelbetriebe. Dazu gehört auch das Aushecken neuer, innovativer Förderungen und Hilfestellungen für Unternehmer, die sich gerade in Steyr, niederlassen wollen.

Wir brauchen einen Maßnahmenkatalog zur Verhinderung des Verödens der Stadtkerne

und eine Stützung der Nahversorgung. Seit der letzten GR-Sitzung stehen drei neue Geschäftslokale am Stadtplatz unten leer. Das sind keine leeren Reden von mir, drei neue Geschäfte in den letzten zwei Monaten, die leer stehen.

Das sind die wichtigsten Forderungen, Herr Bürgermeister, die auf die Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses gesetzt gehören. Wir werden uns das sehr genau ansehen, was in diesem Wirtschaftsausschuß, oder in diesem Anhängsel, passiert. Vorerst enthalten wir uns der Stimme. Wenn zuwenig geschieht, werden wir wieder einen Wirtschaftsausschuß, einen eigenständigen Wirtschaftsausschuß, fordern.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, einiges hat mein damaliger Mit Antragsteller, Kollege Hoflehner, ja schon gebracht. Ich sehe das Ganze ein bißchen verkürzt unter dem Titel „Der Berg kreiste und gebar eine Maus“. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Das lachende Auge ist das, daß es immerhin gelungen ist, etwas zustande zu bringen, was es bisher nicht gab, nämlich einen Ausschuß der sich dezidiert auch mit Wirtschaftsfragen beschäftigt. Leider nur auch und nicht nur. Aber immerhin, bis zum heutigen Tage, hat es in Steyr so etwas nicht gegeben, obwohl es in Wels selbstverständlich einen Wirtschaftsausschuß und einen Finanz- und Rechtsausschuß gibt. Obwohl es in Linz einen Wirtschaftsausschuß und einen Finanz- und Rechtsausschuß gibt. Nur in Steyr war das eben kein Thema. Aber immerhin, eines haben wir geschafft. Wir haben, wenn es zur Abstimmung kommt und eine Mehrheit findet, einen Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß. Zumindest das Thema Wirtschaft ist einmal hineinverpackt. Obwohl, wie sie der Tagesordnung entnehmen können, steht da, Einrichtung eines Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses. Im Amtsbericht steht dann ohnedies nur mehr Umbenennung. D. h., man hat das Kind halt ein bißchen anders getauft. Aber ich will nicht überkritisch sein. Ich freue mich darüber, daß es zumindest möglich war, diesen einen Punkt zu erreichen. Es wurde uns ein fix und fertiger Amtsvorschlag vorgelegt und dann war nur mehr die Möglichkeit im Ausschuß ja oder nein zu sagen. Gut. Ein Punkt ist mir gelungen hinzuzufügen, das ist der letzte Punkt im Amtsbericht, nämlich, Wirtschaftsförderungsanträge an den Gemeinderat, die außerhalb der Wirtschaftsförderungsrichtlinien liegen, sofern dadurch keine unzumutbare Verzögerung der Förderung eintritt. Dieser Punkt war mir deshalb so wichtig, damit es nicht wieder passiert, wie schon einmal, daß wir über eine 500.000,- Schillingsubvention, wie den Bummelzug, vorher nirgendwo diskutieren, daß es möglich wird, über eine BMW-Förderung von einigen Millionen vorher zu diskutieren, daß es möglich wird, über Lehrlingsförderungen im Vorfeld zu diskutieren und auch Richtlinien dahingehend zu erarbeiten. Wie gesagt, es sind vielleicht 5 % von den 100 % die man wollte, aber man freut sich ja schon, wenn man 5 % statt 0 % hat.

Was mir ein bißchen Leid tut ist, und das ist unter dem Titel „Der Berg kreiste und gebar eine Maus“, daß es sehr, sehr lange gedauert hat, bis es überhaupt zu dieser Umbenennung gekommen ist. Ich darf sie erinnern, der Kollege Hoflehner und ich haben das seit wir in diesem Gemeinderat sind zum Thema gemacht. Wir haben dazu Anträge eingebracht, ich habe Vorschläge in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz eingebracht. Es ist ewig lange nichts passiert. Es hat sehr, sehr vieler Sitzungen bedurft, um schließlich zu diesem, eher nicht sehr großartigen, Ergebnis zu kommen. Wie gesagt, es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Was ich mir jetzt sehr wünschen würde, und

das ist der Appell an den Herrn Bürgermeister, ist, daß er wirklich diesen Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß in Zukunft tagen läßt und daß nicht diese Sitzungen so sporadisch stattfinden, wie es bisher der Fall war, weil das war ja ein Teil der Anfrage, die ich heute an sie gestellt habe, die allerdings nicht beantwortet worden ist, nämlich, wieviele Finanz- und Rechtsausschußsitzungen haben tatsächlich stattgefunden und wieviele wurden mangels Themen abgesagt. Wenn ich es so ein bißchen überblicksmäßig überschlage, dann war das ungefähr die Hälfte, die mangels Themen abgesagt worden ist. Also, ich hoffe nicht, daß es jetzt im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß auch dazu kommt, daß mangels Themen Sitzungen abgesagt werden. Aus diesem Grund würde ich sie bitten, daß es dem Kollegen Hoflehner und mir, und selbstverständlich allen Mitgliedern des Finanz- und Rechtsausschusses, in Zukunft möglich ist, auch zum Thema Wirtschaft, weil jetzt heißt er ja Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß, Themenvorschläge einzubringen, die dann auf die Tagesordnung gesetzt werden. Mir ist selbstverständlich klar, daß sie das laut Statut nicht machen müssen. Damit ein Antrag auf die Tagesordnung eines Ausschusses gesetzt werden muß, bedarf es der Unterschrift von drei Mandataren die in diesem Ausschuß stimmberechtigt sind. Aber ich gehe davon aus, daß sie unsere Anregungen aufgreifen werden und Punkte, die der Kollege Hoflehner und ich einbringen werden, im Finanz- und Rechtsausschuß thematisch behandeln. Ich glaube, das liegt im Sinne aller jener die im Finanz- und Rechtsausschuß vertreten sind.

Ja, sie werden aus meiner Wortmeldung schon vernommen haben, ich bin zwar kritisch, aber ich gebe dem Ganzen eine Chance, ich werde daher auch diesem Antrag die Zustimmung geben und mich nicht enthalten.

Wo ich aber allerdings sehr konform mit meinem Kollegen Hoflehner gehe, ist der Punkt, sollte dieser Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß nicht so funktionieren, wie es jetzt unsere Vorstellung ist, dann werden wir selbstverständlich wieder, zu gegebener Zeit, auf unseren eigenständigen Wirtschaftsausschuß zurückkommen und den auch wieder als Antrag einbringen. Ja, fürs erste wünschen wir uns jetzt, ich denke mir, da spreche ich auch in deinem Sinne, Klaus, daß dieser Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß baldmöglichst tagt und vor allem inhaltlich gefüllt ist, nicht nur mit Finanz- und Rechtsproblemen sondern vor allem auch mit Wirtschaftsproblemen. Ich darf ihnen zum Abschluß nur einen Punkt daraus bringen, das ist jenes, sie werden bemerkt haben, es gibt eine Reihe von Themen, wo sich Mandatare immer wieder auch öffentlich äußern, meine Person einschließlic, zu Wirtschaftsthemen und diese Diskussion zum Teil nur über die Öffentlichkeit stattfindet, weil es einfach dieses Gremium nicht gibt. Stichwort Stadtplatzumgestaltung, Stichwort Wirtschaftsleitbild usw. Ich glaube, wir sollten das wirklich ausreichend, gemeinsam in einem Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuß behandeln.

Wie gesagt, mein Appell an sie, Herr Bürgermeister, ich würde mich freuen, wenn es ihnen möglich wäre, unsere Anregungen und Vorschläge auch im Ausschuß behandeln zu lassen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Apfelthaler. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Ich werde sie nicht mit dem erhobenen Finger bedrohen, weil sonst müßte er wahrscheinlich schon längst steif sein, sondern ich denke, daß die Inhalte dieses zukünftigen Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses sehr wohl auch von den Mitgliedern dieses Ausschusses mitgetragen werden können und wenn welche fehlen, auch in diesen Ausschuß hineinlukriert werden können. Mir geht es auch um die Wirtschaft in Steyr. Ich denke mir, man soll sie ja, so geht es ja wahrscheinlich jeden von ihnen, da bin ich sicher keine Ausnahme und

ich glaube aber auch, daß die Wirtschaft in Steyr nicht so schlecht aussieht, also, das kann sicher nicht nur der alleinige Beweggrund gewesen sein, trotz negativer Stellungnahmen, gerade was den Stadtplatz betrifft, immer wieder zu hören bekommt. Mir geht es vielmehr auch um die Arbeitslosigkeit die hier in Steyr herrscht und die ja auch immer noch zu hoch ist. Ob wir das jetzt mit einem Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß lösen können, ob wir dieses Problem lösen können, das wird wahrscheinlich nicht so einfach sein, weil da sitzt die Wirtschaft immer noch am längeren Ast. Wir können nur versuchen, daß wir die Rahmenbedingungen so gestalten, aber zwingen können wir niemanden und da können wir, glaube ich, stundenlang beisammen sitzen und knobeln, wie wir bessere Wirtschaftsdaten in Steyr bekommen. Also, ich glaube, daß das kein Anhängsel sein braucht, daß die Inhalte, die wir dort besprechen werden, durchaus auch uns hineinlukriert werden können und probieren wir es einmal aus. Ich denke, mir geht es auch um eine politische Verbreiterung in diesem Ausschuß. Ich glaube, es ist ganz gut, wenn auch kleine Fraktionen einmal über die Schwierigkeiten erfahren, was es bedeutet, überhaupt Firmen nach Steyr zu bekommen, über die Schwierigkeiten erfahren, wie schwer ist es, diese Firmen zu halten und daß uns dieses Maß an Information ganz gut tun wird. Bislang haben wir es nur vielleicht am Rande gehört. Jetzt hören wir es unter Umständen im Ausschuß drinnen. Also, probieren wir es einmal, fangen wir einmal an zu reden, machen wir es nicht gleich von vornherein schlecht und ich glaube, wenn jeder dort mit Sympathie und der nötigen Energie dabei ist, wird schon etwas Gutes herauskommen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Hauser. Bitte sehr.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin sehr froh, daß wir das heute beschließen werden, weil dann hört endlich vielleicht die Diskussion darüber auf, weil schön langsam habe ich das Gefühl, daß es in Steyr gar keine Wirtschaft gibt, bloß weil wir keinen Wirtschaftsausschuß haben. Wenn ich dann noch ein paar Dinge höre, wie hier jetzt gerade gesagt wurde, z. B. Verödung des Stadtplatzes, dann frage ich mich, ob leicht die Stadt die Mieten für die Geschäftslokale in Zukunft zahlen soll, weil das ist offensichtlich der Grund, warum die Geschäfte dort verschwinden, weil in weiten Bereichen die Kosten zu hoch sind oder, daß es vielleicht keine Interessenten für die eine oder andere Sparte gibt. Ich weiß nicht, ob wir das beeinflussen können, sozusagen die eine oder andere Sparte hier zu behalten. Oder wenn ich dann höre, daß wir vielleicht über die Förderung von BMW diskutieren können. Also, ich denke mir, daß alle, die vorher daran gewirkt haben, daß BMW hier überhaupt herkommt und daß es dann noch Ausbaustufen gibt und die Stadt hier Förderungen, auch in Millionenhöhe, das ist gar keine Frage, geleistet hat, aber durchaus doch nicht davon zeugt, daß hier in Steyr schlechte Wirtschaftspolitik gemacht wird. Daher denke ich mir, die Wirtschaft hat ohne Ausschuß gelebt, ich hoffe, daß sie auch mit einem Ausschuß weiter leben wird, aber die Diskussionen werden vielleicht beendet. Liebe Kollegin Frech, wenn sie sagen, daß sie deswegen so glücklich sind, wenn der Ausschuß kommt, daß es dann in dem Ausschuß diskutiert wird und nicht mehr in der Öffentlichkeit, dann frage ich mich, warum so viele Diskussionen über alle anderen Dinge in der Öffentlichkeit geführt werden, die doch in Ausschüssen diskutiert werden. Die kommen nur dort hin, weil ihnen die irgendjemand dort draußen erzählt, daß sie dort weiter diskutiert werden, nämlich die Ergebnisse die in den Ausschüssen gefunden werden, passen halt den einen oder anderen nicht und das ist auch unter anderem der Umgang mit der Demokratie, wenn man dann draußen versucht, die Meinung die man im Ausschuß nicht durchgebracht hat, doch durchzusetzen. Daher glaube ich nicht daran, selbst mit der Installierung des Wirtschaftsausschusses, daß die Diskussionen in der Öffentlichkeit nicht mehr stattfinden werden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Es entsteht fast der Eindruck, es passiert in Steyr mit der Wirtschaft nichts oder wir haben hier überhaupt keine Vorstellungen, wie denn Wirtschaftspolitik betrieben werden soll und dennoch beschäftigen wir uns ununterbrochen mit Beschlüßfassungen, mit Wirtschaftsthemen. Der ganze Gemeinderat, sofern das auch nur eine gewisse Größenordnung erreicht, die halt den Wertgrenzen nach unserem Statut entspricht. Also, ich kann diese Diskussion so nicht nachvollziehen. Es wird der Eindruck erweckt, die Linzer, die Welser sind super und wir, wir sind halt Hinterwäldler, weil wir haben keine Wirtschaftsausschuß, in dem aber auch Leute drinnen sitzen müssen. Wir haben ja letztes Mal eh schon darüber debattiert, da werden doch die gleichen Leute drinnen sitzen wie sie hier im Gemeinderat drinnen sind, auch in den anderen Ausschüssen. Es gibt ja keine anderen. Die Steyrerinnen und Steyrer haben uns gewählt. Wir können uns natürlich in einem eigenen Ausschuß auch noch einmal zusammensetzen. Gescheiter werden wir durch das nicht. Ich glaube daher, daß ja bisher schon niemand aufgehalten war seine lichtvollen Vorschläge zu unterbreiten und sie beweisen es ja eh dauernd. Da gibt es den Antrag, den Antrag, spontan, ohne jede Beratung. Heute haben wir gleich drei Dringlichkeitsanträge. Keine besondere Beratung in irgendeinem Ausschuß. Da machen wir gleich eine komplette Veränderung im Geschäftsverteilungsplan oder in der Magistratsstruktur, ohne jede Vorberatung. Also, ich glaube, daß das so eigentlich nicht geht. Auf Bundesebene in Österreich haben die Sozialdemokraten erhebliche Wirtschaftskompetenz bewiesen. Also, höchste Würdenträger der Sozialdemokratie sind in Wirtschaftskreisen und Gremien hoch angesehen und haben auch eine ganze Reihe von Gesetzen beschlossen, die ganzen Jahre her, die das eigentlich unter Beweis stellen. Oder glauben sie, Herr Kollege Hoflehner, daß man 30 Jahre in Regierungsfunktion sein kann, in ununterbrochener Reihenfolge, wenn man keine Wirtschaftskompetenz hat? Ich kann mir das eigentlich nicht vorstellen. Also, sie können ja alles mögliche diskutieren, vielleicht mögen sie auch den einen oder anderen aus der SPÖ auch nicht, und das wäre nicht einmal unnatürlich, aber ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... die Kompetenz Leuten abzusprechen, die hier, gerade in Wirtschaftsbereichen, bahnbrechende Entwicklungen getragen haben, Steuerpolitik betrieben haben, wenn ich nur an den Ferdinand Lacina erinnern darf, der als der beste Finanzminister der Welt gekürt wurde, damals, also, solchen Leuten Wirtschaftskompetenz abzusprechen halte ich nicht für richtig. Und in Steyr, da bei uns, damit wir auf unsere Plattform zurückkehren und uns nicht in irgendwelchen luftigen Gefilden bewegen, muß ich sagen, ich habe eigentlich kaum Schwierigkeiten, überhaupt keine Schwierigkeiten, als für die Wirtschaft zuständiger Referent, im Gespräch mit Wirtschaftstreibenden und zwar nicht mit kleinen Wirtschaftstreibenden aber auch nicht mit den Industriebossen unserer Stadt. Nicht die leisesten Schwierigkeiten. Im Gegenteil, es gibt eine ausgezeichnete Kooperation, die auch immer wieder unter Beweis gestellt wird. Da können sie gerne nachfragen z. B. bei den Bossen von BMW, bei SNF oder wie sie immer auch heißen. Die einzige Kontaktschwierigkeit habe ich eigentlich mit der MAGNA gehabt, die haben sich nicht ausreichend hierher begeben. Aber sonst klappt das gut. Auch mit den

Gewerbetreibenden und Handeltreibenden gibt es also keine besonderen Schwierigkeiten. Ich betrachte den Ausschuß nicht als Anhängsel. Natürlich, das ist auch angeboten, können Themen von jedem Gemeinderat aufgeworfen werden und wir werden sie dort diskutieren und behandeln. Eines steht natürlich schon fest. Es wird natürlich notwendig sein, für jeden der dort Vorschläge und Anträge hineinbringt, die Mehrheit von der Sinnhaftigkeit dieser Anträge zu überzeugen. D. h. also, nicht böse sein, wenn man aus einer Minderheitensituation heraus ein Thema macht und das in dem Ausschuß behandelt und alle schreien gleich halleluja. Das ist nämlich in der Demokratie so, daß die Mehrheit entscheidet. Das werden wir nicht ändern, auch nicht in dem oder in sonst einem Ausschuß. Dazu sind aber auch die Mandatare dieser Stadt in einem entsprechenden Ausmaß, in einem unterschiedlichen Ausmaß, vom Wähler und der Wählerin legitimiert worden. Das sollte man bei solchen Gelegenheiten nicht vergessen. Also, mittel- und langfristiges Wirtschaftskonzept, daß sie das so ansprechen, das kann man eh überall lesen, aber in Wirklichkeit geht es ja um die Umsetzung, über Machbarkeiten, über ergreifen von Chancen und Möglichkeiten, das haben wir nämlich in hohem Ausmaß getan und zwar mehr wie andere, nach der Zessur, wo es alle sowieso nur auf die Tischplatte geschaut haben, als die Großbetriebe niedergegangen sind. Wir haben uns verhältnismäßig rasch erholt, wir haben durchgestartet und haben eine ganz Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Wirklichkeit als Stadt in Gang gesetzt, weit über das hinaus, was normalerweise eine Kommune überhaupt in der Lage ist. Denken sie nur an die 5-fache Bauleistung in der Wohnungswirtschaft die wir erreicht haben. Initiiert, Mittel besorgt, umgesetzt, technisch, in jeder Beziehung. Ein maßgeblicher Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft und antizyklische Wirtschaftspolitik, als die Industrie in Schwierigkeiten war, das haben wir hinter uns gebracht. Weil sie von Verkehr reden, na bitte, wenn 25 Jahre von der Nordspange gesprochen wird und wir bringen das in unserer Zeit zustanden und nächstes Jahr werden wir drüberfahren, im Herbst, ja bitte, dann können wir doch nicht von Erfolglosigkeit sprechen. Das ist doch überzeugend.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber lange hat es schon gedauert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na und, was hast du für einen Beitrag geleistet. Null. Das war dir völlig unbekannt, wie du das machen hättest sollen lieber Freund. Das sage ich dir schon.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Im Rahmen meiner Möglichkeiten schon.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weißt du, es ist unangenehm und es ist auch im höchsten Maße unfair, wenn man Leute, die sich wirklich nachweislich bemühen und ihr Bestes geben, auf allen Ebenen, bis zum Bund, im Land und überall, und versuchen, hier etwas weiter zu bringen, dann als ausgesprochene Versager versucht hinzustellen, das ist nicht ...

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das tut eh keiner.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, so wird das gebracht. Weil die Rede von Wirtschaft ist, Betriebsansiedlung, wie man das denn macht und wie wir das machen. Ja, wer hat sich denn wirklich bemüht, weit über das übliche Maß hinaus, tätig zu werden und aus einer ganz schwierigen finanzpolitischen Situation dieser Stadt heraus geschaut, daß wir Betriebsansiedlungsmöglichkeiten vorfinden? Da braucht man nämlich zunächst Grundstücke. Wir haben diese Grundstücke besorgt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hinterberg ist ein Beispiel dafür.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte ihnen nur folgendes sagen. Das ist ein Einwurf, den können wir bei anderer Gelegenheit aber auch ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er paßt aber da her.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... diskutieren. Damals war auch die Rede davon, daß wir als Amt mit Betriebsansiedlung wahrscheinlich überfordert sind. Man war der Meinung, das sollten Spezialisten, Experten machen. Die Euroleasing ist so ein Expertenteam, die haben eine eigene Gesellschaft, die das machen. Das ist vor meiner Zeit. Da habe ich die Gnade der späteren Geburt, wie der Herr Mock einmal gesagt hat. Es ist entschieden worden, die Euroleasing mit dieser Betriebsansiedlung zu befassen. Wir hätten als Stadt von Steyr Daimler Puch das Grundstück kaufen können. Wir haben es ja nie gekauft. Die Euroleasing hat das von der Steyr Daimler Puch gekauft und sie war dort, da gebe ich ihnen Recht, nicht sehr erfolgreich. Mittlerweile befindet sich das Grundstück im Besitz eines Unternehmens und wartet zu. Hat erklärt, bei Übernahme des Grundstückes von Euroleasing, sie werden sich dort mit mehr als 100 Personen ansiedeln. Es ist nur nicht geschehen. Der Stadt hier einen Vorwurf zu machen, halte ich für unfair.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber günstig haben wir es der Euroleasing schon verkauft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben es überhaupt nicht verkauft. Entschuldigen sie bitte, die Steyr Daimler Puch AG hat das Grundstück an Euroleasing verkauft. In der Stadt war man der Meinung, Professionelle können das besser, das Betriebsansiedeln. Also, so ist das nicht. Dieses Mal rede ich ja, wollte ich reden, sie haben mich ja mit dem Hinterberg auf eine Nebengasse geführt, erfolgreich möchte ich sagen, sicher wird das Grundstück verwertet werden, weil das Unternehmen wird nicht ewig auf dem Grundstück sitzen bleiben. Die werden dort schon etwas tun. Zu langsam für unseren Geschmack. Was haben wir getan? Wir haben das Stadtgut gekauft, mit dem letzten finanziellen Atemhauch. Sehr geschickt und zu einem günstigen Preis, getragen von der Idee mit dem Naherholungsgebiet, Wirtschafts- und Betriebsansiedlungspolitik dort zu betreiben. Daß es die Nordspange ohne diese Flächen und Tauschflächen, die wir dort gehabt haben, nicht gäbe, ist ja, glaube ich, allen klar geworden. Daß dort jetzt auf 20 Hektar Betriebsansiedlung wirklich passieren kann, Herr Kollege Hoflehner, das ist eine Aktivität der Stadt und von sonst niemand. So sieht das aus.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Die Welser haben das seit 20 Jahren und wir haben es halt im Jahr 2000. Super.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich mache da nicht 20 Jahre etwas. Ich weiß ja nicht, wie weit sie über die Grundstückspolitik dieser Stadt informiert sind. Ich kann ihnen nur eines sagen. Noch im Jahr 1991 waren in dieser Stadt keine zusammenhängenden 5000 m² Grund zu bekommen. Der Grundstücksmarkt ist erst später in Bewegung gekommen. Als er in Bewegung gekommen ist haben wir zugeschlagen. Allerdings geht es hier auch darum, daß man die Widmungen vorbereitet. Das haben wir getan. Wir haben ein Stadtentwicklungskonzept gemacht. In diesem Bereich steht auch eine ganze Menge über Wirtschaftsentwicklung drinnen. Ein Ausfluß ist ja in Wirklichkeit dieses Betriebsansiedlungsgebiet. Wir sind derzeit dabei die Umwidmung herbeizuführen und haben das auch beschlossen und wir sind dabei, und das ist wirklich eine Arbeit für Experten, Gemeinderäte, Gemeinderatssitzungen und Ausschußsitzungen alleine wären dabei überfordert, mit einer entsprechenden Rechtskonstruktion, die erarbeitet wurde, nämlich hier diese Betriebsansiedlung tatsächlich zustande zu bringen. Wir haben vor kurzem eine Präsentation gehabt, ich glaube es war hier vor dem Stadtsenat und Fraktionsvorsitzenden, wenn ich mich nicht täusche, die eigentlich recht positiv angekommen ist. Jedenfalls waren das die Kommentare, als diese Präsentation erfolgt ist. Die nächsten Schritte werden folgen, heuer noch, im Herbst. Es wird mehrere Gesellschaften geben müssen, aus steuerlichen und sonstigen Gründen. Es wird dort das Ziel angestrebt, 700 Arbeitsplätze zu schaffen, möglichst natürlich neue. Also, daß da nichts passiert, kann wirklich nicht gesagt werden.

Über Verkehrsanbindung haben wir schon gesprochen. Ich habe mich weiß Gott was bemüht, hier die Meinungen auf einen Nenner zu bringen, damit unsere Chancen für die schnelle, leistungsfähige Verkehrsverbindung zur Autobahn rascher realisiert werden kann.

Die Umgestaltung vom Stadtplatz wird ein Thema sein, aber da wird die zukünftige Citygarage eine Rolle spielen müssen. Wir haben oft darüber geredet und es hat auch sehr unterschiedliche Positionen gegeben, wo sie überhaupt sein soll. Manche waren der Meinung, wir brauchen sie ohnehin nicht. Auch dieses Projekt ist schwierig zu erreichen. In der Nähe des Stadtzentrums mit dieser Grundstückssituation, die Verkehrsfragen, alles das, müssen wir weiter vorantreiben. Auch ein Akzent der Wirtschaftspolitik.

Ich kann nur sagen, das haben wir aber ständig debattiert, diskutiert, in Ausschüssen, im Stadtsenat, in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz usw. Also, daß da irgendetwas im Geheimen vor sich geht, ist ja lächerlich, nachdem ja sowieso Beträge über S 10.000,- im Stadtsenat beschlossen werden müssen, ist ja das wirklich eine nicht aufrecht zu erhaltende These hier so zu tun, als würden Ausgaben da an irgendwem vorbei, im wirtschaftspolitischen Bereich gemacht. Dann werden natürlich Beispiele angeführt. Diese Sache mit dem Bummelzug. Das haben sie sogar vom Kollegen Lemmerer übernommen, Bummerzug, Frau Kollegin Frech, das ist ein netter Aspekt, aber Bummelzug, da kann man solcher und anderer Meinung sein. Da hat ein Unternehmer ein Risikokapital eingesetzt, er probiert etwas. Wir haben das überdurchschnittlich gefördert. Sie können jetzt nicht sagen, daß das nicht debattiert worden ist, es war eh ausführlich hier im Gemeinderat und auch im Stadtsenat. Man kann diese oder auch eine andere Meinung haben. Im Hinblick auf die Notwendigkeit dem Tourismus Unterstützung zu geben, das ist ja ein Aspekt, den sie gerne im Mund führen, war es eine richtige Entscheidung, die ich auf jeden Fall unterstütze und auch vertrete.

Bei der Lehrlingsförderung müssen wir uns in erster Linie an die Effizienz einer solchen Maßnahme halten. Da kann man das noch so lange in einem schönen Ausschuß diskutieren, entscheidend ist, daß wir die Betriebsinhaber dazu bringen, daß sie diese Förderung auch akzeptieren und auch als Anreiz betrachten, daß sie Lehrlinge einstellen. Das ist gelungen, weil sie nämlich, aufgrund dieser Maßnahme, die wir gemacht haben, können wir immerhin sagen, daß in zwei Jahren, mit den Mitteln und Möglichkeiten unseres Magistrates und der Förderungsaktion, mehr als 50 junge Menschen einen Lehrplatz bekommen haben. Das kann man doch nicht als Erfolglosigkeit rechnen.

Damit hätte ich das Wichtigste gesagt. Der Kollege Apfelthaler hat eigentlich hier Optimismus an den Tag gelegt. Ich glaube, daß das richtig ist und daß man halt versuchen muß, gute, neue Ideen, die es zu diesem Thema gibt, natürlich zu beraten, zu bereden und rasch umzusetzen. In diesem Sinne erwarte ich eine möglichst einhellige Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. So meine Damen und Herren jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, LIF, GAL, ÖVP, 1 FPÖ (GR Günter Fürweger). Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 7 FPÖ. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dieser Punkt ist der, der mich bei dieser heutigen Gemeinderatssitzung am meisten freut. Er paßt eigentlich durchaus zu dem Thema Wirtschaftspolitik, Tourismus oder Image dieser Stadt, nämlich ein Antrag, der hier einen Finanzierungsbeitrag betrifft, den wir für die europäischen Wissenschaftstage in Steyr beschließen sollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich betrachte es als einen außerordentlichen, durchaus auch Glücksfall, daß es gelungen ist, das Wissenschaftsministerium davon zu überzeugen, die Idee, die sie hatten, solche europäischen Wissenschaftstage in der Republik Österreich zu veranstalten, den Bundesminister, Dr. Einem, zu überzeugen, das in Steyr zu tun. Daß das in Steyr geschehen ist, ist schon ein Kompliment eigentlich für unsere Stadt und wäre sicherlich nicht passiert, hätten hier nicht hervorragende Vorleistungen, was die Infrastruktur bei solchen Veranstaltungen anbelangt, bereits in der Vergangenheit stattgefunden, erfolgreich stattgefunden. Das Ambiente unserer Stadt, die Möglichkeiten solche Veranstaltungen überhaupt erfolgreich durchzuführen, haben eben dazu geführt, diese europäischen Wissenschaftstage nach Steyr zu bringen. Es soll eine Serienveranstaltung sein, mit Auftakt im Herbst dieses Jahres. Das Konzept ist verhältnismäßig einfach. Es wird also darum gehen, hervorragende Wissenschaftler aus aller Welt, ungefähr 6 bis 10 pro Veranstaltung, bei der Auftaktveranstaltung

werden es nur vier sein, aber große Kaliber, also solche Leute, die natürlich in Wissenschaftskreisen einen hervorragenden Ruf haben, aufgrund ihrer bisherigen Arbeiten, sozusagen Leute die auf der Vormerkliste für die Nobelpreisträger stehen, auf diesem Level soll eingeladen werden. Niemand geringerer als der Kreis der Wittgensteinpreisträger werden das intellektuelle und wissenschaftliche Niveau bestimmen, gestalten und die Auswahl dieser Professoren und internationalen Spitzenforscher auswählen und bestimmen. Es sollen auch 50 Doktoranden, später sollen es einmal mehr sein, dazu eingeladen werden. Ebenfalls ausgewählte Persönlichkeiten, welche sich schon einen Ruf verschafft haben. Die sollen auch mit einem Stipendium bedacht werden. Es ist so, daß diese Veranstaltung alle Jahre wieder stattfinden soll, und das ist das Besondere, daß hier in Europa mindestens ein europarelevantes Thema alle Jahre ausgewählt wird. Die Forschungen sollen in Steyr stattfinden. Also, der Name unserer Stadt ist mit im Titel. Es ist eine nationale, internationale, regionale Bewerbung vorgesehen und das Budget für das heurige Jahr wird rund 4,2 Millionen Schilling betragen. Es ist natürlich mit einer Ausweitung dieses Budgets für die Zukunft zu rechnen. Wir haben aber, und das möchte ich bei dieser Gelegenheit auch mit einigem Stolz sagen, auch zustande gebracht, daß die Kostenaufteilung für diese Veranstaltung in einem Verhältnis von 3/6 durch den Bund, 2/6 durch das Land und 1/6 von uns getragen werden soll. Es ist natürlich beabsichtigt, hier hochrangige Unternehmungen später als Sponsoren auch mit in diese Überlegungen einzubeziehen. Ich gehe davon aus, daß das eigentlich möglich sein wird, wenn man sich den Level dieser Veranstaltung vergegenwärtigt. Wir werden damit internationale Aufmerksamkeit erreichen. Vor allen Dingen kommt es mir auf die Botschaft an, die entscheidend ist, nämlich, daß sich alle Jahre hier in Steyr die klügsten Köpfe, die erreichbar sind, zusammenfinden um zu forschen über die weiteren, zweckmäßigen und sinnvollen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Entwicklungen. Das erste Thema wird hier die Frage der Globalisierung im Mittelpunkt des Geschehens haben. Es werden 4 Universitätsprofessoren hier nach Steyr kommen, die bereits zugesagt haben. Einer davon ist der bekannte Universitätsprofessor Altvater von der Freien Universität Berlin. Ein hochrangiger Wissenschaftler aus der Universität Laibach, und ich glaube zwei Amerikaner, einer aus Los Angeles und der 2. von einer anderen Universität. Jedenfalls ist die Konzeption abgeklopft, von Leuten, die das wirklich verstehen. Ich betrachte es als einen Glücksfall, daß das bei uns passiert. Es paßt fugenlos in die Diskussion, die wir vorhin geführt haben. Was wir brauchen ist nämlich Optimismus. Was wir brauchen ist der Glaube an die eigenen Kräfte und das Ausschöpfen unserer Möglichkeiten, die durchaus vorhanden sind, wie sich das vielerorts zeigt. Daher möchte ich euch schon bitten, hier diese ganze Entwicklung mit Optimismus zu unterstützen und nicht nur die eigene Stadt, die eigene Wirtschaft oder das Geschehen bei uns krankzujammern, bei allen unterschiedlichen Auffassungen, die ganz normal sind.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

Präs-372/99

Europäische Wissenschaftstage in Steyr; Grundsatzbeschluß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der im Amtsbericht der Magistratsdirektion vom 25. Juni 1999 beinhalteten Darstellung über die Durchführung der „Europäischen Wissenschaftstage in Steyr“ durch den Verein „Wissenschaftswochen Steyr“ wird der mit dem Bund, dem Land Oberösterreich und der Stadt Steyr ausgehandelten Finanzierungsschlüssel grundsätzlich genehmigt und für das Jahr 1999 ein Betrag in der Höhe von ÖS 685.000,-- bei der VASSt. 1/289000/757200 als Kreditüberschreitung freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich denke mir, Bildung und Wissen sind unsere Schlüsselwörter, die in die Zukunft weisen. Ich denke mir, diese Veranstaltung, die hier in Steyr stattfinden soll, um die werden uns wahrscheinlich einige Regionen neidig sein. Daß Herr Dkfm. Lacina erscheint, denke ich mir, ist 1. einmal ein gutes Zeichen, auf der anderen Seite glaube ich, und wenn sie sich erinnern, war er ja schon einmal da, und zwar war das die Abschlußveranstaltung der Zukunftsakademie, von der er sich damals sehr angetan gezeigt hat. Wenn man sich jetzt dieses Konzept ansieht, dann erinnert es mich sehr an das Konzept der Zukunftsakademie. Das mag Zufall sein oder nicht. Ich denke mir, die Zukunftsakademie hat auch Erfolge vorweisen können, nur war es halt um drei Klassen weiter unten angesiedelt. Das ist auch unter Umständen ein kleiner Kritikpunkt, daß bei dieser Veranstaltung die Steyrer und Steyrerinnen, oder einige halt, oder die, die zur Abschlußveranstaltung hingehen, nur als Konsumenten dort hingehen. Sie werden dort hochrangige Wissenschaftler sprechen hören, sie werden über Forschung und Wissenschaft Neuigkeiten hören. Den Ansatz, den die Zukunftsakademie hier geliefert hat, war im Prinzip ein anderer. Hier war die Wahrnehmung der einzelnen Stadtteile, der einzelnen Firmen, der einzelnen Fachleute auch gefragt. Das ist ein bißchen etwas anderes, aber von der Struktur her ähnlich, wenn nicht gleich. Der Herr Bürgermeister hat es schon gesagt, die Konzepte sind einfach und ich denke mir, darin liegt auch der Erfolg. Einfache Konzepte, große Hirnschwingereien führen über kurz oder lang ins Abseits oder in ein wissenschaftliches Eck. Ich denke mir, daß Forschung und Wissenschaft auch dem Normalverbraucher mitgeteilt werden muß und zwar mundgerecht oder höhergerecht. Das kommt in diesem Konzept vor und darum bin ich froh, daß es dieses Konzept gibt, obwohl mich ehrlich gesagt der Neid frißt, daß es die Zukunftsakademie aufgrund Geldmangels nicht mehr gibt. Aber, wir haben es in größerer und vielleicht in anderer Form noch einmal.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich auch, daß eine Veranstaltung hier in Steyr auf uns zukommt, wo gesellschaftspolitische Veränderungen wissenschaftlich untersucht werden, weil ganz besonders wir in unserem Zeitalter, am Übergang zum 21. Jahrhundert, einer rasanten Veränderung unterliegen, in jedem Bereich, besonders auch im familienpolitischen, im gesellschaftspolitischen, arbeitspolitischen Umfeld. Deshalb ist es ganz, ganz notwendig, daß wir hier wissenschaftliche Erkenntnisse in Steyr erarbeiten und, daß uns die Möglichkeit gegeben wird, vor Ort Erkenntnisse zu erlangen. Derjenige wird dann vorne sein und auch in einem neuen Umfeld besser leben können, der sich darauf rechtzeitig einstellt.

Einige kritische Anmerkungen möchte ich aber schon machen. Wenn eine so wichtige Veranstaltung in Steyr gegründet wird, soll das nicht wie eine geheime Kommandoaktion vorbereitet werden. Es ist eine Initiative unter anderem der Stadt Steyr und wir wissen das seit einer Woche und es ist alles fix und fertig. Der Vorstand liest sich wie das „Who ist who“ der großen Koalition, nach Reißverschlussprinzip, Rot, Schwarz, Rot Schwarz. Und der dritte Kritikpunkt ist, es ist schon so und der Kollege Apfelthaler hat es teilweise angeschnitten, die Nichteinbeziehung des Steyrer Wissenschaftsnachwuchses sowohl in der Diskussion als auch im Bereich der Wissenschaft, weil ich

denke auch hier, gerade im Umfeld, dort wo der Veranstaltungsort ist, gibt es hervorragende Leute, die sicherlich etwas zu sagen hätten. Das hätte man schon rechtzeitig ein bißchen besser diskutieren können. Aber wir wollen es nicht krank jammern, ganz im Gegenteil, ich freue mich, daß so etwas in Steyr stattfindet. Es wird auch einen unheimlichen Impuls für den Tourismus, für den Fremdenverkehr geben. Es ist eine unbezahlbare Werbung, wenn das österreichweit, europaweit hier in Steyr stattfindet. Wir werden sicherlich auch einiges bei der Hotellerie nachholen müssen, wenn das funktionieren wird, und ich wünsche dem ganzen Projekt, auch bei allen Kritikpunkten, viel Erfolg.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Daß es uns ein Anliegen sein muß Bildung und Wissenschaft verstärkt in der Stadt Steyr zu verankern, steht wohl außer Zweifel. Dazu möchte ich auch gar nicht weiter Stellung nehmen. Das ist völlig klar, das ist nur eine gute, positive Weiterentwicklung dessen, was im Bereich FAZAT, Fachhochschule usw. passiert ist. Es geht aber in dieser Stadt nicht immer nur darum was passiert, sondern auch wie es passiert. Der Kollege Pfeil hat es schon ein bißchen angesprochen, ich würde es auf den Punkt bringen, „Rouge et noir“ sind eingebunden worden, „Grün“, „Blau“ und „Blaßblau“ hat man gar nicht informiert, geheime Kommandosache. Ich finde es deshalb ein bißchen eigenartig, weil es den Verein selbst bereits seit Dezember gibt und die europäischen Wissenschaftstage sogar im Oktober 1998 gegründet worden sind. Ich finde, da hätte man schon einmal Zeit gehabt, grundsätzlich darüber zu diskutieren, mit allen Fraktionen. Noch dazu, wo sie heute sehen, daß es einen Grundsatzbeschuß gibt. Grundsatzbeschuß heißt, daß wir ja nicht nur, wie heute im Amtsbericht zu vernehmen ist, S 685.000,-- für heuer aufwenden, sondern auch einen Grundsatzbeschuß für die nächsten Jahre treffen. Da muß ich sagen, hat man sehr schnell reagiert. Die Geschäftsführerin des Vereins, die Frau Dr. Süß, hat auf ein Mali sofort reagiert, was ich ganz toll finde und da habe ich sie eben gefragt, wie es weitergehen wird. Ihre Antwort war die, daß sie mir mitgeteilt hat, daß die Kosten für 1999, diese 4,1 Millionen Schilling waren, das geht ja auch mit dem Amtsbericht konform. Die mittel- und langfristigen Kosten für die kommenden Jahre betragen 6 Millionen. D. h., wir haben einen Schlüssel wo wir 1/6 bezahlen, d. h., es könnte sein, daß es im nächsten Jahr 1 Million ist. Ich finde schon, daß man bei einem Betrag von 1 Million jährlich, für den man sich verpflichtet, vorher darüber diskutieren sollte, auch wenn klar ist, daß sich jeder für Bildung und Wissenschaft ausspricht.

Ich habe ein gewisses Gerechtigkeitsgefühl und ich muß immer bemerken, gerade im Sozialbereich, daß uns Vereine jeder Art, immer dicke Konzepte liefern müssen, bevor sie von uns Geld bekommen. Wenn es aber um so etwas geht, wo Politiker im Verein sitzen, dann geht auf einmal alles sehr rasch, da brauche ich kein umfassendes Konzept, dann geht das alles ganz paletti und das widerspricht ganz einfach meinem Gleichheitsgefühl, wo wir sonst oft um S 10.000,--, um S 50.000,--, um S 100.000,-- kämpfen müssen. Deshalb finde ich, ist die Optik in diesem Fall etwas schief. Hinzu kommt, und da würde ich jetzt bitte um Klärung meiner Frage bitten, wie sieht das aus, wenn wir jetzt diesen Grundsatzbeschuß getroffen haben, muß dann jede jährliche Subvention wieder in den Gemeinderat oder reicht es, das war ein Grundsatzbeschuß, und damit wird der Gemeinderat in Folge nicht mehr behandelt. Das hätte ich gerne geklärt gehabt, weil ich kann mich erinnern, es ist beim Antrag bei der Krabbelstube Kuschelbär so gewesen, daß dann die Subvention für heuer nicht mehr in den Gemeinderat gekommen ist, weil es schon einen Grundsatzbeschuß gegeben hat, auch wenn die Wertgrenze erreicht war. Deshalb möchte ich wissen, ob das in Zukunft auch so ist, weil das würde

mir nicht gefallen, daß dann der Gemeinderat in Zukunft dafür gar nicht mehr zuständig ist. Wie gesagt, es geht um das „Wie“ und nicht um das „Was“. Das „Was“ ist unbestritten, das „Wie“ ist etwas seltsam. Zum Abschluß ist es so, ich wollte das vollständige Konzept haben. Ich habe aber natürlich, genau so wie sie, nur diesen dreiseitigen Amtsbericht. Ein ausführliches Konzept, wird mir von der Frau Dr. Süß mitgeteilt, existiert selbstverständlich, ist allerdings so geheim, daß ich es erst nach Absprache mit den Vorstandsmitgliedern bekommen kann. Ich weiß aber, daß der Bürgermeister dieses Konzept bereits hat und es wäre zumindest gut gewesen, ab dem Zeitpunkt wo es ohnedies öffentlich war, nämlich mit der Presseaussendung des Magistrates 1. Juli, dieses umfassende Konzept allen GR-Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, weil da kann von Geheimhaltung wohl keine Rede mehr sein, wenn es bereits eine Presseaussendung des Magistrates dazu gibt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Dr. Wetzl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse und sonstige Zuhörer. Herr Bürgermeister, ich anerkenne es durchaus als ihren Erfolg, daß dieses Projekt jetzt offensichtlich realisiert werden kann. Ich habe kein Problem damit, ihre Initiative, die ja zweifellos da mitentscheidend war, anzuerkennen und zu sagen, sie haben da einen gewissen Erfolg erzielt. Genau darin besteht ein wesentlicher Unterschied, nämlich zwischen ihnen und mir, weil ich bin in der Lage, Sachen, die von anderen Parteien kommen, als gut zu bewerten und die Zustimmung zu erteilen und das ist bei ihrer Fraktion sehr oft nicht der Fall. Ich möchte nur einen Antrag von uns erwähnen, der Mietkauf im Resthof, wo hunderte Bewohner dahinter stehen, der wird abgelehnt, weil er von uns ist. Ich anerkenne ihre Leistungen und erteile da die Zustimmung. Sie haben ferner in ihrer Rede erwähnt, Optimismus. Optimismus ist angesagt aber Realismus bitte auch. Wenn sie in ihrer vorherigen Rede davon reden, daß die Errichtung der Nordspange, über die seit mehr als 25 Jahren diskutiert wird, einen Erfolg darstellt, ja bitte, dann ist das ein Realitätsverlust. Ein Realitätsverlust, der nur dadurch entstehen kann, daß eine Partei, wie sie es erwähnt haben, seit 30 Jahren an der Macht ist, die Sozialdemokraten, das ist aber nicht auf die Leistungen zurückzuführen, sie haben damals, 1969 Gutes bewirkt, keine Frage, aber mittlerweile geht es euch nur mehr um Macht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie sind um ein Jahr zu bald.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

30 Jahre haben wir.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fast.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

In den letzten Jahren geht es nur mehr um Machterhaltung. Wie werden die Wahlen gewonnen? Nur mehr mit lauter Schmähs, zuerst mit der Pensionslüge, dann mit der Neutralitätslüge. Weil sie von Demokratie sprechen. Wissen sie, ein allgemein bekannter Grundsatz in allen westlichen Demokratien, und das sagen wesentlich gescheiterte Leute als ich, sagen, die Demokratie lebt vom Wechsel und den Wechsel haben wir in Österreich nicht. Ursächlich ist dieser Realitätsverlust, der überall schon Einzug gefunden hat, und speziell auch von ihnen, weil wenn sie solche Sachen als Erfolg verkaufen, dann sind sie wirklich fern jeglicher Realität.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Willi, bist du im Wahlkampf?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ich bin nicht im Wahlkampf, ich komme beim nächsten Thema noch dazu. Die Wahrheit tut weh. Der Herr Bürgermeister hat in der vorigen Wortmeldung auch, fern vom Thema, erzählt, was beispielsweise der Lacina herbeigeführt hat, daß er zum weltbesten Finanzminister gekürt worden ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

War er auch.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ja, war er? Das glauben sie. Aber warum ist er denn gekürt worden? Weil er das Budgetdefizit, das ausgefuhrt ist, eine entsprechende Prognose gestellt hat und dadurch das Defizit erheblich verringert hat. Aber nicht gesagt haben sie, als er damals nach London hingefahren ist und diese Ehrung entgegengenommen hat, daß zu diesem Zeitpunkt schon längst festgestanden ist, daß er dieses prognostizierte Budgetdefizit bei weitem nicht einhalten hat können. Das ist damals übrigens auch in den Medien kritisiert worden. Soweit zum Lacina.

Schließlich noch BMW. Wenn sie sagen BMW, wenn sie das darzustellen versuchen, das war die Leistung der Steyrer Sozialdemokraten, daß sie angesiedelt worden ist, und immer wieder in den Vordergrund stellen, bitte, die Entscheidungen, daß BMW und andere große Konzerne sich hier niederlassen, ist nicht deshalb, weil die Steyrer Sozialdemokraten eine entsprechende Wirtschaftsleistung bringen, sondern die Ursachen liegen ganz wo anders. Darauf brauchen wir gar nicht weiter eingehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr wirtschaftsfreundlich sind sie.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Jetzt wird es richtig interessant.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Richtig interessant, ja, aber nicht auf die Leistungen der Sozialdemokratie zurückzuführen, sonst wäre sie nämlich längst nicht mehr da. Daher sage ich, ein gewisser Optimismus ist gut, aber Realismus auch und das sollten sie sich bitte merken. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da haben sie Recht, aber das gilt für alle.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, Herr Stadtrat Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen, weil ich glaube, es ist schon sehr viel dazu gesagt worden, zu dem Gelingen, daß europäische Wissenschaftstage in Steyr abgehalten werden, daß hier eine Veranstaltung, wie sie der Herr Bürgermeister geschildert hat, mit hochgradigen Wissenschaftlern stattfindet, daß hier ein Impuls in Richtung Europa geht, daß es eine Werbung für die Stadt Steyr ist, in einem hochgradigen Ausmaß. Mich hat aber schon die Wortmeldung des Kollegen Dr. Wetzl veranlaßt, doch ein paar Bemerkungen zu machen. Sie haben gesagt, das ist der Unterschied von ihnen, ich weiß jetzt nicht, ob von ihnen persönlich oder von ihrer Fraktion, das haben sie nicht ganz dazu gesagt, zumindest die sozialdemokratische Fraktion haben sie dabei angesprochen, daß sie einen Erfolg auch anerkennen können, daß sie den auch schätzen und auch hier kund tun, aber die Sozialdemokraten könne das nicht. Ich glaube, daß es ein bißchen zuviel der Erfolge ist und mit dem haben sie ein bißchen ein Problem, weil ihre Darstellung, die sie jetzt gebracht haben, schon sehr hinkt. Wenn sie den Mietkauf im Resthof ansprechen, daß die Sozialdemokraten nicht mitgehen, das ist eine vollkommen falsche Darstellung. Uns fehlen nämlich die hunderte Mieter, die sie angeschnitten haben. Wir haben ein Projekt laufen, und auch dort zeigt sich schon, daß sich die Begeisterung der Mieter sehr stark in Grenzen hält und wir haben schon einen Schritt in diese Richtung versucht zu machen.

Die Nordspange haben sie auch angeschnitten. Das paßt zwar nicht zu den Wissenschaftstagen, außer so viel, daß vielleicht diese Herren in einer besseren Verkehrsanbindung nach Steyr kommen können und, daß so mancher Stau vielleicht damit verhindert wird. Aber eines ist schon unbestreitbar, daß es

in der vergangenen Funktionsperiode gelungen ist, die Weichen zu stellen und in dieser Funktionsperiode gelingen wird, daß diese Straßenverbindung, eine so wichtige Straßenverbindung, ihrer Bestimmung übergeben wird. Natürlich, daß wir, und das gilt aber auch für sie, alle nichts dafür können, daß vor 25 Jahren das nicht gelungen ist. Aus welchen Gründen auch immer, aber in diesen 2 Funktionsperioden, unter Bürgermeister Leithenmayr, ist das gelungen und ich glaube, daß das schon auch aner kennenswert und akzeptabel ist und daß das auch ein Erfolg vom Bürgermeister und somit auch ein gewisser Erfolg für die Sozialdemokraten ist.

Bei BMW, Herr Dr. Wetzl, das ist natürlich schon lange aus, das ist ja schon 20 Jahre her, daß BMW schon in Steyr ist. Der Startschuß war vor 20 Jahren. Das war natürlich altersbedingt, aber das war Bruno Kreisky, der hier die Weichen gestellt hat, der in seiner weisen Vorausschau und mit seinen internationalen Kontakten es geschafft hat, daß BMW nach Steyr gegangen ist. Natürlich hat Steyr auch andere Voraussetzungen gehabt.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Der hat uns auch Schulden gemacht.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In erster Linie hat Steyr ein hohes Potential an Facharbeitern gehabt und was glauben sie, woher die gekommen sind. Von der Steyr-Daimler-Puch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sind wir froh, daß wir so gute Facharbeiter haben und kritisieren wir das nicht auch noch. Wir schweifen ja aus wie in einer Budgetsitzung.

Unverständliche Zwischenrufe von GR Dr. Wilfrid Wetzl

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Regen sie sich in ihrem Alter nicht so auf. Das halten sie ja nicht durch Herr Dr. Wetzl.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Haben sie eine Ahnung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie verausgaben sich in ihrer Jugend schon so.

Weiter zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Nachdem es fast drei Stunden gedauert hat, bis wir zum ersten Tagesordnungspunkt gekommen sind, war ich eigentlich optimistisch, daß das politische Geplänkel damit erledigt ist und die Sachpolitik hier in diesen Raum einzieht. Leider habe ich mich getäuscht und ich kann den Ausführungen wirklich nicht ganz folgen. Wenn man hier von den wissenschaftlichen Tagen abschweift, auf die Vergangenheit der politischen Parteien und alles, was vielleicht in den letzten 30 Jahren irgendwann einmal vorgefallen ist. Ich sehe die Begründung darin wirklich in der Anwesenheit der Medien und ich hoffe, daß die Medien gnädig sind und nicht verbreiten, was da anlässlich des Tagesordnungspunktes gesprochen wurde.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich möchte aber diesen Tagesordnungspunkt zum Anlaß nehmen und mich bei allen die hier beteiligt waren, daß diese Wissenschaftstage zu uns nach Steyr kommen, für die Arbeit, für die Vorarbeit, die hier geleistet wird, bedanken und ich hoffe, daß nach dieser Debatte trotzdem alle an einem Strang ziehen und wirklich den guten Ruf von Steyr hinausbringen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech zum 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer. Ich möchte mich beim Kollegen Mayrhofer bedanken, daß er sich auch dafür ausgesprochen hat das Ganze wieder auf eine sachliche Ebene zurückzuholen, nämlich auch wirklich zu den Wissenschaftstagen Steyr. Gerade wenn einem konstruktive Sachpolitik ein Anliegen ist, dann denke ich mir ist es notwendig zu wissen und vorher festzulegen, wo nehmen wir beispielsweise diese eine Million Schilling im nächsten Jahr her. Wo haben wir die in einem Finanzplan stehen? Wie wird das weiter gehen? Haben wir ein umfassendes Konzept auf das wir uns berufen können? Das ist leider nicht passiert und das ist für mich, wie gesagt, der Punkt, nicht das „Was“ sondern das „Wie“. Ich glaube nicht, daß man den Umgang mit den anderen Fraktionen so machen sollte, daß man wirklich immer alles möglichst geheim hält und dann will man den Gemeinderat nur mehr zur Abstimmungsmechanik degradieren, weil über eine Millionen Schilling, egal ob man dafür oder dagegen ist, sollte man vorher diskutieren und wissen, woher man das Geld nimmt. Das verlangen wir bei allen anderen Projekten auch. Nur

wenn Politiker im Verein sitzen, dann spielt das scheinbar auf einmal keine Rolle mehr. Meine Frage ist nämlich noch nicht beantwortet worden und deshalb stehe ich auch hier draußen. Wird es im nächsten Jahr ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe ja noch kein Schlußwort gehabt. Das war ja kaum möglich. Nicht wahr?

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Also, ich bitte sie deshalb im Schlußwort darauf einzugehen. Sollten nämlich diese Wissenschaftstage nicht mehr in der jährlichen Subvention drinnen sein, daß sie im GR beschlossen werden, dann müßte ich mich der Stimme enthalten, weil ich glaube, einen Freibrief sollte man auch nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort. Schlußwort Herr Bürgermeister bitte. Jetzt wird die Frage beantwortet. Man muß alles abwarten können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte es ganz kurz machen. Also, weil eine direkte Anfrage gestellt wurde. Natürlich, mit der Regelung 1/6 der Kosten zu übernehmen, determinieren wir uns schon. Auch für zukünftige Veranstaltungen. Aber das Besondere daran ist ja, daß es eine Serienveranstaltung sein soll, sich fortsetzen soll und an Dynamik, Ruf und Breite sogar gewinnen soll und, daß unsere Stadt alle Jahre, bitte sehr, in aller Munde ist, in einer positiven Weise, durch diese Veranstaltung. Wenn ich mir nur überlege, meine Damen und Herren, was uns unsere Imagekampagne wert ist, zu Recht, dann ist das aber ein verhältnismäßig kleiner Betrag, mit dem wir aber einen enormen Effekt erzielen können, in Richtung Bildung, vom positiven Image. Das sollte man bei dieser Gelegenheit sehen. D. h. also, wenn nächstes Jahr die Veranstaltung wieder stattfindet, werden wir 1/6 zahlen müssen und natürlich werden wir es im GR wieder beraten. Ich hoffe, daß die Skepsis nächstes Jahr nicht mehr so ausgeprägt ist, wie heute, weil in Wirklichkeit ist es so, daß eigentlich, wenn ich die Redezeit nehme, bei den überwiegend meisten Rednern, ich nehme jetzt ganz bewußt den Kollegen Apfelthaler und den Kollegen Mayrhofer aus, ihr habt euch ja sehr über das Negative verbreitert, also, was da geheime Kommandoaktion, bitte, ich muß schon ehrlich sagen, ich habe natürlich die Mehrheitsfähigkeit dieses Geschäftsfalles abgefragt, bei den Herren des StS. Ab diesem Zeitpunkt, ab dem ich wissen konnte, daß das wahrscheinlich passieren wird, habe ich gefragt: „Ist das mehrheitsfähig?“ „Ja“, haben sie gesagt. Als dann ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber erst vor 14 Tagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, nein, da könnte man auch wo nachsehen, das haben wir sicher in einem Protokoll.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Erst Ende Juni konkret.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das stimmt doch überhaupt nicht. Das ist doch Monate aus, Monate. Wissen sie, Herr Dr. Pfeil, ich möchte eigentlich nicht mehr viel dazu sagen, als nur einen einzigen Satz. Ich bedauere alle hier herinnen, die sich nicht darüber freuen, daß das geschieht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dem kann ich mich nur anschließen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Also freuen wir uns alle.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch etwas in dieser ähnlichen Richtung, nämlich die Bemühung hier mit unserem, seit im vergangenen Jahr plazierten Fernstudienzentrum, eine eigene Fachrichtung, eine eigene Ausbildungsrichtung zu entwickeln, nämlich einen Studiengang für Führungskräfte in Non-Profit-Organisationen. Etwas, daß es noch nicht gibt, daß hier international nachgefragt ist, wo sich hier auch ausländische Universitäten wie Budapest und andere, Schweiz und Deutschland, interessiert haben, daran mitzuwirken, soll also hier bei unserem Fernstudienzentrum gelingen, eine solche Fachrichtung für Führungskräfte in diesem Bereich zu plazieren. Zu diesem Zweck wird es aber notwendig sein, zur Entwicklung der Studienpläne, eben auch einen Zuschuß der Stadt zu leisten. Insgesamt sollen es S 600.000,-- sein, welche in zwei Jahren aufgebracht werden sollen. S 300.000,-- wären hier heute, grundsätzlich also S 600.000,--, in diesem Geschäftsjahr zu beschließen. Ich möchte auch hier um Debatte bzw. um Abstimmung bitten.

Präs-369/99

Entwicklung eines Studienganges für Führungskräfte in Non-Profit- Organisationen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Entsprechend der im Vorlagebericht der Magistratsdirektion vom 22. Juni 1999 dargestellten Ziele wird der Auftrag zur Entwicklung eines Studienganges für Führungskräfte in Non-Profit-Organisationen an das Fernstudienzentrum Steyr erteilt.

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von S 600.000,-- sind zu gleichen Teilen in den Jahren 1999 und 2000 zur Auszahlung zu bringen, wobei für das Jahr 1999 eine Kreditüberschreitung bei VASSt. 1/2890/757100 in Höhe von S 200.000,-- genehmigt wird und der Restbetrag im Voranschlag 2000 zu berücksichtigen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister, auch hier geht es im Prinzip um eine sehr gute Sache. Natürlich gibt es, gerade in öffentlichen Verwaltungen, einen enormen Nachholbedarf, was das Wissen betrifft und ich bin auch durchaus mit dem gesamten Amtsbericht einverstanden bis auf Seite 3, Abs. 5. Plötzlich beginnt es. Wenn man hier liest, für die Entwicklung eines derartigen Lehrganges werden Personalkosten (Zeitaufwand der Projektbeteiligungen), Reisekosten sowie Sachkosten (Telefon, Bürobedarf etc.) und die Kosten für einen externen Projektberater anfallen. Nun kommt es. Da Herr Mag. Andreas Pöchlhammer bereits als Mitarbeiter des Magistrates Steyr an der Entwicklung des Studienganges mitgearbeitet hat, wäre es zur effektiven Zielerreichung zweckmäßig, ihn weiter als Projektberater einzusetzen. In einem von ihm erstellten Angebot wird ein Beratungstag zu S 18.000,-- exkl. MWSt. ausgewiesen. S 18.000,-- für einen freigestellten Mitarbeiter des Hauses, weil er ist ja nur dienstfreigestellt, erst vor kurzer Zeit. Ich habe damals gesagt, wenn jemand sich verändern will, wunderbar, ich habe überhaupt kein Problem damit. Nur, dann muß man auch den Mut haben zu sagen, okay, ich breche meine Brücken ab und dann kommt der Neubeginn. Aber hier ein Auffangbecken zu machen und dann beim alten Dienstgeber zu sagen, um S 18.000,-- berate ich euch weiter, um das was ich bei euch in der Dienstzeit gelernt habe, also, hier ist schon ein Erklärungsbedarf, Herr Bürgermeister. Das ist schon allerhand, das darf man der Bevölkerung draußen nicht sagen. S 18.000,-- pro Tag, 1 Mann, 1 Tag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Darum tun sie es ja nicht. Sie negieren ja die Medien. Darum sagen sie es ja so leise da herinnen, unter 4 Augen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zweitens, auch hier eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 300.000,--. Mir kommt das Ganze so vor, wir haben das ja schon einmal gehabt, es ist ja nicht alles neu hier, sie können sich erinnern, es ist schon einige Jahre her, Altersheimstrukturanalyse. Ein Beamter bzw. ein Angestellter damals Städtebund, damals dort in Diensten, kaum war die Untersuchung abgeschlossen, zwei Sekunden später hat er uns privat beraten, der Herr Dr. „P“. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben ausführlich auch im StS darüber diskutiert und der Herr Vzbgm. Dr. Pfeil wurde auch schon darauf hingewiesen, daß zwar hier im Amtsbericht der Eindruck entsteht, daß der Herr Mag. Pöchhacker den Auftrag erhält. Tatsächlich ist es aber nicht so. Den Auftrag hat die Firma Infora, ein in Graz ansässiges Unternehmensberatungsinstitut, bekommen und bei diesem Unternehmen ist Herr Pöchhacker beschäftigt. Also, es ist nicht so, wie hier der Eindruck entsteht, daß diese S 18.000,-- der Herr Pöchhacker bekommt. Hier wird ganz offensichtlich bewußt versucht den Eindruck zu vermitteln, damit die Medien ja darauf aufspringen „nächste Schiebung im Steyrer Magistrat“. Ich glaube, hier sollte man schon bei den Tatsachen und Fakten bleiben. Sie, Herr Dr. Pfeil, haben es auch im Stadtsenat genau erklärt bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist aber nicht korrigiert worden. Das ist der offizielle Amtsbericht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im Stadtsenat wurde es aber genau aufgeklärt. Gibt es weitere Wortmeldungen? Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben in unserem GR ein Problem. Wenn etwas Gutes geschieht, sagen wir ein Wort der Zustimmung und 5 der Kritik und der Herabwürdigung des Vorganges. Es ist in Wirklichkeit ein merkwürdiger Vorgang mit dem ich mir schwer tu. Entweder bin ich für etwas oder ich bin gegen etwas und wenn ich das bin, dann sage ich warum. Da kann ich mir Ergänzungsvorschläge, Verbesserungsvorschläge, alles Mögliche vorstellen, aber so zu argumentieren, wie das heute wieder einmal geschieht, an zwei höchst erfreulichen Entwicklungen, das ist für mich nicht nachvollziehbar. Es wird versucht Gift in die Suppe zu spucken. Ich muß sagen, weil dieser Mag. Pöchhacker ein

Mitarbeiter unseres Hauses war, übrigens ein ausgezeichnete Mitarbeiter, und wahrscheinlich erfolgreich, ich nehme es an, weil er kann ja nicht zu der Flaschensammlung gehört haben, wenn ihn ein internationales Beratungsinstitut von uns anheuert. Da muß er wahrscheinlich aufsehenerregende Leistungen geboten haben, im Zuge verschiedener Veranstaltungen, die er organisiert hat. Wenn das geschehen ist, dann ist das eher ein Kompliment für einen Mitarbeiter von uns. Ich komme in den Verdacht, daß ich schon wieder irgendeinen Parteigenossen, einen Sozialdemokraten da lobe. In dem Fall, dieses Mal, nicht. Es gibt offenbar auch andere Leute, die durchaus Leistungen vollbringen. Nicht wahr? Ich warte ja bloß darauf, daß wir einmal einen „Blauen Star“ haben, bei der Leistung. Da täte ich mir auch gar nicht schwer, der Herr Dr. Wetzl ist leider weggegangen, den auch hochzuloben und zu preisen, wenn er irgendwo gute Leistungen bringt. Ich muß ehrlich sagen, es handelt sich natürlich um einen Auftrag an diese Firma, deren Mitarbeiter Herr Pöchhacker neuerdings ist und er versteht von diesen Dingen einiges und deswegen delegiert ihn die Firma für dieses Aufgabengebiet. Wenn man das in diesem Zusammenhang sieht, braucht man kein Gift spucken und braucht nicht zu sagen, bitte schreibt und redet nichts darüber, das kann man ja den Leuten gar nicht sagen. Natürlich kann man es den Leuten sagen, daß wir gute Leute haben, die auch jederzeit anderswo unterkommen können und das ist halt so ein Fall.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung. 1 Gegenstimme (LIF).

Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei diesem Antrag geht es um eine finanzielle Beteiligung unserer Stadt am OÖ Verkehrsverbund bzw. am Abgang dieser Einrichtung. Wir haben uns da nicht leichtfertig, oder im vorauseilenden Gehorsam, darum bemüht, daß wir uns beteiligen dürfen, sondern wir wollen es tun, weil wir uns zum Verkehrsverbund grundsätzlich bekennen und der ist halt mit einem Abgang verbunden. Es hat gesetzliche Regelungen gegeben es hat aber auch ein Interregnum in dieser Regelung gegeben und um diesen Zeitraum geht es jetzt.

Es ergeht folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

VerkR-1106/98

OÖ. Verkehrsverbund (OÖVV); finanzielle Beteiligung der Gemeinden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 22. Juni 1999 wird der Bezahlung eines Kostenbeitrages der Stadt Steyr zum Gesamtverlust am OÖVV für das Jahr 1998 in Höhe von S 1.243.037,53 in Form einer Akontozahlung gegen nachträgliche Endverrechnung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei der VASSt. 1/690000/751000 eine Kreditüberschreitung von S 1.243.000,-- bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen

Deckungsmitteln zu erfolgen.

Der Ordnung halber, und damit es uns leichter fällt hier die Hand zu heben, sei noch berichtet, daß wir eine Zuschußleistung auf wirklich schnelle Art und Weise für unseren Busbahnhof, im Ausmaß von drei Millionen, wenn ich es richtig im Kopf habe, der Referent nickt, erhalten haben. Jedenfalls kommt also auch aus dem Titel Geld in die Stadt und es ist ja eine Einrichtung, die dazu dienen soll, dem öffentlichen Verkehr grüneres Licht zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Eichhübl. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Keine Angst, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich werde jetzt keinen Antrag einbringen, der es ermöglicht nach dem Schlußwort des Referenten noch das Wort zu ergreifen, damit die Kollegin Frech endlich zu ihren Wortmeldungen kommt, aber im Zusammenhang dieses vorliegenden Antrages möchte ich ihnen doch das auch wieder darlegen, was ich bereits in der Stadtsenatssitzung zum Ausdruck gebracht habe. Dieser Antrag, das hat der Herr Bürgermeister bereits berichtet, zielt ja darauf hinaus, daß auch die Stadt Steyr einen Kostenbeitrag zum Gesamtverlust des OÖVV in Höhe von S 1.243.000,-- leistet. Betrachtet man die Situation der Stadt gegenüber dem OÖVV so muß man festhalten und feststellen, daß es ihr so ergeht, wie anderen Kommunen auch, die selbst öffentliche Verkehrsunternehmen betreiben, daß sie nämlich zweimal zur Kassa gebeten werden. Einerseits durch die Finanzierung des eigenen Verkehrsbetriebes, andererseits durch den eben im Antrag stehenden Beitrag an den OÖVV. Im Amtsbericht wird auch darauf hingewiesen, daß die anderen oberösterreichischen Städte und Gemeinden im Zusammenhang des zu leistenden Verlustersatzes andere Argumente vorbringen und es dort und da auch Widerstände gibt, diesen Beitrag zu leisten. Herausgegriffen wird die Stadt Linz, die bereit ist, freiwillig einen Kostenbeitrag in der Größenordnung von 15 Millionen Schilling zu geben. Das kommt aber auch nicht von ungefähr, wenn man nämlich die Hintergründe etwas näher betrachtet, stellt sich die Situation so dar, daß die Stadt Linz, bevor es den OÖVV gegeben hat, ja bereits Mitglied des Linzer Verkehrsverbundes war, der Kollege Klausberger weiß das ja noch aus seiner Tätigkeit heraus, und da hat sie ja, meines Wissens, etwas mehr als 15 Millionen Schilling bezahlen müssen oder zumindest ist der Betrag in etwa in der Größenordnung gelegen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, als es darum ging, vor einigen Jahren die Frage zu klären, ob auch Steyr diesem OÖVV beitreten sollte, waren wir Freiheitlichen der Auffassung, daß dies zu machen sei, aus den damals bekanntgegebenen Gründen. Wir stehen auch heute noch zu dieser Meinung, daß wir diesen Beitrag, im Interesse jener Bürger die eben diesen Verkehrsverbund benützen, leisten sollen. Wir waren auch damals der Auffassung, daß, nachdem es ja, das habe ich bereits erwähnt, unterschiedliche Auffassungen gegeben hat und auch die Stadt Steyr eine Verfassungsgerichtshofsbeschwerde eingeleitet hat, wir diese zurückgenommen haben, aufgrund der Tatsache, daß man uns ja im Zusammenhang mit der Errichtung des Parkdecks vonseiten des Landes sehr entgegengekommen ist. Ich möchte auch das nicht unerwähnt lassen, was bereits der Herr Bürgermeister zum Ausdruck gebracht hat, daß für die Errichtung der zentralen Busumsteigstelle tatsächlich bereits drei Millionen Schilling an Förderung überwiesen worden sind. Allerdings mit einem, meine Damen und Herren des Gemeinderates, das sage ich auch ganz offen, haben wir nicht gerechnet, daß wir nämlich ständig mit einer schlechteren Anbindung der Stadt Steyr an den oberösterreichischen Zentralraum zu rechnen haben und ständig mit dieser Frage konfrontiert werden. Gerade, eingangs der Sitzung, hat der Herr Bürgermeister auch zum Ausdruck gebracht, daß eine Resolution des Gemeinderates offensichtlich nichts gefruchtet hat und zwar deshalb, weil man bei der

ÖBB da kein offenes Ohr gefunden hat. Ich glaube daher, daß es höchst an der Zeit ist, alle Maßnahmen zu setzen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß eine weitere Schlechterstellung der Anbindung der Stadt Steyr nicht mehr erfolgen kann und darf. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Da kann ich den Kollegen Eichhübl nur unterstützen, daß wir uns das nicht gefallen lassen sollten, daß die Anbindung Steyr's an den Zentralraum statt immer besser immer schlechter wird. Da möchte ich jetzt gar nicht näher eingehen, das würde den Rahmen sprengen und ich möchte mich, aufgrund der langen Tagesordnung, auch kurz halten. Was uns auch nicht gefallen sollte, sind die Abrechnungsmodalitäten des OÖVV. Da sollten wir uns jetzt in Zukunft wirklich mehr auf unsere Füße stellen, weil wenn sie bedenken, daß es bis vor wenigen Monaten nicht einmal eine Abrechnung des OÖVV für Steyr für das Jahr 1995 gegeben hat, weder für 1995, 1996, 1997, 1998, da denke ich mir, da läuft schon einiges schief. Wir müssen zwar unsere Akontozahlungen leisten, aber man weiß eigentlich nicht, wie es am Ende unter dem Strich aussieht, dann haben wir möglicherweise irgendwann einmal eine böse Überraschung. Also, die Abrechnung für 1995 und 1996 ist erst vor kurzem erfolgt. Wie sie dem Amtsbericht entnehmen können, gibt es auch noch keine Abrechnung für 1997 und 1998. Ich finde, da sollten wir auch dahinter sein, daß diese Abrechnung für 1997 und 1998 raschest möglich erfolgt, weil immerhin wir zahlen da und wissen dann gar nicht, was am Schluß möglicherweise herauskommt. Haben wir ein Guthaben, müssen wir draufzahlen? Der Verbund funktioniert ja leider nicht so gut, wie wir uns das ursprünglich gedacht haben und von da her sollten wir in Zukunft wirklich darauf drängen, daß man nicht den Verkehrsverbund so agieren läßt wie er agiert, sondern seiner Verantwortung nachkommt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Herr Bürgermeister freut sich, daß wir drei Millionen Schilling, zur Errichtung der zentralen Busumsteigstelle am Bahnhof, bekommen haben. Die Freude hält sich in Grenzen. Ich halte es nach wie vor, und ich möchte es auch hier betonen und nicht im Raum stehen lassen, für einen strategischen Kardinalfehler, daß es nicht gelungen ist, beim Bahnhofsparkdeck wirklich eine zentrale Busumsteigstelle zu schaffen. D. h., Post, Bahn und städtische Busse. Es ist jetzt schon so, daß unsere Busse stiefmütterlich unten stehen und die anderen Busse, stiefmütterlich vom Wetter, weil da gibt es ja auch ein Problem, stiefmütterlich oben. Hier ist der strategische Fehler passiert. Es wäre auch sehr viel besser gewesen, ich sage es immer wieder, wenn die städtischen Busse auf der Rampe stehen. Sie brauche nur runterrutschen, sie sparen sich jedes Mal 6 Minuten, sie brauchen nicht durchs Bahnhofsviertel fahren, sie bleiben auch nicht stehen. Hier sind tatsächlich, nachweisbar, strategische Fehler passiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu der Problematik Tagesrandverbindungen habe ich ja schon die höchsten Herren zitieren dürfen, die wir damit befaßt haben, als Gemeinderat. Daß die Abrechnung im Rückstand ist, das ist so. Da kann man sagen, das ist fürchterlich und man kann sich fürchterlich erregen, wenn man das möchte. Ich muß nur eines sagen, der Verkehrsverbund ist halt auch nicht irgend so ein Zwetschkerl, das man aus dem Arm schüttelt. Ich muß sagen, da haben sich Leute, die es mit dem öffentlichen Verkehr schon gut meinen, wirklich sehr, sehr bemüht. Keiner hat genau gewußt wie das funktionieren wird. Viele technische Probleme sind aufgetreten, mit den Automaten usw. Wenn man aber zu dieser Fortentwicklung des öffentlichen Verkehrs und der Verbesserung auch über dieses Verbundsystem steht, und ich glaube, da gibt es keine Alternative dazu, dann müssen wir uns also auch zu den Kosten dafür bekennen.

Lieber Herr Dr. Pfeil, natürlich freue ich mich als Finanzreferent, wenn ich drei Millionen herausreißen kann. Logo. Wenn ich zwar schon 1,5 bezahlen muß oder was das jetzt war bei dem Verbund, aber wenn ich drei Millionen für ein Projekt, das wir auch in diesem Bereich machen, bekomme, dann freue ich mich. Das kann man ruhig auch einmal zeigen, wenn man sich freut. Es ist besser, als wenn man immer nur zeigen muß, daß man sich ärgert. Allerdings, wie sie jetzt das locker vom Hocker da einstreuen, wie das super gewesen wäre wenn man die städtischen Busse auch noch dort hinauffahren lassen hätte können, auf diese Bahnhofsüberbauung, das muß ich schon sagen, das ist „Grün“, wie sie das von sich geben. Da haben wir uns weiß Gott wie lange darum bemüht, daß wir das Ding überhaupt auf die Schiene bringen, da haben alle möglichen Experten daran herumgewerkelt und wir haben auf Teufel komm heraus gestritten und es war halt die mögliche Lösung. Wenn ich nur die Kosten, für das was wir hingebaut haben, mit den 150 Millionen, was eh zuwenig wird wenn man die Grundkosten dazurechnet, die sie oft kritisiert haben, hernehme, wenn wir die auch noch hinaufbringen hätten wollen, auf die Überbauung, die sie einmal als sehr häßlich bezeichnet haben, was die Steyrer zum Glück nicht so empfinden, dann muß ich sagen, dann wäre das Ding noch teurer geworden und wäre uns wahrscheinlich unter den Fingern gestorben. Das muß ich einmal sagen. Ich bin herzlich froh, daß uns jetzt das gelungen ist. Wir haben schon die Schiene, die Regionalbusse und die städtischen Busse zusammengeführt und das ist schon ein Meilenstein in der Entwicklung des öffentlichen Verkehrs in Steyr. Das möchte ich dem GR zu bedenken geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Danke. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Jahr 1998 liegt vor. Er wurde im Finanz- und Rechtsaus-schuß, in Vorstandstreffen zu diesem Thema, beraten und auch im StS bereits beschlossen.

Ich muß sagen, daß dieser Rechnungsabschluß, den wir auch den Medien schon vorgestellt haben, äußerst erfreulich ist, daß er in Wirklichkeit einen Überschuß gebracht hat, den wir sinnvoll eingesetzt haben, indem wir hier mehr Darlehen zurückgezahlt haben, weniger Darlehen aufgenommen haben, sodaß die Verschuldung deutlich unter 700 Millionen Schilling liegt, nämlich bei 685 Millionen, daß wir Rücklagen gebildet haben, die auf der Höhe des Vorjahres liegen, mit rund 142 Millionen Schilling und, daß wir auch unsere Investitionen in der planlich festgelegten Weise vorangetrieben haben. Zu den konkreten Zahlen und dem Antrag möchte ich ihnen den Antrag des StS vortragen.

Fin-120/98

Rechnungsabschluß 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1998 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von

S 1.029.309.992,59

im außerordentlichen Haushalt von

S 194.671.766,84

somit insgesamt

S 1.223.981.759,43

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke für das Finanzjahr 1998 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 168,641.136,20, die Bilanz des Versorgungsbetriebeverbundes Steyr mit Aktiva und Passiva von S 247,102.317,99 und die Bilanz des Alten- und Pflegeheimes Steyr mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 75.066.204,99 genehmigt.

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Im Jahresabschluß 1998 sind wiederum Zahlen drinnen, die von einer sehr starren Haltung seitens der Personalpolitik und der Finanzpolitik des Hauses zeigen. Wie wir damals schon bei den Budgetsitzungen, auch noch unter Leitung bzw. Moderierung von Herrn Lübbers, diskutiert haben, und ich sage es jedes Jahr hier, ich erinnere an das Wort von Herrn Lübbers. Er sagte, ohne jetzt die Finanzen im Detail der Stadt Steyr zu kennen, „eine

3-prozentige Reduzierung des Personalaufwandes müßte pro Jahr, mindestens 5 Jahre lang, leicht erzielbar sein“. Originalton Lübbers. Wir tun so, im Verwaltungsbereich, wie wenn rundherum nichts passieren würde. Jede Firma, ob es jetzt eine große oder kleine Firma ist, ob es jetzt ein Mittel-, Groß- oder Kleinbetrieb ist, muß gerade bei den höchsten Ausgaben sparen und schauen, wo kann ich effizient einsparen. Lediglich in unserer Verwaltung, trotz hochbezahlten Beamten, wie wir zuerst gerade erfahren haben, gelingt es nicht, gerade auf diesem Sektor, eine Einsparung zu erzielen. Wenn man das immer als Gott gegeben annimmt, ich zitiere jetzt nur einen Satz aus diesem Amtsbericht: „Die Erhöhung des Personalaufwandes gegenüber dem Vorjahr ist auf die gesetzliche Lohnerhöhung, Vorrückungen und Beförderungen zurückzuführen.“ Man beginnt ja nicht einmal die Diskussion. Wird irgendein Spitzenposten frei, dann wird reflexartig einfach ausgeschrieben. Wir werden uns heute noch darüber unterhalten. Auch hier muß man diskutieren, hier muß man ganz genaue Richtlinien für eine Neugestaltung des Rathauses, einschließlich des Personals, finden. Hier haben wir keine Reduzierung, sondern einen Anstieg der reinen Personalkosten um 3,04 % wenn man absieht von den Pensionen bzw. von den Funktionärsbezügen.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Funktionärskosten!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein weiterer Aufwand ist noch sehr deutlich gestiegen, um 7,77 %, das ist eben der Verwaltungs- und Betriebsaufwand, das ist der zweitgrößte Aufwand im ordentlichen Haushalt. Sie, als Betroffene, das ist ganz klar, daß sie sich aufregen. Daß sie sich nicht bereit erklären, wie kann man einsparen, das ist eh ganz klar. Ich halte es wirklich für kontraproduktiv, Magistratsbeamte hier als Gemeinderäte zu haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eines muß man aber auch bekennen, wir stellen immer mehr Anträge, die Arbeit wird immer mehr, da kann ich nicht weniger Personal haben wenn die Anforderungen immer mehr werden.

Wer wünscht noch das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wenn sie von mir eine inhaltliche Diskussion zum Rechnungsabschluß erwarten, dann muß ich sie enttäuschen. Nur ein einziger Satz. Aufgrund dessen, daß ich mich beim Voranschlag für 1998 der Stimme enthalten habe, werde ich mich auch beim Rechnungsabschluß der Stimme enthalten. Nur zur Begründung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das gilt für uns auch, das habe ich vergessen zu erwähnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es war ja zu erwarten und im StS hat es sich angekündigt, daß hier unsere Freiheitlichen Kollegen mitgeteilt haben, ohne weitere Begründung, daß hier, wegen ihrer Nichtzustimmung zum Budget 1998, auch bei der Beschlußfassung über den Rechnungsabschluß keine Zustimmung erfolgen wird. Der Herr Vzbgm. Dr. Pfeil hat hier die Personalkosten jetzt noch einmal kritisch angesprochen. Ich muß sagen, es war schon eine beachtliche Leistung, daß man 4 Jahre lang mit den etwa gleichen Personalkosten auskommt. Man zeige uns ein Unternehmen, wo das geschieht, es sei denn es brennt ganz gewaltig der Hut, dann kommt es aber meistens zu totalen Veränderungen in dem Betrieb. Man sollte nicht vergessen, daß wir es mit einem Unternehmen zu tun haben, in dem hier die Dienstnehmer Vertragsverhältnisse haben, daß wir hier eigentlich die Verträge erfüllen müssen und natürlich auch unseren Dienstnehmern gegenüber im Wort sind, daß alle Jahre alle Dienstnehmer in diesem schönen Land Österreich von Tariferhöhungen betroffen sind, welche die Gewerkschaften, die Bösen, aushandeln und alle freuen sich darüber, wenn sie ein bißchen mehr Geld im Börserl haben. Das trifft auch für Magistratsbedienstete zu. Zudem gibt es gewisse vertragsrechtliche Bestimmungen. Das steht auch fest. Zudem gibt es auch dort und da noch Entwicklungen, wo man eigentlich anerkennenderweise sagen muß, hier ist eine Beförderung am Platz. Das alles geht nicht im stillen Kämmerlein vonstatten, hier trifft nicht der Bürgermeister und der Personalreferent einsame Entscheidungen, sondern es wird im Personalbeirat abgehandelt. Alles ist eigentlich gläsern. So ist das gegangen und ich muß ehrlich sagen, wenn sie sich die Tariflohnerhöhungen ansehen und dann noch alleine die gesetzlich geregelten Biennalsprünge dazu denken, dann sind sie mit den 3,4 % gut bedient. In vielen Betrieben wären die Leute froh, wenn ihnen das gelungen wäre. Also, ich muß ehrlich sagen, nur auf die Bediensteten abzuladen und einen Wulst von Beschlüssen herbeizuführen, und natürlich werden damit ständig neue Aufgaben ausgelöst, ist, glaube ich, auch nicht der richtige Weg. Wir haben eine Zessur in dem Bereich hinter uns gebracht. Das heißt aber nicht, daß wir nicht auch in Zukunft die Personalkosten scharf im Auge behalten müssen und ich bin wirklich ein Gegner davon, daß wir das ins Kraut schießen lassen. Nicht deswegen, weil ich es den Magistratsbediensteten nicht vergönnt wäre, sondern weil ich die darauffolgenden Sparpakete schon sehe und die Wildwasserentwicklung dann in den Griff zu bekommen ist immer fürchterlich. Also, wir tun uns halt einmal leichter den Gewinn zu verteilen als den Verlust. Das ist eine alte Weisheit aus der Wirtschaft und trifft halt auch auf Magistrate, Budgets und Rechnungsabschlüsse zu. In diesem Fall haben wir es mit Überschüssen zu tun. Es ist uns gelungen, sie gut zu verteilen. Ich bitte sie, diesem Rechnungsabschluß 1998 zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? FPÖ + LIF. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mein letzter Antrag beschäftigt sich mit dem Jahresbericht 1998 unserer Kontrolle und Revision. Es ergeht der Antrag des Prüfungsausschusses, den ich hiemit vortrage.

RP-2/98

Jahresbericht 1998 der Fachabteilung für Kontrolle und Revision gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1998 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen.

Ich bitte die Damen und Herren des Gemeinderates, wenn notwendig, hier die Debatte darüber abzuführen und eine Genehmigung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Eigentlich, und wenn es nicht vorgeschrieben wäre, könnte man ja sagen, man kann sich diesen Bericht sparen, weil er besteht, und gerade für jene Gemeinderateskolleginnen und -kollegen, die nicht im Prüfungsausschuß tätig sind, sagt er natürlich nicht sehr viel, eigentlich nur aus Überschriften, und er ist für alle anderen, eher von den Inhalten her, nicht sehr nachvollziehbar. Vielleicht mit einer einzigen Ausnahmen, die durchaus positiv zu erwähnen ist, das sind die Einsparungen, die alljährlich über die Preisverhandlungen erreicht werden, das sind immerhin S 722.000,-- und das ist doch ein beachtlicher Betrag.

Ein Wort vielleicht zu der Tätigkeit im Prüfungsausschuß überhaupt und zu den Arbeitsbedingungen, nachdem sich ja dort einiges geändert hat. Ich glaube es ist es wert, daß man auch im GR noch einmal darüber diskutiert. Es ist ja auch, wie die meisten wissen, auch die, die nicht im Prüfungsausschuß sind, für morgen eine Sondersitzung des Prüfungsausschusses angesagt. Nachdem uns seit der letzten Prüfungsausschußsitzung die Unterlagen für den Ausschuß sozusagen vorenthalten werden, man muß jetzt eine Woche vorher, im Rahmen einer Woche, auf das Amt gehen und dort Einsicht nehmen. Ich habe mich auch dieser Aktivität unterzogen und habe heute das Kontrollamt aufgesucht. Da ist mir aber mitgeteilt worden, daß es überhaupt keine Unterlagen gibt. Es gibt nur eine Einladung vom Herrn Vorsitzenden, vom Herrn Apfelthaler, wo ja keinerlei Unterlagen dabei sind und auch am Amt liegt überhaupt nichts über die zu behandelnde Tagesordnung morgen vor. Also, ich frage mich eigentlich, wie das morgen ablaufen wird. Ich bin gespannt, wie das dann dort sein wird. Ansonsten ist diese Vorgangsweise, und ich weiß nicht, ist da der Herr Bürgermeister schuld oder der Herr Apfelthaler, das war nicht ganz klar ersichtlich wer da wirklich hinter diesem letzten Brief steckt, der uns da zugeschickt wurde, in dem uns die Einsichtnahme doch sehr erschwert wurde. Für uns, die nicht hauptberuflich in der Politik tätig sind, ich habe das auch dort im Ausschuß gesagt, ist das nicht sehr einfach geworden. Das möchte ich hier auch noch einmal deponieren. Vielleicht, weil man immer wieder die Vertraulichkeit, die da angeblich dafür verantwortlich sein soll, anspricht. Wir werden das in Zukunft mit dieser Vorgangsweise auch nicht verhindern können, wenn sich wirklich

ein Skandal in diesem Haus abspielt, daß er vertuscht werden kann oder dann nicht doch, in irgendeiner Art und Weise, früher oder vielleicht jetzt dann ein bißchen später an die Öffentlichkeit gelangt, wo er letzten Endes ja auch sein soll, weil die Öffentlichkeit, die ja des letzten Endes auch finanziert, hat ja auch ein Anrecht darauf zu erfahren, was sich hier in diesem Hause abspielt. Das nur zu diesem Thema.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Kurt Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Einige Stichwörter sind ja heute schon einmal gefallen z. B. Vertraulichkeit ect. Bleiben wir bei der Vertraulichkeit. Ich denke mir, das ist sicher ein Problem, das wir schon über Jahre gehabt haben. Ich weiß, daß man dieses Problem, so wie jedes Problem, wahrscheinlich nicht zu 100 % lösen kann, indem man Unterlagen quasi erschwert, unter Anführungszeichen, zugänglich macht. Erschwert deswegen unter Anführungszeichen, weil es durchaus auch üblich ist, in anderen Ausschüssen, daß man dort hingehen und sich die Unterlagen ansehen muß. Ich meine, es ist eine Serviceleistung gewesen, wenn wir sie ins Haus geschickt bekommen haben, aber es war halt immer peinlich, wenn man dann faktisch auf Faksimile-Basis dann die einzelnen Unterlagen in den Medien lesen konnte. Es ist im Prinzip ein Versuch, jenen Schaden von Personen fern zu halten, die durch diese, wie soll ich es jetzt ausdrücken, sagen wir einmal vorschnelle und mediengeile Vorgangsweise geschädigt werden. Wenn heute Privatpersonen im Amt in irgendeiner Sache involviert werden, ich erinnere nur an Vorwärts ect., an die Vorgangsweise damals, was da passiert ist, wo dann plötzlich alles in der Zeitung gestanden ist, denke ich mir, das wirft auch Strategien der Stadt Steyr über den Haufen. Es gibt auch andere Beispiele dafür, aber ob wir das jetzt, durch diese Maßnahme, die ja im Prinzip einen Versuch darstellt, hintanhaltend können, das werden wir erst sehen. Ich denke mir, es ist auch durchaus möglich, daß, wenn das jetzt zumindest einmal ein Jahr funktioniert, man dann noch einmal darüber befindet und das Ganze noch einmal bespricht, weil ich denke mir, das andere, da haben sie nicht Unrecht, unsere Zeit wird immer weniger, obwohl wir dafür bezahlt werden, daß wir uns die Unterlagen holen, wenn es Erleichterungen gibt, dann sollen sie sein, wenn es rechtlich möglich ist ect. Aber wenn es halt nicht funktioniert, dann können wir es halt nicht tun. Was die Unterlagen des Sonderprüfungsausschusses betrifft, diese Unterlagen hat, glaube ich, jeder GR bekommen, sofern ich mich erinnere, und zwar handelt es sich um die Unterlagen über die Beschaffung von Schulmöbel in der HS 1 auf der Promenade.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein, nicht Schulmöbel, Einrichtung eines Konferenzzimmers.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Einrichtung eines Konferenzzimmers. Ich weiß nicht, hat das hier herinnen jeder bekommen, bzw. die Mitglieder des Prüfungsausschusses? Es gibt um diesen Akt einigen Unmut, es gibt einzelne Wahrnehmungen, die beim StS ausgesprochen worden sind und über nichts anderes wollen wir uns

am Freitag unterhalten, wie der Hergang war und die einzelnen Stellungnahmen der Beamten dazu sind. Dazu habe ich als 2. Tagesordnungspunkt die Vergabeordnung draufgegeben und die Vergabeordnung, denke ich, hat jeder entweder zu Hause liegen oder wie ich z. B. vor mir auf den Tisch. Also, keine Geheimnisse, keine Bring- oder Holschuld ect., ganz offen und ehrlich. Der Kollege Payrleithner schaut noch einmal in seinen Unterlagen nach, ob er sie vielleicht nicht doch hat.

Das soll mich aber nicht aufhalten, daß ich mich bei der zuständigen Beamtenschaft und bei der ganzen Abteilung bedanke. Die Aufgaben werden immer mehr und wenn man sieht, auch die Entwicklung in den letzten Wochen bedarf eines erhöhteren Aufwandes. Die Preisverhandlungen sind eh klar. Zu den Preisverhandlungen möchte ich noch dazu sagen, ich habe gebeten, daß bei den Preisverhandlungen brutto, netto und die Einsparung dabei sind, weil ich denke mir, Baumeisterarbeiten Hallenbad, S 32.000,- sind sehr schön, aber bei 70 Millionen, als Hausnummer, sind S 32.000,- wieder gering. Also, ich denke mir, es ist sicher eine schöne Einsparung, aber noch schöner wäre es, wenn man den Brutto-Netto-Betrag herauslesen könnte. Also, noch einmal danke an die Abteilung, danke an die zuständigen Beamten dafür und ich hoffe, daß wir mit noch mehr Anstrengung ins nächste Jahr gehen können und, daß diese Abteilung weiterhin so gut arbeitet. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, bei diesem Tagesordnungspunkt auf eine Meldung in der Presse Stellung zu nehmen. Leider ist der Kollege Mayrhofer, den es eigentlich betrifft, und ich glaube den Kollegen Payrleithner, der ähnliches geäußert hat, derzeit nicht anwesend. Es wurde mir vorgeworfen, daß ich Unterlagen des Prüfungsausschusses, speziell der Kollege Mayrhofer, an die Medien weiterleiten würde bzw. von meinem Kollegen Apfelthaler, der diese Unterlagen ja bekommt, ich nicht, da ich ja nicht im Prüfungsausschuß drinnen sitze bzw. nicht tätig bin. Ich möchte das schärfstens zurückweisen, weil ich das niemals gemacht habe und in diese Akten, die der Kollege Apfelthaler bekommt, nicht einmal Einsicht nehme, aus verständlichen, vertraulichen Gründen. Ich weise diese Anschuldigung einfach schärfstens zurück, das habe ich niemals gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer sich verteidigt, klagt sich an.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist in den Medien gestanden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, zu Wort gemeldet ist GR Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Was die morgige Prüfungsausschußsitzung anbelangt, möchte ich mich beim Kollegen Apfelthaler und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bedanken, daß er auf meine Anregung hinauf diese Sondersitzung einberufen hat und, daß es sehr wohl nötig ist, sehr rasch zu reagieren, seitens der Stadt, weil anzunehmen ist, auch was man der Presse in den letzten Tagen entnommen hat, daß da noch einiges nachkommt und wir als Stadt Steyr sicherlich Maßnahmen finden sollen, daß so etwas in Zukunft nicht mehr passieren wird. Insofern möchte ich mich beim Kollegen Apfelthaler bedanken, daß er das so rasch aufgegriffen hat.

Was ich nicht so ganz in Ordnung finde ist, daß auf eine Art Weisung des Bürgermeisters jetzt das Akteneinsichtsrecht für Mandatare eingeschränkt worden ist. Es ist keine Weisung, formal rechtlich nicht, aber es ist etwas eigenartig, wenn man als Mitglied des Prüfungsausschusses einen Brief bekommt, so in Abstimmung mit dem Herrn Bürgermeister gibt es in Zukunft den Prüfbericht nur mehr während der Sitzung zu lesen und das Amt bittet ihn auch am Ende der Sitzung wieder abzugeben. Natürlich kann man selbstverständlich auch in Zukunft sein Akteneinsichtsrecht in Anspruch nehmen und sich beim Amt informieren. Es ist halt etwas erschwert, trifft auch mich als berufstätige Mandatarin. Gut, das ist so, das nehme ich hin. Was mir allerdings nicht so daran gefällt ist der Punkt, daß so in den Raum gestellt wird, na ja, das machen wir aufgrund des Bruchs der Vertraulichkeit. Nämlich aus dem einen Grund, weil der Ausschußvorsitzende bekommt selbstverständlich alle Unterlagen wie bisher und die anderen Mitglieder müssen halt eher schauen, wie sie dazu kommen. Ich glaube, das ist auch ein gewisses Ungleichgewicht dann zwischen dem Ausschußvorsitzenden und der Mandatare im Prüfungsausschuß. Ich glaube, daß man in Zukunft sicherlich wieder eine andere Art und Weise finden sollte, das zu machen, als bisher, daß man sagt, gut, Kontrollberichte muß man dann mehr oder weniger am Ende der Sitzung abgeben und wenn nicht, da ist ja sogar draufgeschrieben worden, wer den Antrag, den Prüfbericht wieder zurückgegeben hat und wer ihn mit nach Hause genommen hat, so auf die Art, die Guten sind die, die in dagelassen haben und die Bösen sind die, die ihn mitnehmen. Also, ich denke mir, das kann es doch wohl wirklich nicht sein und von da her glaube ich, sollte man das in Zukunft wieder ein bißchen anders regeln. Den Bruch der Vertraulichkeit wird man wahrscheinlich nie ganz verhindern können, das gibt es mitunter auch amtsintern, das gibt es mitunter von Mandataren. Ich bin in dem Fall, denke ich mir, relativ gut aus dem Schneider, weil was ich weiß werden diese Prüfberichte seit Jahren der Presse zugespielt und ich bin erst seit zwei Jahren im Gemeinderat. Das ist alles schon lange vor meiner Zeit passiert. Aber ich möchte trotzdem jene verurteilen die das tun, die wortwörtlich diese Prüfberichte hinausgeben, weil ich finde, daß damit der Schaden der Stadt mitunter ein enormer Schaden sein kann. Aber wir sollten trotzdem in den Gremien die Möglichkeit haben, wirklich sehr hart zu diskutieren und alle Informationen zu haben um uns eine Meinung bilden zu können. Meine Erfahrung in der letzten Zeit hat gezeigt, was das Akteneinsichtsrecht anbelangt, daß es nicht so einfach ist, in Akten Einsicht zu nehmen. Sie glauben gar nicht wie oft es mir passiert daß man sagt, na ja, ich weiß nicht, darf ich ihnen das zeigen oder nicht, gehört das jetzt noch zum Akt oder nicht, ist das noch Tagesordnungspunkt oder nicht. Also, ich muß mir meine Informationen wirklich sehr zäh erkämpfen, bis hin zum Verweis auf die Bundesverfassung. Ich denke mir, daß soll es wohl auch nicht sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber es soll natürlich auch nicht sein, daß vor einer Sitzung schon alles in der Zeitung steht. Darum wurde das eingeführt.

Nächster am Wort ist GR Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Frau Kollegin Frech, ich denke mir, warten wir zuerst die morgige Sonderausschußsitzung ab, bevor man Pauschalverdächtigungen in den Raum stellt, sondern bleiben wir sachlich und warten wir wirklich, wie uns ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Habe ich irgendjemanden beschuldigt?

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sie haben hier Pauschalverdächtigungen ausgesprochen, daß da noch wesentlich mehr daherkommt. Warten wir ab und nicht, daß wir vielleicht morgen schon wieder irgendwelche Skandale, in der Zeitung lesen, die gar nicht stattgefunden haben. Nur soviel zu dem.

Zur Problematik der Prüfberichte, daß wir die nicht mehr vorher zugestellt bekommen, möchte ich nur eines sagen, und zu dem stehe ich auch, ich habe damit überhaupt nicht das geringste Problem. Das Problem was ich bei der ganzen Geschichte habe ist das, daß immer vor Prüfungsausschußsitzungen Berichte wortwörtlich in den Medien gestanden sind und alle Prüfungsausschußmitglieder irgendwo in den Verdacht geraten sind, und ich will jetzt nicht irgendeine bestimmte Person verdächtigen, einschließlich mir, daß wir irgendwelche Prüfberichte hier widerrechtlich weitergeleitet haben. Da sage ich, stehe ich einfach voll dazu, daß das einfach unterbunden wird. Im Gegenteil, ich sage ihnen eines, mir persönlich ist es so gegangen, daß bei der letzten Prüfungsausschußsitzung ich das viel, viel informativer gefunden habe, wie Herr Dr. Gottlieb-Zimmermann mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Punkt für Punkt das mit uns durchgegangen sind und uns das erklärt haben. Wir haben rücfragen können und es ist sachlich erklärt worden. Sonst ist es bisher immer so gewesen, gibt es zu dem oder zu dem etwas und dann sind wir ruck zuck unter Umständen fertig gewesen. Gerade sie, die bei jeder Wortmeldung immer wieder betont, das gehört diskutiert und beraten usw. Ich denke mir, mit dieser Vorgangsweise ist das sehr wohl gewährleistet und für mich persönlich war das viel informativer, weil vielleicht im Gegensatz zu manchen hier herinnen die glauben, daß die Beamten nichts arbeiten und keine Arbeit haben, es ist nicht so, daß wir uns stundenlang hinsetzen können und da irgendwelche Prüfberichte von hinten nach vorne studieren können. Auch wir müssen hier unseren Mann bzw. unsere Frau stellen. Noch einmal, ich möchte es betonen und als Beispiel noch dazu bringen, daß es nicht angenehm ist, wenn man z. B., ich kann ja den Namen sagen, mich hat einmal der Kollege Hebestreit angerufen und hat mich bezüglich einer Sache gefragt, die mit meiner Abteilung zu tun gehabt hat und ich habe gesagt, moment, da muß ich nachsehen, aber wie ich mir das so anhöre, wie sie mir das erzählen, haben sie eigentlich den Prüfungsbericht vor ihnen liegen. Da hat er überhaupt kein Problem damit gehabt und hat gesagt, das ist auf der Seite 34, Abs. so und so. Also, wenn es soweit geht und das war noch alles vor einer Prüfungsausschußsitzung, dann denke ich mir, hat das wirklich seine Berechtigung. Wie es auch der Kollege Apfelthaler schon gesagt hat, es besteht ja sehr wohl die

Möglichkeit sich innerhalb von einer Woche zu informieren, wenn man das will. Es gibt genügend Ausschüsse, wo das nicht anders ist und für mich bricht da wirklich nicht die Welt zusammen, im Gegenteil, ich finde das wirklich sehr positiv.

Abschließend möchte ich es aber auch nicht verabsäumen, nachdem unsere Fraktionssprecherin, die Kollegin Radmoser, heute wegen Krankheit entschuldigt ist, mich seitens der sozialdemokratischen Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachabteilung für Kontrolle und Revision für ihre fachkompetente und wirklich sachliche Mitarbeit zu bedanken.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Vorsitzende, GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, man sollte einmal mit diesem seltsamen Mythos aufräumen, daß ich irgendeine Weisung bekommen habe. Ich weiß nicht, es hört sich zwar gut an und ist politisch auch ein bißchen super wenn man sagt, jetzt hat der Apfelthaler vom Bürgermeister, oder weiß ich was, eine Weisung bekommen. Das ist absoluter Schwachsinn.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Einen „Weisl“ bekommen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich weiß nicht, sie haben das ja selbst gesagt, eine Weisung habe ich bekommen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sie haben mir eine gegeben.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich habe ihnen keine Weisung gegeben. Das kann ich gar nicht. Also bitte, verlassen wir den Standpunkt, daß ich irgendeine Weisung bekommen habe. Was im Amtstext steht, in Abstimmung mit dem Bürgermeister, na, das ist ja letzten Endes auch sein Ressort und er ist ja dazu auch verantwortlich, das gehört auch dazu und er sollte das unter Umständen auch wissen, wenn ich so etwas hinausreibe. Also, das ist auch ganz normal. Wenn da irgendwo irgendwer stricken möchte, dann möge er. Es gibt vielleicht ein bißchen etwas her, aber es ist nicht wahr. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte eigentlich nicht sehr viel sagen, aber der einzige Mitarbeiter des Magistrates der weisungsungebunden ist, ist der Kontrollamtsdirektor. Ich möchte dies in dieser Weise vielleicht einmal zur Kenntnis bringen. Ich könnte ihm also gar keine Weisung geben. Allerdings habe ich mit ihm gesprochen und habe gesagt, er möge schon darüber nachdenken, mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, wie denn dieser unhaltbare Zustand beendet werden kann, daß hier die Unterlagen der kommenden Prüfungsausschußsitzung ununterbrochen, daß man damit von Medienvertretern konfrontiert wird. Ich habe ja gar nichts dagegen, aber bitte schön, vertraulich, streng vertraulich, da geht es oft um Dinge, wo man wirklich das in dieser Vertraulichkeit beraten, darüber befinden, Empfehlungen aussprechen und auch aufdecken sollte, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Ich möchte mich vielleicht einer falschen Meinung, die hoffentlich eh nicht vorhanden ist, aufräumen, daß sich der Bürgermeister vor dem Prüfungsausschuß fürchtet oder vom Kontrollamt usw. Das ist ja völlig unnatürlich, weil in jedem Unternehmen, das etwas auf sich hält, bei einer gewissen Größenordnung, gibt es nämlich eine Revision und die Vorstände des Unternehmens setzen eine solche Revision ein, zu ihrer Unterstützung und daß alles in Ordnung ist, um fristgerecht, frühzeitig informiert zu sein, wenn etwas aus den Bahnen läuft. Daher bin ich persönlich sehr interessiert, daß unser Kontrollamt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort gut arbeiten, daß sie mich aufmerksam machen, wenn etwas nicht gut läuft. Ich gebe öfter auch, und das kann ich nach dem Statut, Aufträge, Vorgänge zu untersuchen, bei denen ich glaube, daß wir da mehr Klarheit haben sollten. Also, so sehen die Dinge aus und es ist, glaube ich, für alle Mitglieder des Prüfungsausschusses, so wie das der Kollege Oppl richtig gesagt hat, eigentlich an der Zeit, daß sich etwas ändern sollte, weil immer unter Verdacht stehen, vielleicht unschuldig, wahrscheinlich die Meisten unschuldig, das ist ja auch kein angenehmer Zustand, den man nicht prolongieren soll. Daher habe ich da eine recht interessante Meldung gehört, auf „Unserer Welle“, da ist gesagt worden, in Zukunft müssen diejenigen, welche diese Meldungen aus dem Prüfungsausschuß weitergeben, gut auswendig lernen können. Nicht wahr, das hat mir gefallen. Das war ein etwas ironischer Kommentar, trifft aber wahrscheinlich zu.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, jetzt kommen wir zur Abstimmung des Jahresberichtes. Wer die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt eine ½ Stunden Pause machen.

Pause von 19.00 Uhr bis 19.50 Uhr.

Der Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und schließt sie, wegen Nichtbeschlußfähigkeit des Gemeinderates, sogleich wieder.

GR Siegfried Stieglitz und GR Walter Gabath verlassen um 19.50 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich eröffne die Sitzung zum 2. Mal. Jetzt ist das Forum vorhanden. Ich bitte die Kollegin Mach um ihre Berichterstattungen.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Subvention für den Verein „Drehscheibe Kind“ für 1999. Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet:

Fin-269/98

Verein „Drehscheibe Kind“; Subventionsansuchen 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 16. April 1999 wird dem Verein „Drehscheibe Kind“ für den laufenden Betrieb der im Standort Steyr, Promenade 12, bestehenden „Kindergruppe Elefant“ für das Jahr 1999 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von

S 350.000,--

(Schilling dreihundertfünfzigtausend)

gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei der VSt 1/439000/757000 ein Betrag von S 350.000,-- freigegeben.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Frau Kollegin Reznar, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Unabhängig von der Betreuung in städtischen Kindergärten und Krabbelstuben, bietet der Verein „Drehscheibe Kind“ in Privatinitiativen verschiedene Möglichkeiten der Kinderbetreuung an, die nur zum Teil von

der Stadt Steyr subventioniert werden. Seit 1994 gibt es die Betreuung der Kinder zu Hause, was für verschiedene Familien oft die einzige Möglichkeit darstellt um bei Notfällen halbwegs über die Runden zu kommen, eine einmalige Einrichtung in Oberösterreich. Im Jahr 1998 wurden vom Verein „Drehscheibe Kind“ über 3.000 Kinder betreut. Da sich derartige Dienstleistungen nicht allein durch Eigenfinanzierung erhalten können, wurde im März 1998 vom Verein bereits um Vorsprache und finanzielle Unterstützung gebeten, für diese neue Projektgruppe, bis November, ohne Erlangung eines Termins. Daraufhin bat der Verein für das neue Rechnungsjahr Budgetmittel vorzusehen. Auch das ohne Erfolg. Am 20. April 1999 bekamen nun die Betreiber die Gelegenheit, die Aktivitäten des Vereines dem Sozialausschuß vorzustellen und wieder um finanzielle Unterstützung anzusuchen. Hier war die Vorsitzende des Sozialausschusses nicht bereit, eine notwendige Unterstützung und Subvention vorzuschlagen. Zumindest ein Teilbetrag der erforderlichen Mittel wäre möglicherweise auch kurzfristig aufzutreiben gewesen. Eigenartig und bezeichnend ist nur die Tatsache, daß ein Verein, wie die Krabbelstube Kuschelbär, mit wesentlich weniger Leistungsangeboten und auch wesentlich weniger zu betreuenden Kindern, von der Stadt die gleichen Mittel bekommt wie die „Drehscheibe Kind“ mit fünf Projekten. Ist es nicht beschämend für Steyr, daß Privatinitiative nicht anerkannt wird? Im heutigen Antrag steht nun der Subventionsgrundbetrag zur Debatte, der, wie ich hoffe, einen einstimmigen Beschluß finden wird.

Für die Zukunft bitte ich jedoch, eine weitere Subvention für das Budget 2000 vorzusehen, und zu überdenken und positiv zu entscheiden, damit hier auch im Vorfeld Situationen vermieden werden, die zu einer notwendigen Therapie im Kinderschutzzentrum führen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrte Frau Kollegin. Ich bin eigentlich über ihre Wortmeldung sehr bestürzt. Ich denke mir, was okay ist und wie es wahrscheinlich auch andere Mitglieder aus dem Sozialausschuß unterstützen können, daß die „Drehscheibe Kind“ mehr Geld bekommt, über das brauchen wir hier nicht diskutieren, das ist im Sozialausschuß diskutiert worden. Aber hier jetzt verschiedene Kinderbetreuungseinrichtungen miteinander zu vergleichen, quantitativ aber nicht qualitativ, Äpfel mit Birnen sozusagen, und alle über einen Strich zu kehren und zu kämmen, das ist wirklich skandalös.

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist wirklich skandalös, weil sie eine Einrichtung in den Dreck ziehen, und das haben sie hier gemacht, und eine andere Einrichtung empor heben und sprechen davon, daß nur diese Initiative eine private Initiative sei und deswegen, weil sie eine Privatinitiative sei, unterstützungswürdig ist. Die „Drehscheibe Kind“ ist eine wichtige Institution, die unterstützungswürdig ist, das haben hier alle anerkannt. Aber auch andere Initiativen, wie z. B. die Gruppe Kuschelbär, wie das Eltern-Kind-Zentrum, wie der Kindergarten Kids & Company und andere, sind genauso unterstützenswert. Das steht überhaupt nicht an, die Debatte hier im GR zu führen, obwohl sie im Sozialausschuß geführt worden ist, das ist skandalös.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte weder so pathetisch sein wie meine Kollegin Reznar noch von Skandal sprechen wie der Kollege Kupfer, aber ich möchte mich zu diesem Antrag zu Wort melden und zwar zu einem Punkt, der mir sehr wichtig erscheint, weil mit dem Amtsbericht möchte ich nicht ganz konform gehen. Es steht nämlich auf der ersten Seite im Amtsbericht: „Die Finanzierung der Kindergruppe dürfte im Falle einer Förderung durch die Stadt Steyr mit diesen S 350.000,-- gesichert sein, zumal der Verein auch mit vielen ehrenamtlichen bzw. stundenweise beschäftigten Mitarbeiterinnen agiert.“ D. h., es wird der Eindruck erweckt, die Finanzierung des Vereines ist gesichert, wenn diese S 350.000,-- heute beschlossen werden. Dem ist aber nicht so. Die Drehscheibe Kind hat derzeit durchaus existentielle Probleme und mußte bereits Mitarbeiter entlassen, weil sie eben die Finanzierung nicht mehr aufbringen kann, weil z. B. die stundenweise Betreuung nicht finanziert wird. Das steht auch dezidiert im Amtsbericht drinnen, die stundenweise Betreuung der Kleinkinder wird nicht finanziert. Da sollten wir uns auch einmal die Frage stellen, ist das nicht auch ein wichtiger Punkt, daß man Müttern und Vätern die Möglichkeit gibt auch einmal stundenweise etwas zu erledigen und die Kinder gut beaufsichtigt weiß und das auch für Einkommensschichten, die es sich nicht so gut leisten können. Daher würde ich sie bitten, und wir haben es im Sozialausschuß ja auch schon diskutiert, Möglichkeiten zu finden, die Drehscheibe Kind über diese S 350.000,-- zu finanzieren, weil so gesichert ist die ganze Geschichte nicht. Ich würde es sehr schlimm finden, wenn aufgrund mangelnder Finanzierung diese Privatinitiative mehr oder weniger irgendwann den Bach runter geht, wo sie eine unerläßliche Einrichtung für die Stadt Steyr und vorwiegend für die Eltern mit Kleinkindern ist. Also, die Finanzierung, wenn sie sich bei der Drehscheibe Kind erkundigen, so sicher steht die nicht. Ich bedauere es sehr, daß gerade in dem Bereich, wo die Betreuungsnachfrage immer mehr zunimmt, Mitarbeiter aufgrund mangelnder Finanzierung abgebaut werden müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Oppl bitte.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Vorweg möchte ich einmal betonen, daß ich die Einrichtung „Drehscheibe Kind“ auf das allerhöchste schätze und mir bewußt ist, welche großartige Leistung dieser Verein bringt. Es ist aber jedoch so, daß ich das nicht ganz unwidersprochen lassen kann, Frau Kollegin Reznar, was sie hier in ihrer Wortmeldung da gesagt haben. Ich muß jetzt den Kollegen Kupfer zitieren, daß sie da wirklich Äpfel mit Birnen vermischen. Bei dieser Förderung, welche die Drehscheibe Kind betrifft, diese heute zum Antrag stehenden S 350.000,--, handelt es sich wirklich ausschließlich um den Betrieb der Kindergruppe Elefant = Krabbelstube Kuschelbär und um sonst kein anderes Projekt. Ich habe mich extra noch

heute am Jugendamt erkundigt für welches Projekt diese Förderungen gewährt wurden. Es ist mir vom FA Reder mitgeteilt worden, daß das für den Betrieb der Kindergruppe Elefant ist. Nämlich aus diesem Grund, weil dieses Projekt der Kleinstkinderbetreuung, ganz gleich ob das jetzt Elefant, Kuschelbär oder sonst irgendwie heißt, von der OÖ Landesregierung, und da wiederhole ich mich jetzt schon zum 3. oder 4. Mal, weil da bin ich schon etliche Male hier heraußen gestanden und habe das erklärt, ausschließlich über die Bewilligung, nach den Bestimmungen, nach den Richtlinien des OÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes, respektive nach der Bewilligung über einen Bewilligungsbescheid vom Magistrat Steyr, sprich Sozialamt, abzuwickeln ist. Alle anderen Projekte welche die Drehscheibe Kind betreibt und die sehr positiv zu beurteilen sind, können sie nicht in diese Subvention einrechnen. Darum muß ich ihre Behauptung einmal auf das schärfste zurückweisen, daß die Drehscheibe Kind für mehrere Projekte dasselbe Geld bekommt wie die Krabbelstube Kuschelbär, sie bekommt wirklich auf den Groschen genau dasselbe. Es ist so, daß diese Subvention, von den S 350.000,--, aufgrund eines Finanzierungskonzeptes, und das behaupte ich jetzt da einmal ganz selbstherrlich, wenn wir als Kinderfreunde nicht dieses Finanzierungskonzept für die nächsten Jahre vorgelegt hätten, dann wäre auch die Drehscheibe Kind wahrscheinlich aufgrund, und ich komme ja in meiner Wortmeldung, in meinen zukünftigen Ausführungen noch darauf zu sprechen, bin ich mir nicht so sicher, ob die Drehscheibe Kind für den Betrieb der Kinderbetreuungseinrichtung Elefant ebenfalls in diesen Genuß dieser Subvention gekommen wäre, weil bekanntlicherweise, wenn sie sich damit beschäftigt haben, und davon gehe ich ja aus, weil sonst hätten sie sich ja nicht zu Wort gemeldet, wobei ich in einem Nebensatz schon meiner Verwunderung Ausdruck geben möchte, und sie haben es ja fast wörtlich zitiert, im Steyr Aktiv, ihre Aussagen, die ich auf das schärfste zurückweisen möchte, ist es in den Richtlinien so vorgesehen, seitens der Landesregierung, weil sonst gibt nämlich die Landesregierung gar keine Förderung, daß es zu einer sogenannten Drittelteilung kommen soll. Ein Drittel das Land, von den Gesamtkosten des Betriebes einer Krabbelstube, ein Drittel die Gemeinde und ein Drittel über die Elternbeiträge. Na ja, jetzt sehen wir uns einmal, sie haben ja den Amtsbericht vor ihnen liegen, das abgelaufene Jahr an, vom Jahr 1998. Da kann ich dann entnehmen, daß voriges Jahr die Stadt der Krabbelstube Kuschelbär als auch der Kinderbetreuungsgruppe Elefant einen Zuschuß von S 215.000,-- gewährt hat. Dann kann ich entnehmen, daß das Land in Summe S 319.000,-- gewährt hat. Jetzt sage ich ihnen, daß die Krabbelstube Kuschelbär unter demselben Titel vom Land in Summe S 233.600,-- gewährt bekommen hat. Also, das ist schon einmal eine Differenz von S 100.000,--, was die Drehscheibe Kind mit dem Projekt Elefant mehr bekommen hat. Ich kann mir das nur so vorstellen, daß die Drehscheibe Kind initiativer war und von anderen subventionsgebenden Stellen als wie von der Jugendwohlfahrt zusätzliche Mittel noch bekommen konnte. Ganz legitim und ich gratuliere ihnen dazu. Das ist überhaupt keine Frage, weil anders kann ich es mir nicht vorstellen, weil es nach den Landesbestimmungen genau für jedes Kind, da gibt es zwei Stufen, wieviel Zuschuß pro Kind gewährt wird. Nachdem ich einmal von dem ausgehe, daß der Elefant genauso voll ausgelastet gewesen ist, im letzten abgelaufenen Jahr, wie die Krabbelstube Kuschelbär, müßte also theoretisch dieser Betrag genau gleich sein und dürfte sich nicht um ca. S 130.000,-- differieren. Es kann nur so sein, daß da andere Subventionsgelder von anderen, LH Pühringer usw., gekommen sind. Ich habe kein Problem damit, aber ein weiterer Punkt, was mir nicht erklärbar ist, ist der, daß im Amtsbericht steht, daß die Kindergruppe Elefant eine hauptberufliche Mitarbeiterin hat, die offensichtlich über das AMS gefördert wird. Für mich schon einmal unvorstellbar, weil nach den Richtlinien immer mindestens zwei Personen anwesend sein müssen. Es dürfen max. 10 Kinder gleichzeitig betreut werden. Das gilt für Elefant genauso wie für Kuschelbär oder sonstige andere Kinderbetreuungseinrichtungen. Jetzt stehe ich vor dem Faktum, daß offensichtlich für diese eine Mitarbeiterin der Drehscheibe Kind über das AMS insgesamt S 331.000,--, das ist dem Amtsbericht zu entnehmen, an Förderungsmittel lukriert wurden. Jetzt darf ich ihnen sagen, daß wir insgesamt als Personalkosten bzw. daß wir vom AMS für drei Bedienstete, nämlich der Leiterin mit 40 Stunden, eine Fachkraft mit 25 Wochenstunden und eine Helferin mit 15 Wochenstunden, das übrigens nicht wir uns ausgedacht haben, sondern sehr wohl von der Jugendwohlfahrt, aufgrund des pädagogischen Konzeptes das wir vorliegen haben müssen, vorgeschrieben wurde, insgesamt einen Betrag von rund S 217.800,-- bekommen haben. Also, S 217.000,-- zu S 331.000,--. Ich kann mir das nicht erklären und da habe ich jetzt noch keine Elternbeiträge miteingerechnet. D. h., die Kinderbetreuungsgruppe Elefant hat insgesamt an Förderungen S 936.000,-- erhalten. Ein Faktum ist weiters, und das sind die

Erfahrungswerte und das kann ich auch bestätigen, aufgrund der Jahresabrechnung, die ja sehr wohl ganz, ganz genau bei der Landesregierung vorzulegen ist, daß der Betrieb einer Kinderbetreuungseinrichtung mit einer eingruppierten Kindergruppe mit max. 10 Kindern gleichzeitig, rund S 950.000,-- in Summe, inkl. Personal- und Betriebskosten, erfordert. Das ist kein Unikum in Steyr von der Krabbelstube Kuschelbär, da können sie sich jederzeit bei der Abteilung Jugendwohlfahrt erkundigen, die ja nicht nur die Kindergruppe Kuschelbär oder den Elefant subventioniert oder betreut, sondern in Oberösterreich eine ganz erkleckliche Anzahl von weit über 25 solcher Kleinstkinderbetreuungseinrichtungen. Überall sind die Kosten, mehr oder weniger, gleich.

Also, die Schlußfolgerung ist, irgendetwas paßt nicht zusammen. Offensichtlich wird da bei der Abrechnung oder bei den Subventionseingaben doch irgendwo ein bißchen etwas mit den anderen Projekten, anders kann ich es mir nicht vorstellen, vermischt. Wobei ich persönlich kein Problem habe, nur ich verwehre mich auf das allerschärfste, daß man da immer das Gesamte mit einer Kinderbetreuungseinrichtung vergleicht, das sind ja Fakten, die hier stehen, das kann mir ja keiner abstreiten, das habe ich nicht irgendwo herausgezogen, das steht hier, ist irgendwo eine Diskrepanz drinnen.

Ich möchte nochmals betonen, daß ich die Arbeit dieser Kleinstkinderbetreuungseinrichtung, nicht nur dieser Kleinstkinderbetreuungseinrichtung wie Drehscheibe Kind, sondern alle anderen Projekte, auch sehr, sehr schätze, nur ersuche ich wirklich dringendst, im Sinne einer wirklich vergleichbaren Abrechnung, auch wirklich diese Richtlinien, die seitens der Landesregierung vorgegeben werden, zur Anwendung zu bringen und eine tatsächliche Kostenwahrheit zu erzielen und nicht immer so darstellen, daß eine Kinderbetreuungseinrichtung, vor allem weil es natürlich die Kinderfreunde sind, die da der Träger sind, und das ist natürlich sofort eine Parteienfinanzierung, das ist auch ganz klar, und da fahren wir mit der Dampfwalze und der Eisenbahn drüber, ...

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Sie brauchen sich aber nicht so echauffieren.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

So wurde es dargestellt. Ich kann ihnen nur sagen, daß meine Mitarbeiterinnen, aufgrund ihres Artikels, sehr, sehr demotiviert waren. Das kann ich ihnen garantieren und diesen Eindruck möchte ich hier für die Mitarbeiterinnen der Drehscheibe Kind auf alle Fälle vermeiden. Ich werde natürlich, trotz dieser Diskrepanzen, diesen Antrag unterstützen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, Frau Reznar, ich muß ihnen schon eines sagen, sie verwechseln wirklich Äpfel mit Birnen. Ich muß ihnen noch eines sagen, sie hätten auch eine Wortmeldung im Sozialausschuß auch abgeben

können.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Wir haben ja nicht einmal einen Termin gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie sind wie ein „Mauserl“ dort gestanden, sie haben nicht viel gesagt, aber ich nehme das zur Kenntnis. Wie sie jetzt sagen, die haben mehr Kinder, es gibt ein Jugendwohlfahrtsgesetz das schreibt vor, wieviele Kinder in einer Gruppe sein dürfen. Man darf da nicht einfach mehr Kinder nehmen. Daß ich die Leute von der Drehscheibe Kind nicht öfters bei mir gehabt habe und gesagt habe, bitte, bevor ihr etwas neu einführt, macht euch eine wirtschaftliche Rechnung, wie kann ich etwas finanzieren. Wir reden immer von einem Wirtschaftsausschuß. Wir verlangen von jedem eine wirtschaftliche Berechnung vorher, was kostet mir das, was brauche ich an Zuschüssen, was brauche ich an Subventionen und die haben das nicht gemacht. Die haben eine neue Gruppe eingeführt, aber ich bin froh, daß sich die F jetzt einsetzt, weil ich habe mir ...

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Der Herr Apfelthaler war mit mir am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe mir ein Protokoll vom Jahr 1995 herausgesucht, da hat sich der Herr Vzbgm. Dr. Pfeil der Stimme enthalten und er hat gesagt, das kann sich ja bitte niemand leisten, weil wenn ich am Abend fortgehe und ich will jemanden für mein Kind haben, dann kann ich nicht auch noch essen gehen, weil das kostet so viel Geld. Das habe ich noch wortwörtlich in Erinnerung. Ich habe mir auch die Summen herausgeschrieben, wie sich das gesteigert hat und wir haben S 350.000,-- im Budget. Sie hätten die Möglichkeit im Sozialausschuß gehabt. Hätten sie einen Vorschlag gemacht, von wo wir ein Geld hernehmen sollen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Haben wir.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da habe ich aber nichts gehört und ich höre noch sehr gut.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich muß ihnen ehrlich sagen, man kann an der Vorsitzenden Kritik üben, aber ich muß schon wo Geld haben, daß ich das jemanden zur Verfügung stellen kann. Hier geht es eigentlich, vom Jugendwohlfahrtsgesetz, um die Kleinstkindereinrichtung. Ich habe auch im Sozialausschuß gesagt, daß bei den Tagesmüttern noch Plätze frei sind und Tagesmütter sind auch eine Kleinstkindereinrichtung, eine Vorkindergartengruppe. Wir müssen schon zuerst schauen, daß diese Einrichtungen ausgelastet sind und dann können wir zur nächsten Einrichtung gehen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ja, das ist es!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, nicht das ist es, aber wir haben ja einen Betrag im Budget drinnen und ich muß schon schauen ob ich jemanden eine stundenweise Betreuung zur Verfügung stelle, ob die auch gebraucht wird. Daß sie teilweise gebraucht wird, ist keine Frage, aber ich muß schon schauen, daß bereits bestehende Einrichtungen auch ausgelastet sind. Das ist auch wirtschaftlich richtig. Ich habe auch ersucht, wenn wir jemanden brauchen, daß wir sie vonseiten des Jugendamtes unterstützen. Das werden sie in Erinnerung haben, daß wir darüber gesprochen haben. Das hat allgemeine Zustimmung gefunden. Ich kann es in meiner Rede im Gemeinderat jetzt nicht wieder anders erklären oder darlegen, als wie wir uns damals unterhalten haben. Da hat jeder gesagt, wenn wir vom Jugendamt jemanden für die Kinder brauchen, dann werden wir selbstverständlich denselben Tagestarif bezahlen, weil es ist uns auch mitgeteilt worden, daß eine Stunde auf S 323,- kommt. Daß wir gesagt haben, wir werden uns bemühen, daß wir eine Lösung finden. Ich habe das nicht abgelehnt, ich habe gesagt, wir werden uns bemühen, aber ich habe heuer im Budget kein Geld drinnen. Man muß sich das ansehen, wieviele Einrichtungen noch vorhanden sind. Es ist eine Wickelstube in der Bahnhofstraße entstanden, die ist jetzt übersiedelt. Man kann nicht eine Einrichtung nach der anderen ins Leben rufen ohne daß ich mir Gedanken mache, wie kann ich die finanzieren. Das ist für mich auch eine wirtschaftliche Kompetenz, wo man vorher Überlegungen anstellen muß. Ich bin selbstverständlich für diese Einrichtung und ich behandle jede Einrichtung gleich. Daß man immer auf die Kinderfreunde, auf die Krabbelstube Kuschelbär, hinhaut, diese Einrichtung wird gut geführt und bekommt dasselbe Geld und hat dieselbe Anzahl von Kindern wie die Drehscheibe Kind. Also, es wird kein Unterschied gemacht. Man muß das neutral sehen. Die Drehscheibe hat mit S 45.000,- angefangen, voriges Jahre hat sie auch S 215.000,- bekommen und heuer bekommt sie S 315.000,-. Also, es ist eine Steigerung da. Ich habe mit beiden, mit der Frau Niedler und der Frau Moser, die waren sehr oft bei mir, Gespräche geführt und dann habe ich gesagt, sie sollen sich im Sozialausschuß vorstellen, damit wir uns überlegen, was machen wir. Aber ich habe von niemanden Vorschläge gehört. Das ist dann leicht gesagt, die Vorsitzende hat dazu nichts getan. Aber wenn die Vorsitzende kein Geld hat, aus dem Ärmel kann ich es nicht schütteln.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Die Vorsitzende hat keine Termine gegeben!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das stimmt nicht. Die Frau Pramendorfer hat es auch gehört, die war auch in der Sitzung. Das lasse ich mir von ihnen nicht sagen, daß ich keine Termine gegeben habe, weil ich bin einen ganzen Tag anwesend und wenn wer einen Termin braucht, bekommt er ihn bei mir. Das möchte ich schon richtig stellen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Von April bis November?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Schauen sie, was hat denn die Frau Niedler gesagt? Sie hat sich im Sozialausschuß vorstellen wollen und wir haben ein paar Projekte gehabt, aber einen Termin bei mir hat sie bekommen. Ich lasse ihnen das heraussuchen und werde ihnen das schriftlich geben.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich bitte darum.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bin zwar nicht verpflichtet dazu, aber ich habe kein Problem, daß ich ihnen das hinlege. Das muß ich auch sagen.

Jetzt ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Das war einstimmig. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im nächsten Punkt geht es um das Alten- und Pflegeheim Tabor, um den Jahresabschluß 1998. Der Verwaltungsausschuß hat das ja sehr gut von der Donauberatung vorgestellt bekommen. Ich glaube, es gehört allen, die dort oben arbeiten, ein großes Lob. Der Betrieb wird sehr gut geführt. Der Antrag des Verwaltungsausschusses des APT an den Gemeinderat lautet:

Fin-132/99

Alten- und Pflegeheim Tabor; Jahresabschluß 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluß 1998 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt. (Beilagen)

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Jahresabschluß 1998 steht zur Debatte. Ich darf fragen, wer das Wort wünscht? Frau Kollegin Toman bitte.

GEMEINDERÄTIN BEATRIX TOMAN:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Zum Lagebericht des APT im Geschäftsjahr 1998 seien noch einige Gedanken erlaubt. Wir, als jüngere Generation, haben nahezu die Verpflichtung den älteren und pflegebedürftigen Menschen einen angenehmen Lebensabend zu ermöglichen. Dabei sollte der finanzielle Aspekt im Moment im Hintergrund stehen. Die ältere Generation waren jene, die es uns ermöglicht haben, das zu werden, was wir heute sind. Gerade das war für die ältere Generation mit großen finanziellen Belastungen und Entbehrungen verbunden. Für all diese erbrachten Leistungen ist ein angenehmer und geruhvoller Lebensabend in einer lebenswerten Umgebung und optimalen Betreuung als ein kleines Dankeschön zu sehen. Daß eine derartige Einrichtung im Stadtbudget große, zu finanzierenden Kosten darstellt, ist klar, daher muß man die komplette Kosten- und Finanzgebarung auf seine Effizienz laufend überprüfen und evt. nach Einsparungsmöglichkeiten suchen, ohne dabei die optimale Betreuung der Heimbewohner zu reduzieren.

Zum Schluß möchte ich noch einmal betonen, daß in dem ganzen System immer der ältere Mensch als Mittelpunkt in unserem Handeln zu stehen hat. Ich stimme diesem Antrag zu. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich sehe keine. Wird ein Schlußwort gewünscht? Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nur ein kleines Schlußwort. Ich glaube, es ist im APT wirklich sehr viel passiert und wir können wirklich alle stolz darauf sein, daß so viele Neuerungen eingeführt worden sind. Die Kollegin Toman hat ja das sehr schön formuliert gesagt, daß wir die Möglichkeit, gerade unserer älteren Generation, bieten, daß sie in Würde alt werden können. Wir werden uns in Zukunft auch mit dem APM befassen und natürlich auch mit dem Umbau des vorhandenen Hauses. Also, ich bin stolz, daß dort oben jetzt

alles so gut funktioniert und möchte mich wirklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des APT bedanken.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Punkt 9), Jahresabschluß 1998 im APT, steht zur Abstimmung. Wer für den Abschluß stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nummer 10) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Einrichtung eines Kinderschutzzentrums. Ich möchte sagen, es ist ja vorher schon sehr viel geschrieben worden, daß ich alles vermasselt habe, sogar das Kinderschutzzentrum habe ich vermasselt. Gott sei Dank ist es nicht so. Das Kinderschutzzentrum kommt. Da ist es auch wieder notwendig gewesen zu fragen, wie finanzieren wir es. Ich muß sagen, ich habe mich sehr darum bemüht, daß auch die Finanzierung jetzt klappt. Da wissen wir im Vorhinein, wie sieht die Finanzierung aus. Wir reden immer alle von der Wirtschaft, aber wenn man so eine Einrichtung schafft, muß man schon wissen, wie finanziere ich das. Das ist der Punkt, daß ich erst dann sagen kann, die Einrichtung steht, wenn ich weiß, woher ich das Geld nehme. Das ist in diesem Falle jetzt ganz klar für alle.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

JW-25/97

Errichtung eines Kinderschutzzentrums.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches V vom 10. Juni 1999 und des vorliegenden Konzeptes wird die Errichtung und der Betrieb des Kinderschutzzentrums in Steyr genehmigt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich darf fragen, wer dazu das Wort wünscht? Frau Reznar bitte. Frau Frech in Vorbereitung.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Kindesmißbrauch und Gewalt an Kindern ist Mord auf Raten. Es vergeht kein Tag ohne Medienberichte über sexuelle Übergriffe auf Kinder. Kinder, die zu Opfern wurden, tragen ihre Wunden ein Leben lang. Unsere Kinder sind das Kapital für die Zukunft, für die wir Verantwortung tragen, die unserer Hilfe bedürfen. Kinder sollen sich zu eigenständigen Persönlichkeiten mit einem gesunden Widerstandsgeist entwickeln können, sie sollen „ja“ und „nein“ sagen lernen um sich vor Übergriffen zu schützen. Man kann dies jedoch nicht den Kindern alleine zumuten, sondern nur mit Hilfe von Erwachsenen erreichen. Helfer sollen nicht vor Entsetzen erstarren, wenn sie auf einen Fall aufmerksam gemacht werden, sondern richtig reagieren und entsprechende Maßnahmen setzen können. Dazu benötigt es den Ausbau von Kinderschutzzentren mit entsprechendem Schulungsangebot. Hier wird es dem Opfer zumindest ermöglicht sich jemand mit seinem Leid anzuvertrauen. Dazu kommt noch die Tatsache der Entkriminalisierung des Strafrechtes durch die Strafrechtsnovelle 1999, die im Frühjahr beschlossen wurde, die es jetzt ermöglicht, bei derartigen Straftaten, die früher mit Freiheitsentzug geahndet wurden, sich mit einem geringfügigen finanziellen Beitrag freizukaufen. Die als sogenanntes Kavaliersdelikt abgehandelten Vergehen animieren offensichtlich zu Wiederholungstaten. Deshalb ist es höchst erfreulich, daß nun auch in Steyr ein Kinderschutzzentrum eingerichtet wird und die Freiheitliche GR-Fraktion stimmt diesem Antrag gerne zu. Dies zur positiven Grundsatzentscheidung.

Nicht ganz so erfreut bin ich jedoch über die diesbezügliche Vorgangsweise im Sozialausschuß. Immerhin wurde gerade in der letzten Zeit über die Vertraulichkeit der Punkte in den einzelnen Ausschüssen diskutiert. Wir haben uns immer daran gehalten.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

In diesem speziellen Fall jedoch mußte die Frau Vzbgm. Mach um 11.00 Uhr zu einem Termin und Frau Dr. Emhofer angeblich in die Schule. Doch beide konnten es offensichtlich kaum erwarten, die herbeigeführte Zustimmung des Sozialausschusses, die ja laut Statut auch nur eine Empfehlung ist und kein Beschluß, in den Medien für sich auszuschlachten.

Ein weiterer Punkt der zu denken Anlaß gibt ist die Tatsache, daß sogar vor der Sozialausschußsitzung und erst recht vor der heutigen GR-Sitzung die Stellenausschreibungen für das Kinderschutzzentrum auf der Anschlagtafel aufgeschienen sind. Auch wenn sie sich einer positiven Entscheidung des Sozialausschusses beinahe sicher sein konnten, Frau Vizebürgermeisterin, so wäre es doch ein Akt der Disziplin gewesen, wenigstens die Stellenausschreibungen erst nach der Sitzung zu veröffentlichen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

War das diszipliniert, wie ihr mich hergehaut habt? Da hat euch die Disziplin gefehlt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächste am Wort ist Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Leider hat mir meine Kollegin Reznar schon die Pointe vorweggenommen. Schade, irgendwie schade. Irgendwie ist es auch der Grund, warum ich mir erspare, seit ich im GR bin, daß ich eigentlich sehr selten ins Kabarett gehe. Der Grund ist, ich habe weniger Zeit und der zweite Grund ist, das Kabarett findet ohnedies im GR und in den Ausschüssen statt.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nur bin nicht immer ich die Handelnde des Kabarett. Eher selten.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es ist ja schön, daß sie so zu erheitern sind. Weil heute schon so oft die Rede von der Vertraulichkeit in Ausschüssen war, ich kann es nicht mehr hören. Die Frau Vizebürgermeisterin hat sich heute schon einmal zu Wort gemeldet und vor einer Sitzung geht bereits etwas hinaus. Also, ich muß schon sagen, und das ist für mich aufklärungsbedürftig. Wenn eine Ausschußvorsitzende hinaus geht, aus einer laufenden Sitzung, diese Sitzung verkürzt, an ihr nicht mehr teilnehmen kann, weil sie einen wichtigen Termin hat und sich dieser wichtige Termin in der Recherche als Pressekonferenz, die seit Wochen angesagt worden ist, herausstellt, dann bitte frage ich mich, was soll das überhaupt noch mit der Vertraulichkeit. Was soll das überhaupt noch? Im Gegensatz zu ihnen, Frau Vizebürgermeisterin, weil heute der Herr Bürgermeister schon angesprochen hat, ich habe mich ja nicht einmal zur Berichtigung melden können, daß da seitens meiner Person oder meines Gatten etwas hinausgegangen wäre, bitte, wenn am 1. Juli der Herr Hackl bereits eine Medieninformation über die Durchführung von Bürgerinitiativen hinaus gibt und alles drinnen steht, dann darf man sich wohl am 7. Juli der Presse melden, wenn ohnedies alles schön öffentlich geworden ist. Aber sie gehen aus einem laufenden Ausschuß zu einer Pressekonferenz hinaus, verkünden, daß jetzt der Beschluß über das Kinderschutzzentrum erfolgt ist. Das halte ich wirklich für höchst problematisch.

Der zweite Punkt ist, daß ich mir in dieser Sitzung wirklich veräppelt vorgekommen bin. Ich will nicht sagen „vera.“, weil wenn mir in der Sitzung am 8. Juni mitgeteilt wird, da wird das Kinderschutzzentrumkonzept vorgestellt, dann wird gesagt, dann wird man auch eine Ausschreibung machen und unten hängt sie schon. Sie hängt nicht erst seit 8. Juni, sondern seit dem 31. Mai. Bei uns hängen praktisch Personalausreibungen bevor es noch einen Grundsatzbeschluß gibt, weil der ist erst heute. Ich hänge mich nicht an Formalismen auf, aber wissen sie, es wäre halt schön gewesen wenn sie gesagt hätten, wißt ihr was, wir sind uns eh einig, wir wollen das Kinderschutzzentrum, also machen wir die Ausschreibung noch bevor sie in den Gemeinderat geht. Daß sie wenigstens das gemacht hätten. Aber nicht einfach drüberfahren und uns für dumm zu verkaufen, in der Hoffnung, wir schauen nicht auf die Amtstafel. Das ist ja wirklich das Schärfste. Am 31. Mai haben wir ausgeschrieben, heute, am 8. Juli, treffen wir den Grundsatzbeschluß. Mehr als ein Monat ist vergangen und trotzdem haben wir ausgeschrieben. Ich möchte nicht wissen, was passiert, wenn das ein anderes Stadtsenatsmitglied macht. Ich möchte nicht wissen, was dann los ist. Aber in dem Punkt, denke ich mir, hat man einfach so agiert, die Zustimmung ist uns sicher, gegen das Kinderschutzzentrum ist ja niemand, das ist ja von allen hier herinnen betrieben worden. Ich kann mich erinnern, die GR Pramendorfer hat dazumal eine Anfrage gestellt, ich habe einmal eine Anfrage gestellt, die Grünen haben sich dafür eingesetzt und auch die Freiheitliche Fraktion, d. h., es war sehr

klar, daß es hier eine Zustimmung gibt. Genau im Mißbrauch, und ich sage bewußt Mißbrauch, des Wissens um diese Zustimmung, um diese 100%ige Zustimmung hier herinnen werden einfach sämtliche demokratischen Spielregeln verletzt. Die gehen den Bach hinunter, die spielen auf einmal keine Rolle mehr. Anders kann ich es nicht bezeichnen, wenn ich wirklich in einer Sitzung des Sozialausschusses derart veräppelt werde, ja dann wird man schon eine Ausschreibung machen und unten hängt sie bereits seit zwei Wochen. Das finde ich wirklich arg.

Was mich auch etwas stört ist die Geschichte, wenn man wirklich so mit falschen oder halbweisen Behauptungen auftaucht. In der letzten Sozialausschußsitzung ist behauptet worden, daß es ja unbedingt notwendig war, daß die Stadt Steyr dieses Kinderschutzzentrum betreut, weil es auch von der Finanzierung des Landes abhängt. Das ist so in den Raum gestellt worden, weil es hat ja durchaus Gegenbewegungen gegeben, daß man das einem privaten Antrager überantwortet. Es hat auch schon ein Konzept von einer privaten Initiative gegeben, die das auch betrieben hat. Nur irgendwann ist das denen einfach mehr oder weniger weggenommen worden. Dann sehe ich aber ein Schreiben vom Herrn LR Ackerl, datiert mit 1. 4. 1999, wo er ein Schreiben an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister schickt.

„Lieber Freund! Zur Realisierung des sozialpädagogischen Familienzentrums in Steyr darf ich dir folgenden Vorschlag machen“. Dann kommen die Geldmittel, die bewilligt werden, die auch übertragen werden, weil die Frau Vizebürgermeisterin hat ja verabsäumt diese Mittel im Jahr 1998, die schon seitens des Landes vorhanden waren, auch wirklich zeitgerecht umzusetzen, und dann im Schlußsatz schreibt er etwas ganz Wesentliches. Das schreibt er am 1. 4. 1999. „Ich ersuche dich um eine rasche Antwort, da ansonsten die Aufgabe an einen privaten Träger, der in ähnlicher Art und Weise finanziert wird, übertragen wird.“ Das ist für mich die Bestätigung, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, einen privaten Träger zu beauftragen. Aber da hat es geheißen, da hat das mit der Finanzierung nicht so hin und das ist Bedingung vom Land. Also, ich würde wirklich bitten, daß man uns in Zukunft in Sozialausschußsitzungen rechtzeitig mit Fakten konfrontiert und nicht einfach unsere Bereitschaft einstimmig zuzustimmen wirklich mißbraucht um andere Dinge voranzutreiben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Frau Kollegin Pramendorfer bitte.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In einem Punkt kann ich mit meinen beiden Vorrednern übereinstimmen, wir sind natürlich sehr, sehr glücklich, daß nach einer doch ziemlich langen Vorbereitungszeit, fast würde ich sagen protrahierte Wehen, die es da gegeben hat, die Geburt so eines Zentrums ziemlich unmittelbar bevorsteht. Wo ich nicht ganz zustimmen kann ist der Punkt dieser vorzeitigen Ausschreibung. Ich denke mir Formalismus hin, Formalismus her, ich empfinde es fast ein bißchen als Hohn, bei einer Thematik die so schwerwiegend ist wie Kindesmißbrauch, sich dann daran aufzuhängen und zu sagen das ist furchtbar, nachdem man, wie sie eh alle wissen, alle mit dem Thema Kinderschutzzentrum einverstanden sind und alle hinter dieser Idee stehen, denke ich, ist da das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, sich da sehr groß darüber aufzuregen. Was uns auch sehr gut gefällt ist der gefundene Standort auf der Promenade. Ich glaube, der hat nicht den Geruch eines Amtes und ich bin sicher, das wird dazu beitragen, daß das Kinderschutzzentrum sehr gut angenommen werden wird. Ein bißchen werden wir damit hoffentlich zur Heilung seelischer Wunden beitragen. Was für uns aber ebenso wichtig ist, ist der präventive Ansatz, nämlich einfach Wege zu suchen, solche Dinge erst gar nicht entstehen zu lassen. Ein Mittel, und das ist mir ganz wichtig, wäre die im letzten Sozialausschuß vorgestellte Jugendstudie, die unserer Meinung nach vom Alter etwas nach unten revidiert werden

müßte, aber erst wenn wir wissen wo der Schuh drückt, kann man nämlich Maßnahmen zur Vorbeugung ergreifen. Besser als jede Therapie ist es, keine Therapie zu benötigen. Also, wenn das Thema Jugendstudie in den Fraktionen erörtert wird, würde ich sie herzlich bitten, die ganz Angelegenheit auch unter dem Thema Prophylaxe zu sehen.

Nachdem wir das Thema Kinderschutzzentrum praktisch zwei Jahre schon intensiv verfolgt haben, hoffe ich, daß sozusagen die letzten Minuten der Geburt leicht sein werden und daß es da nicht noch irgendwelche Steißlagen, Querlagen oder sonstiges gibt und, daß wir uns freuen, dieses Zentrum möglichst bald aus der Taufe heben zu können. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir sind alle sehr froh, daß es dieses Kinderschutzzentrum geben wird. Wir haben gehört, daß, die Kollegin Pramendorfer hat ja das gerade erläutert, es fast zwei Jahre gedauert hat, bis die Geburtswehen letztendlich dann auch zur Geburt geführt haben. Ich bin ein bißchen verwundert, daß gerade zwei Kolleginnen, die sonst nicht so zimperlich mit der Vertraulichkeit oder mit dem schnellen Hinausgeben von Meldungen, das sage ich jetzt einmal so, sind, ein bißchen plakativ dargestellt, sich jetzt so sehr echauffieren, daß die verantwortliche Referentin als 1. einmal eine Meldung verkündet. Da denke ich mir ganz einfach, daß das ein ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Noch während der Sitzung.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das ist ja vollkommen gleichgültig. Sie alle haben bestätigt, daß sie mit dabei sind um dieses Kinderschutzzentrum aus der Wiege zu heben. Alle waren dabei, alle haben seit zwei Jahren darum gekämpft, daß es kommt. Jetzt ist es endlich soweit und jetzt regen sie sich auf, weil sie nicht die Erste bei der Zeitung waren. Also, irgendwo verstehe ich das System einfach nicht mehr. Wir haben verantwortliche Referenten, in vielen Bereichen. Wenn der Kollege Eichhübl aus dem Kommunalausschuß hinausgeht und verkündet, daß wir drei Autobusse kaufen, dann bin ich nicht angefressen. Ich bin froh, daß wir die Busse bekommen. So sieht es nämlich aus. Da denke ich mir ganz einfach, daß man endlich einmal zur Kenntnis nehmen muß, daß letztendlich Stadtensatsmitglieder auch Verantwortung tragen. Politische Verantwortung, wo man ihnen jeden Schmarrn zuordnet, daß sie eigentlich verantwortlich sind. Wenn sie dann sagen daß sie verantwortlich sind und daß das kommt, dann sind wir auch böse auf sie. Jetzt kenne ich mich dann bald nicht mehr aus. Bloß weil vielleicht ein paar gestörte Eitelkeiten vorhanden sind, würde ich ganz einfach sagen, daß wir uns einmal ein bißchen zurücknehmen und auf die wirklich interessanten Themen konzentrieren, nämlich vorher zu diskutieren und dann endlich demokratisch gefaßte Beschlüsse auch ernst zu nehmen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Im Amtsbericht, in dem, Frau Vizebürgermeisterin, der Bericht des Bundesministeriums für Umwelt Jugend und Familie zitiert wird, wird darauf hingewiesen, daß jedes 3. bis 4. Mädchen bzw. jeder 7. bis 8. Bub im Alter zwischen dem 1. und 16. Lebensjahr Opfer von sexueller Gewalt ist. Das wird dann ausgeführt, ganz zutreffend. Die durch Mißbrauch und Gewalt hervorgerufenen Störungen haben fatale Folgen für die Zukunft, weil die Opfer zumeist ein Leben lang unter dieser Traumatisierung leiden. Das kann man natürlich alles voll und ganz unterstreichen. Um so mehr ist es aber bitte unverständlich, daß ihre Partei, SPÖ und ÖVP, selbstverständlich auch die Grünen und die Liberalen, dieses Bundesgesetz beschlossen haben, was zuvor meine Kollegin Reznar schon angesprochen hat. Der Herr Kollege Apfelthaler hat den Kopf geschüttelt und gesagt, das stimmt alles nicht, wenn man sich dann quasi freikaufen kann. Da ist das Bundesgesetz, beschlossen im Februar dieses Jahres, im April in Kraft getreten. Der Herr StR Mayrhofer lacht, aber wissen sie, es geht hier doch um einiges und ich finde das eigentlich nicht zum Lachen, wenn straffreigestellt wird beispielsweise pornographische Darstellung mit Unmündigen, Schändung, Unzucht mit Unmündigen. Lustig, oder? Ich finde es nicht lustig. Blutschande, gleichgeschlechtliche Unzucht mit Personen unter 18 Jahren. Alle diese Taten, Herr Apfelthaler ich gebe ihnen das Bundesgesetzblatt damit sie nachlesen können, sind jetzt straffreigestellt worden, wenn es der Staatsanwalt befürwortet. D. h., es kommt nicht einmal zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens. Wobei nicht nur die Bezahlung eines Geldbetrages ausreichend ist um das Ganze abzuwenden. Das ist eine Möglichkeit. Es steht ausdrücklich drinnen „oder“. Ausreichend ist auch, wenn man beispielsweise gemeinnützige Leistungen erbringt oder einen außergerichtlichen Tatausgleich zustande bringt und sich mit dem Opfer einigt. Meine Kolleginnen und Kollegen, dadurch wurden die Rechte der Kinder massivst beschnitten, der Schutz den die Rechtsordnung den Kindern geben muß, nämlich durch das Strafgesetzbuch, Prävention, die Gedanken, die dahinter stehen. Die Frau Kollegin Pramendorfer hat auch Prävention angeschnitten. Das ist das Stichwort und präventiv wirkt ein Strafgesetz.

Unverständlicher Zwischenruf

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Also, davon gehen die Leute seit Jahrhunderten aus. Das ist der Sinn und Zweck des Strafgesetzbuches. Generalprävention und Spezialprävention. Stimmt das Stefan? Du hast das Strafrecht schon gemacht.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Ich bin noch nicht fertig, ich kenne mich nicht aus.

Gelächter

Ordnungsruf

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das lernt man in der ersten Vorlesung. Ich weiß, ihr wollt keine Gesetze haben. Aber wenn man unten am Parkplatz 10 Minuten zu lange steht, dann bekommt man eine Strafe, aber die Kinderschänder bekommen keine. Das entspricht ganz euren Intentionen.

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Da ist das Bundesgesetzblatt. Bis 5 Jahre Strafdrohung kann alles vom Staatsanwalt erledigt werden. Genau dieser präventive Gedanke, der dem Strafrecht zugrunde liegt, dahinter liegt, der wurde durch das weitgehend abgeschafft. Über eines werden wir uns einig sein Frau Vizebürgermeisterin, dieses Kinderschutzzentrum, was wie gesagt voll zu befürworten ist, hat nicht primär präventiven Charakter. Primär sicherlich nicht, sondern Therapiecharakter. Wer sucht denn dieses Kinderschutzzentrum auf? Kinder die mißbraucht worden sind, meistens, bei denen das Verbrechen schon stattgefunden hat, die gehen in das Kinderschutzzentrum. Nicht vorher, bevor der Mißbrauch stattgefunden hat, sondern erst nachher. D. h., in erster Linie steht die Therapie im Vordergrund. Die Prävention geht ja vom Gesetzgeber aus.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sie müssen das durchlesen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Sie können schlecht lesen.

Diskussion zwischen GR Dr. Wilfrid Wetzl und GR Andreas Kupfer

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Er wird derart emotional, aber na gut.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na ja, ihr beide werdet alle zwei emotional.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Es hängt unmittelbar zusammen, weil es geht um den Kinderschutz. Es ist auf der einen Seite wirklich nicht verständlich, ich will nicht sagen doppelbödig, wenn auf Bundesebene derartige Straftaten, Verbrechen an Kindern straffreigestellt werden, die mit einer Strafdrohung bis zu 5 Jahren bedroht sind. Unzucht mit Unmündigen. Auf der einen Seite das, auf der anderen Seite sagt man, gut, wir setzen uns auf Landesebene und Kommunalebene für den Kinderschutz ein. Das paßt nicht zusammen. Man muß zusammenwirken. Auf der einen Seite durch härtere Strafen. Das haben wir Freiheitliche schon voriges Jahr gefordert. Härtere Strafen bei Kindesmißbrauch, da muß man den Hebel ansetzen. Ich bin selbstverständlich Realist und sage, wenn man härtere Strafen macht, wird der Kindesmißbrauch auch nicht zur Gänze aufhören, das wird mit härteren Strafen auch nicht gelingen, aber es ist zumindest eine Abschreckung. Eine Abschreckung, die Sinn und Zweck eines Gesetzes ist, eine Abschreckung im Sinne von Generalprävention und selbstverständlich im Falle der Delequenz auch im Sinne der Spezialprävention. Daher ist es einigermaßen wirklich unverständlich, wenn auf Bundesebene derartige Gesetze, die wirklich nicht zum Lachen sind, beschlossen werden und auf der anderen Seite, auf kommunaler Ebene, der Kinderschutz gefördert wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke auch. Frau Kollegin Koppensteiner bitte.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Sehr geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich will mich jetzt nicht auf die gesetzliche Basis begeben. Wir haben bereits vor 4 ½ Jahren eine Aktion unter den Steyrer Lehrern für ein Kinderschutzzentrum in Steyr mit Unterschriften, und wir sind insgesamt 443 Pflichtschullehrer, und wir haben damals, glaube ich, 360 Unterschriften bekommen, und das war damals, als noch kein Bewußtsein da war, sehr, sehr viel. Was wir uns erwarten und das Herr Kollege geht genau in die Prävention, wir sind konfrontiert mit diesen Kindern. Nur wir sind zum Teil hilflos im Erkennen. Wir wissen in der täglichen Arbeit, aus einem Aufsatz, aus einer Zeichnung etc., du wirst mir das aus deiner Arbeit bestätigen, fast nicht, wohin wir uns wenden sollen. Wir haben in Linz Ansprechpartner, gut. Das Ganze ist ein mühseliger Prozeß und das erwarten wir uns. Noch dazu, muß ich auch sagen, daß ich sehr, sehr viel von den Personen halte, die damit befaßt sein werden, von der fachlichen Seite. Also, das ist für mich ein riesen Fortschritt, daß das kommt. Hier herinnen jetzt die gesetzliche Situation zu bringen und damit das Kinderschutzzentrum in Steyr in irgendeiner Form zu pervertieren oder was weiß ich was, ...

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Das macht kein Mensch.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Das hat doch mit unserem Kinderschutzzentrum nichts zu tun. Sie sagen, das ist Prävention, wenn ich die Strafe erhöhe. Prävention brauche ich für die Kinder im täglichen Umgang mit diesem Thema.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Aber wenn es schon passiert ist. Die kommen erst, wenn es schon passiert ist.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Es geht nicht nur um das Passiertsein, sondern um das Bewußtmachen wo, wann und wie das passieren kann und da sind wir sehr wohl auf die Fachleute in diesem Kinderschutzzentrum angewiesen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Lieber Wilfrid, ich glaube es würde mir großen Spaß machen mit dir im Nationalrat zu diskutieren, aber derzeit befinden wir uns noch in den Niederungen des Steyrer Gemeinderates und zu denen sollten wir auch wieder zurückkehren.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich glaube nicht, daß es Sinn macht, da jetzt über Bundesgesetze zu diskutieren, so wichtig diese Diskussion vielleicht sein mag, aber ich glaube, wir haben im Steyrer Gemeinderat genug zu kämpfen und da wird uns lange nicht fad.

Um den Kollegen Hauser anzusprechen. Wissen sie, lieber Kollege Hauser, was der Punkt ist, der mich so stört? Das ist dieses unterschiedliche Maß, das in Steyr immer angelegt wird. Man richtet es sich immer, wie man es braucht. Da reicht es völlig aus, daß alle im Ausschuß gesagt haben wir sind dafür und schon kann man hinausgehen und sagen, das ist beschlossen. Erinnern sie sich daran, und sie sitzen im Kommunalausschuß, wie die Geschichte mit dem Anrufsammeltaxi war. Da hat es im Ausschuß einen Beschluß gegeben, da ist es sogar schon im Amtsblatt gestanden und dann hat es geheißen, nein, nein, wir brauchen einen Beschluß im Gemeinderat und den hat es nicht gegeben und alles ist zurückgepfiffen worden. D. h., wir messen immer mit unterschiedlichem Maß und das ist das

was mich herinnen ärgert.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Von dem hat noch keiner etwas gesagt, das hätte da auch passieren können.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Schon, aber es ist dann nicht zustande gekommen, weil es geheißen hat, es hat dieser Beschluß gefehlt. Der Ausschuß hat ja nur empfehlenden Charakter. Bei dem Punkt hat er keinen empfehlenden Charakter gehabt, da ist am nächsten Tag drinnen gestanden, die Stadt hat beschlossen und wir machen es. Das ist der Punkt der mich stört. Na klar bin ich für das Kinderschutzzentrum. Ich war selbst eine von denen, die sich dafür engagiert haben, aber ich habe etwas dagegen, daß man es sich richtet, wie man es braucht. Wenn man sich die Vertraulichkeit richtet, wie man sie braucht, daß man vom Ausschuß als Vorsitzende hinausgeht, zu einer Pressekonferenz geht und den Ausschuß beschummelt und sagt, ich habe einen wichtigen Termin und die Frau Dr. Emhofer muß in die Schule.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ist ein Pressetermin kein wichtiger Termin?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das hätte die Frau Vizebürgermeisterin uns ja mitteilen können. Sie hätte sagen können, wissen sie, ich habe jetzt gleich einen Pressetermin und da verkünden wir das gleich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Frau Dr. Emhofer ist in die Schule gegangen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich denke mir, Frau Vizebürgermeisterin, ich bin mir sicher, daß niemand im Ausschuß ein Problem damit gehabt hätte, wenn sie gesagt hätten, offen und ehrlich, die Ausschreibung machen wir bereits oder habt ihr etwas dagegen, daß wir sie jetzt schon machen. Jeder wäre dafür gewesen. Nein, unten ist sie schon gehängt. Das sind die Punkte, die ich also wirklich nicht in Ordnung finde. Wir richten es uns, wie wir es brauchen. Ich hoffe jetzt eines, Frau Vizebürgermeisterin, daß im Falle des Kinderschutzzentrums eines zum Tragen kommt, daß das, was lange währt, auch endlich gut wird, weil das wünsche ich mir wirklich für die Betroffenen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Willi. Du hast uns ja dankenswerterweise dieses Gesetz hier vorgelegt. Eigentlich ist es ja nicht die Bühne und die Ebene darüber zu diskutieren, da haben ja meine Vorredner Recht, aber du hast bei der Formulierung dieses Gesetzes auch einige Punkte vergessen, die mir auch als wichtig erscheinen. Z. B., daß speziell auch die Hilfe der Opfer durch dieses Gesetz beträchtlich gestärkt und gefördert worden ist, und daß auch, wie ich hier lesen kann, Konfliktregler etc. für diverse Probleme eingeführt werden, die vorher nicht in diesem Gesetz enthalten waren. Wenn du dich mit Kinderschutz ein bißchen auseinandergesetzt hättest, und das hast du scheinbar nicht, da du auch das Konzept für die Stadt Steyr nicht gelesen hast, dann würdest du wissen, daß von sämtlichen Einrichtungen, von sämtlichen Experten in Österreich, in Europa, etc. des Öfteren gefordert worden ist, nicht sofort mit Strafe zu reagieren, weil das für die Kinder oft das Schlechteste ist, sondern, daß der Schutz der Kinder, daß Interesse der Kinder im Vordergrund stehen soll. Genau das wurde auch mit diesem Gesetz versucht. Daß die Freiheitlichen, die sich generell bei Präventionsmaßnahmen immer sehr zurückhalten und immer mit „law and order“ kommen und sich damit nicht anfreunden können wenn es tatsächlich um den Schutz und die Interessen der Kinder geht, das kann ich schon verstehen. Du hast auch angesprochen, daß das Kinderschutzzentrum in Steyr keine Präventionsmaßnahmen vorsieht.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Nicht primär.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Nicht primär, das stimmt, aber wenn du es gelesen hättest, vielleicht hast du es mittlerweile gemacht, dann hättest du erkennen können, daß natürlich und sehr wohl auch Präventionsaufgaben in den Kindergärten und in den Schulen für die Bevölkerung beinhaltet sind. Ich glaube, und da braucht sich niemand jetzt die Feder auf den Hut stecken, daß alle Fraktionen hier im GR glücklich sein können, und wir haben es uns alle gemeinsam verdient, jeder hat seinen Beitrag dazu geleistet, nicht nur in den letzten zwei Jahren, diese Diskussion um das Kinderschutzzentrum währt ja jetzt schon glaube ich mindestens 4 Jahre. Jetzt haben wir es erreicht. Ich möchte auch jenen Bediensteten danken, die eigentlich noch nicht vorgekommen sind, die dieses Konzept ausgearbeitet haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Reznar zum 2.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde es wirklich fast ärgerlich, daß man sich Debatten anhören muß, daß Straffreiheit, bei solchen Angelegenheiten, legitim sein soll. Ich möchte wissen, wer von ihnen Kinder hat und das befürworten würde, wenn seinem Kind etwas passiert, daß dieser Täter straffrei ausgeht und sich vielleicht mit S 4.000,--, S 5.000,-- freikaufen kann. Das möchte ich wissen, wer so etwas goutiert.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Die Grünen, die Liberalen, die SPÖ und die ÖVP.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

War das die letzte Wortmeldung? Dann möchte ich vielleicht eines sagen. Dieser Zusammenhang zwischen einem Bundesgesetz, betreffend den Strafvollzug, und dem Kinderschutzzentrum hier in Steyr, über das wir uns voriges Jahr schon einig waren, ist für mich schon schwer nachvollziehbar. Wenn die Zustimmung deswegen nicht erfolgt, von Teilen der Freiheitlichen Fraktion, dann kann ich mir das schon überhaupt nicht erklären, solches ist nämlich vom Kollegen Eichhübl zu dem Thema im StS angekündigt worden. Jetzt meldet sich der auch noch. Das habe ich mir gedacht. Er hat uns das erklärt, daß er dem nicht zustimmen kann, oder man hat den Eindruck haben könnte, daß die F, oder Teile der F, nicht zustimmen, weil auf Bundesebene dieses Strafrechtsgesetz geändert worden ist. Ich möchte aber doch sagen Herr Doktor, und das werden sie ja viel besser wissen als ich, ich habe das auch nicht so im Detail verfolgt, daß natürlich auch die Strafrechtsgesetzgebung etwas ist, das lebendig ist, das sich immer wieder auch verändert, und daß es wahrscheinlich, ohne daß ich das jetzt nachweisen kann, eine Entwicklung gibt, die europaweit auf diesem Sektor eben fortschreitet. Offensichtlich ist in Österreich eben auch, im Zuge dieser Novellierung, aus welchen Gründen auch immer, das könnte man in den Motivenberichten sicher nachlesen, diese Änderung erfolgt. Hier aber den Zusammenhang zwischen der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit oder vielleicht gar dem Abstimmungsverhalten mit einem Kinderschutzzentrum in Steyr herzustellen, halte ich für weit hergeholt.

Zweitens wollte ich sagen, daß man nicht so zimperlich sein sollte, wenn die Referentin einmal einen „Sager“ in einer solchen Angelegenheit macht. Das wird ihr wohl noch eingeräumt werden. Nachdem sie sich nämlich sehr für diese Einrichtung im vergangenen Jahr eingesetzt hat und eigentlich dieses Projekt sehr weit gediehen war und sie eigentlich nichts dafür gekonnt hat, daß das voriges Jahr nicht plazierte und nicht ins Budget gekommen ist. Im Gegenteil, es hat ihr Kram und Schmerz bereitet und wir haben heftig miteinander in dieser Angelegenheit gerungen, wenn man das so sagen kann. Aber nicht deswegen, weil ich inhaltlich gegen dieses Kinderschutzzentrum war, sondern es war ja schon so weit, daß die Frau Dr. Emhofer mir vorgestellt wurde und ich der auch signalisiert habe, daß wir das halt machen werden. Dann kam von der OÖ Landesregierung die massive Aufstockung der Transferzahlungen die wir von der Stadt Steyr an das Land Oberösterreich im Sozialbereich tätigen müssen. Eine Vorschreibung an der wir nicht rütteln können, über die mit uns nicht einmal verhandelt wird. Wenn hier eine Steigerung um 15 Millionen Schilling erfolgt und wir in den letzten Jahren ein Projekt ums andere im Sozialbereich auf die Welt gebracht haben, dann muß ich einfach als Finanzreferent, um meiner Verantwortung zu genügen, irgendwo einmal bremsen. Das war der Grund, wo ich dann gesagt habe, 15 Millionen da noch mehr, nach Streetworker, Krabbeltube, Drehscheibe, Familienberatung, Kinderschutzzentrum, das geht sich langsam nicht mehr aus. Gleichzeitig ein ambitioniertes Kindergartenneubauprogramm. Vor uns das Alten- und Pflegeheim mit 200 Millionen Schilling. Man muß ja das wirklich in dieser Zusammenschau sehen, jedenfalls ich als Finanzreferent. Da müssen wir uns halt um die Machbarkeiten bemühen. Das ist auch Wirtschaft, wie die Kollegin Mach schon gesagt hat, und das ist seriös. Da haben sich einige von euch, darum sage ich, nicht zimperlich sein, weil die Kollegin Mach vermeldet hat, jetzt wird es etwas

mit dem Kinderschutzzentrum, nicht gerade zurückhaltend oder vornehm benommen, da habt ihr die Kollegin Mach durch die Medien geprügelt, sie hätte das, wie habt ihr das genannt, vermässelt, sie hätte das nicht ordentlich gemacht und es wäre sonst getätigt worden. Da habt ihr euch nicht geniert. Wenn sie jetzt sagt, endlich, obwohl sie es immer wollte, jetzt wird es etwas und dann wird ihr das als, ich weiß nicht was für eine Verfehlung, Mißbrauch und solche Dinge hört man da, vorgeworfen. Also, beim Kind geht es um Mißbrauch und wir wollen hier Mittel schaffen um mit diesen schwierigen Dingen in unserer Gesellschaft besser umzugehen. Das wollte ich persönlich dazu angemerkt haben, daß sie voriges Jahr völlig unschuldig war. Wenn ihr einen Schuldigen sucht, dann war ich es. Aber ich habe das auch nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern aus finanziellen Gründen gemacht. Es ist übrigens deutlich billiger geworden. Fällt das auch jemanden auf? Darüber ist nämlich kein Wort verloren worden. Es wäre für uns deutlich teurer gewesen. Wir haben im heurigen Jahr keine Kosten zu erwarten. Wir werden nächstes Jahr, glaube ich, S 150.000,-- budgetieren müssen und wir haben das mit einer Endsumme von S 500.000,-- gedeckelt und es ist so vom Land akzeptiert. Vorher wäre das deutlich teurer gewesen. Es hat also auch diesen positiven Effekt gehabt, daß wir das nicht aus der Hüfte, sozusagen, erledigt haben, vor dem finanziellen Hintergrund.

Jetzt bitte ich die Referentin um ihr Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Herr StR Eichhübl hat sich noch zu Wort gemeldet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Entschuldigung, du wolltest dich noch melden. Du erzählst uns jetzt noch einmal den Strafvollzug. Ja, ja.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der Herr Bürgermeister hat ja darauf hingewiesen, daß es bereits in der Stadtsenatssitzung eine rege Diskussion über diesen hier vorliegenden Antrag gegeben hat, der sich im Wesentlichen auf zwei Ebenen abgewickelt hat. Zum einen habe ich dort angemerkt, daß in derselben Sitzung der Stadtsenat beschlossen hat, daß sich in diese Räumlichkeiten des Kinderschutzzentrums auch die OÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft, Anlaufstelle Steyr, einmieten kann. Ich habe sogar gefragt, ob das rechtlich möglich ist, daß der Stadtsenat vorweg Beschlüsse faßt, nämlich die Einmietung ermöglicht, über eine Institution, Kinder- und Jugendanwaltschaft, die erst heute hier im Gemeinderat zur Beschlußfassung vorliegt. Wir haben das aber dann ausdiskutiert und sind schlußendlich dann auch, aufgrund einer Wortmeldung von mir, in eine etwas hitzigere Diskussion geraten, die Frau Vizebürgermeisterin wird sich noch daran erinnern können, und zwar habe ich ebenfalls das in knapperen Worten zum Ausdruck gebracht, was Dr. Willi Wetzl vorhin sehr deutlich dargelegt hat. Ich habe auch mit Bestürzung festgestellt, daß einerseits im Amtsbericht drinnen steht, daß sich diese sexuellen Taten, ich brauche es jetzt nicht wiederholen, was im Bericht drinnen steht, häufen und man aber auch auf der anderen Seite, durch gesetzliche Maßnahmen, den Tätern solche Straftaten nicht erschwert. Kollege Kupfer und Kollege Apfelthaler, die Freiheitlichen wollen nicht die Todesstrafe, aber wir wollen eines nicht, daß man für solche Täter eine Straferleichterung schafft und man auf der anderen Seite sogar so weit geht, und das ist ja wirklich sehr interessant, daß es in Zukunft so ist, daß das Opfer keinerlei Möglichkeiten gegen die Anwendung der Diversion oder gegen die vom Konfliktberater und vom Staatsanwalt festgelegten Maßnahmen hat, über die Durchführung zu protestieren oder Rechtsmittel zu erheben. Der Täter,

meine Damen und Herren, kann aber sehr wohl dagegen protestieren, wenn ihm diese Möglichkeit nicht geschaffen wird, aufgrund eines sexuellen Übergriffes auf Kinder, die Straffreiheit zu beantragen. Das ist genau der Punkt, der mich im Besonderen berührt hat und da habe ich auch davon gesprochen, daß ich darüber entsetzt bin.

Herr Kollege Mayrhofer, sie erlauben mir sicherlich, daß ich auch ihre Einwendung dazu, dem GR darlege. Sie haben sinngemäß gesagt, daß ansich diese Wortmeldung von mir gerechtfertigt ist, aber man soll das nicht auf dem Rücken der bereits geschädigten Kinder austragen und soll diesem Antrag auf Einrichtung dieser mehrfach zitierten Stelle in Steyr die Zustimmung geben. Ich gebe ihnen vollkommen Recht, wir haben dort, der Herr Bürgermeister ist inzwischen hinausgegangen, erklärt, zumindest war das meine Wortmeldung, daß wir uns vorerst der Stimme enthalten werden, Herr Dr. Pfeil und ich, eben aufgrund dieser Diskussion, aber in der Fraktion haben wir dann weitere Beratungen durchgeführt und wir werden diesem Antrag die Zustimmung geben, weil es wirklich eine Notwendigkeit ist, wir stehen dazu. Aber nochmals, meine Damen und Herren, das hindert mich nicht daran, nochmals sehr deutlich festzustellen, daß es ja wirklich sehr zweischneidig ist, wenn man auf der einen Seite weiß, daß die Straftaten immer mehr werden, daß man Schutzmaßnahmen ergreifen muß, für diese geschädigten Kinder und auf der anderen Seite den Tätern zum Schaden der Opfer diese Verbrechen erleichtert.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Eichhübl. Ich habe mittlerweile den Vorsitz übernommen. Als nächstes hat sich Herr GR Apfelthaler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Ich bin kein Psychologe, ich bin kein Rechtskundiger, ich glaube aber zu vermeinen, daß ich ein bißchen etwas über die Situation von Kindern, die sexuell mißbraucht worden sind, geschlagen worden sind, weiß. Mir ist es nicht zu blöd, daß ich hier über das spreche, auch wenn es sich um die Niederungen des Gemeinderates handelt, Frau Kollegin Frech, weil ich mir denke, daß dieses Problem einfach so sensibel ist, und Sensibilität ist, glaube ich, das Stichwort in dieser Frage. Der Kollege Wetzl hat uns zuerst aufgeklärt, daß die Grünen, die Roten, die Liberalen dafür sind bzw. die Grundlage liefern, daß alle jene die Verbrechen begehen, vielleicht in Zukunft noch mehr Verbrechen begehen, weil sie auch nicht strafverfolgt werden. Sehen sie sich einmal die Situation an. Wo passiert in vielen Fällen Kindesmißhandlung? Gerade in sexueller Hinsicht passiert es sehr oft in der Familie. Wenn wir uns das genauer betrachten, haben jene, die verletzen, auch eine Vergangenheit in der sie verletzt worden sind. Derlei Verletzungen führen bei Kindern selbst zu Schuldgefühlen. Das führt zu Situationen, daß Kinder verzweifelt sind, sich selbst die Schuld an dieser Situation geben und dann nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen, wenn der Vater, oder in seltenen Fällen die Mutter, sich an ihnen vergreift. Jetzt stellen sie sich vor sie leben in einem Familienverband, sie leben in einer Familie wo das einfach passiert ist, was weiß ich, wo sie ein 4jähriger oder 5jähriger Bub oder Mädchen sind, wo das passiert ist. Jetzt stellen sie sich vor, man würde nicht mit einem Mediator oder einem Therapeuten diesen Tathergang, der ja wirklich eine Tat ist, mit beiden, mit dem Verletzenden und dem Verletzten, regeln. Stellen sie sich das einmal vor, wir gehen her und sagen, jetzt sperren wir dir den Vater weg und am liebsten jahrelang.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Da gehört er eh weggesperrt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich persönlich glaube, und diese Diskussion wird ja in Amerika schon seit Jahrzehnten geführt, daß noch keine Strafe, ganz gleich wie hoch sie ist, in diesem Maße bei Tätern Strafen verhindern, wie es sich jene vorstellen, die immer höhere und härtere Strafen fordern. Ich glaube, daß eine Todesstrafe noch keinen Mörder davon abgehalten hat, eine Straftat zu begehen, einen anderen Menschen umzubringen oder sonst irgendetwas. Das überlegt man sich einfach nicht. Ich kann es mir sehr gut vorstellen, wie die Freiheitlichen darauf reagieren, weil sie keinen Bezug zu der Wirklichkeit in diesen Fällen haben. Ich glaube auch persönlich, daß es ein typisches archaisches Prinzip ist, das sie hier drapieren, das die Rache der Gesellschaft darstellt. Eine Gesellschaft, die man unbedingt vor Tätern schützen muß, indem man sie wegsperrt, in vielen Dingen wird es ohnehin nicht gehen, aber was sie fordern ist ja, mehr oder weniger, wirklich Rache, Justiz und das in optimiertester Form. Ihnen ist absolut unverständlich, und da kommen wir immer wieder zu dem Humanitätsprinzip hin, das ich bei ihnen immer wieder kritisieren muß, ob es jetzt Ausländer oder andere Menschen sind, die ihnen nicht passen. Es geht nicht darum, daß man auf den einzelnen Menschen eingeht. Es geht nur darum, daß man jenen das Wort spricht, die anscheinend relativ wenig Bezug zur Gesellschaft haben, denen humanitäre Ansprüche ein Fremdwort ist. Das verstehe ich eben nicht. Gerade in diesem Fall, wo es sich um eine äußerst komplizierte, sensible Materie handelt, daß ihre einzige Antwort darauf ist, mehr Strafen. Sie haben sich sicher mit diesem Gesetzestext genauer auseinandergesetzt, das glaube ich ihnen, und sie kennen sich sicher mehr aus wie ich, aber eines bin ich froh, daß ihnen erspart geblieben ist, daß sie selber nie so ein persönliches Schicksal miterlebt haben und daß sie nie vor dieser Situation gestanden sind, daß sich irgendwer an ihnen vergreift und die einzige Antwort der Gesellschaft ist, daß der, der sie verletzt hat, auf Jahre oder Jahrzehnte weggesperrt ist ohne, daß sie das persönliche Problem mit ihm haben lösen können. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zweite Wortmeldung Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Werte Kollegen und Kolleginnen. Ich wollte mich eigentlich nicht nochmals zu Wort melden, aber nachdem der Kollege Apfelthaler ziemlich weit ausgeführt hat, noch weiter eigentlich vom Thema weg als einige vorherige Redner, sollen nur einige Sätze repliziert werden. Sie sprechen an die Familie, wenn in der Familie derartige Taten gesetzt werden. Ich sage ihnen eines, das ist Ideologie, das ist meine Auffassung, sie haben eine andere, ich trete halt dafür ein. Wenn ein Vater seine Tochter mißbraucht, dann gehört er eingesperrt. Das ist meine Ideologie, das ist meine Einstellung ohne wenn und aber und dem Opfer gehören sämtliche Therapiemaßnahmen zugesprochen, die es nur bekommen kann und dafür soll die Gesellschaft auch Geld haben und dafür ist ein Kinderschutzzentrum auch primär, ich sage einmal primär, gedacht, nämlich daß diejenigen, an denen sexuelle Übergriffe, Verbrechen begangen worden sind, dort Schutz, Zuflucht und Beratung finden. Nur ein Wort noch. Familie ist ein Thema, aber der Gesetzgeber differenziert bitte nicht zwischen

Straftaten die in der Familie begangen wurden oder außerhalb, es fällt rein, alle Straftaten in die Diversion die mit einer Strafe bis zu 5 Jahren bedroht sind. Da fällt alles rein, ob es Erpressung ist oder vor allem Unzucht mit Unmündigen, schwere Körperverletzung wohl gemerkt, Freiheitsberaubung, Erpressung, schwerer und gewerbsmäßiger Betrug, da ist alles drinnen, er differenziert ja überhaupt nicht. Wenn sie schon sagen, innerhalb der Familie müßte man das anders beurteilen, bitte dann müßte das aber auch im Gesetz einen entsprechenden Niederschlag gefunden haben und das tut es eben nicht. Beispielsweise auch pornographische Darstellung, pornographische Unzucht mit Unmündigen, das fällt alles darunter. Wenn die entsprechende Abschreckung fehlt, dann ist das sicherlich nicht der richtige Weg, weil unser Strafgesetzbuch, das ist ja nicht von heute auf morgen entstanden, das ist ja wirklich im Wege von Jahrhunderten erkannt, im 17. Jahrhundert, nicht nur Österreich, sondern überhaupt die europäische Rechtsordnung basiert darauf. Zwei Sachen, noch einmal. Generalprävention, die durch entsprechende Strafen die Allgemeinheit abhalten, das ist der eine Gedanke. Sie lachen darüber, aber das sind die Grundgedanken, auf diesen Gedanken basiert unser System. Zweitens die Spezialprävention. D. h., wenn jemand gegen die Gesetze verstoßen hat, dann muß man ihn strafen, um ihn von der Begehung weiterer Straftaten abzuhalten. Daß das oft dann nicht der Fall ist und oft nicht wirkt, das ist eine andere Sache. Aber deswegen kann man bitte nicht im Umkehrschluß daraus schließen, dann stellen wir sie frei. Das ist der falsche Weg. Das sage ich ihnen aus voller Überzeugung, ohne jeglicher Emotion.

Nur ein Beispiel zu verschärften Strafen, die wir gefordert haben, bei Übergriffen gegen Kinder. In New York, wo es durch den letzten Bürgermeister zu erheblichen Strafverschärfungen gekommen ist, ist nachweislich die Kriminalitätsstatistik, nachweislich, und das hört ihr nicht gerne, aber das ist ein Faktum, massiv heruntergegangen.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wir diskutieren nicht über New York, ich stelle das nur fest. Das war nur als Beispiel genannt, so wie es war, daß härtere Strafen nicht dazu führen. Daher nochmals, Kinderschutz kann nur erreicht werden, um wieder zum Thema zurückzukommen, auf zwei Ebenen. Erste Ebene, durch entsprechende Gesetze, durch welche die Kinder und nicht die Täter geschützt werden. Zweite Ebene, speziell auf kommunaler Ebene, durch die Errichtung entsprechender Kinderschutzzentren, wo sich Experten mit den Kindern beschäftigen an denen entsprechende Übergriffe begangen worden sind. Dafür muß Geld vorhanden sein. Weil durch das Kinderschutzzentrum ja diesem Zweck Rechnung getragen wird, bestehen natürlich von uns, von mir, überhaupt keine Bedenken, das nicht zu fördern. Im Gegenteil, ich würde sogar noch mehr Mittel zur Verfügung stellen. Dank

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Dr. Wetzl. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Frau Referentin bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte vorher auf das Thema eingehen, ich habe mich natürlich auch über dieses Gesetz

erkundigt. Ich muß sagen, ich bin kein Rechtskundiger und auch keine Therapeutin, aber mir ist das so erklärt worden und ich habe das auch so begriffen. Warum ist dieses Gesetz gekommen? Weil es eben so eine große Dunkelziffer bei Kindermißhandlungen gibt und mit ein Grund ist auch die Angst vor der Anzeige. Oft lassen deswegen gerade die Eltern ihre Kinder nicht behandeln. Das habe ich, das kann ich nur wiedergeben, von einer Therapeutin. Priorität soll daher haben: Schutz des Kindes und die Behandlung soll im Vordergrund stehen. Langfristig hilft es dem Kind auch mehr, wenn die Eltern, gerade bei Problemen, institutionelle Hilfe in Anspruch nehmen. Das geht aber nur ohne Kriminalisierung. Warum? Die Täter kommen ja wieder ohne Therapie in die Familie zurück. Langfristig ist das Problem damit ja wieder nur verschoben und nicht behoben. Man muß das so sehen. Es verstärkt sich, weil die Täter kommen immer wieder. Die sperre ich jetzt zwei Jahre weg und dann kommen sie wieder in die Familie zurück und dann fängt der ganze Kreislauf wieder von vorne an. Darum ist es auch so wichtig, daß man einen Vollzug, gerade bei einem sinnvollen Gesetz, macht. Ein Gesetz ist natürlich vorwiegend auf ein Kinderschutzzentrum angewiesen.

Prävention ist ja sehr wichtig. Darum, glaube ich, muß man das auch von der Seite sehen, daß man ein Gesetz wegen dem auch gemacht hat, weil eben so viele Dunkelziffern vorherrschen. Es verschwindet so viel und die Lehrkräfte, die Frau Kollegin Koppensteiner hat es ja gesagt, wissen oft nicht, was ist mit dem Kind los. Aber die Mutter oder der Vater haben oft Angst, daß sie mit dem Kind wohin gehen, weil eben dann in der Familie ein Strafvollzug gemacht wird und dann kommt aber der Täter wieder in die Familie zurück. So muß man es auch sehen. Ich glaube, wenn man es so sieht, schaut man es von einer anderen Seite an. Also, ich habe mir das dann auch so vorgestellt und ich sehe das auch ein, daß man da beiden hilft, daß man das eine auffängt und sagt, man behält die Familie. Es ist die Möglichkeit. Überall erreicht man es wahrscheinlich eh nicht.

Eines muß ich schon sagen, Frau Kollegin Frech, es wird schon peinlich wie sie tun. Ich muß sagen, mir wäre das peinlich, wie sie sich verhalten. Die Personalaufnahme kostet uns heuer keinen Schilling. Das bezahlt alles das Land. Die Stadt hat damit eigentlich gar nichts zu tun. Was ist passiert? Es war im Grunde ein Grundsatzbeschluß vorhanden. Sie waren ja eine der Wichtigsten, die mir immer Anfragen gestellt hat, die gesagt hat: „Warum versäumen sie denn das, warum machen sie denn das und das nicht?“ Jetzt ist ja im Grunde ein Grundsatzbeschluß vorhanden. Es ist nichts mehr passiert als wie, daß eine Ausschreibung erfolgt ist, in Absprache mit Frau Dr. Emhofer, weil ich maße mir das nicht an, daß ich das verstehe was diese Kraft alles Können und Wissen soll. Jetzt findet dann erst das Objektivierungsverfahren statt. Also, das was wir gemacht haben, vonseiten des Magistrates, war, daß schnell gearbeitet wurde, daß ich nicht wieder eine Anfrage bekomme, warum tun sie nichts. Wenn wir jetzt den Beschluß fassen, dann kann nächstes Monat ein Objektivierungsverfahren stattfinden und wir versäumen nicht wieder Monate. Mehr ist eigentlich im Grunde nicht passiert. Ich glaube, sie müssen das einmal zur Kenntnis nehmen, daß sie da nicht in der Schule sind, daß sie mit allen anschaffen können. Das können sie in ihrem Bereich machen, aber nicht mit mir. Um das würde ich sie wirklich einmal ersuchen und da können sie mit dem Fuß stampfen, aber es ist halt so, man muß auch einmal andere Meinungen akzeptieren. Das möchte ich ihnen auch einmal sagen.

Daß ich verabsäumt habe, vom Jahr 1998, mir von der Landesregierung das Geld zu holen, das stimmt nicht. Ich habe es nicht verabsäumt, es ist mir auf heuer für die Erstausrüstung, die S 300.000,-, übertragen worden. Also, ich sehe überhaupt keine Verabsäumung.

Daß man sagt, die Frau Dr. Emhofer hat in die Schule müssen, das stimmt bitte. Es ist ja schade, daß sie sich nicht selbst argumentieren kann, daß sie heute nicht da ist. Daß ich der Presse das mitgeteilt habe, das steht mir bitte zu. Das steht mir als Referentin zu, wenn ich monatelang überall negative Meldungen höre, ich bringe nichts zustande, mein Rücktritt wird gefordert, weil ich das Kinderschutzzentrum vermasselt habe, dann wird mir als Referentin wohl das zustehen, daß ich es der Presse mitteile, daß ich sage, das Kinderschutzzentrum wird entstehen, wir haben die Finanzierung gesichert.

Ich habe noch nie irgendeinen Akt irgendwo hingesandt. Gerade sie sind die Schnellere bei der

Presse, die immer nur faxt und faxt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe auch noch nie einen Akt irgendwohin gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich lasse es dahingestellt, ich kann nichts beweisen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Dann beweisen sie es jetzt!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich spreche jetzt von meiner Person. Ich selbst habe der Presse das mitgeteilt und es ist ja schon lange ein Grundsatzbeschuß vorhanden, ich habe da ja nichts heimlich gemacht. Ich bin aufgestanden und habe gesagt, daß ich jetzt einen Termin habe. Beim letzten Antrag hat mich GR Oppl vertreten. Mehr habe ich nicht gemacht. Dann bin ich hinüber gegangen und habe der Presse mitgeteilt, daß für das Kinderschutzzentrum das Geld gesichert ist. Der Ausschuß gibt ja nur eine Empfehlung ab und es waren so viele Anfragen, warum und wieso wird das Kinderschutzzentrum nicht gemacht und warum verabsäumen sie etwas. Darum sage ich, ihre Frage ist mir peinlich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie brauchen sich vor mir eh nicht rechtfertigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich brauche mich nicht rechtfertigen, das weiß ich, das habe ich auch nicht notwendig. Ich habe es zustande gebracht und das ist für mich die Hauptsache, zum Wohle der Kinder. Ich bin froh, daß ich so kompetente Leute wie die Frau Dr. Emhofer dabei gehabt habe, daß wir alle stolz sein können, daß die mitarbeitet um es umzusetzen. Sie wird auch beim Objektivierungsverfahren, beim Personal, dabei sein, daß auch das paßt.

Ich glaube, was da heute alles gesprochen wurde, daß man sagt, die Aufnahme vom Personal und die falsche Behauptung ich hätte etwas verabsäumt und ich hätte mich nicht diszipliniert benommen und, und. Ich muß sagen, das muß mir jeder selbst überlassen, wie ich mich benommen habe. Ich finde, ich habe das zum Wohle der Betroffenen gemacht, daß endlich das Kinderschutzzentrum, was nur kritisiert wurde weil es nicht wird, gemacht wird. Ich freue mich, daß wir es zum Wohle der Betroffenen zustande gebracht haben. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag Kinderschutzzentrum, Nr. 10), ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Alle dafür. Einstimmigkeit ist zu protokollieren.

Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Vizebürgermeister Pfeil um seine Anträge

BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir kommen zu einem etwas leichteren Thema. Unter Parkraumbewirtschaftung kann sich ja jeder etwas vorstellen, da hat jeder schon seine Erfahrungen gemacht. Wir haben im Zuge unserer Umsetzung des Verkehrskonzeptes aus dem Jahre 1992/1993 einen einstimmigen GR-Beschluß gefaßt, daß im Zentrumsbereich generell gebührenpflichtige Kurzparkzonen eingerichtet werden sollen. Wir sind hier etwas im Verzug, aber es ist mit der Bevölkerung, mit den betroffenen Bewohnern, mit den Behörden hier sukzessive das Einvernehmen hergestellt worden. Ich darf mit Recht sagen, daß es eine der ganz wenigen, sehr öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen ist, die sehr breite Akzeptanz in der Bevölkerung gefunden hat. Ganz im Gegenteil, es kommt aus der Bevölkerung immer mehr der Wunsch, daß wir die Gebührenpflichtzone mehr ausweiten sollen. D. h., wir werden uns in der nächsten Zeit, in den nächsten Monaten, wiederum mit Ergänzungen zu dem heutigen Antrag auch beschäftigen müssen.

Heute geht es um zwei zusammenhängende Anträge. Der erste behandelt eine Neufassung der Bewohnerparkregelung bzw. der gebührenpflichtigen Zonen. Wir haben Zonen in der inneren Stadt, Ennsdorf und Steyrdorf. Diese werden jetzt um Teilbereiche innere Stadt, Ennsdorf, Steyrdorf und Wehrgraben ausgeweitet. Wenn es gewünscht wird, können wir gerne darüber diskutieren. Es ist natürlich ein integrierender Bestandteil dieses GR-Beschlusses, daß hier Anwartschaft auf Bewohnerparkregelung mit Zonenregelung direkt im Zusammenhang stehen. Wir haben ausführlich im Verkehrsausschuß, im Jänner, darüber diskutiert und hier einen einstimmigen Beschluß des Verkehrsausschusses diesbezüglich gefaßt. Noch eines haben wir im Jänner gefaßt und zwar einen einstimmigen Grundsatzbeschluß, daß über die Höhe der Bewohnerparkkartengebühr diskutiert werden soll. Auch hier haben wir heute einen dementsprechenden Antrag, nachdem wir uns gemeinsam auch über die Fraktionsobleutekonferenz und auch über den Stadtsenat diesbezüglich geeinigt haben, daß wir, gerade in Bereichen wo nicht die reichsten Leute wohnen, es hier ermöglichen, daß Bewohner in diesen Bereichen mit der Minimalabgabe davonkommen. Das sind derzeit, glaube ich, S 560,-- pro Jahr, d. h., die reine Verwaltungsgebühr.

Herr Bürgermeister, ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

Parkraumbewirtschaftung; Erweiterung des gebührenpflichtigen Parkraumes; Änderung der Parkgebühren-Verordnung 1992

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungsangelegenheiten, Fachabteilung für Verkehrsrecht und öffentliche Sicherheit vom 18. Juni 1999 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, mit welcher der § 2 (Festlegung des Gebietes für gebührenpflichtiges Parken) der Verordnung des Gemeinderates vom 04. März 1993 (Parkgebühren-Verordnung der Stadt Steyr) abgeändert wird, beschlossen.

Die Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen und tritt am 12. Juli 1999 in Kraft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Auftrag diskutieren zu lassen. Wer wünscht das Wort? Kollegin Pramendorfer bitte.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Zuerst einmal möchte ich betonen, daß wir selbstverständlich für Kurzparkzonen sind. Wir sind selbstverständlich auch für gebührenpflichtige Kurzparkzonen. Wogegen wir aber sind, ist, gegen ein phantasieloses Errichten von Kurzparkzonen ohne Konzept, ohne Parkleitsystem und ohne auf die Bedürfnisse von Menschen Rücksicht zu nehmen, denen mit einer Kurzparkzone nicht gedient ist und die, aus welchen Gründen auch immer, auf den öffentlichen Verkehr nicht zurückgreifen können. Es ist schon richtig, daß wir im Jänner der Errichtung der weiteren Kurzparkzonen zugestimmt haben. Ich gebe auch gerne zu, und das ist auch meines alleine, daß ganz offensichtlich mein verkehrspolitischer Weitblick nicht groß genug war, um die Folgen zu bedenken. Aber jeder Mensch ist lernfähig, wenn er lernwillig ist und Lernwilligkeit und Lernfähigkeit ist mir nicht abzusprechen. Aus dieser damaligen Zustimmung, die aus heutiger Sicht gesehen ein Fehler war, die aber natürlich am Ergebnis nichts geändert hätte, habe ich gelernt. Und zwar habe ich gelernt, daß es eine schlechte Strategie ist und eine einfallslöse Strategie noch dazu, wenn man Probleme einfach vor sich herschiebt, in der Hoffnung, sie werden sich schon irgendwie alleine regeln. Genau das geschieht jetzt nämlich. Die neuen Kurzparkzonen werden massive Probleme in noch nicht vergebühten Straßenzügen auslösen. Dort werden dann wieder neue Kurzparkzonen verlangt werden und dann wird das Problem, so nach dem Florianiprinzip, weiterverlagert werden. Daher ist unsere Forderung nach einem durchdachten Parkkonzept für die Stadt, mit einem Mix aus Kurzparkzonen, Möglichkeiten für Langzeitparker, und das ist das was in Steyr besonders fehlt, Möglichkeiten für Dauerparker, z. B. Arbeitnehmer am Stadtplatz, endlich einen ausreichenden Parkplatz für Reisebusse, einem zeitgerechten Parkleitsystem u.ä. mehr. Damit entsprechen wir nämlich auch den Forderungen des Verkehrskonzepts von Dr. Stickler, der neben den Kurzparkzonen ausreichende Park & Ride Parkplätze am Stadtplatz, ein Netz an Parkgaragen fordert. Wir haben zuerst von den Kindern gesprochen. Wir wissen alle, ein Kind kann nicht gehen wenn es nicht vorher stehen kann und das kommt mir so ein bißchen vor, wir tun den zweiten Schritt, bevor wir den ersten Schritt getan haben. Wir werden uns daher bei diesem Antrag der Stimme enthalten, da wir prinzipiell für die Errichtung von Kurzparkzonen sind, aber sie ohne entsprechende Begleitmaßnahmen, ohne ein entsprechendes Konzept, einfach für kontraproduktiv halten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Presse. Ich kann die Ausführungen der Kollegin Pramendorfer nur unterstreichen. Um das Ganze auch zu verifizieren haben wir die 3. Klasse der HBLA beauftragt, eine Projektarbeit zu machen, wie sich die derzeitige Situation für die Arbeitnehmer darstellt. Da ist herausgekommen, daß eben 600 Personen mit ihrem Fahrzeug in der Innenstadt, während der Arbeitszeit, parken. Es sind im Verhältnis eigentlich sehr wenig Leute, die den Bus in Anspruch nehmen. Das hat vielleicht mit dem Fahrplan oder sonst irgendetwas zu tun, ich weiß es nicht. Es ist ein Problem. Würden wir diese Dauerparkplätze freibekommen, wäre es natürlich ein riesiger Vorteil für die Stadt. Nur, wo tun wir diese Autos, von den Mitarbeitern, die zu uns in die Stadt kommen, hin? Daher ist es nach unserer Meinung kein Konzept, zu sagen, ich mache lauter Kurzparkzonen und die sollen das Auto pulverisieren oder die sollen zu Fuß gehen oder sonst etwas. Ein durchdachtes Konzept mit Dauerparkplätzen, unsere Vorstellung geht in Richtung Reithofferplatz, weil das der einzig naheliegende, große, freie Platz wäre, daß man dort einen Dauerparkplatz macht und damit auch für die Innenstadt eine Entlastung der Parkflächen bekommt und damit würde allen, glaube ich, sehr geholfen sein. Nur Kurzparkzonen machen, 110 Parkplätze die jetzt Dauerparkplätze sind fallen weg, unten kommen überhaupt 5 Parkplätze komplett weg, es wird eigentlich immer schlechter. Jetzt sind die Busse draußen, jetzt treiben wir noch die Autos hinaus. Also, ich weiß nicht, recht rosig sind die Aussichten in der Innenstadt nicht, wobei ich damit wirklich die Rahmenbedingungen meine, die uns da sehr zusetzen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Das ist eine Diskussion, die wir natürlich auch schon im Verkehrsausschuß geführt haben und die Kollegin Pramendorfer ja dort auch letztes Mal einen Antrag eingebracht hat. Auch in der Zeitung konnte ich lesen, daß man mit diesem Kurzparksystem auf der einen Seite zwar einverstanden ist, aber auf der anderen Seite z. B. asphaltierte Flächen auf dem Reithoffergelände gerne haben möchte, die als Parkplatz ausgeworfen werden udgl. mehr. Ich denke mir halt eines, grundsätzlich haben wir ja alle miteinander gewußt, und das war kein Votum, wo wir einfach sagen, das stimmt nicht, daß, wenn wir Kurzparkzonen machen, wir letztendlich die Dauerparker verdrängen und, daß es dadurch sozusagen eine Hinausverschiebung der Dauerparker aus dem Stadtkern gibt. Auf der einen Seite kann ich mich noch sehr gut erinnern, wie wir über die Verlängerung der Kurzparkzonenzeiten auf 3 Stunden gesprochen haben und wo gerade Wirtschaftstreibende und Geschäftsbesitzer mehr oder weniger waren, die gesagt haben, auf der einen Seite brauchen wir eine hohe Fluktuation und auf der anderen Seite sollen sie aber trotzdem Zeit haben zum Einkaufen. Alles klar. Wenn wir jetzt von den sogenannten Langzeitparkplätzen oder den Dauerparkplätzen reden, denke ich mir z. B., daß einer am Jahrmarktsplatz am Tabor eingerichtet ist, wo man ja glänzend entweder über die Stiege hinunter und wieder hinaufgehen kann oder mit einem Autobus fahren kann. Ich weiß schon, da braucht ihr unbedingt wieder den Aufzug über die Taborstiege, weil anders ist er offensichtlich nicht begehbar.

Wenn er sich in den Autobus hineinstellt und hinunter fährt, ist er bei Zwischenbrücken und kann nachher wieder zurückfahren. Das geht alles glänzend. Aber auf dem Parkplatz dort oben steht niemand, zum Großteil, außer ein paar LKW oder ein paar Dauerparker wie z. B. von der Firma Doppler Bäckerei, von der Firma Fröhlich, von der Firma Bader Bäckerei, die über Nacht ihre Autos dort abgestellt haben. Dort kenne ich mich aus, weil dort oben wohnen ich unter anderem bzw. ich habe lange Zeit daneben gearbeitet. Wenn ich mir ansehe wie der Park & Ride Parkplatz beim Krankenhaus angenommen wurde, dann ist das praktisch Null gewesen. Jetzt stehen mehr Autos dort, weil die Bediensteten der BMD unter anderem dort stehen und den Parkplatz bevölkern. Ich denke mir halt letztendlich eines, das Sticklerkonzept sagt unter anderem aus, daß im Stadtkern und im Stadtinneren, Kurzparkzonen, Parkplätze sein sollen um denjenigen die dort einkaufen gehen die Möglichkeit zu geben, daß sie in die Nähe der Geschäfte gelangen, daß sie einladen und wieder fortfahren können bzw. ihre Erledigungen machen. Ich kann bis heute nicht verstehen, warum z. B. viele Leute die am Stadtplatz arbeiten nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln dort hin fahren bzw. sieht man auch relativ viele Leute, die sozusagen bei weitem nicht sehr weit weg wohnen und keineswegs zu Fuß z. B. am Stadtplatz in die Arbeit gehen odgl. Ich weiß schon, jeder würde am liebsten mit dem Auto bis in das Schlafzimmer fahren. Steyr ist eine Autostadt, das wissen wir alle zusammen. Trotzdem müssen wir uns auf der anderen Seite den Gegebenheiten beugen. Nur um ein kleines Beispiel zu zeigen. Beim Museumsparkplatz, der so sehr kritisiert wird, daß er jetzt vergebührt wird, hat es sich ganz eindeutig gezeigt, daß spätestens um 7.30 Uhr die 60 Parkplätze die in etwa dort sind, von Dauerparkern verparkt sind und dann gibt es dort bis am Abend nichts mehr, d. h., da rührt sich nichts mehr. Auf der anderen Seite brauchen wir aber Parkplätze für die Professoren z. B. die zur Fachhochschule bzw. zur Fernuni kommen, wir brauchen sie für Besucher die zum Museum Arbeitswelt kommen, die brauchen wir auch dort. Dort gibt es aber eine Fluktuation, indem es dort einen öfteren Austausch gibt. Die würden wir schon weiß Gott wohin verbannen, daß sie wo parken müssen oder vielleicht mit dem öffentlichen Verkehrsmittel dort hin fahren müssen, weil da schauen wir lieber, daß sozusagen 60 Leute, die vielleicht am Stadtplatz oder sonst irgendwo in der Nähe arbeiten, ihr Auto definitiv abstellen können und dort einen ganzen Tag stehen. Daher denke ich mir, das System an und für sich ist richtig, ich hoffe, daß es vielleicht auch eine gewisse Abhilfe dann einmal mit der Citygarage geben wird udgl. mehr.

Liebe Claudia Pramendorfer, wenn du unter anderem gesagt hast z. B. in der Stelzhamerstraße sind sozusagen Dauerparkplätze, also, ich bin sehr oft in der Stelzhamerstraße unterwegs und sehe unter der Woche, daß die Straße jetzt schon gänzlich verparkt ist, weil die Leute die zum Gericht gehen sich z. B. dort hinstellen, die Leute die auf das Arbeitsamt gehen, die Leute die z. B. durchaus noch bei der Wirtschaftskammer Platz hätten zu parken, auch lieber in der Stelzhamerstraße stehen, weil sie dort vielleicht nicht so weit gehen müssen oder was weiß ich was alles noch. Es ist also so, daß das Problem sicherlich richtig ist, aber ich nicht glaube, daß es zu lösen ist, indem man z. B. im Reithoffergelände eine asphaltierte Parkfläche schafft odgl. mehr. Es wird notwendig sein, die Leute dazu zu bewegen, die öffentlichen Verkehrsmittel in Anspruch zu nehmen, die den ganzen Tag am Stadtplatz arbeiten. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte eine Wortmeldung machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Wortmeldung. Bitte sehr, aber wenn sich eh keiner mehr zu Wort gemeldet hat.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, aber vielleicht will jemand replizieren. Ich bin nicht so unfair, daß ich in meinem Schlußwort etwas anreiße ..

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das heißt sie wollen provozieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte eine Wortmeldung machen. Dann mache ich halt kein Schlußwort mehr, wenn es eh so paßt.

Über die Verkehrspolitik der ÖVP muß man sich ja wirklich nur mehr wundern. Was haben wir denn die letzten Jahre alle erlebt? Ich habe höchstes Verständnis gehabt, daß von der Wirtschaft, von Hotels, Hotelzufahrten verlangt worden sind. Da haben wir Parkplätze freigeschaffen. Was haben die Hotelbesitzer gemacht? Sie haben ihren Gästen gesagt, sie können den ganzen Tag dort draußen stehen bleiben und die Zufahrt war natürlich wieder in zweiter und dritter Spur. Nach zwei Jahren haben wir es wieder aufgegeben, nachdem dort eigenmächtig auch Schilder auf die Laternen aufgepflanzt worden sind. Was haben wir dann noch erlebt? Mittagszeit. Die Debatte um die Mittagszeitvergebührung. Die Welt bricht zusammen, wenn wir mittags nicht freigeben, die Wirte machen Konkurs und die Leute, die mittags offen haben, müssen gefördert werden. Höchstes Verständnis haben wir gehabt. Wir haben auch dazu geholfen, daß wir das durchgebracht haben, es war auch ein gewisser Einnahmenverlust für die Stadt. Wie dann die 3-Stunden-Diskussion gekommen ist, Herr Hauser hat es schon angedeutet, zuerst will man eine möglichst hohe Fluktuation und plötzlich will man denjenigen bevorzugen, der recht lange stehen bleibt. Das geht natürlich nur, das haben uns die Fachleute vorgerechnet, wenn man die gebührenfreie Mittagszeit im Gegenzug wieder aufhebt. D. h., dann war das alles wieder nicht mehr wahr, was man vor zwei Jahren mit Todesmut verlangt hat, sonst bricht die Welt zusammen. Wirklich, im Jänner dieses Jahres, der einstimmige Beschluß, ausführlich diskutiert worden, ich habe sogar das Protokoll hier, ohne wenn und aber, eine Zustimmung dazu. Dann kommt jetzt im Juni, außerhalb jeder formalen Ordnung, ich würde mir wirklich wünschen, wenn im Kulturausschuß und in anderen Ausschüssen eine ähnliche positive Grundhaltung wäre, daß Anträge, die nicht rechtzeitig eingekommen sind, die nicht mit allen Unterschriften versehen sind, dein Antrag war mit einer Unterschrift, das war, glaube ich, drei Tage vorher, es war jeder Ordnung zuwiderstrafend. Ich habe gesagt okay, wer will, stimmen wir ab, diskutieren wir darüber oder nicht. Die Mehrheit hat gesagt wir wollen darüber diskutieren. Dann haben wir diskutiert und abgestimmt. Es wurden leider keine neuen Argumente vorgebracht nur gejamert, die Innenstadtkaufleute, ihre Angestellten, können nicht mehr am Museumsparkplatz parken. Das ist ja langsam wirklich fad. Der Museumsparkplatz ist nie für die Angestellten des Stadtplatzes gedacht gewesen. Nie und nimmer. Das steht in keinem Konzept drinnen. Der Museumsparkplatz, das hat auch der GR Mundorf als erstes damals immer wieder gesagt, Freunde, den müßt ihr bald vergebühren, das ist notwendig, gerade wenn wir FAZAT und die Fachhochschule ausbauen, dort ist etwas los, dort ist Fluktuation. Das Argument zu Alternativstandorten. Wenn es

schon manchen nicht möglich ist öffentliche Verkehrsmittel zu benützen, das kann durchaus sein, wenn ich aus der Kleinraming kommen, habe ich vielleicht nicht den passenden Bus um dieselbe Zeit, aber das angesprochene Reithoffergelände. Es gehört zwar nicht uns, außer diese 5.000 m² wo das Reifenlager draufsteht, aber dort, ich gehe ja jeden Tag dort vorbei, da stehen pro Tag 5 Autos. Dort könnten locker, wenn wirklich so eine Not wäre, um die 300, 400, einmal geschätzt, dort stehen und am oberen Schiffweg, außer daß jetzt irrsinnig viel Schnecken dort sind, ist ein ganz ein schöner Spazierweg in die Stadt hinein. Da gehen sie ganze 5 Minuten, wenn sie langsam gehen. Da können sie mit mir mitgehen oder ich schiebe das Fahrrad daneben. Ein wunderbarer Weg herein. Da hat, glaube ich, auch der Grundstückseigentümer nichts dagegen. Ich glaube nicht, daß sie eine Besitzstörungsklage von MAGNA Immobilien International bekommen, wenn sie dort ein paar Stunden das Auto parken. Ich glaube es nicht und habe auch noch nichts darüber gehört.

Ich denke, wir sind gerade hier, beim Verkehrskonzept, bei der Umsetzung, am richtigen Weg. Es wird in der Bevölkerung verlangt. Ich bin sehr glücklich darüber, daß es uns auch gelungen ist, die Gebühren für die Bewohner herunterzusetzen. Wir wollen ja die Bewohner gerade im Zentrum nicht vertreiben, sondern im Gegenteil, das muß ja belebt werden. Sie haben dann vermehrt eine gute Chance wiederum einen Parkplatz dort zu finden.

Ich ersuche, ich glaube bei der ÖVP ist das Ersuchen eh hoffnungslos, aber ich ersuche alle anderen Fraktionen diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. SPÖ, FPÖ, GAL, LIF. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 4 (ÖVP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nun kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Natürlich in Anlehnung des vorherigen GR-Beschlusses muß natürlich dann auch der Vertrag mit dem Wachdienst Chwoyka & Co KG verändert und adaptiert werden. Ich darf es kurz machen. Es sind dieselben Rahmenbedingungen wie wir die anderen Kurzparkzonen überwachen, wird auch hier eine Überwachung gemacht. D. h., dieselben Bedingungen, derselbe Überwachungsintervall, weil es würde natürlich billiger sein, wenn wir sagen, wir möchten das nur mehr alle zwei Stunden kontrolliert haben, aber das wollen wir nicht, dieselben Kosten.

VerkR-5629/92

Änderung des Vertrages mit dem Österr. Wachdienst Chwoyka & Co KG über die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Gebiet der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 21. Juni 1999 wird dem Abschluß eines Nachtrages mit dem Österreichischen Wachdienst Chwoyka & Co KG, 4600 Wels, Eisenhowerstraße 20, zur Ausweitung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen der Stadt Steyr und deren Überwachung entsprechend dem diesem Amtsbericht beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fertig?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Schon lange, ja. Diskussion oder Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben die Stimme nicht abgesenkt. Ich habe das nicht richtig gemerkt. Sie müssen zum Schluß die Stimme absenken.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich werde ihnen beim nächsten Mal ein Zeichen geben.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na gut. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Keine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich verzichte auf das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlußwort? Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? ÖVP. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, es sind wieder einmal gut 2 Stunden vergangen. Wir haben uns erlaubt, unseren Hausmeister zu bitten, ob er uns nicht ein bißchen eine Verpflegung im Vorraum servieren kann. Ich hoffe, daß ich mit der Überlegung mehrheitsfähig bin.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kurze Pause.

Pause von 21.40 Uhr bis 22.05 Uhr

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Nächster Berichterstatter ist Vzbgm. Tatzreiter. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

In meinem ersten Antrag geht es um die Erneuerung des Bodens in der Mehrzweckhalle Wehrgraben. Es ist notwendig den Boden auszuwechseln, weil der Boden nicht mehr saniert werden bzw. restauriert werden kann. Natürlich sind auch die Unterbodenarbeiten notwendig. Ich darf ihnen den Antrag bringen.

GHJ2-12/99

Erneuerung des Bodens MZH Wehrgraben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 7.5.1999 wird den Auftragsvergaben zur Erneuerung des Bodens Mehrzweckhalle Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22, an die

Fa. Swietelsky, Linz - Sportboden

S 700.269,78 exkl. USt.

Fa. Langthaler, Steyr - Blechdach

S 117.047,96 exkl. USt.

Fa. Schweiger, Wartberg - Bodenhülsen

S 48.480,-- exkl. USt.

Fa. Nograsek, Steyr - Baumeisterarbeiten

S 19.000,-- exkl. USt.

Fa. Löger, Steyr - Prallschutz

S 15.000,-- exkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerungen wird der Mittelfreigabe von
S 900.000,-- exkl. USt.

(neunhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/263100/010000 zugestimmt.

Ich bitte diese S 900.000,-- dafür zu genehmigen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Sofortmaßnahme der Sanierung der Dachfläche und Fassade im Restaurantgebäude Stadtbad. Ich bitte da auch, weil es schon derart durchgerostet ist, dieses Dach wirklich von Grund auf zu restaurieren bzw. herzustellen. Natürlich gibt es auch in diesem Zusammenhang nach den Preisverhandlungen die Offerte und auch eine Bürgermeisterverfügung, weil es dringend notwendig war bzw. die Zeit genützt werden mußte. Der Antrag lautet:

GHJ2-33/99

Sofortmaßnahme; Sanierung der Dachfläche und Fassade des Restaurantgebäudes Stadtbad.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 6.5.1999, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 49 (7) des Statutes für die Stadt Steyr Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 6.5.1999 wird der Auftragsvergabe an die

Fa. Wittner, Steyr - Dachdecker- und Spenglerarbeiten

S 268.538,77 exkl. USt.

Fa. Frank, Steyr - Malerarbeiten

S 15.000,-- exkl. USt.

Fa. Reform, Steyr - Fenstertausch

S 18.000,-- exkl. USt.)

zugestimmt, sowie eine Kreditübertragung in Höhe von

S 300.000,-- exkl. USt.

(dreihunderttausend)

von der VA-Stelle 5/815000/050000 (Leopoldibrunnen) auf die VA-Stelle 5/831000/010000 (Stadtbad) bewilligt.

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Dieser Antrag zwingt mich ja geradezu mich zu Wort zu melden, vor allen Dingen, was die Dringlichkeit dieser Maßnahme betrifft und zwingt mich auch dazu, einen kurzen Blick in das vergangene Jahr zu machen. Ich darf in Erinnerung rufen, daß am Beginn des Jahres 1998 teilweise von der Bevölkerung, aber auch vom Restaurantpächter, Beschwerden laut wurden, daß dieses Restaurantgebäude und auch der Vorplatz sich in einem nicht sehr ansehnlichen Zustand befinden. Es hat dann auch gleich, vonseiten einiger Gemeindemandatäre, Reaktionen gegeben, die sofort geortet haben und mit dem Finger auf die Stadtwerke gezeigt haben, der Kollege Hack hat im Übrigen auch dazu gehört, daß wieder einmal die Stadtwerke säumig sind. Ich habe dann, im Wissen, daß ansich die Stadtwerke als Verwalter dieser Anlage nicht zuständig sind für diese Sanierungsmaßnahmen, sondern die Liegenschaftsverwaltung, eine Einladung am 24. 3. zur Begehung dieses Bereiches des städt. Freibades ausgesprochen. Damals waren auch die Fraktionsobmänner dabei und konnten sich überzeugen, daß sich, wie gesagt, gerade dieses Restaurantgebäude, in einem nicht sehr ansehnlichen Zustand befindet. Es ist vor allen Dingen auch um den Eingangsbereich gegangen, wobei festzustellen war, daß die Fensterumrahmungen, die aus Metall bestehen, teilweise Durchrostungen aufgewiesen haben, daß vor allen Dingen aber auch die Fassade in einem sehr schlechten Zustand ist und auch der Gehweg bzw. der Vorplatz dieses Bereiches einer dringenden Sanierung bedarf. Es hat dann auch tatsächlich Sanierungsmaßnahmen in einem etwas kleineren Ausmaß gegeben um sozusagen, zumindest habe ich den Eindruck gehabt, einige Leute zufriedenzustellen, obwohl dort bereits feststellbar war, daß, wie gesagt, dieses Gebäude einer größeren Sanierung bedarf, und das beweist ja dieser Antrag jetzt. Daß man, ich möchte das jetzt nicht überdramatisieren, aber doch zugewartet hat, bis es dort hereinregnet und dann muß der Herr Bürgermeister mittels einer Bürgermeisterverfügung die dringenden Maßnahmen vorweg in Auftrag geben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist für mich zumindest eines, aufgrund dieses vorliegenden Antrages, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht und klargestellt worden, daß ansich zwei Punkte, die für mich als Referent auch sehr wichtig sind, klargelegt und klargestellt wurden, nämlich einerseits die Zuständigkeit für diese Sanierungsmaßnahmen, daß diese nicht an der Stadtwerkeverwaltung liegen sondern, es wurde weiters auch klargestellt, daß der von den Freiheitlichen geforderte Maßnahmenkatalog, nämlich ein Sanierungskonzept durch einen Fachmann zu erstellen, durchaus seine Berechtigung hat und daher auch im Budget S 100.000,-- dafür bereitgestellt wurden. Nur wurden sie bis dato nicht dafür verwendet um ein derartiges, wie wir

glauben, sehr wichtiges Konzept zu erstellen.

Wir haben vor kurzem erst, nämlich am 23. 6., eine Begehung des Stadtbades durchgeführt, wo der Herr Bürgermeister dabei war, und ich möchte ihnen einige Dinge deswegen hier darlegen, weil auch mir völlig klar ist, daß man alle Maßnahmen, die dort besprochen worden sind, nicht auf einmal durchführen können wird. Daher ist es wichtig, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, aber auch mit einer Prioritätenreihung, weil ja das schlußendlich auch mit ansich sehr hohen, finanziellen Mitteln dann bereinigt werden muß.

Was hat man also bei dieser Begehung festgestellt? Das möchte ich ihnen nicht vorenthalten meine Damen und Herren des Gemeinderates, vor allen Dingen auch deshalb, weil ja auch in der Ausschußsitzung, der Ausschuß der für diese Bereiche zuständig ist, Anmerkungen erfolgt sind, daß man eigentlich enttäuscht war, daß die Fraktionsobmänner bzw. Mitglieder des Kommunalausschusses bei dieser Begehung nicht eingeladen wurden. Daher darf ich das jetzt bitte nachholen und sie dafür darüber informieren, was man bei dieser Begehung festgestellt hat. Ich greife aber nur die wichtigsten Punkte heraus und möchte aber nicht verhehlen, daß man 1. einmal erkennen konnte, daß sich das Bad, an und für sich, in seiner Gesamtheit, im Gesamtzustand in einem durchaus ansehnlichen und gepflegtem Zustand darstellt, wenn man daran denkt, daß ja dieser Bereich seit einigen Jahrzehnten der Bevölkerung zur Verfügung steht und dieses Bäderkonzept ja aus den 50iger Jahren stammt. Kritikpunkt war ansich auch, daß die Gehwege verbessert gehören, daß durch die hohen Bäume sehr viel Schatten auf den rechten Teil der Anlage, auf die Liegewiese, fällt und daher auch dort überlegt werden soll um eben dieser Schattenbildung vorzubeugen. Der Tauchgarten wurde ebenfalls in diesem Gespräch erwähnt, der ja bekanntlicherweise undicht ist und aus diesem Grund mußte auch das danebenliegende Buffet, wegen diesem Wassereintritt vor einiger Zeit, geschlossen werden. Weiters wurde auch festgestellt, und das ist ja, was die finanzielle Seite betrifft, der größte Brocken, daß die Auskleidung des Sportschwimmbeckens, nach einem Betrieb von 22 Jahren, ebenfalls einer Erneuerung bedarf. Soweit ich informiert bin, wird das sicherlich 8 bis 10 Millionen Schilling kosten. Es gibt aber auch Möglichkeiten auf relativ einfache und eher kostenneutrale ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kostengünstigere.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... oder auf kostengünstigere Art und Weise Verbesserungen herbeizuführen. Da geht es um Neuschaffung von Liegeflächen durch evt. Entfernung von Sträuchern.

Ein wichtiger Bereich im städt. Freibad ist natürlich auch die Frage, was soll mit den teilweise nicht genützten, durch die Badebesucher nicht genützten, Kabinengebäuden geschehen und vor allen Dingen geht es um die Frage der drei großen Gebäude, weil diese ja auch bekanntlicherweise auf dem Dach eine Solaranlage für das Hallenbad installiert haben. Der Zustand dieser Gebäude läßt einerseits den Schluß zu, nach kurzer Betrachtung, daß es durchaus auch möglich wäre, diesen Bereich zu sanieren. Um allerdings sicher zu gehen, wurde vereinbart, daß das Bauamt hier eine Statikprüfung vornimmt und in Kürze dieses Gutachten vorliegen wird, um dann eben weitere Schritte und Maßnahmen zu beraten und zu setzen.

Ich darf aber abschließend nochmals sagen, daß ich auch dort, bei dieser Begehung, die Notwendigkeit eines Konzeptes, erstellt durch einen Fachmann, zum Ausdruck gebracht habe. Das meine Damen und Herren war ein kurzer Bericht über diese Begehung, weil es eben im Zusammenhang mit diesem vorliegenden Antrag steht. Dem Antrag werden wir natürlich die

Zustimmung geben, wobei die Dringlichkeit, aber das darf ich nachträglich nochmals wiederholen, ansich nicht unbedingt hätte sein müssen, wenn man rechtzeitig dort Maßnahmen einer Bausanierung gesetzt hätte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet hat sich GR Hack. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es geschehen wundersame Dinge in den Räumlichkeiten und Plätzen rund um den Stadtplatz. Vor ungefähr 1 ½ Jahren habe ich ihnen Fotos gezeigt, da ist es unten herausgeronnen, jetzt rinnt es offensichtlich oben rein. Das war damals auch schon absehbar, daß da irgend so etwas passieren wird, der Zustand war damals schon sehr desolat. Wir haben im Kommunalausschuß schon sehr häufig und oft diskutiert, auch im letzten oder vorletzten Ausschuß, und haben um eine Begehung mit dem Herrn Bürgermeister und vielleicht mit Fachleuten gebeten. Wir hätten auch die Idee gehabt, im Budget sind S 100.000,-- vorgesehen, daß eine Planung gemacht wird, was man überhaupt machen kann, wie man eine Sanierung in Angriff nehmen kann oder soll, wie das Ganze überhaupt gestaltet werden könnte und daß man dann einen Zeitplan erstellt. Wir haben dann erfahren, daß eine Begehung stattgefunden hat. Der Herr Bürgermeister, der Herr StR Bremm und ich weiß nicht wer noch, 2, 3 Leute ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Uns wurde dann mitgeteilt, die Begehung hat stattgefunden. Das Konzept wissen wir bis heute nicht, wird eines gemacht oder nicht. Jetzt wird wieder Feuerwehr gespielt und das Dach oben zugemacht und vielleicht dann unten oder so, ich weiß es nicht. Also, ich würde vorschlagen, so wie wir im Kommunalausschuß gebeten haben, daß man sich wirklich einmal ernsthaft mit der Materie beschäftigt, ein Konzept zu machen, wo dann vielleicht auch ein Zeitplan drinnen ist, wie man Sanierungen, etwaige Umgestaltungen oder sonstige Dinge in Angriff nimmt und wie man das dann auch in einem Finanzierungsplan machen kann. Ich würde doch wieder bitten, wie im letzten Kommunalausschuß, wie einige festgestellt haben, diese Vorgangsweise zu wählen, um jetzt da, wie gesagt, nicht irgendwelchen Sofortmaßnahmen hinten nach zu laufen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich sehe das ist nicht der Fall.

Dein Bericht war verwirrend Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das war auch beabsichtigt.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eigentlich steht die Reparatur des Daches und die Fassade des Restaurantgebäudes zur Debatte. Nachdem du aber einen Bericht über unsere Begehung, die wir durchgeführt haben, gebracht hast, hast du natürlich eine Verwirrung gestiftet und der Kollege Hack spricht schon wieder davon, wir fangen mit dem Dach an, an einem Eck usw. Wir haben natürlich die Begehung gemacht. Es geht nämlich um eines und das ist ja bisher nicht geschehen. Es ist mir nämlich bei dieser Begehung dieses Mal darum gegangen, und das werde ich mir natürlich erlauben, wenn da bei den Diskussionen kein Ende herauschaut, einmal einzuladen und dort eine Entscheidung herbeizuführen, in welcher Weise wir da überhaupt vorgehen wollen. Da muß man einmal definieren was man will. Wir haben dort festgestellt, welche Gebäude auf jeden Fall erhaltenswürdig sind und welche man möglicherweise entfernen kann. Da waren die Direktoren dabei und jetzt muß die Statik noch geprüft werden, das wird jetzt geschehen, und dann werden wir entsprechende Entscheidungen herbeiführen. Ich sage das nur, weil der Kollege Eichhübl hat so einen langen Bericht, über eigentlich ein anderes Thema, gebracht und das verwirrt natürlich. Ich möchte nur doch darauf hinweisen, daß sich halt nicht alles zugleich machen läßt. Ich möchte dem „Hohen Gemeinderat“ in Erinnerung rufen, daß die Stadt gerade 84 Millionen Schilling in das Hallenbad investiert und daß man nicht gleichzeitig 40 Millionen Schilling im Freibad machen kann, angesichts der vielen anderen Projekte, die wir auch in Gang bringen möchten. Jetzt kommt es einmal darauf an, wie überall im Leben, jedenfalls ist das mein Prinzip, das Wichtigste zuerst zu tun. Da rinnt es herein, also müssen wir das Dach reparieren und ausgemalt gehört es auch. Also, das ist beim Restaurant und das andere ist an einem ganz anderen Eck. Wir haben festgestellt, daß das sehr zugewachsen ist, daß mehr Liegeflächen und weniger Kästchen gebraucht werden. Jetzt werden wir nach diesen Gesichtspunkten vorgehen, zwischendurch wird es ein Statikgutachten geben und dann werden wir schauen, wie wir die Dinge dort in den Griff bekommen. Es wird im Prinzip eh auf das hinauslaufen, was da gesagt wurde.

Ist ein Schlußwort gewünscht? Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bürgermeister hat es gesagt, natürlich gibt es Kompetenzen bzw. Prioritäten und in dem Zusammenhang war es natürlich notwendig. Im Zusammenhang dessen möchte ich nur miteinfügen, daß ich einmal lange Zeit für alles dort unten die Schuld bekommen habe, wo ich auch nicht zuständig bin. Ich möchte das nur gesagt haben. Ganz gleich wo ein Becken durchgeronnen ist oder eine Leitung undicht war, bin ich auch dafür zuständig gewesen. So ist es aber nicht. D. h., da haben wir schon eine genaue Trennung. In dem Zusammenhang bin ich zuständig und wenn das Dach kaputt ist, muß es repariert werden. So ist das. Das andere folgt dem späteren Konzept. Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir stimmen über den Antrag 14) ab. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. Ist jemand dagegen? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nummer 15) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Tarifänderung für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus. Es geht hier um die mehrspurigen Abstellflächen für die Bewohner und in dem Zusammenhang ist eine Tarifänderung von S 1.500,-- auf S 560,-- zu korrigieren.

Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

GHJ2-1585/77

Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus; Abänderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 19. Mai 1999 wird die Abänderung der derzeit gültigen Tarifordnung vom 10. Dezember 1999 wie folgt beschlossen.

Untenstehender Punkt „x“ wird ersatzlos gestrichen.

Für das Abstellen eines mehrspurigen Kraftfahrzeuges in Kurzparkzonen mit einer Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 4 StVO 1960 i.d.g.F. (Bewohnerparkberechtigung) je Fahrzeug und Jahr S 1.500,00

Inkrafttreten

Der Beschluß ist durch Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit 12. Juli 1999 in Kraft.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer hier dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, das ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Kleinrüstfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr. Ich bitte hier, wie im Amtsbericht dargestellt, auch den Antrag so zu sehen bzw. auch die Förderung, seitens des Landes, mitzuüberlegen. Ich bitte um Diskussion bzw. Abstimmung.

FW-10/99

Ankauf eines Kleinrüstfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 14. 06. 1999 wird dem Ankauf eines Kleinrüstfahrzeuges für die Freiw. Feuerwehr Steyr, Löschzug II, zum Preis von S 1,231.920,-- inkl. USt. zugestimmt.

Station-Wagen, Land-Rover Defender 110 County-Station / 2794 / 4 x 4:

Fa. Rosenbauer, Leonding

S 1,231.920,-- inkl. USt.

Zum genannten Zweck werden für das Rechnungsjahr 1999 Mittel im Ausmaß von

S 990.000,--

(neunhundertneunzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

Der Restbetrag von S 241.920,-- ist im Budgetjahr 2000 zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 990.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Natürlich werde ich diesem Ankauf für ein Kleinrüstfahrzeug für die Freiw. Feuerwehr meine Zustimmung gebe. Das steht völlig außer Frage. Nur, auf eines möchte ich schon hinweisen und gerade aus aktuellem Anlaß was Auftragsvergaben anbelangt. Wenn sie sich den Amtsbericht genau ansehen, dann sehen sie, daß das eine beschränkte Ausschreibung ist. Punkt 1) die Stadt Steyr schreibt nämlich primär beschränkt aus. In den meisten Fällen, das ist mir auch bestätigt worden, seitens des Kontrollamtes, machen wir eine beschränkte Ausschreibung, obwohl in unserer Vergabeordnung wortwörtlich drinnen steht: „Öffentliche Ausschreibung ist generell zu wählen, wenn nicht aus besonderen Gründen beschränkte Ausschreibung oder freihändige Vergebung zweckmäßiger ist.“ D. h., prinzipiell müßte öffentlich ausgeschrieben werden. Das Argument, daß mir seitens des Kontrollamtes gebracht worden ist, warum man eher den Weg der beschränkten Ausschreibung geht, ist, weil es damit billiger kommt. Es melden sich mehr Anbieter. Nur, wenn ich mir dann ansehe, wir haben dieses Fahrzeug beschränkt ausgeschrieben, immerhin geht es da um mehr als 1,2 Millionen Schilling, dann haben wir drei mögliche Anbieter gehabt. Wir haben es auf diese drei Anbieter beschränkt ausgeschrieben. Von zwei Anbietern haben wir allerdings gar keine Rückmeldung erhalten. Zum Schluß haben wir nur ein einziges Angebot übrig gehabt mit S 1,238.740,80 und zwar von der Firma Rosenbauer.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, weil die der Feuerwehrausstatter ist.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

So, jetzt haben wir ein einziges Angebot und jetzt machen wir eine Preisverhandlung. Na ja bitte, was werde ich bei einer Preisverhandlung groß herausschlagen können, wenn es einen einzigen Anbieter gibt. Aber immerhin, wir haben einen Erfolg erreicht, wir haben einen Preisnachlaß von sage und schreibe S 6.820,80 erreicht, das entspricht 0,6 %. Also, 0,6 %, das hat sich wirklich gelohnt. Eines möchte ich ihnen sagen, eines verwundert mich schon sehr. Wir leisten uns diesen Luxus beschränkter Ausschreibungen, haben dann möglicherweise, weil wir nur drei anschreiben, eine einzige Rückmeldung, zahlen immerhin mehr als 1,2 Millionen Schilling und unsere Nachbargemeinde St. Ulrich hat jetzt beispielsweise erst wieder eine Ausschreibung wiederholt, weil sich auf dieses beschränkte Angebot zuwenig gemeldet haben und da ist es nicht um 1,2 Millionen gegangen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Feuerwehr!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nicht bei einem Feuerwehrauto, aber trotzdem. Wissen sie, daß es in Österreich mehrere Anbieter von Feuerwehrautos gibt? Dann hätten sie es gleich freihändig vergeben, weil so ist es wirklich ein Jux.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ein Zwischenfrage Frau Kollegin. Aber die Preisverhandlungen grundsätzlich stellen sie nicht in Abrede?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das habe ich nicht gesagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Frau GR Frech, ich möchte schon darauf hinweisen, daß es sehr wenige Feuerwehrausstatter gibt und wenn zwei von drei Anbietern nicht mittun, das passiert uns leider sehr oft, das hat aber auch damit zu tun, ob sie genau die Ausrüstung, die nämlich da gefordert ist, das ist eh im Amtsbericht dargestellt, um was es geht, haben, dann ist es für den einen oder anderen nicht möglich und dann bleibt nur der eine Anbieter übrig. Die Firma Rosenbauer ist, wie wir ja wissen, weltweit der größte Anbieter. Selbst in Amerika stellt er die Feuerwehrautos mit seiner Ausrüstung zur Verfügung. Er hat natürlich die Möglichkeiten, hier vielfältig anbieten zu können. In dem Zusammenhang ist es passiert. Da haben wir nicht recht viel Möglichkeiten. Das ist so, wie wenn sie über den Berg gehen wollen und sie sind sich nicht ganz sicher ob sie mit ihrem Schuhwerk, was sie zur Verfügung haben, hinüber kommen. Mit Halbschuhen werden sie nicht über den Berg gehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So wie wenn sie über den Hausberg in Steyr gehen wollen. Da können sie nur über den Damberg gehen. So ungefähr.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, der Antrag ist einstimmig beschlossen. Nummer 17) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Hier geht es um den Abschluß eines Kaufvertrages mit der Ärztekammer für Oberösterreich über die der Stadt verbliebenen Restflächen an der Dukartstraße. Natürlich hat es beim Kaufpreis im Stadtsenat schon eine Diskussion gegeben. Hier geht es um die Parzelle 111/6 im Ausmaß von 2.197 m². Diese sogenannte Liegenschaft, die ja lange Zeit, ich möchte fast sagen, ein Brennstein war in der Errichtung unserer Auffahrtsrampe Bahnhofparkdeck. In diesem Zusammenhang hat sich jetzt die Ärztekammer um dieses Grundstück beworben, weil sie wollen sich dort ein Ärztehaus errichten. Die Verhandlungen sind direkt mit dem Bürgermeister geführt worden. Weil wir dort auch diese Notschlafstelle haben, gibt es natürlich auch eine Überlegung, die wir mit einbeziehen müssen, sodaß hier dieser Kaufpreis bzw. der Überlegung wahrscheinlich heute auch einer Diskussion nachkommt. In dem Zusammenhang darf ich nur bitten zu diskutieren und dann doch hinterher, nach allgemeiner Überlegung, die Zustimmung zu geben, um dieses Haus errichten zu können. Der Quadratmeterpreis ist S 2.000,-- bzw. der Gesamtkaufpreis beträgt S 4,394.000,--. Es ist, bei Abschluß dieses Kaufvertrages, auch der Gemeinde zu hinterlegen. Danke.

ÖAG-35/98

Abschluß eines Kaufvertrages mit der Ärztekammer für Oberösterreich über die der Stadt verbliebenen Restflächen an der Dukartstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 22. Juni 1999 wird dem Abschluß eines Kaufvertrages mit der Ärztekammer für Oberösterreich über das an der Dukartstraße gelegene Grundstück 111/6, KG Steyr, entsprechend dem diesem Amtsbericht beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe eigentlich erwartet, Herr Bürgermeister, daß sie sich als 1. zu Wort melden, nachdem sie die Verhandlungen mit der Ärztekammer geführt haben, weil ja auch in keinem Ausschuß, sondern lediglich im StS, darüber diskutiert werden konnte, weil es hier in der Tat einige Ungereimtheiten gibt und ich ersuche sie, sehr höflich aber sehr bestimmt, um Aufklärung darüber. Wir haben vor einigen Jahren diese Liegenschaften, einerseits die Liegenschaft Knabl, andererseits die Liegenschaft von den Ehegatten Muigg, in diesem Bereich gekauft, zwecks Errichtung, weil wir Teilflächen gebraucht haben, für das Parkdeck. So weit so gut. Der Kaufvertrag, der mir hier in Kopie vorliegt, hat einen Quadratmeterpreis für die eine Liegenschaft Knabl von S 4.084,-- betragen, für die Fläche der Ehegatten Muigg, der nackte Grundpreis S 3.200,-- und ein Pauschalpreis für den Quadratmeter von S 5.226,--. Dazu kann man natürlich jetzt argumentieren, wie stelle ich das Gebäude in Rechnung. Damals ist es mit einem Gebäudesachwert bewertet worden, weil es eben vom Herrn Dr. Muigg war, das war natürlich was wert, von S 7.300,--. Überall woanders, wo wir ein Liegenschaftsgrundstück verkaufen wollen und ein Gebäude steht drauf, so wird das negativ bewertet, sh. Schlüsselhof. Ich erzähle ja da kein Geheimnis, daß hier zwei verschiedene Angebote vorliegen und das billigere das ist, wo die Stadt selbst die Abbrucharbeiten vornimmt. Es erscheint mir schon so, daß bei den Grundstücksverkäufen, bei den Grundstücksgeschäften, die Stadt Steyr nicht eine sehr glückliche Hand hat. Die Vergangenheit, die letzten Jahre, haben es bewiesen. Gerade die Diskussion um das Taborrestaurant, wo ihre Vorgänger und unsere Vorgänger, einen Kaufvertrag gemacht haben, der jenseits von gut und böse ist und heute haben wir das Problem hier. Zudem kommt dann ihre Aussage, Herr Bürgermeister, im letzten StS, und da ersuche ich wirklich jetzt um Aufklärung. Sie sagten, daß dieses Grundstück Knabl, damals um S 2.000,-- gekauft worden sei. Hier, der Kaufvertrag, eindeutig um S 4.084,--.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mit Gebäuden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist der Preis für das Grundstück Knabl. Hier ist nur ein Quadratmeterpreis angegeben, wie sie selbst wissen. Beim Kaufpreis Muigg ist eine Detaillierung angegeben. Aber selbst beim Kaufpreis Muigg ist hier die Grundfläche A) S 3.200,-- ohne Gebäude angegeben. Dann ist noch etwas sehr aufklärungswürdig, Herr Bürgermeister. Sie haben mitgeteilt, daß damals einem Steyrer

Möbelhändler, dem damaligen Klaus Hoflehner, nicht Gemeinderat, ein Angebot erstellt worden ist und ihm ist das Grundstück um S 1.500,-- angeboten worden. Das haben sie uns erzählt. Nach Recherche kommt man darauf, daß dieses Grundstück dem Herrn Hoflehner um S 3.000,-- angeboten worden ist. Jetzt kommt ein Kaufpreis für die Ärzteschaft um S 2.000,--, der nirgends diskutiert worden ist. Beim mir immer nur um S 2.000,-- würde ein anderer sagen, anderswo gesehen um S 4.000,--. Wenn man natürlich jetzt den Vertrag, den Entwurf, näher ansieht, sieht man schon, daß man sich eher auf einen Kaufpreis von S 4.000,-- einigen möchte, wenn es nicht jetzt für ein Ärztehaus wäre, weil hier, das schreibt man ja hinein, sowohl im Amtsbericht als auch im Kaufvertrag, wenn hier nicht hauptsächlich ein Ärztehaus errichtet wird bzw. nicht einem Gesundheitsnutzen zugeführt wird, der tatsächliche Kaufpreis auf S 4.000,-- hinaufschnellt. Ist dieser Grund jetzt S 2.000,-- oder S 4.000,-- wert? Wenn er S 4.000,-- wert ist, dann müssen diese S 2.000,-- als Subvention an die Ärztekammer natürlich ausgewiesen werden. Aber wir können unseren Grund nicht billiger hergeben, als er tatsächlich wert ist. Die dritte konkrete Frage daher an sie: „Ist hier ein Schätzwert von irgendjemanden gekommen, daß der Grundpreis, der heute zur Debatte steht, von S 2.000,-- gerechtfertigt ist?“ Das hätte ich gerne gewußt, weil wir reden ja hier von Steuergeldern.

Ganz lustig war, daß sie die Meinung vertreten, na ja, wir lassen das eh nur Verbauen, daß so quasi die häßliche Rampe dort verdeckt wird. Heute, im Vorfeld, haben sie gesagt, die Rampe und das Parkdeck sind eh so schön. Also, ganz paßt das ja nicht zusammen. Wir können uns, und das haben wir auch im Vorfeld immer wieder behauptet, durchaus eine Verbauung mit einem Ärztehaus vorstellen, aber die Rahmenbedingungen gehören natürlich auch ausdiskutiert. Zu den wesentlichen Rahmenbedingungen gehört hier, daß die Verkehrsverbindungen vorher, vom Parkdeck zum Ärztehaus, vom Ärztehaus in Richtung Zentrum, geklärt sind. Nicht im Nachhinein, wir werden das schon irgendwie über die Bühne bekommen, weil wenn das ins Leben kommt, dann ist das natürlich eine deutliche Frequenzänderung, negativ gesehen, was den Stadtplatz betrifft. Deshalb kann ich mir nur ein Ärztehaus vorstellen, wenn hier eine fußläufige Verbindung, direkt vom Ärztehaus, mit einem Steg über die Enns in Richtung Zentrum kommt.

Ferner fehlt mir in dem Vertrag eine grundbücherliche Sicherstellung, eines Wunsches seitens der Stadt, wenn eine fußläufige Verbindung vom Zentrum über einen Steg ins Ärztehaus kommt, muß natürlich eine fußläufige Verbindung vom Parkdeck über das Ärztehaus zur Dukartstraße stattfinden können. Das ist nicht erwähnt, es ist nur eine andere Verpflichtung hier angeführt, aber das nicht. Natürlich, wenn man den Plan anschaut, kann man sagen, das ist eh alles vorgesehen, aber trotzdem hätte ich es lieber, wenn man das vorher in den Kaufvertrag hineinschreibt.

Eines auch noch, wir haben ja noch keine Bauverhandlung, es gibt ja lediglich eine zustimmende Erklärung, Empfehlung des Gestaltungsbeirates und hier sind mir die vorgesehenen Parkplätze auch zu wenig. Das kann nicht sein, daß ein größeres Zentrum, wir haben heute schon so viel über Parkplätze gesprochen, auf Kosten der Allgemeinheit sich die Parkplätze sichert. Hier werden, meines Wissens nach, ich weiß ja nicht ob es stimmt, 50 Parkplätze in etwa errichtet. Aber wenn ca. 14 Ärzte hinkommen und ein paar andere Geschäfte, dann sind das ja die Angestellten, die das locker, aber ganz locker, besetzen. Was dann? Das Parkdeck ist jetzt schon voll. Also, hier muß auch eine Sicherstellung, bezüglich des Parkraumes, im Zentrum gemacht werden.

Unter diesen Rahmenbedingungen Herr Bürgermeister, kann ich mir durchaus vorstellen, daß wir zustimmen, aber so einen Vertrag hinzulegen, na ja, stimmt zu oder nicht, es ist eh egal, wir werden das sowieso hinüberbringen, ich habe das mit der Ärztekammer ausgemacht. Das ist schwach verhandelt und das ist falsch verhandelt. Ich hoffe, es gelingt ihnen, sagen wir Mißverständnisse aus dem StS hier heute aufzuklären.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gebe den Vorsitz an die Kollegin Mach ab, damit ich versuchen kann, etwas zu erklären.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine Damen und Herren, schlecht verhandelt, schwach verhandelt, das klingt wieder ganz reißerisch. Aber wir erinnern uns ja noch zurück, an eine lange Debatte über die Notwendigkeit eines Parkdecks unter Anführungszeichen, aus dem dann die Bahnstabsüberbauung mit der Zeit geworden ist. Wir haben ja endlose Diskussionen geführt und es war außerordentlich schwierig, überhaupt dieses komplizierte Bauwerk, nämlich auch von der rechtlichen Seite, weil nicht nur normal bauverhandeln, nicht nur Gestaltungsbeirat, sondern auch die Berücksichtigung der eisenbahnrechtlichen Bestimmungen und Bauerrichtung bei voller Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs, hier Voraussetzung waren. Zudem die Finanzierung zwischen Bundesbahnen, sprich Bund, Land OÖ und natürlich Stadt Steyr. Als wir endlich diese Finanzierung halbwegs, wir haben ja mehrfach nachbessern müssen, auf der Schiene hatten, hat sich natürlich auch herausgestellt, daß die Rampenlösung, die übrigens für sie als Verkehrsreferent ein absolutes Muß ist und war, nach Stickler schon, in dem Fall weichen sie wieder einmal vom Stickler ab, der Stickler hat genau diese Entlastung verlangt, und es war ja ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber nicht die Rampe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... nur möglich dort hinüber zu gehen. Das ist ja ein weiterer Glücksfall. So. Mühselige Verhandlungen mit dem Herrn Dr. Muigg sind gescheitert, aber völlig. Ich habe mich erst dann, als ich gesehen habe daß das Parkdeck und die Bahnstabsüberbauung, wie sie später dann genannt wurde, nicht zustande kommt, wenn ich mich hier in dieses Geschehen nicht einschalte, eingeschaltet. Niemand war mir das zu diesem Zeitpunkt neidig. Ich habe mit dem Herrn Dr. Muigg ein sehr tiefeschürfendes Gespräch gehabt, das zunächst auch noch nicht erfolgreich gewesen ist und habe dann mit dem Herrn Knabl die Gespräche geführt. Es hat sich, aufgrund eines glücklichen Zufalls herausgestellt, daß der Mann, halt schon im fortgeschrittenen Stadium seines Lebens, eine großen Wunsch hatte, der ihm bei dieser Gelegenheit erfüllt werden konnte. Ich habe also mit dem Herrn Knabl einen, wie ich glaube, akzeptablen Preis in diesen Verhandlungen erzielt, der jedenfalls deutlich unter dem, was sich der Herr Dr. Muigg in gleicher Lage vorgestellt hat, gelegen ist. Das hat den Durchbruch gebracht. Richtig ist natürlich eines, sie verwechseln da einiges, sie sagen ja selber, die Aufstellungen sind unterschiedlich, daß natürlich der Herr Knabl, zu dem man kommt, der dort drüben gewohnt hat, in dem schönen Haus wo jetzt die Notschlafstelle ist und daneben und dahinter ein Betriebsobjekt hatte, das vermietet hatte, wo ein Mechaniker oder Lackierer seine Tätigkeit verrichtet hat, und der ihm eigentlich mit diesem Pachtschilling quasi Sicherheit für seinen Lebensabend gewesen ist, dem kann man nicht sagen, wenn man von dem einen Grund will, daß eigentlich sein Haus nichts wert ist in dem er wohnt und, daß das Betriebsobjekt nichts wert ist und

vielleicht der Grund auch nicht. Also, das war nicht so. Ich war sehr froh mit dem Herrn Knabl, nach einem schwierigen Gespräch, nach mehreren Gesprächen eigentlich, zu einem Ergebnis zu kommen. Wenn sie den Grundpreis und den Gebäudepreis, von zwei Gebäuden, nämlich dem Wohnhaus und einem Betriebsobjekt, zusammenrechnen, dann werden sie schon auf die S 4.000,-- hinkommen. Das war der Wert für den Herrn Knabl. Wenn sie natürlich dort etwas anderes Errichten wollen und Abbruchkosten für bestehende Gebäude hier in Rechnung stellen müssen, bei den heutigen Entsorgungsbestimmungen und -kosten, dann schaut die Welt anders aus. Wir sehen das ja auch, gerade bei den von ihnen zitierten Verkaufsüberlegungen und -möglichkeiten des Bereiches Wirtschaftshof, der jetzt zur Verfügung steht. Die Abbruchkosten werden auf rund 2 Millionen Schilling kommen. Da gibt es schon einen konkreten Kostenvoranschlag. Also, für den Erwerber eines Grundstückes, der alte Gebäude entfernen muß um dort ein neues Gebäude zu errichten, ist es natürlich eine Belastung, wenn hier Gebäude auf dem Grundstück stehen. Das muß man doch als Hintergrund sehen. Wir haben also im Wesentlichen von rund S 2.000,-- Quadratmeterpreis geredet, damals, Gebäudepreis extra dazu, wenn sie das umrechnen, Gesamtpreis auf die Quadratmeter, dann mögen ihre S 4.000,-- schon hübsch stimmen. Das habe ich nicht so nachgerechnet. Ich weiß nur noch den Betrag, den wir hingelegt haben, an die 7 oder 7,5 Millionen Schilling, so ungefähr habe ich diesen Betrag noch im Kopf.

Es hat sich dann nach kurzer Zeit ereignet, nämlich schon nach 14 Tagen oder drei Wochen, nachdem wir dieses Grundstück erworben hatten, daß dieser Brand bei der Firma Hoflehner ausgebrochen ist und der Herr Hoflehner nach einem Grundstück gesucht hat. Wir haben uns zu dem Zeitpunkt noch nicht näher gekannt. Er hat mich aufgesucht und wollte hier anfragen, ob wir bei der Beschaffung eines Grundstückes behilflich sein können. Ich habe mit ihm ein derartiges Gespräch geführt und habe ihm in Aussicht gestellt, daß wir ihm das, nachdem wir großes Interesse hatten dieses Unternehmen in Steyr zu halten, bevor er woanders hingeht, eben dieses Angebot unterbreitet und habe ihm natürlich gesagt, daß das ein geförderter Preis sein wird. Die Vorstellungen, die sie da geäußert haben, mit S 3.000,--, das ist eine Vorstellung unserer Privatrechtsabteilung gewesen und das ist natürlich ursprünglich so vorgestellt worden. Da brauchen sie nicht den Kopf schütteln, sie waren ja nicht dabei. Aber wo sie dabei waren und wo sie sich anscheinend nicht mehr erinnern wollen, weil können kann ich mir ja nicht vorstellen, war, daß ich mit ihnen, nicht wissend, daß der Herr Hoflehner ihnen auch politisch so Nahe steht, wie sich heute zeigt, diese Angebot akkordiert habe, als ein gefördertes Angebot zur Erhaltung dieses renommierten Möbelhauses in Steyr. Der Herr Hoflehner hat offensichtlich hier, aufgrund seiner besonderen Marktüberlegenheit, Kenntnis der Situation in seiner Branche und nach Marktuntersuchungen und Hinterland und eines besonderen Angebotes, eine andere Orientierung vorgenommen. Das nehme ich ihm ab, das ist seine freie Entscheidung, selbstverständlich. Es tut mir zwar Leid, aber es war so.

In weiterer Folge kam die Firma Systema. Die Firma Systema, das führende Softwarehaus in unserer Stadt, hat zu diesem Zeitpunkt das Interesse bekundet hier eine Erweiterung des Betriebes vorzunehmen und hat einen neuen Standort gesucht, wobei mehrere Standorte im Gespräch waren. Dieser Platz hätte die Firma Systema sehr interessiert und sie waren nahe daran, es zu erwerben, wobei wir über den Kaufpreis, Kaufschilling im Konkreten, noch keine sehr konkreten Gespräche geführt haben. Zerschlagen hat sich das eigentlich aus einem anderen Grund dann, weil die Firma Systema gerne gehabt hätte, daß für die Firma Systema garantierte Parkplätze auf der gerade in Errichtung befindlichen Bahnstationsüberbauung, mit Gegenstand des Kaufes sein sollten. Das habe ich natürlich nicht sagen können. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man mit öffentlichen Geldern eine Bahnstationsüberbauung errichtet, und wir immer gesagt haben, für wen diese Parkplätze sein werden, daß ich die dann einem Unternehmen, im Ausmaß von 100 Parkplätze vielleicht, zuordne. Das ist mir nicht vorstellbar erschienen und ich habe das den Herrschaften auch mitgeteilt und wir haben uns in aller Freundschaft dann wieder von diesem Projekt verabschiedet und es ist auch dazu gekommen, daß sie zusätzliche Flächen anmieten konnten und ihren Wachstum momentan vor Ort bei ihren Auftraggebern vornehmen. Das ist ansich erfreulich.

Die Herren der Ärztekammer und Interessenten sind in der Zwischenzeit schon vorstellig geworden und ich haben den Herrschaften schon gesagt, daß wir der Firma Systema im Wort sind. Wenn sich

allerdings hier eine Änderung ergibt, dann kann die Ärztekammer, und die Ärzte die sich dort ansiedeln möchten, natürlich zum Zug kommen. Voraussetzung ist allerdings, und das war auch gegenüber Systema so und das wäre auch gegenüber Hoflehner so gewesen, daß wir, entsprechend unserer ursprünglichen, einhelligen Festlegung im StS und bei Klausurtagungen, Restgrundstücke, die wir nicht brauchen, wieder an Investoren veräußern, die bereit und in der Lage sind, dort städtebaulich, nach Vorstellungen die wir dann eben entwickeln müssen, in einer qualitätvollen Weise, diese baulich beschließen und daß wir diese Rampe, die ja nicht schön sein wird, sie haben sie ja als eine Verschandelung unserer Stadt auf Jahrhunderte bezeichnet, wenn ich mich im GR da richtig erinnere, hinter einem schönen Haus verstecken, das dort städtebaulich in diese Front hineinpaßt. Nachdem Systema zurückgetreten ist, sind natürlich die Herren der Ärztekammer und die Betreiber dieses Zentrums vorgerückt und haben ein Kaufangebot in dieser Größenordnung hier unterbreitet. Ich muß also ganz ehrlich sagen, und sie haben ja selbst gesagt, sie glauben, daß die dort Beschäftigten locker 50 Parkplätze brauchen werden, die werden ja in dieser Größenordnung in etwa errichtet werden, wie die Planer versichert haben, dann handelt es sich dabei doch, wenn ich mich nicht täusche, um 50 Arbeitsplätze. Ich erinnere mich nicht, meine Damen und Herren im GR, daß wir jemals einem Betriebsgründer ein Grundstück um S 2.000,- pro Quadratmeter verkaufen konnten. Wir werden uns demnächst über Grundpreise für Betriebsgründer unterhalten, in dem von mir heute schon einmal angesprochenen Betriebsansiedlungsbereich an der Ennser Straße bzw. an der neuen Nordspange, da werden wir also mit deutlich anderen Grundpreisen operieren müssen und da höre ich schon, daß das einigen auch noch zu teuer sein wird. Also, es wird nicht sehr viel daran vorbeiführen, daß wir, wenn wir unsere städtebaulichen Überlegungen umsetzen, wenn wir jungen Betriebsgründern vor Ort die Chance geben, daß sie ein nach unseren Vorstellungen geformtes Haus, nämlich architektonisch wertvoll und hochrangig, in dieses Ensemble hineinpassend, so ein Haus auf ihre Kosten errichten, daß wir mit einem Quadratmeterpreis von S 2.000,- einen akzeptablen Vorschlag am Tisch haben. Daher bin ich und unsere Fraktion natürlich dafür, daß dieser Vertrag auch heute beschlossen wird um den Planern und Betreibern auch wirklich die Gelegenheit zu geben, in absehbarer Zeit, sie wollen das schnell tun, dieses Bauloch zu schließen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es jemanden gibt, der uns dort das zu viel höheren Preisen aus der Hand reißt, wie sie so ähnlich darstellen würden. Also, ich glaube doch, daß diese Vorgangsweise plausibel erscheint. Wenn sie auch noch so quasi als Voraussetzung für die Errichtung dieses Ärztehauses und -zentrums, das man heute eigentlich überall in dieser und ähnlicher Form hat und wo das überall so entsteht, vielleicht von mir oder ich weiß nicht, vom GR verlangen, daß wir vorher noch den Steg über die Enns machen sollen, noch dazu an dem Platz, der mir auch umstritten erscheint, wenn ich mir die Bauausschußsitzungen und sonstige Diskussionen in Erinnerung rufe, dann muß ich sagen, haben sie da verhältnismäßig wenig Fleisch in ihrem Süppchen um dieses Ärztehaus zu verhindern, Herr Dr. Pfeil. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich bin für den Steg über die Enns, er steht auch im Stadtentwicklungskonzept. D. h., sie können höchstens aus dem Stadtentwicklungskonzept zitieren, Frau Mag. Frech, wenn sie das öfters den Medien gegenüber erwähnen, daß sie das verlangen. Es steht sowohl der Aufzug auf den Tabor als auch der Steg im Konzept drinnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Papier ist geduldig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da können sie noch viel mehr herauslesen und zitieren, aber sie sollten nicht so tun, als hätten sie den Steg erfunden und gefordert.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber ich möchte, daß er umgesetzt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es wird die Frage sein, wo er sein wird und wann wir ihn, aufgrund unserer mittelfristigen und wahrscheinlich schon längerfristigen Finanzplanung, auch errichten können, aus wirtschaftlichen Gründen. Sie wissen, daß Geschäftsleute und Stadtbildpfleger nicht so sehr für den Steg in der Mitte sind, daß aber, wenn wir schon von Bürgernähe reden, und das tut jeder mit großem Eifer, ununterbrochen, zumindest am Sonntag und gegenüber den Zeitungen und bei denen, die es gerade hören wollen, dann müssen wir auch die 10.000 Ennsleitner, die Bürger und Bürgerinnen die nämlich diesen Steg benützen sollen, fragen, wo die gerne gehen wollen oder ob die gerne einen Umweg von ½ Kilometer machen wollen oder ich weiß nicht was. Wenn sie ihn nämlich nicht annehmen, weil das alles umwegartig verläuft, in irgendwelchen Schlangenlinien, dann werden wir dennoch die Ennsleitner mit ihren Autos am Stadtplatz im Kreis fahren haben und das wollen wir ja mit diesem Angebotssteg über die Enns verhindern. Also, da werden wir noch manch sträflichen Streit miteinander zu führen haben, aber vor diesen Hintergründen.

Ich hoffe, es ist einigermaßen gelungen die Plausibilität dieses Geschäftes mit den Herren der Ärztekammer und den Damen und Herren der Ärzteschaft, die sich dort ansiedeln wollen, zu erläutern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, manchmal Herr Bürgermeister bewundere ich sie wirklich für ihre langen Ausführungen ohne wirklich Fragen zu beantworten. Ich glaube, kein Mensch spricht sich dafür aus, ich zumindest nicht, daß dort drüben eine sinnvolle Nutzung passiert und wenn es das Ärztezentrum ist, warum nicht. Was aber sehr wohl kritisierenswert ist, ist in diesem Punkt das „Wie“. Wenn ich mir ansehe, daß dieser Vertrag keinen Finanz- und Rechtsausschuß passiert hat, obwohl es immerhin um einen Kaufpreis von mehr als 4 Millionen Schilling geht, wenn ich mir ansehe, daß es nicht einmal in einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz behandelt worden ist, dann finde ich das schon etwas eigenartig. Vor allem finde ich es eigenartig, weil sie schon mit 17. September 1998 eine Zusage an die Ärztekammer erteilten, , einem Kaufpreis von S 2.000,-- zuzustimmen, da hat es überhaupt noch keinen Vertragsentwurf gegeben. Es hat dann irrsinnig viele Entwürfe über Kaufoptionen gegeben, die sind aber nie in den Stadtsenat und in den GR gekommen, aus welchem Grund auch immer. In diesem Fall kann ich mich eigentlich gut zurücklehnen und brauche nicht einmal viel kritisieren, sondern das ist sogar amtsintern passiert. Da ist dann beispielsweise zu lesen: Der vereinbarte Kaufpreis würde S 2.000,-- je Quadratmeter betragen. Das ist insofern bemerkenswert, als Herrn Hoflehner seinerzeit die Liegenschaft um S 3.000,-- je Quadratmeter schriftlich zum Kauf angeboten wurde. Zudem liegt der nun mit der Ärztekammer ausgehandelte Betrag deutlich unter dem Preis, den die Stadt für die Liegenschaften zu zahlen hatte. Die Liegenschaft Knabl wurde mit S 3.000,-- je Quadratmeter abgelöst, die Grundstücke der Ehegatten Muigg um S 3.200,-- je Quadratmeter, zuzüglich all jener Nebenkosten, die im Enteignungsgutachten des Dipl. Ing. Josef Mayr angeführt wurden, erworben. Es ist daher von einem ungefähren Kaufpreis von S 3.400,-- je Quadratmeter für die Liegenschaften der Eheleute Muigg auszugehen. Der Betrag von S 2.000,-- je m² wurde der Ärztekammer aber angeblich

vom Herrn Bürgermeister Leithenmayr in einem persönlichen Gespräch zugesichert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vorbehaltlich der Zustimmung der Gremien natürlich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Da ist es um einen Optionsvertrag gegangen, der ist nie in die Gremien gekommen.

Dann wird darauf hingewiesen, daß sich bei den Vertragsverhandlungen doch enorme Unterschiede gezeigt haben, die letztlich zu einem für die Stadt nicht unbedingt befriedigendem Ergebnis geführt haben. Dann wird noch angeführt, nächster Punkt: Da für die Liegenschaften unter anderem auch Herr Klaus Hoflehner als Bewerber aufgetreten ist und dieser bekanntlich Mitglied des GR der Stadt Steyr ist, wird es zweckmäßig erachtet den gegenständlichen Vertrag vor Beschlußfassung im GR in der Fraktionssitzung oder in der Fraktionsobmännerkonferenz zu diskutieren. Dann wird darauf hingewiesen, daß es in diesem Zusammenhang auch zweckmäßig erscheint, schon jetzt Überlegungen über einen möglichen neuen Standort des Vereins Wost anzustellen, da geht es um die Notschlafstelle. Da zwar keine rechtliche Verpflichtung aus dem Vertrag mit dem Verein abzuleiten ist, mit Sicherheit aber eine politische Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Vereins. Es könnte sich daher unter Umständen als zweckmäßig erweisen, den Vertrag mit der Ärztekammer erst dann durch den GR der Stadt Steyr beschließen zu lassen, wenn auch eine Einigung über den weiteren Fortbestand erfolgt ist, usw. Das ist für mich ein zentraler Punkt, der ist heute noch nicht zur Sprache gekommen. Wir haben dort drüben eine Notschlafstelle stehen, für die haben wir Verantwortung übernommen, politische Verantwortung. Mir ist es sehr wichtig, daß diesem Verein eine neue Heimat geboten wird. Davon war bis jetzt noch nicht die Rede. Ganz im Gegenteil, in diesem Vertrag, der uns heute vorliegt, verpflichten wir uns, daß binnen 14 Tagen, nach beidseitiger Unterfertigung dieses Kaufvertrages, die Kündigung mit dem Verein Wost schriftlich vorgenommen wird. Der Verein WOST kann bis zum 30.9.2000 bleiben. Sollte bis zum genannten Termin die Räumung des oben angeführten Gebäudes nicht erfolgt sein, werden die Käuferin und Verkäuferin, also auch die Stadt Steyr, gemeinsam die notwendigen gerichtlichen Maßnahmen veranlassen, wobei die daraus resultierenden Kosten von der Käuferin zu tragen sind. D. h., wir verpflichten uns in einem Kaufvertrag die gerichtliche Räumung dieser Notschlafstelle vorzunehmen, für die wir zuerst noch politische Verantwortung genommen haben. Da frage ich mich eines, wenn man jetzt schon weiß, ich weiß es nicht wie es ist, daß man eine Auswahlmöglichkeit hat, garantiert für den Verein Wohnen in Steyr, dann brauche ich das ja nicht in den Kaufvertrag hineinnehmen, daß ich mich verpflichte, diese Räumung vorzunehmen.

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Also, für mich ist da schon einiges aufklärungsbedürftig. Vor allem, Herr Bürgermeister, wenn sie zitieren, wir können uns derzeit diesen Steg nicht leisten. Da denke ich mir, wir hätten für dieses Grundstück möglicherweise 2 Millionen Schilling mehr erzielen können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Von wem denn?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wir haben es ja auch nicht wirklich ausgeschrieben, aber es hätte sein können. Das wäre wieder Geld das man haben könnte um beispielsweise einen Steg zu bauen. Eines möchte ich ihnen schon sagen ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Um 2 Millionen Schilling einen Steg?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, ich bin nicht gegen ein Ärztezentrum dort drüben, ich bin aber sehr wohl gegen die Vorgangsweise, die hier wieder einmal zum Tragen gekommen ist. Wo man zuerst wieder alles unter der Decke macht und dann auf einmal will man die Zustimmung im GR. Den Vertrag legt man vorher nicht einmal in einem Gremium vor und das sollte schon passieren. Weil sie den Steg angesprochen haben, Herr Bürgermeister. Ich weiß nicht, was wir noch alles brauchen. Jetzt haben wir das Parkdeck dort drüben, das eine Notwendigkeit ergibt eine fußläufige Verbindung herüber zu machen, wir haben dann das Ärztezentrum, noch eine weitere Notwendigkeit um das zu machen, und trotzdem wird der Steg immer weiter hinausgeschoben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Überhaupt nicht. Wann steht er denn drinnen im Stadtentwicklungskonzept? Wissen sie das auch?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber die Bedingungen haben sich geändert. Im Stadtentwicklungskonzept hat der Herr Prof. Breitling noch nicht gewußt, daß dort ein Ärztezentrum entsteht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das hat mit dem Ärztezentrum höchstens mittelbar etwas zu tun. Für mich hat der Steg in erster Linie etwas mit den Ennsleitern zu tun. Ich möchte gerne haben, daß die zu Fuß heruntergehen können. Da wird man sogar noch über Aufstiegshilfen reden müssen. Verstehen sie mich richtig, es ist so leicht da daherzuplaudern, aber eines zum anderen zu fügen, ist deutlich schwieriger.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das mag sein, aber Herr Bürgermeister, sie machen es uns auch nicht unbedingt leicht, weil eines ist schon klar, wenn sie sich jetzt den konkreten Fall ansehen, war die Vorgehensweise wirklich nicht unbedingt eine, die man sich wünscht. Ich würde sie in Zukunft wirklich ersuchen, den Finanz- und Rechtsausschuß auch mit den Dingen zu befassen, mit denen er zu befassen wäre. Wenn wir ihn mit so etwas nicht einmal befassen, ja dann frage ich mich wirklich, womit wir ihn dann tatsächlich befassen sollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Nur einen Nachsatz zu den Erläuterungen der Kollegin Frech. Ich glaube, es ist unbestritten, daß es ohne diesen Steg, wo immer er dann tatsächlich errichtet wird, ich glaube auch, daß man darüber sicher noch diskutieren kann, es gibt auch einige andere Überlegungen auch von einigen Architekten schon konkretisiert, zu einem weiteren, größeren Kaufkraftabfluß am Stadtplatz kommen wird. Davon bin ich sicher überzeugt.

Zur Notschlafstelle, die ja von der Kollegin angezogen wurde, möchte ich vielleicht noch eine Bemerkung hinzufügen. Es ist ja so, daß diese Notschlafstellen nicht nur in Steyr, sondern auch in vielen anderen Städten, in Linz, in Wien usw., nicht ohne Grund in der Nähe des Bahnhofs angeordnet wurden. Mich wundert es nur, daß das heute noch nicht so zur Sprache gekommen ist. Es hat auch seine Gründe, warum man das macht. Mich hätte jetzt schon interessiert, das geht mir eigentlich ein bißchen ab in der Diskussion, welche Überlegungen es gibt, die Notschlafstelle zu plazieren und wo die dann in Steyr angesiedelt werden soll. In dem Zusammenhang, wenn dieser Vertrag auch heute beschlossen werden soll, ist es durchaus legitim, eine Antwort auf diese Frage zu verlangen. Wenn es Überlegungen gibt, dann bitte ich, daß man das auch heute sagt. Daß derartige Standorte in der Nähe eines Bahnhofs angesiedelt sind, hat ja vielerlei Gründe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Denken wir doch ein bißchen positiver, nach dieser Abfolge von verschiedensten Schwierigkeiten, hin und her, den Abgründen, die sich unter Umständen auftun, wenn man vielleicht einen Akt nicht rechtzeitig sieht. Meine persönliche Meinung ist, wenn ich der Bürgermeister wäre und ich hätte ein Angebot eines Möbelhauses, eines Softwarehauses oder der Ärztekammer, dort ein Ärztezentrum zu errichten, was glaubt ihr, was ich mir gerne wünschen würde?

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ein Möbelhaus?

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nicht böse sein, Herr Hoflehner, ich möchte mir das Möbelhaus nicht dort wünschen, nicht böse sein. Aber sie haben sich eh schon damit abgefunden, nachdem sie uns gleich ganz weit verlassen haben, was ich auch verstehe. Ich denke mir, es ist schon ein Unterschied und nach diesem Unterschied richtet sich letzten Endes auch der Preis. Wenn ich als Bürgermeister dastünde, ganz egal, sagen wir nicht Bürgermeister, sondern als Fraktionsvorsitzender, dann wäre es auch mein Interesse zu betonen, was der Steyrer Bevölkerung am meisten dienen würde. Ich persönlich denke mir, das wäre das Gesundheitszentrum. Jetzt abgesehen davon, von den Inhalten dort, was dieses Gesundheitszentrum für Steyr und die Umgebung bedeuten würde und auch der Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr dort und auch mit dem Individualverkehr der dort stattfinden soll, dürfen wir trotzdem nicht vergessen, daß wir dort drüben noch ein Problem haben, und das ist diese Notschlafstelle. Sie ist heute eh schon erwähnt worden. Wir haben bislang noch keine Vorstellung darüber, oder vielleicht eine Minimalvorstellung, wie es unter Umständen weitergehen könnte. Der Kollege Payrleithner hat es eh schon erwähnt. Also, am idealsten wäre es, die unmittelbare Nähe des Bahnhofs bei diesen Überlegungen mit einzubeziehen. Ich denke, es gäbe eine, wir müßten nur den notwendigen Platz dazu finden. Wer Wohnschlafstellen im Raume Oberösterreich oder Steiermark oder in Deutschland draußen kennt, dann sind das meistens, oder in vielen Fällen, Container, wo diese Leute drinnen aufgenommen werden können. Ich habe mich mit der Bahn in Verbindung gesetzt, weil hinter der jetzigen Notschlafstelle sind ja Container der Bahn, und ich habe vermutet, daß die nicht mehr im vollen Umfang gebraucht werden. Ich habe mich aber getäuscht, die brauchen leider diese Container dort. Es war leider nicht möglich, in nähere Gespräche dort einzutreten. Erstens ist die Kompetenz dort ziemlich wirr und sehr undurchsichtig verteilt. Also, bis man einmal den richtigen dort findet, der da zuständig ist, aber die Bahn, kurzum, hat längerfristige Perspektiven mit diesen Containern. Es bestünde noch eine Möglichkeit, unter dieser Rampe, aber das müßte man halt noch genau prüfen. Wird auch diese Möglichkeit nichts, dann müssen wir und bald etwas einfallen lassen, weil eines ist klar, wir wollen zwei optimale Lösungen. Wir wollen, und das ist glaube ich auch politisch fundiert, die Wohnschlafstelle weiter betreiben und wir wollen jene Bauherrn dort nicht behindern, und ich glaube, wenn wir es bis zum Letzten ausreizen, bis ins Jahr 2000, dann weiß ich nicht, was die Herren der Ärztekammer sagen oder die, die sich dort dann ansiedeln, wenn sie quasi dieses eine Eck dann aussparen müssen. Also, wenn es uns gelingt, und ein bißchen Hirnschmalz wird das schon brauchen, ehest dort eine Lösung zu schaffen, dann hätten wir dort drüben die optimale Situation für die Zukunft. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Fürweger. Bitte sehr.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren. Ich beneide den Herrn Bürgermeister nicht um die damalige Arbeit, um die Verhandlungen mit dem Herrn Dr. Muigg. Faktum ist ja, daß wir diese zwei Sachen, das Grundstück des Dr. Muigg und auch das Haus des Herrn Knabl, zur Errichtung des Bahnhofparkdeckes gebraucht haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bei diesem Fall, aber ich werde eh noch etwas sagen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Eine unglückliche Situation ist glaube ich eingetreten, daß man das Haus des Herrn Knabl für die Obdachlosenschlafstelle verwendet hat, denn das hat uns jetzt unter Zugzwang gebracht. Es wäre besser gewesen, die Leute woanders unterzubringen, wenn man mit diesem Grundstück etwas anderes vorhat. Was leider eingetreten ist, ist auch der Umstand, daß es auf einmal private Anbieter für ein öffentliches Grundstück gab und es dadurch eigentlich zu keiner Ausschreibung gekommen ist. Es wäre besser gewesen, das Objekt dort zu entfernen und dieses 1.500 m² große Grundstück anzubieten und dann würde man sehen, wer sich für dieses Grundstück interessieren würde. Ob das ein Hotelbetreiber ist, ob das jetzt ein Ärztehaus wird, ect. Dann stellt sich einfach nur der Markt, wer bezahlt mehr, wobei ich schon einfügen muß, bei einem öffentlichen Grundstück soll die Kommune auch das beurteilen, ob sie es braucht, ob es für die Stadt gut ist. da kann man jetzt beurteilen, wer hat ein besseres Image, die Ärzte, Hotelbetreiber oder Möbelhändler. Ich glaube, das ist sehr schwierig. Eine Notsituation haben wir, glaube ich, bei der ärztlichen Versorgung auch nicht. Also, an und für sich wäre das dann rein eine Marktfrage gewesen, wer bezahlt mehr. Vom Grundstückspreis selber muß man immer sagen, wenn einmal ein Preis für ein Grundstück bezahlt worden ist, dann hat es auch diesen Preis, denn es hat einmal einer dafür soviel bezahlt. Es gibt nur ganz geringe Ausnahmen und das wären Liebhaber, die mehr bezahlen oder es kann sich auch ein Preis nach unten verändern, wenn einfach dann eine Straße ect. vorbeigebaut wird. Dann geht es nach unten aber sonst, an und für sich, hält ein Preis seinen Preis. Warum soll er auf einmal um S 1.000,-- oder S 2.000,-- Sprünge machen. Das vielleicht zur allgemeinen Grundstückspreisproblematik. So schwierig ist es auch wieder nicht.

Aber ich glaube schon, daß für die Zukunft, und wir haben es vom Herrn Bürgermeister ja gehört, daß man in der Nähe des Gewerbeparks, schon eine Ausschreibung berücksichtigen soll und es sollen wirklich Inserate in den Zeitungen sein, wie es auch in anderen Städten passiert, ich glaube, in Baden ist das gemacht worden, wo eben die Stadt 4.000 m² ausschreibt und natürlich schon hineinschreibt, welche Branchen sie sich wünscht. Dann werden sich auch solche Anbieter melden und andere nicht. Dann gibt es eine allgemeine Beurteilung was man hintut. Es soll nicht passieren, daß bei ihnen, Herr Bürgermeister, die Leute ein- und ausgehen und sie ihnen das Wort geben und dann nicht, und dann müssen sie nachher in den Stadtsenat und später in den Gemeinderat. Dann wird es natürlich so, daß wir uns dann hier herinnen stundenlang darüber unterhalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist zutreffend, das habe ich auch nicht im Sinn.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Kollege Kurt Apfelthaler, ich glaube dein Appell, der heute hier herinnen verhallt, wird auf keinen fruchtbaren Boden fallen, daß wir optimistisch sein sollen und die Dinge ein bißchen optimistischer betrachten sollen. Ich glaube, heute geht es, zumindest erweckt es den Eindruck, um Rekorde von der Dauer von der Gemeinderatssitzung zu schlagen, daß wir vielleicht in das Guinness Buch der Rekorde kommen. Es ist schon phänomenal, Frau Kollegin Frech, mit welcher Beharrlichkeit sie versuchen alles infrage zu stellen und schlecht machen. Ich kann sie gleich in einem mitnehmen Herr Dr. Pfeil.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Im Gegenteil.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es kommt eh der Herbst auch wieder Frau Kollegin Frech. Es sind nicht einmal 2 Monate Sommerpause, dann haben sie wieder die Gelegenheit. Ich glaube, daß gerade das Thema, dort den Grundverkauf und ein Ärztehaus zu errichten, wirklich ein attraktives Projekt ist. Nicht nur, daß man den Grund dort sinnvoll vermarkten kann, sondern ich glaube, daß, gerade im Zusammenhang mit dem Bahnhof, ein Ärztehaus sehr gut situiert werden kann, weil ja nicht nur die Steyrer Bürger dort sind sondern ja auch andere Bürger aus der Region dieses Angebot hier annehmen und dort auch die Ärzte besuchen. Da ist natürlich das Bahnhofsparkdeck auch eine gute Gelegenheit. Es erweckt aber den Eindruck, daß man nicht will. Es soll nichts Gutes geschehen, weil man es nicht will. Man will hier in Wirklichkeit nur alles verhindern. Jetzt haben wir ein Bahnhofsparkdeck um ein „Schweinegeld“ gebaut, haben dort eine Menge an Parkplätzen dazu bekommen, jetzt reden wir, daß wir vielleicht auch noch eine Tiefgarage im Ärztehaus brauchen. Zusätzlich, weil das ist ja noch zuwenig, weil zum Schluß fällt das wem ein und er baut das mit, dann braucht man ja noch eine Hürde dazu, daß es vielleicht gar nicht gelingen kann, dann muß man den Steg auch noch ins Spiel bringen. Ich glaube, daß das einfache Dinge sind, die mit diesem Projekt und diesem Antrag überhaupt nichts zu tun haben. Ein Steg vom Bahnhof, oder wie es schon dargestellt worden ist, für den Stadtteil Ennsleite, der ja von dort in einem hohen Ausmaß in Anspruch genommen werden würde, das mit einem Ärztehaus in Verbindung zu bringen, da muß man schon wirklich sehr kühne Vorstellungen haben und das zeigt wirklich, daß es um das Wollen geht und daß einfach das nicht akzeptiert werden soll, daß gute Lösungen und gute Projekte in der Stadt auch realisiert werden sollen. Ich glaube, wir haben noch genügend Gelegenheit, über die Dinge aus dem Stadtentwicklungskonzept, zu diskutieren und es ist wirklich nicht angebracht, bei jeder Gelegenheit irgendwo einen Brocken herauszunehmen, um ein Projekt zu verhindern. Es wäre wirklich an der Zeit, daß wir versuchen, was ist machbar, was ist umsetzbar und was ist auch für die Stadt sinnvoll. Ich muß da wirklich auch die Geduld und Ausdauer von unserem Herrn Bürgermeister bewundern. Es ist nämlich wirklich nicht einfach, da die Motivation und die Kraft zu haben in Steyr etwas zu bewegen, wenn es nach ihnen, oder nach ihnen, Herr Dr. Pfeil, gehen würde.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Dieses Ärztezentrum liegt ganz offensichtlich einigen sehr im Magen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Dann kann er ja gleich dort hingehen.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der Kollege Apfelthaler ahnt da schon einiges. Das Problem des Kaufpreises, da muß uns schon einiges klar sein. Wir haben dieses Grundstück ja nicht gekauft, daß wir damit Gewinn machen, sondern weil wir es gebraucht haben. Wir haben ein großes Stück davon notwendig für den Bau des Parkdeckes gebraucht. Jeder, der so etwas schon einmal gemacht hat weiß, daß er die Restfläche mit Sicherheit nicht zu dem Preis verkaufen kann, zu dem er das gesamte Baustück erworben hat. Erschwerend, das möchte ich auch dazu sagen, ist natürlich, daß es eine Baulücke ist und es ist schon angesprochen worden, wir wollen damit natürlich auch was verdecken. Schon bei diesen Verhandlungen war ganz klar, daß ein Bauwerk, was dort hin kommt, auf jeden Fall in den Gestaltungsbeirat muß. Jeder der das schon einmal mitgemacht hat weiß, daß es damit nicht unbedingt billiger werden muß. Was natürlich einerseits gut ist, die Nähe der Verkehrsdrehscheibe bedeutet allerdings, daß es für gewisse Bauvorhaben auch ein Ausschließungsgrund ist, weil ich kann mir nicht vorstellen, daß ein internationaler Hotelkonzern direkt dort drüben, bei dieser Verkehrskonzentration, seine Betten errichten möchte. Daß ein Ärztezentrum einfach auch im Zug der Zeit liegt und daß sich auch die Ärzte wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht verschließen und diese gegenseitige Nähe von Ordinationen auch befruchten, das ist klar, daß sehen wir in anderen Städten, daß sehen wir auch am Tabor oben mit dem Ärztezentrum. Mir ist ein Ärztezentrum, was im Stadtzentrumsbereich ist, lieber, als ein Ärztezentrum irgendwo an der Peripherie, womöglich ein zweites Ärztehaus am Tabor oder sonst irgendwo am Stadtrand. Auch die Lage dort drüben ist Stadtzentrum. Unter Stadtzentrum verstehen wir: Stadtplatz, Steyrdorf und Ennsdorf. D. h., es ist im Stadtzentrum.

Die Räumung der Notschlafstelle, die da bekrittelt wurde, dieser Passus der im Vertrag drinnen ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand so verrückt ist, daß er ein Grundstück erwirbt und sich nicht sicherstellt, daß es zum Zeitpunkt „x“ auch verwertbar ist. Wenn ich über 4 Millionen Schilling für ein Grundstück bezahle, ich mache die ganzen Planungskosten, ich habe Vorlaufkosten, ich muß mir den Zeitplan zurechtlegen, dann muß ich auch wissen, wann ich mit den Bauarbeiten beginnen kann, wann ich es beziehen kann. Das ist ganz logisch und niemand nimmt glaube ich an, daß die

Ärzte nicht auch überlegen oder planen können.

Was ich allerdings sehr wohl auch glaube und daß es richtig ist, darauf wurde heute auch vom Kollegen Dr. Pfeil hingewiesen, das ist sicher das Problem mit den Parkplätzen. Das Bahnhofsparkdeck ist mit Sicherheit ausgelastet. Die momentan geplante Parkfläche beim Ärztezentrum reicht zur Not für die Ärzte und die Bediensteten. Mit Sicherheit allerdings nicht für die Patienten. Selbstverständlich, Herr Kollege Bremm, gehört ein Parkplatz zu einem Projekt. Wenn ich dort so ein Projekt hinstelle, dann muß ich mir auch überlegen, wo parken die Leute, die es benützen. Ich glaube, daß es wichtig ist, beim Abschluß eines Vertrages, auch schon darauf hinzuweisen, daß es notwendig ist, Parkplätze im ausreichenden Maß vorzusehen. Das ist legitim und gehört auch zu unserer Verantwortung. Grundsätzlich glaube ich, daß wir froh sein sollten, daß wir dieses Objekt, auch in der Qualität wie es geplant ist, dorthin hibekommen. Den Preis, mit S 2.000,--, finde ich als durchaus gerechtfertigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, ich muß natürlich schon auf die Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters bzw. auf die Nichtbeantwortung meiner Fragen bzw. auf die doch bewußte Verschleierung oder Verdrehung von Tatsachen replizieren. Herr Bürgermeister, damals, wie im Gestaltungsbeirat vier Projekte über das Bahnhofsparkdeck zur Auswahl standen, haben sich zwei der eingeladenen Architekten nicht an die Ausschreibungskriterien mit der Bahnhoisrampe gehalten. Warum? Weil sie gesagt haben, die ist stadtbildunverträglich. D. h., sie haben die evt. Disqualifikation wohl in Kauf genommen und haben eine Tunnelvariante vorgeschlagen. Sie haben sich bewußt nicht an die Ausschreibungskriterien gehalten. Sie werden sich ja noch recht erinnern, und der Ausspruch stammt nicht von mir, von der Verschandelung auf Jahrhunderte. Dieser Ausspruch stammt von niemand geringerem als vom Prof. Kada, der Grazer Architekt, der damals Vorsitzender des Gestaltungsbeirates war. Wir sind alle beim Parkplatz da oben gestanden und haben hinunter geschaut, der Herr Baudirektor, der Baureferent Schloßgangl damals, sie und alle anderen Damen und Herren des Gestaltungsbeirates und da hat der Prof. Kader wörtlich gesagt: „Leute, macht diese Rampe nicht, ihr verschandelt diese Stadt auf Jahrhunderte, macht diese Rampe nicht.“ Alle haben den Kopf eingezogen, sind hinunter gegangen und haben das Urteil zur Kenntnis genommen. Am 1. April, ich kann mich noch genau erinnern, ich weiß nur nicht das Jahr, ich glaube aber es war das Jahr 1993, hat dann in einer Bauausschußsitzung, ohne daß es auf der Tagesordnung stand, der damalige Baureferent Schloßgangl einfach bestimmt, daß das Projekt Schmid, mit der stadtbildunverträglichen Rampe, zum Zug kommt. Es wäre wenigstens besser gewesen, da hat sich auch nachher Prof. Kader zu Wort gemeldet, wenn die oberste Etage ohne dem Dach gekommen wäre. Das ist ja das besonders Häßliche daran, man sieht das überall in der ganzen Stadt. Es gibt null Sinn, daß das oberste Autodeck mit einem Dach versehen ist. Es gibt keinen Sinn, außer Kosten. Eine damals vorgeschlagene stadtbildverträgliche Variante, sie werden sich erinnern, seriös durchgerechnet, es hat ja damals Überlegungen gegeben, hätte 120 Millionen Schilling gekostet. Sie haben damals gesagt, nachzuvollziehen im GR-Protokoll, 80 Millionen Schilling und um keinen Schilling mehr und deshalb nehmen wir die Rampenlösung. Heute sind wir bei einem Preis von über 160 Millionen Schilling. Die Abrechnung, auf die warten wir immer noch seitens der ÖBB, des Landes und seitens der Stadt, über das Gesamtbauwerk. Bei der Tunnelvariante wäre in keinem Fall der Ankauf für die beiden Liegenschaften Knabl oder Muigg gewesen. Soweit zur Rampe.

Ich finde es schon sehr eigenartig, daß einerseits die Liegenschaft mit den Gebäuden bewertet werden, obwohl unsere Beamten tatsächlich sagen, der Grundstückspreis, wie auch im Muigg-Gutachten festgelegt worden ist, ist bei S 3.200,-- oder bei S 3.400,--. Noch dazu haben wir ja die Absiedelung des Malermeisters sehr großzügig mit einer weiteren Gewerbeförderung gefördert. Erinnern sie sich doch daran.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber er ist in Steyr geblieben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich finde es schon sehr, sehr eigenartig, wenn ein hoher Beamter ein Angebot an einen Kaufinteressierten über S 3.000,-- schreibt und gibt und, daß er das ohne Wissen des Bürgermeisters macht und der Bürgermeister sagt ihm, geh ist eh nicht war, du bekommst es, weil du es bist, um die Hälfte. Ich kann mir das nicht vorstellen. Also, ganz in Bagdad sind wir ja nicht. Das kann doch nicht sein, wenn jemand ein schriftliches Anbot einer Kommune um S 3.000,-- hat, dann ruft der Bürgermeister an und sagt, du bekommst es um die Hälfte. Vielleicht ist das Usus gewesen in Steyr. Oder ist es noch Usus? Ich kann mir das nicht vorstellen.

Auch jetzt, im gegenständlichen Akt, Frau Frech hat es ja auch schon erwähnt, daß Beamte dieses Hauses auf den tatsächlichen Grundstückswert hingewiesen haben. Sie sagen, Herr Bürgermeister, und ihre Argumentationslinie ist hier leicht widerlegbar, 50 Parkplätze sind 50 Arbeitsplätze.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben das gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe gesagt 50 Parkplätze.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie haben gesagt, die 50 Parkplätze werden locker die Leute brauchen, die dort arbeiten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, das ist richtig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also habe ich das von ihnen übernommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben dann gesagt, die schaffen damit 50 Arbeitsplätze. Jetzt sage ich ihnen etwas. Wer soll denn dort hinein? Es sollen hier Ärzte, Apotheker, Optiker, Bandagisten, Reformhaus, Wellnesszentrum, Physiotherapeuten, Verein GSS hinein. Zu den Ärzten, weil sie gesagt haben Herr Bürgermeister, das sind junge Betriebsgründer. Ich glaube nicht, daß die Ärztekammer zu den jungen Betriebsgründern zählt. Die Ärztekammer legt die Gelder an ihre Mitglieder. Das macht jeder Berufsvertreter. Das ist doch kein junger Betriebsgründer. Bei den Ärzten, Herr Bürgermeister, das wissen sie doch eh, die Stellen sind doch nicht beliebig vermehrbar. Das ist doch der tägliche Streitpunkt mit den Verträgen. Das ist doch lächerlich zu glauben, daß wir da 14 neue Verträge für 14 neue Arbeitsplätze, für 14 neue Praxen, bekommen. Die fehlen ja irgendwo anders im Stadtgebiet. Das ist doch ganz klar. Das ist eher ein Rückschritt, eine Kappung der Verträge zu verzeichnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist interessant, reden sie nur weiter. Jetzt kommt der wahre Grund heraus, warum sie dagegen sind. Ein standespolitisches Referat, aber nur für die, die es schon gibt. Die Jungen sollen keine Zukunft haben, heißt das

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich werde ihnen hier zeigen, weil sie gesagt haben, hier sind sie beliebig vermehrbar, oder sie schaffen hier 50 Arbeitsplätze, die fehlen hier.

Gehen wir weiter zu den Apothekern. Wir haben ein Apothekergesetz. Wir haben doch die Streitigkeiten oder Diskussionen gehabt, wenn man wo eine Apotheke gründen will, im Resthof oder beim Krankenhaus. Sie wissen, was da für Diskussionen stattgefunden haben. Dann wird selbstverständlich eine Apotheke vom Stadtplatz oder von der Enge dorthin übersiedeln, nehme ich wohl an. Ich glaube nicht, daß eine zusätzliche Apotheke kommen kann.

Optiker. Ich glaube nicht, daß der Platz oder das Angebot für Optiker in Steyr so gut ist, wenn der eine oder andere Optiker überlegt zuzusperren.

Eines möchte ich noch sagen, Verein GSS, das ist auch noch eine ganz interessante Geschichte. Da haben wir gerade um einen Millionenaufwand Büroräumlichkeiten in der Haratzmüllerstraße gefördert und dieser Verein will sich jetzt überlegen, knapp nach einem halben Jahr, daß er woanders hingeht. Also, diese Absicht kann ich nicht nachvollziehen.

Ich bin auch nicht gegen das Ärztehaus, absolut nicht, aber man kann nicht alle Regeln der Verantwortung, die wir für den Steuerzahler haben, außer Kraft setzen. Ich mache etwas aus, das kostete einmal S 2.000,--, einmal S 3.200,--, einmal S 1.500,--, wie es mir gerade paßt, und jeder der dagegen ist, ist gegen dieses Projekt. Das ist sicherlich richtig und wichtig, daß dort etwas entsteht, durchaus, aber mit den Rahmenbedingungen. Zu den Rahmenbedingungen gehört eben, daß die Verkehrsumfeldstruktur paßt, daß wir nicht dieselbe Situation wie im Wehrgraben und beim FAZAT,

bei der Fachhochschule, haben und, daß auch das Zentrum, und da meine ich jetzt den Stadtplatz, aber auch direkt von dort hier herüber angeschlossen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, sie sind für den Steg in der Mitte. Da habe ich schon einen Verbündeten. Ich bin nämlich eh auch dafür. Da werden wir noch harte Gegner haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da werden sie in 14 Tagen noch etwas sehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da werde ich nicht in 14 Tagen etwas sehen. Das weiß ich eh, daß sie mit dem Falkner geredet haben, daß der einen Plan machen soll. Der Falkner macht alle 14 Tage einen neuen Plan. Das ist ein flotter und guter Architekt. Es ist nicht die Frage, daß ich eine Zeichnung machen lasse. Ich habe auch schon herrliche Zeichnungen gesehen, wie ein Aufzug auf den Tabor aussieht. Das ist überhaupt nichts. Das alles in Gang zu bringen, das zu finanzieren, mit den Grundbesitzern eine Einigung zu erzielen, die widerstrebendsten Interessen auf einen Nenner zu bringen, das ist die Kunst und da muß man sich die Schuhe ordentlich schmieren, mein lieber Herr Dr. Pfeil.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da ist nichts drinnen mit ein bißchen plaudern, das kann ich ihnen sagen. Ich bemühe mich gerade ein bißchen mit der Citygarage, die uns auch so ein Anliegen ist. Das ist nicht so einfach. Von ehrwürdigen Schwestern bis Bauernkammerpräsidenten und ich weiß nicht was alles. Alle soll man unter einen Hut bringen. Wenn man das dann zusammenbringt, weil diese Gespräche bleiben mir ja dann doch vorbehalten, und wenn ich euch das dann vorlege, zu einem Zeitpunkt wo das weitgehend ausverhandelt ist und wo ich glaube, daß das mehrheitsfähig ist, weil mehr weiß ich ja nicht, ich kann es ja nur ahnen, dann lasse ich mich jedes Mal von euch „zerrupfen“. Das ist super muß ich sagen und so geht es halt dieses Mal auch. Mein Gott, ich muß eh mit dem Leben. Aber eines möchte ich schon sagen. Notschlafstelle, mir war schon klar, wie alle gerufen haben, die brauchen wir, wenn wir die haben, dann werden wir sie nach ein paar Jahren nicht zusperren können. Soviel Realist bin ich in der Politik. Darum habe ich euch ja zuerst aufgezählt, in 5 Jahren fünf oder sechs neue Sozialprojekte. Da kostet jedes davon sicher mehr als eine Million. Wir zahlen nicht überall eine Million dazu, aber die Projekte kosten entsprechendes Geld. In 5 Jahren, fünf Projekte und der Bedarf wird ständig steigen. Das ist halt so.

Notschlafstelle, das haben die ganz genau gewußt und alle hier herinnen wissen es, daß wir den Herrschaften eine temporäre Nutzung in Aussicht gestellt haben, maximal 3 Jahre und wir halten immer unsere Verträge ein. Wenn wir sie einmal nicht einhalten können, dann wird es plausible Begründungen geben und dann werden wir nach Ausweichlösungen, im Einvernehmen mit den Betroffenen, suchen. Daher braucht ihr nicht glauben, daß ich mich nicht mit der Notschlafstelle

beschäftigt habe und natürlich habe ich erst vorige Woche mit dem Herrn Hofrat Kresnik geredet, auch die Sozialreferentin, und wir bemühen uns im Einvernehmen noch Lösungen zu finden. Ich werde mich aber sehr hüten, das heute da schon wieder zu sagen, weil sonst killt ihr mir die Ausweidlösung auch schon wieder im Ansatz, weil eine Bürgerinitiative gegen eine Notschlafstelle ist leicht gestartet, Frau Kollegin Frech. Da warte ich noch, bis das so reif ist, daß wir das auch machen können. Also, wir werden da auch Lösungen finden müssen.

Richtig ist eines, das möchte ich besonders unterstreichen, daß es dabei, mit der Schaffung dort drüben, Schließung der Baulücke, qualitätvolle Architektur, nach Gestaltungsbeiratsüberlegungen in Wahrheit auch genau ins Konzept passend, nämlich mit einer qualitätvollen Entwicklung im Ennsdorf, wo wir ja bereits dabei sind, wo wir uns auch alle dafür begeistert haben und was auch viel Geld kostet, da geht es nämlich um qualitätvolle Erweiterung des Stadtzentrums. Das gehört natürlich zum Stadtzentrum und zwar nicht nur in einer Richtung. Ennsdorf auf der einen Seite, Steyrdorf sicher auf der anderen Seite, aber auch der Bereich Forum, Bauernkammer, Casinovorplatz. So sehe ich das in diesem Kontext und in diesem Zusammenhang. Daher, bitte schön, der Stadtplatz wird sicher befruchtet. Wenn wir attraktive Geschäfte, Plätze, Häuser, Wirtschaftsleben im Steyrdorf, im Ennsdorf oder im Bereich Forum usw. haben, dann wird auch der Stadtplatz profitieren. Es werden ja sehr viele Leute von auswärts herkommen, dorthin gehen und die machen den Schnapper auf den Stadtplatz dann sicher auch noch. Daher muß die gesamte Stadt attraktiver werden, wir müssen uns über dieses Schrebergartendenken hinwegsetzen, daß jeder nur vor seiner Nase hinausschaut und nur das sieht. Wenn wir es miteinander machen, dann haben wir bessere Chancen.

Weil der Kollege Fürweger natürlich den Markt das Wort redet, möchte ich folgendes sagen. Sie, als Makler, können die Dinge anders sehen, da pflichte ich ihnen schon bei, wie sie das gesagt haben. Das ist aus ihrer Sicht okay. Aber aus der Sicht einer Stadt muß das möglicherweise anders aussehen. Für uns muß erstens einmal interessant sein, und da habe ich eh meine Schwierigkeiten damit, daß die Grundpreise nicht ins Unermeßliche steigen. Wenn die Grundpreise so steigen, wie in letzter Zeit, und weiter, dann wird nämlich eines Tages der Zeitpunkt kommen, wo nichts mehr geht. Dann können wir uns unsere wirtschaftspolitischen Überlegungen in den Kamin schreiben, weil wenn der Grundpreis schon so teuer ist, wer soll sich denn das bitte sehr leisten. Jedenfalls glaube ich, daß diese S 2.000,--, wenn ich die in Vergleich zu anderen Grundstücken stelle die wir für Betriebsansiedlung verkauft haben, außerordentlich hoch sogar sind, weil wir haben die letzten Grundstücke um S 500,--, S 600,-- verkauft. Ich gebe zu, nicht in so guten Lagen. Eines ist eh richtig, wenn wir was tun, wenn wir kaufen, dann sollen wir Höchstpreise zahlen, weil wir wahrscheinlich müssen, weil es im öffentlichen Interesse ist, und wenn wir verkaufen, dann sollen wir der billige Jakob sein, weil wir natürlich eine Betriebsansiedlung oder eine sonstige wirtschaftliche Tätigkeit ermöglichen sollen und jedesmal geht es aus der Regimentskassa. Ich freue mich nicht darüber, aber ich muß natürlich Marktgegebenheiten in einer bestimmten Weise akzeptieren. Wir können uns das Bauloch dort drüben noch eine Zeit ansehen und wir können auch die Notschlafstelle prolongieren und das wird ganz bequem für uns sein. Nur eines wird nicht passieren. Die goldene Meile von der ich immer spreche, dort unten, von der neuen Brücke unter dem Tunnel, Citygarage, Bahnhofsgebäude, Eyblausbau und Ärztezentrum, Bahnhofsüberbauung haben wir eh schon und das Bauhaus ist auch schon ausgebaut und die Brücke wird auch neu gemacht. Ja bitte sehr, das schafft man eben nur, wenn man eines zum anderen fügt und wenn man das einigermaßen miteinander trägt und wenn wir nicht alles versuchen zunichte zu machen. Es ist für mich das aller Leichteste, wenn ich irgendeinen aus unserem Kreis wohin schicke und sage, gehen sie hin und verhandeln sie das so und so mit dem Herrn Präsidenten oder dem Grundbesitzer sowieso. Ich stelle ihm eine unlösbare Aufgabe und wenn er zurückkommt, mache ich ihn herunter. Ja, so kann ja das in Wirklichkeit nicht gehen, sondern wir müssen uns schon an dem Machbaren orientieren.

Fest steht natürlich eines, Herr Dr. Pfeil, wenn sie sagen, das kann doch nicht sein, daß der Herr Dr. Schmoll da eine Meinung äußert. Schauen sie, wenn man verhandelt, kommt zum Schluß etwas heraus und ich habe erlebt, daß Beamte der Stadt geglaubt haben, wir verkaufen unsere Betriebsgrundstücke noch um S 350,-- und ich habe erlebt, daß einige Beamte meinen, da könnten wir halt so und soviel herausholen. Es liegt halt oft überall in der Mitte drinnen und man muß mit den

Partnern verhandeln und ein Gespräch führen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nicht in der Mitte, das Doppelte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil, schauen sie, sie sind wahrscheinlich ein ganz intelligenter Bursche.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich meine das nicht böse. Nicht nur im Hinblick als Arzt, das sowieso.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was soll ich jetzt zu ihnen sagen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin ja noch nicht fertig.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe leider keine Wortmeldung mehr, das ist ja das.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist für mich kein Schlußwort, ich bin ja nicht einmal Referent.

Sie haben mich ja in die Pfanne gehaut und aufgefordert. Darum habe ich mich dieses Mal zweimal

gemeldet. Das habe ich sonst noch nie gemacht.

Ich wollte ja nur zu ihnen sagen, sie sind ein geschickter Bursche, sie haben ein gutes Handerl, auch für Häuser, Grundstücke usw., wie ich weiß. Oder? Das haben sie sich ganz gut überall ausgehandelt. Ja bitte sehr, warum glauben sie, daß das letzten Endes so nicht geht, auch als Stadt? Daß man halt auch verhandeln wird müssen und zum Schluß zu einem Ergebnis kommen muß. Ich verhandle immer vorbehaltlich der Zustimmung des StS und des Gemeinderates. Anders geht das nicht. Und die S 2.000,-- die sie da kritisieren und sagen das Doppelte, das ist ja nicht möglich, daß sie das nicht wirklich auseinanderhalten können.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist selbst im Vertrag drinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn sie Häuser, Objekte auf den Grundpreis aufrechnen, dann kommen S 4.000,-- heraus. Der Gesamtpreis dividiert durch die Quadratmeter mag schon S 4.000,-- sein. Die Ärztekammer muß das eine Haus wegreißen und das andere Haus muß sie auch wegreißen und ich glaube, das wird ungefähr eine halbe Million kosten. Ich weiß das jetzt nicht, aber ich schätze das ungefähr so ein. Bitte, dann rechnen sie doch die halbe Million auf die 2.000 Quadratmeter auf, oder was das sind, dann werden sie feststellen, daß der Preis nicht mehr so niedrig ist, wenn sie S 2.000,-- als niedrig betrachten. Bitte schön, die Finanzprokurator des Bundes hebt auch ab was sie kann. Sie verlangt in ähnlichen Lagen zur Zeit auch S 2.000,--, aber die Makler haben eh ungefähr eine Ahnung, was das ist. Also, ich möchte ehrlich sagen, ich glaube, daß der Deal in Ordnung ist, daß er seriös ist, daß er zukunftsorientiert ist und in die Gesamtkonzeption paßt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Wetzl.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Sehr geehrte Damen und Herren, wertees Präsidium. Angesichts der späten Stunden nur ganz eine kurze Frage. Der Kaufpreis, der schon immer wieder angesprochen worden ist, scheint mir zwar ein bißchen niedrig zu sein, aber was soll es, ich kann mit dem Kaufpreis leben. Mit einem Wort, ich finde das Projekt dort drüben ist eine gute Sache.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als was finden sie es?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Als eine gute Sache. Sind sie überrascht Herr Bürgermeister? Wie gesagt, ich kann auch guten Sache zustimmen. Ich sehe das so. Nur eine Frage, angesprochen wurde das Parkplatzproblem. 14 Ärzte kommen, sagen wir einmal rund 30 Bedienstete, wenn die alle mit dem Auto kommen, dann werden die zusätzlichen 50 Parkplätze, die geschaffen werden, alleine schon durch die Bediensteten und die Ärzte benutzt werden. Ich fahre täglich in der Früh mit dem Zug nach Linz, parke natürlich dann mit dem Auto am Parkdeck, und sehe, das ist eigentlich immer voll. D. h., wo parken dann die Kunden, die Patienten, die täglich dieses Ärztehaus besuchen, 100 am Tage, wo parken die? Wenn mir das einer in Folge nur so halbwegs plausibel erklärt, dann werde ich gerne dem ganzen Antrag die Zustimmung erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe keine Wortmeldung mehr, ich kann nichts mehr sagen. Ich würde gerne noch etwas erzählen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann übergebe ich dir den Vorsitz und dann kannst du uns noch etwas erzählen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als Vorsitzender kann ich noch ein Wort dazu sagen. Also Herr Dr. Wetzl, ich meine, natürlich werden da mehr Leute kommen. Aber es kommen auch noch 50 Parkplätze dazu und wir haben gerade ein paar 100 dort errichtet, die es früher nicht gegeben hat. Bitte, fahren sie einmal an dieser stark frequentierten Straße hinunter und schauen sie sich einmal an, wie leer der Parkplatz beim Braunsberger ist. Fällt ihnen das auf? Der ist leer. Es stehen fast nie Autos dort. Es wird da ein Theaterdonner veranstaltet, das ich nicht nachvollziehen kann. Beim Braunsberger bekommen sie immer einen Parkplatz. Das kostet ein paar Schilling. Ich muß ehrlich sagen, ich fahre bei dem Parkdeck immer aufmerksam vorbei und stelle fest, daß die Dauerparker schon oft ziemlich zu sind. D. h., es wird wahrscheinlich in erster Linie von den Bediensteten in dem Stadtviertel angenommen. Das war gewollt und bewußt so gemacht. Ich erinnere mich aber daran, daß heute die, die schon wieder eine kritische Haltung zu diesem gegenständlichen Projekt einnehmen, damals sowieso gemeint haben wir sollten das Bahnhofsparkdeck bewirtschaften und abkassieren. Damals habe ich gesagt, Leute, wo sollen die denn hin? Meistens sind es Frauen die im Handel beschäftigt sind, die aus einen Graben heraushetzen, ihr Kind in den Kindergarten bringen müssen und einen Parkplatz brauchen und dann nur S 12.000,-- oder S 13.000,-- verdienen. Wie sollen denn die dann auch noch einen bezahlten Parkplatz finanzieren? Der soll frei bleiben. Ich weiß es nicht, und niemand kann das auf ewige Zeiten garantieren. Jetzt haben wir ihn gerade voriges Jahr im Herbst eröffnet und haben dort 450 Parkplätze und jetzt tun wir so, als würde die Welt einstürzen, weil dort ein Ärztehaus dazukommt, die sowieso 50 Parkplätze dazu machen. So kann ich mir das nicht vorstellen. Da könnte man ja in anderen Stadtvierteln überhaupt nichts mehr tun. Ich frage euch, z. B. die ÖVP, wie ihr das

schon Spitz auf Knopf diskutieren möchten, wieso könnt ihr euch politisch so stark auf das Kolpinghaus in Steyrdorf einlassen. 72 Betten kommen dort hin, ein Kommunikationszentrum soll es sein, ich bin ja sehr dafür, selbstverständlich, wir unterstützen das auch als Stadt, das ist in Ordnung, aber bitte schön, das hätten wir doch nicht machen können, wenn wir mit dieser Einstellung, wie das in Richtung dieses Ärzteentrums jetzt diskutiert wird, wenn wir gesagt hätten, ja aber Herr Pfarrer Kronsteiner und Herr Obmann Mayrhofer, die mit dem „Hiasl“ vor der Wahl dort gestanden sind, so lieb, im Regionalfernsehen, wir möchten ja eh so gerne, aber es geht ja nicht, wir können ja dort nicht soviel Parkplätze machen, sehen sie das doch ein, das geht nicht. Wißt ihr Leute, so muß man die Dinge sehen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lassen wir die Kirche im Dorf und beenden wir ein bißchen das Theater und versuchen wir, einem zukunftsorientierten Projekt zum Durchbruch zu verhelfen. So, war das jetzt alles oder gibt es weitere Wortmeldungen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Vzbgm. Tatzreiter hat noch das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das weiß ich eh, ich rede von Wortmeldungen. Das Schlußwort hat der Referent, wenn keine Wortmeldung mehr ist. Meistens habe ich eh alles so halbwegs beisammen. Poldi, du bist dran, es meldet sich niemand mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ja, meine Damen und Herren des Gemeinderates, natürlich war zu erwarten, daß dieses Thema zu einer mächtigen Diskussionsrunde führt. Ich hoffe aber, daß es doch ausgesprochen wurde und daß alle Aufklärungen, die jetzt so notwendig waren, auch für jene Bereiche die noch nicht so ganz auf dem letzten Stand waren, daß es damit möglich geworden ist.

Ich bitte daher auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Hallo, ich bitte um Abstimmung.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben im Präsidium eine Diskussion, das macht ja ihr auch dauernd, das wird ja bei uns auch

einmal möglich sein, wenn es solange dauert. Entschuldigung, weiter machen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fertig? Das ist ja auch kein Wunder, wir sitzen ja jetzt schon 10 Stunden. Der Referent war so unnatürlich kurz heute mit seinem Schlußwort.

Wir kommen nun zur Abstimmung wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. SPÖ, ÖVP, GAL, 3 FPÖ (GR Ing. Hoflehner, GR Dr. Wetzl, GR Toman). Wer ist gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? 6 (5 FPÖ + LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen, Gott sei Dank.

So, wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Berichterstatter StR Bremm bitte sehr.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:

Es ist anzunehmen, daß es in demselben Tempo weiter geht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte, ich übernehme den Vorsitz.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe heute die Aufgabe den Umweltbericht für die Jahre 1997/98 zu bringen. Ich möchte doch, aufgrund der fortgeschrittenen Stunde, hier von einer längeren Erläuterung dieses Umweltberichtes Abstand nehmen. Ich möchte aber die Gelegenheit schon nützen, ein paar Bemerkungen dazu zu machen, weil ich glaube, daß es doch ein wichtiges Thema ist und vor allem, daß wir wiederum einen erfolgreichen Bericht über zwei Jahre präsentieren können. Wir haben einige Schwerpunkte in diesem Zeitraum gehabt und vor allem was hier erfreulich zu erwähnen ist, daß die Umwelterziehung, gerade bei unseren Jüngsten, in den Vordergrund gestellt wird. Ein Projekt, das auch einen großen Zuspruch und eine große Teilnahme gefunden hat, war die „Grüne Schule“. An diesem Projekt alleine haben 44 Schulklassen teilgenommen. Ein Schwerpunkt, der in Richtung Klimaschutzspiel gesetzt worden ist. Es hat eine Rekordzahl von Teilnehmern, von 560 Schülerinnen und Schülern, mit sich gebracht. Darüber hinaus wurde aber auch schon versucht in den Kindergärten die Möglichkeit zu schaffen, für die Kleinkinder, einen Bezug zur Natur herzustellen. Ich glaube, daß gerade dort ein wichtiger Ansatzpunkt ist.

Einen Schwerpunkt der Umweltberatung bildet aber auch die Abfall- und Müllvermeidung. Positive Aktionen wie z. B. die Bemalung des neuen Biomüllautos durch Schüler des Bundesrealgymnasiums, verschiedene Verkaufsaktionen, aber auch Führungen durch das Altstoffsammelzentrum. Bei dieser Form der Abfallwirtschaft war es möglich, verschiedene Institutionen sowie auch beim Alten- und Pflegeheim Tabor, Abfallwirtschaftskonzepte zu erstellen. Einen Bereich, den wir auch in dieser Zeit besprochen und diskutiert haben, war die Energiebuchhaltung, wo wir auch wesentliche Schritte,

gerade in stadteigenen Häusern, gemacht haben. Zur raschen Beantwortung von Energiefragen wurde die Energiehotline eingeführt. Darüber hinaus wurden auch in diesem Zeitraum wiederum ein Reihe von Solaranlagen gefördert. Ich glaube, das ist auch, gerade im Umweltbereich, eine wichtige und richtige Entwicklung, im Jahr 1998 waren es alleine 20 Solaranlagen die seitens der Stadt gefördert wurden. Ein springender Punkt, der für die nächsten Jahre in der Energieeinsparung sein wird, ist eine Form über Energiecontracting, Budget humane Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen im Bereich der gemeindeeigenen Häuser, zu forcieren.

Erwähnenswert ist aber auch noch, daß wir 1998 erstmalig einen Umweltschutzpreis ausgeschrieben und vergeben konnten.

Ein Sorgenkind, das möchte ich noch ganz kurz streifen, ist aber, bei aller positiven Entwicklung im Umweltbereich, ob das die Mülltrennung oder der Wald, die Luft, das Wasser ist, der Abfall insgesamt. Sicherlich ja für alle Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem auch für uns, für den GR, ja ersichtlich, daß die Abfalltrennung in ein paar Bereichen schwieriger wird und daß hier doch Entwicklungen sind, die nicht zufriedenstellend sind. Vor allem haben wir gerade im Kunststoff einen zunehmenden Anfall und die Trennung „Kunststoff“ wird immer schwieriger für die Bevölkerung, hier das nachzuvollziehen. Hier haben wir auch für die nächsten Jahre mit Problemen zu rechnen.

Das Thema „Hausmüll“, mit den dazugehörigen Sammlungen von sperrigen Abfällen, Grünschnitt und Bioabfällen, wird zukünftig einer einschneidenden Entscheidung durch den GR entgegensehen. 2004 ist ja ein Stichtag, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo die Deponieverordnung wirksam wird und für uns, als Stadt Steyr, auch die Entscheidung zu treffen ist, in welcher Form der Hausmüll vorbehandelt oder behandelt wird. Hier werden wir noch die Gelegenheit haben, einige Diskussionen darüber zu führen und wir haben die Entscheidungen zu treffen.

Zum Schluß möchte ich in meiner kurzen Darstellung noch in Erinnerung rufen, daß wir in diesen zwei Jahren, im Besonderen 1997, den Münichholzwald als Erholwald erklärt haben. Wir haben hier mit dem Eigentümer die Vereinbarung getroffen. Ich erwähne das deshalb, weil der Münichholzwald alleine 47 Hektar in unserem Stadtgebiet ausmacht und im gesamten Stadtgebiet ein Waldbestand von 289 Hektar ist. Also, hier haben wir fast 20 %, so zwischen 15 und 17 %, des Waldbestandes in der Stadt Steyr als Erholwald erklärt und es wird dort auf alle Fälle auch gelingen, daß die Qualität des Waldes, aufgrund dieser Vereinbarung, dementsprechend gesteigert werden wird und hier ein wesentliches Erholungsgebiet für unsere Stadt Steyr, auch für die Zukunft, abgesichert sein wird.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich aber auch in diesem Kreise die Gelegenheit nützen, allen Mitarbeitern des Umweltausschusses und des Umweltbeirates für ihre Tätigkeit, für ihre aktive Mitarbeit, herzlich zu danken. Natürlich möchte ich aber auch den Mitarbeitern, den Hauptberuflichen der FA Umweltschutz und Abfallwirtschaft, für ihre nicht immer einfache Arbeit und Tätigkeit herzlich danken und vor allem für diesen Bericht, den ja jedes Gemeinderatsmitglied zugesandt bekommen hat, auch den Dank dazu aussprechen.

Ich möchte den Antrag stellen:

Umw-19/99

Umweltbericht 1997/98.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der, seitens der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft, erstellte Umweltbericht für das Jahr 1997/98 wird zur Kenntnis genommen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat. In diesem Umweltbericht möchte ich nur einen Punkt besonders herausheben, den der Herr StR schon im Vorwort angeführt hat, vorher steht nur ganz kurz über die Luftbelastung etwas, und zwar, daß es noch im unteren Bereich der Belastung ist, „noch im unteren Bereich“. Ich glaube, wir brauchen eh nichts fürchten. Aber am wichtigsten ist eben die Abfalltrennung, auf die er besonders eingegangen ist, wo wir die größten Schwierigkeiten haben. Er hat gesagt, die Umweltschutzmoral der Bevölkerung läßt ein bißchen nach, sie ist zu stärken und es wird sehr stark auf die Problematik bei den Containern im Stadtgebiet eingegangen, daß sehr viel daneben liegt, daß die Stadt ein eigenes Personal benötigt um dort aufzuräumen und die Stadt im Grunde keinen Einfluß auf die Anzahl der Container und auf die Abfallintervalle hat. Es wird auch dieser Vorgang ganz genau beschrieben. Der beginnt mit der ARA, die dann diese Branchenrecyclingsgesellschaften beschäftigt, wie die ARO, AGR und ARGEV und eben dann die Stadt Steyr. Das ist alles in einem Triangelvertrag drinnen und ich glaube, dieser Triangelvertrag bedarf einer Korrektur. Es wird sicher nicht in der Möglichkeit der Stadt alleine liegen, hier das zu korrigieren, aber es ist sicher die Stadt bestrebt, hier etwas zu machen, denn dieser Zustand, den wir haben, den kann man sich sicher nicht mehr länger ansehen.

Ein kurzes Wort noch zu den unbefugten Müllablagerungen. Hier ist auch schon zu erwähnen, daß es 1997 45 Fälle illegaler Müllablagerungen gegeben hat, mit 34 Ermahnungen und in 9 Fällen eine Schadenswiedergutmachung gefordert wurde und in 2 Fällen ein Strafverfahren eingeleitet wurde. 1998 eine Steigerung von 45 auf 72 Fälle und nur in einem Fall ein Verwaltungsstrafverfahren. Wir haben heute, glaube ich, vor einigen Stunden auch schon über Bestrafungen gesprochen. Ich glaube, hier ist es sehr wohl angebracht das zu erwähnen, wenn ich vergleiche, was ein Verkehrssünder zahlen muß. Wenn hier angenommen 72 Parksünder falsch parken, dann gibt es auch sicher 72 Strafen. In diesem Fall gibt es 1 Verwaltungsstrafverfahren. Es wird dann nachher auch im Absatz gefordert, eine stärkere behördliche Intervention. Wir müssen uns endlich einmal dazu durchringen, diese Leute, die illegal Müll ablagern, auch zu bestrafen. Zu fragen wäre nur, wie groß eine illegale Müllablagerung ist oder wie sieht die überhaupt aus, was ist illegal, die Größe etc. Das steht hier nicht herinnen. Was kann man darunter überhaupt verstehen?

Alles andere hat der Herr StR im Großen und Ganzen schon gesagt. Erfreulich ist, daß das Naturschutzgebiet Steyrer Auen in diesen Zeitraum hineinfällt. Ich glaube, das ist da drinnen fast ein bißchen untergegangen. Für mich ist das eines der wichtigsten Sachen, daß die Stadt in ihren Grenzen ein Naturschutzgebiet hat. Weil ich gerade den Kollegen Apfelthaler sehe, ich glaube, er hat das auch schon einmal angesprochen, es wäre dort auch notwendig, alles ein bißchen zu kontrollieren, in welcher Form auch immer, ob das jetzt Aufsichtsorgane, Wachorgane sind. Es muß uns einfach einiges Wert sein, daß wir dieses Naturschutzgebiet so behalten wie es ist. Sonst kann man sagen, ist der Umweltbericht gut. Es ist natürlich schon das 6. Mal, deswegen ist er auch besser. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Wünscht der Referent ein Schlußwort? Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur kurz ein paar Bemerkungen zur Abfalltrennung, mit dem Problem der Container, wie das jetzt auch angeschnitten wurde. Wir haben versucht, Optimierungsmaßnahmen zu setzen. Wir versuchen auch den Entleerungsrhythmus etwas umzustellen, daß wir vor dem Wochenende und nach dem Wochenende entleeren. Insgesamt aber muß man einfach sehen und erkennen, daß der Müll mehr wird und, daß in Wirklichkeit die Verpackungsverordnung, die auch 1996 novelliert wurde, nicht funktioniert. Es wird nicht nach dem Verursacherprinzip ausgegangen, sondern die kommen relativ ungeschoren davon und es ist dann der Letztverbraucher, wo wir dann das Problem haben. Wir hoffen, daß gerade im nächsten Jahr, wo die Verträge mit der ARA auslaufen und neue Verträge zu führen sind, der Städtebund und der Gemeindebund mit den Landesabfallverbänden zu einer Regelung kommen, daß eine verbesserte Entsorgung möglich sein wird. Es wird nicht einfach sein.

Zum Naturschutzgebiet, das auch in diesem Zeitraum zum Naturschutzgebiet erklärt worden ist, was uns natürlich besonders freut, ist noch ein Thema offen und zwar ist das die Naturschutzwacht. Hier habe ich auch mit dem zuständigen Referenten der Landesregierung gesprochen, mit dem LR Haider, und es liegt hier am Betreiber vor Ort, an den Zuständigen, also nicht an der Stadt, weil die Stadt nicht der Betreiber ist. Es wird aber seitens des Landes kein Problem sein, die Naturschutzwacht auch zu finanzieren und einzuführen. Also, das wird in den nächsten Monaten lösbar sein und dann ist hier gewährleistet, daß auch auf der Liebesinsel die Problematik, die uns ja der Kollege Apfelthaler über die Zeitung einmal zukommen lassen hat, verbessert wird. Aber es muß auch eine gewisse Mithilfe in der Bevölkerung sein. Man kann ja nicht überall einen Mann hinstellen, der uns vom Unrat und den Abfällen fern hält und ihn beseitigt. Es muß einfach auch die Bereitschaft in der Bevölkerung vorhanden sein. Wir werden versuchen, hier auch immer wieder Aufklärungen und Hinweise dazu zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieser Antrag, den ich hier bringen darf, freut mich besonders. Er wird sicherlich diskutiert werden. Der kleine Beigeschmack ist, daß es nicht alle freut. Aber das haben wir heute schon an ein paar wichtigen und sinnvollen Projekten gesehen, daß sie trotzdem gut sind, sich aber die Freude in Grenzen gehalten hat. So ist es auch bei den Sportförderungsrichtlinien, daß sich hier auch die Freude in Grenzen hält. Es ist im Budget für 1999 gelungen, die Sportförderungsmittel um S 700.000,-- auf ca. S 1,5 Millionen zu erhöhen. Wir haben bis zu diesem Zeitpunkt, also bis zum vergangenen Jahr, eine Subventionsordnung für die Sportvereine gehabt, nach denen die Subventionen ausbezahlt wurden. Indem wir eine Erhöhung im Budget vorgenommen haben, haben wir es, und habe ich es, als sinnvoll erachtet, Förderungsrichtlinien ausarbeiten zu lassen und auszuarbeiten, damit die Vergabe der zusätzlichen S 700.000,-- nach bestimmten Kriterien vor sich gehen können. Schwerpunkte, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Richtlinien sind, daß hier bei größeren Vereinen und bei denen, wo die finanziellen Aufwendungen größer sind, daß die eine Berücksichtigung finden. Ganz wichtig war mir aber auch bei den neuen Sportförderungsrichtlinien, daß der Spitzensport, und hier möchte ich betonen, der Spitzensport und nicht der Profisport, der Profisport muß sich halt in erster Linie selbst erhalten, über die Wirtschaft oder andere Möglichkeiten, das kann nicht die Aufgabe der Kommune

sein, aber im Spitzensport haben wir einen Bedarf. Ein wichtiger Schwerpunkt der Sportförderung soll auch die Jugendsportförderung einnehmen. Hier soll auch ein dementsprechender Betrag von den zusätzlichen S 700.000,-- dafür verwendet werden. Ich glaube, daß gerade im Bereich der Jugendbetreuung hier auf eine verbesserte Qualität geschaut werden muß und hier soll mit den Förderungsrichtlinien darauf auch eingegangen und Bezug genommen werden. Das sind so die wesentlichen Schwerpunkte für die 1,5 Millionen Schilling, die heuer zu vergeben sind. Darüber hinaus, und das nur zum allgemeinen Verständnis, gibt es natürlich eine Projektförderung. Die Projektförderung ist in diesem Betrag nicht beinhaltet sondern die ist sehr individuell, also, nach den Bedürfnissen der Vereine wird das dann jährlich berücksichtigt. Hier haben wir, glaube ich, auch eine sehr gute Regelung für die Vereine, in dem wir bis zu einem Drittel der Investitionen, von der Stadt her, unterstützen, also, Land, Stadt und Dachverband jeweils zu einem Drittel die Projekte fördern. Zu diesem Thema wird es ja noch eine Diskussion geben. Ich möchte nur vorweg schon eines sagen, daß wir diese Sportförderungsrichtlinien im Stadtsportausschuß, wo alle drei Dachverbände vertreten sind, die ASKÖ, der ASVÖ und die Union, mit diesen Fachleuten, und ich glaube, daß gerade jene Leute, die im Stadtsportausschuß tätig sind, sicherlich als Fachleute gelten, daß wir diese Richtlinien ausgearbeitet haben. Wir haben die Fraktionsvorsitzendensitzungen dazu verwendet, diese Richtlinien auch zu diskutieren.

Ich stelle daher den Antrag, daß die vorliegenden Sportförderungsrichtlinien vom GR so beschlossen werden. Ich ersuche wirklich, im Interesse der Sportvereine, eine breite Zustimmung zu bekommen. Die Vereine warten auf das Geld. Das Erfreuliche dabei ist, daß aufgrund dieser Förderungsrichtlinien jeder Verein, und es werden ja nur Vereine subventioniert, die auch in der Vergangenheit schon dementsprechende Voraussetzungen gebracht haben, aufgrund der zusätzlichen budgetären Mittel, die wir haben, zusätzliches Geld bekommen. Ich glaube, unsere Vereine brauchen das dringendst und freuen sich sicherlich darüber, daß sie mehr Mittel zur Verfügung haben.

Sport-7/99

Sportförderungsrichtlinien der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 11. Juni 1999 werden die beiliegenden Sportförderungsrichtlinien der Stadt Steyr beschlossen. Diese Richtlinien treten per 10. Juli 1999 in Kraft. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Sehr geehrter Herr StR Bremm, sie kennen sicherlich das Lied von Reinhard Fendrich „Es lebe der Sport“. Damit der Sport aber leben kann, braucht er geeignete Rahmenbedingungen. Ein Teil dieser geeigneten Rahmenbedingungen sind Sportförderungsrichtlinien. Es ist ja schon sehr bezeichnend, daß man bis in das Jahr 1999 braucht, um überhaupt Richtlinien für die Sportförderung durch die Stadt zu erarbeiten. Linz hat beispielsweise seit 1991 Sportförderungsrichtlinien gehabt. Steyr hat ein bißchen länger, bis ins Jahr 1999, gebraucht und da auch eigentlich erst auf Diskussion beim letzten Budget, wo einstimmig eigentlich alle darauf hingewiesen haben, alle Fraktionen, die im GR

vertreten sind, daß wir für den Sport mehr Geld brauchen und daß wir dann natürlich auch Richtlinien brauchen. So, das war beim Budget. Dann ist einmal lange nichts passiert. Sehr lange nichts passiert. Dann, auf einmal, muß es wieder ganz schnell gehen. Da sind wir dann wieder flott. Herr Kollege Bremm, sie haben über die Medien mitteilen lassen, wir haben das ja nicht in einem politischen Gremium vordiskutieren brauchen, weil wir dafür kein Gremium haben. Damit bin ich wieder beim Finanz- und Rechtsausschuß. Ja, was denn dann gibt man in einen Finanz- und Rechtsausschuß, außer Richtlinien, die haben mit Recht zu tun und Förderungen, die haben mit Finanzen zu tun. Also, kann ich so etwas doch in den Finanz- und Rechtsausschuß hineingeben. Nicht wie sie es machen, lieber Kollege Bremm, mit einem fix und fertigen Entwurf herzugehen, in die Fraktionsvorsitzendenkonferenz, und sagen, so, gebt eure Zustimmung oder nicht und jetzt habt ihr aber noch die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben und Abänderungen vorzuschlagen. Dann gibt es die nächste Runde in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Und dann, eigenartigerweise, haben sich die Grünen z. B. ziemlich viel Mühe angetan, das zu durchforsten und Änderungsvorschläge einzubringen. Es ist Kritik von der FPÖ gekommen, es ist von mir eine Kritik gekommen. Wir haben dann 1 ¼ Stunden in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz diskutiert. Aber im Endeffekt hätten wir gar nicht diskutieren brauchen, weil sie haben von vornherein signalisiert, diskutieren könnt ihr ja eh, aber Abänderungen die gibt es nicht. Kein einziger Punkt, kein einziger dieser Vorschläge ist irgendwo nur aufgenommen worden. Konnte ja auch nicht sein, weil man hat ja diesen Entwurf fix und fertig in den zitierten Stadtsportausschuß hineingegeben. Der hat am 12. April 1999 getagt. D. h., am 12. April 1999 hat es bereits einen fix und fertigen Entwurf gegeben

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Bitte, ich beziehe mich auf das Protokoll vom Stadtsportausschuß und da ist es dem Stadtsportausschuß vorgelegt worden. Wir waren aber gar nicht informiert. Denen hat man dann auch irgendwo so gesagt, ja, das ist so der Wille der Stadt irgendwo und das machen wir jetzt. Na klar, daß wir dann im Nachhinein nicht mehr viel korrigieren können. Die Diskussion hätte vorher stattfinden müssen und die hätte schon bei einem ganz wesentlichen Punkt stattfinden müssen. Wenn ich im Amtsbericht lese, daß da steht: „Eine weitere Vorgabe bestand darin, daß kein Verein der seine aktive Tätigkeit während eines Jahres nachweisen kann, weniger Sportförderungsmittel erhalten darf, als er im Vorjahr erhalten hat.“ Von wem kam diese Vorgabe? Nur von ihnen als Referent. Aber bitte, hätten wir nicht vorher einmal diese Rahmenbedingungen, diese Vorgaben, im Finanz- und Rechtsausschuß gemeinsam erarbeiten können um dann einen Entwurf zu machen und nicht den umgekehrten Weg zu gehen, einen Entwurf, von dem man nicht mehr abrücken will, dann noch zu diskutieren und als Fleißaufgabe dürfen wir halt unsere Meinung einbringen.

Was in dem Zusammenhang recht interessant ist, meine Damen und Herren, ist sicherlich jener Punkt, daß die zitierte Stadt Linz ihre Sportförderrichtlinien letzte Woche neu beschlossen hat. Wir wollen heute neue beschließen. Der Unterschied ist der, daß wir im Prinzip zum großen Teil die alten Richtlinien von Linz beschließen, wo man in Linz auch draufgekommen ist, daß sie nicht zureichend sind. Aber wir beschließen sie halt jetzt, mehr oder weniger, neu.

Ich möchte inhaltlich nicht allzuviel auf diesen Entwurf eingehen. Nur ein paar Punkte, die mir sehr wesentlich erscheinen und die, glaube ich, deutlich machen, warum man diesem Antrag nicht die Zustimmung geben kann. Herr Kollege Bremm, ich kann mich an eine ganz kabarettartige Situation in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz erinnern, wo zur Diskussion gestanden ist, von einigen Fraktionsvorsitzenden, wie man das denn gemeint habe, unter § 7 - Sportheime- und Sportplatzhaltung, daß da steht, „zu Sportheimen können pro Verband oder Verein für große Sportheime S 20.000,- und für kleinere Sportheime S 10.000,- gewährt werden.“ Dann haben wir sie gefragt: „Was heißt jetzt eigentlich klein oder groß?“ Dann haben sie gesagt, ja, das sieht man eh, ob das groß oder klein ist. Ja bitte, so etwas in einer Richtlinie zu verarbeiten.

Dann steht unter Punkt 2), ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, das stimmt nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... für die Sportplatzerhaltung (ausgenommen Tennis und Golf), weil das geben wir ja hinaus, können pro Verein S 25.000,-- für große Plätze und S 10.000,-- für kleinere Plätze gewährt werden. Was groß und was klein ist, finden wir zwar nicht, aber das werden wir im Detailfall schon klären, nehme ich an.

Im letzten Paragraphen, den § 10, hebt sich eigentlich eh alles wieder auf, weil drinnen steht, daß darüber hinaus ohnedies jederzeit wieder Förderungen erteilt werden können und, daß eigentlich ohne Angaben von Gründen, im Großen und Ganzen, den Vereinen das auch wieder gestrichen werden kann. D. h., so wirklich eine Richtlinie ist es nicht geworden. Es ist eher dehnbar wie ein Kaugummi oder ein Gummiband.

Wenn ich mir hingegen die Richtlinien, die Linz jetzt erlassen hat, ansehe, da muß ich sagen, da könnte man ungesehen seine Zustimmung geben, das haben auch meine Kollegen in Linz getan, weil da sieht man ganz einfach wirklich, da hat man sich etwas überlegt. In Richtung Behindertensport, in Richtung Leistungs- und Spitzensport, in Richtung von Breitensport, in Richtung von Frauenförderung usw. Da hat man sich wirklich sehr, sehr viel überlegt.

In Steyr hat es, wie gesagt, jetzt wieder schnell gehen müssen, die Diskussion hat man nicht führen wollen oder man muß sie eben jetzt im GR führen. Herr Kollege Bremm, ich möchte von ihnen nie wieder die Beschwerde hören, unsere GR-Sitzungen dauern so lange. Diskutieren sie das vorher im Finanz- und Rechtsausschuß, dann ersparen sie sich da herinnen die Debatte. Nur wann soll man es dann zur Sprache bringen, wenn wir ja kein Gremium haben, das dafür zuständig ist, außer der GR und so ein bißchen außerhalb noch vielleicht die Fraktionskonferenz.

Ich bin ja eigentlich sehr naiv an die Dinge herangegangen. Ich habe den Herrn Bürgermeister einmal gefragt, wie das mit diesen Richtlinien ist, nachdem ich in einer dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenzen aus beruflichen Gründen nicht anwesend sein konnte, wie ist das jetzt eigentlich, sind die Vereine damit einverstanden. Da haben sie mir gesagt, ja, die sind alle einverstanden, das ist überhaupt kein Problem. Dann habe ich kurz darauf in der Zeitung gelesen, daß die Vereine mit diesen neuen Richtlinien durchaus nicht so einverstanden sind, daß das durchaus nicht so ist. Dann sind in mir so die Zweifel aufgetaucht und dann habe ich erst wirklich ein bißchen zum Nachrecherchieren angefangen und bin darauf gekommen, alles paletti war bei dieser Geschichte wohl nicht so ganz. Aus diesem Grund, jetzt könnte ich mir helfen mit irgendwelchen Abänderungsanträgen, nur ich halte das Thema nicht für geeignet um gegen 1.00 Uhr morgens Abänderungsanträge einzubringen, sondern, ich würde wirklich plädieren, diese Richtlinien zurückzustellen und an den Finanz- und Rechtsausschuß zur gründlichen Vorberatung zuzuweisen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist GR Kupfer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

War das jetzt ein Antrag?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hat sie einen Antrag gestellt? Nein, sie hat gesagt, sie könnte einen Antrag stellen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist nicht oft der Fall, daß ich derselben Meinung bin wie die Kollegin Frech, zumindest in einigen Punkten, zu später Stunde heute, passiert es doch noch. Eine Vorbemerkung noch. Es tut mir persönlich eigentlich sehr Leid, daß ein Entwurf vom Sportreferenten Bremm vorgelegt worden ist, der eigentlich eine größere Diskussion gebraucht hätte und wo ich auch denke, wir hätten uns einiges an Diskussion erspart, die wir jetzt, höchstwahrscheinlich, noch führen müssen.

Zur Vorgangsweise, welche die Kollegin Frech bereits angeführt hat, möchte ich nur zwei Punkte noch sagen. Es ist uns ein Entwurf in der Fraktionsobleutekonferenz vorgelegt worden, und wir sind gebeten worden eine Stellungnahme abzugeben. Wir haben auch diese Stellungnahme gemacht. Wir haben uns große Mühe gemacht, hier zu recherchieren, und waren dann sehr verwundert, wie wir für die nächste Fraktionsobleutekonferenz eine Einladung bekommen haben, daß dieser Punkt noch einmal diskutiert werden soll, aber gleichzeitig, bzw. drei Tage zuvor, bereits der Amtsvorschlag für die Stadtsenatssitzung eingetroffen ist. D. h., die Diskussion hat sich eigentlich schon zu diesem Zeitpunkt für die Fraktionsobleutekonferenz erübrigt. Eigentlich ist bereits an diesem Punkt zu erkennen, wie ernst es eigentlich dem zuständigen Referenten gewesen ist, die Meinungen von uns zu hören. Abgesehen davon, daß diese Stellungnahme dann nicht diskutiert worden ist und eigentlich kein Punkt, kein Beistrich an diesen Richtlinien anschließend noch verändert worden ist.

Ein zweiter Punkt, und die Kollegin Frech hat es bereits angeführt, ist der, daß wir heute Richtlinien beschließen, welche die Linzer 1991 beschlossen haben. Ich habe sie hier vor mir. Das sind die aktuellen Sportförderungsrichtlinien der Stadt Linz. Ein Quantensprung in der Sportpolitik, nicht zu vergleichen mit dem 5-Seiten-Papier, das wir heute vorgelegt bekommen haben. Da sind Sachen drinnen, die modern, zeitgemäß sind, die sie scheinbar nicht interessieren, die sie nicht aufgenommen haben, aber eigentlich sehr wert gewesen wären, sich zu überlegen. Wie gesagt, unsere Richtlinien sind nicht nur veraltet, die entsprechen auch nicht modernen, sportpolitischen Entwicklungen. Richtig und zielführender wäre es gewesen, bevor wir einen Entwurf vorgelegt bekommen, daß wir uns über die sportpolitischen Ziele der Stadt Steyr Gedanken machen, daß wir uns Gedanken machen, wie wir alle Vereine, und nicht nur die drei Dachverbände, in einen Diskussionsprozeß integrieren und schön wäre es natürlich auch gewesen, wenn man die Stellungnahmen der Parteien ernst genommen hätte. Das war nicht der Fall. Eigentlich ist es müßig, heute hier über Punkte zu diskutieren, die wir in einem anderen Gremium, und unter Umständen wäre der Finanz- und Rechtsausschuß eine Möglichkeit gewesen, diskutieren hätten sollen. Aber, es bleibt uns ja nichts anderes übrig und darum müssen wir doch auf einige Punkte eingehen. Einige sind ja schon erwähnt worden. Es gibt da kuriose Punkte in diesen Richtlinien, die uns vorgelegt worden sind. Z. B. einer, der mich besonders stört, der § 5, wo die Vereine gemäßregelt werden. Da steht drinnen, Förderungen werden ausgeschlossen, wenn Vereine Handlungen setzen, die Repräsentanten der Stadt abträglich sind. Da frage ich mich: „Was soll das?“ Dürfen Vereine keine Kritik mehr an der Politik üben?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wenn er den zuständigen Stadtrat nicht mehr grüßt.

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Dürfen die Vereine, auch wenn sie berechtigt ist, keine Kritik am Sportreferenten oder an irgendeinen anderen Politiker im GR üben? Was hat das in einer Sportrichtlinie verloren? Das kommt auch in keiner anderen Richtlinie, die wir uns angesehen haben, in anderen Städten, vor.

Ein anderer Punkt ist bereits angesprochen worden, dieses „groß“ und „klein“. Ich frage mich, was ist eine große Sportanlage und was ist eine kleine Sportanlage? In allen anderen Richtlinien gibt es ganz genaue Definitionen. In Steyr nicht.

Weitere Fragen: „Wieso ist Tennis bei uns nicht förderungswürdig, wenn es um Sportstätten geht?“ „Warum ist eine Sportart explizit ausgenommen?“ „Wollen sie Tennisvereine nicht fördern?“ Dann teilen sie das bitte auch den Tennisvereinen mit. Wie gesagt, das sind einige Punkte, die ich mir herausgesucht habe.

Einer ist auch noch von der Kollegin Frech, zu Beginn, wo es um Antrags- und Förderungswürdigkeit geht, angesprochen worden, wo z. B. in allen anderen Gesetzen ein Bezug auf die Landesgesetze gemacht worden ist. In Oberösterreich, das öö. Sportgesetz, wo es um Sportarten geht, auch das ist bei uns nicht passiert, was formal eigentlich notwendig gewesen wäre. Man hätte sich, wie wir, z. B. die Mühe machen können und andere Richtlinien, andere Städte, andere Länder, ansehen können, dann wäre es nicht passiert, daß ein 5-seitiges Konzept heute hier vorliegt, das eigentlich, wie bereits erwähnt, nicht der modernen Sportpolitik entspricht. Wir haben uns die Mühe gemacht. Ich muß es einfach machen, ich muß es ihnen heute sagen, wo wir uns diese Richtlinien angesehen haben. Wir haben uns z. B. das Weißbuch für den österreichischen Sport, Entwurf 98, Minister Wittmann, SPÖ, angesehen. Wir haben uns eine Stellungnahme von der Frau Ministerin Prammer, SPÖ, bezüglich Frauenförderung, angesehen. Die Sportförderungsrichtlinien der Stadt Linz, am 1. Juli in Kraft getreten, letzte Woche beschlossen. Die Richtlinien von Wien, Vorarlberg, Steiermark, Oberösterreich, wir haben uns sogar das ASKÖ Bundeskonzept angesehen und wir haben auch international im Internet recherchiert und uns z. B. hervorragende Sportkonzepte aus Göttingen, Bonn und München angesehen. All diese Konzepte haben großen Praxisbezug, sind zeitgemäß, sind alle derzeit gültig und werden auch so in den einzelnen Städten und Ländern gehandhabt. Wir haben hier in Steyr Richtlinien, die mit all diesen Konzepten nichts gemeinsam haben und nicht zu vergleichen sind. Einige Punkte z. B., die uns sehr wichtig waren und die wir auch in unserer Stellungnahme explizit erwähnt haben. Z. B. die Förderung des Behindertensportes wird im Weißbuch explizit gefordert, ist in den Linzer Richtlinien explizit in jedem Punkt drinnen, wurde von uns als Vorschlag eingebracht, wird von SPÖ-Politikern auf Bundesebene gefordert, ist in Steyr scheinbar kein Thema.

Schulsport ist einer der wichtigsten Bereiche überhaupt. In den Steyrer Richtlinien wird er mit keiner Silbe erwähnt. Vom Bund als Schwerpunkt gefordert, in Linz in mehreren Punkten detailliert angeführt.

Seniorenport. Viele Städte machen aus diesem Thema ein Schwerpunktthema, richten eigene Fördertöpfe ein. Von der SPÖ auf Bundesebene gefordert, bei uns kein Thema.

Frauenförderung. Ein ganz interessanter Punkt. Das wurde auch im Weißbuch gefordert. Von der Mag. Prammer liegt ein wunderschönes Forderungspapier vor, wo sie von den Kommunen fordert, für die Gleichberechtigung der Frauen einzutreten und wo Maßnahmenpakete beschlossen werden sollten. Es gibt ein Papier, ich finde es jetzt in der Eile leider nicht, aus der ASKÖ Bundeszeitung, Juni 1999, wo vorgeschlagen wird, daß die Gemeinden 1999 ein Schwerpunktjahr zur Förderung der Frauen machen und auch hier die Gemeinden auffordern in ihren Sportförderungen Fördertöpfe, Schwerpunktförderung für diesen Bereich einzufordern.

Einen Punkt, den wir auch eingefordert haben, das ist z. B., daß es eine spezielle Veranstaltungsförderung gibt. Gibt es z. B. auch in Linz, § 16, wurde neu geregelt, daß es für Veranstaltungen, Lehrgänge und Tagungen einen eigenen Schwerpunkt gibt. Abgesehen vom Nachwuchssport, der zwar als Schwerpunkt erwähnt ist, aber auch im Vergleich zu anderen Richtlinien relativ verklausuliert und nicht explizit mit einem Fördertopf ausgestattet ist.

Zusammenfassend ist für uns eindeutig klar, und das ist auch teilweise durch die Wortmeldungen des Referenten herausgekommen, daß eigentlich alte Strukturen festgefahren und einbetoniert werden sollten und man nicht interessiert ist, moderne, zeitgemäße Förderungsmaßnahmen zu setzen. Einige Vereine sollen belohnt werden, kleine Vereine, neue Vereine, Gesundheits- und Breitensport, Erlebnissport bleiben unbeachtet. Was eigentlich die wichtigste Aufgabe einer Stadt, die Rahmenbedingungen zu schaffen hat, wäre, nämlich Schwerpunkte für gewisse Bereiche zu setzen, Fördertöpfe einzurichten, auch auf das ist bei uns verzichtet worden.

Aus diesem Grund stellen wir einen Abänderungsantrag, der wie folgt lautet:

Abänderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN - GAL Steyr, lt. § 9 - Geschäftsordnung des Gemeinderates

Absetzung des Antrages 19), Sportförderungsrichtlinien, von der Tagesordnung der heutigen GR-Sitzung.

Die Sportrichtlinien werden in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus je einem Vertreter der im GR vertretenen Parteien und Vertretern des Magistrates, überarbeitet.

Die Richtlinien werden allen Steyrer Sportvereinen mit der Bitte zur Stellungnahme zugesandt.

In einem abschließenden Hearing wird der Entwurf öffentlich diskutiert und die Endfassung anschließend im GR zum Beschluß vorgelegt.

Die für 1999 im Budget vorgesehenen Mittel werden auf das Jahr 2000 übertragen.

Ich bitte sie um die Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber bekommen muß ich ihn schon. Eines muß ich schon sagen, was mir immer auffällt. Ihr redet immer von Frauenförderung. Für mich ist das eh klar, daß die für beiderseitiges Geschlecht sind und für Kinder und Senioren genauso.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Da geht es um ganz andere Sachen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, nein, da geht es nicht um andere Sachen. Frauen können doch denselben Sport betreiben wie Männer. Oder, Frauen können einen eigenen Sport betreiben und wenn er förderungswürdig ist wird ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Soll ich ihnen das von der Frau Mag. Prammer vorlesen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich kenne es zum Teil. Aber wenn man heute Richtlinien entwickelt, dann gilt das sowohl als auch.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es geht um spezielle Förderungen von Projekten, von Schwerpunkten etc.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, die müssen aber eh auch Ansuchen. So. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Es bietet sich hier tatsächlich ein Bild einer seltenen Allianz. Einer Allianz, wie wir es in dieser Form, glaube ich, noch nicht gehabt haben, zwischen Liberalem Forum, Grüne und Freiheitliche, weil tatsächlich die Vorgangsweise, die uns hier dargeboten wird, das Organisatorische, in diesem Bereich, Sportförderungsrichtlinien, Herr Bremm, heute Vormittag, wir sprechen schon vom Freitag, ist Zeugnisverteilung, das hätte und würde sich wahrscheinlich bei ihnen ein „Nicht Genügend“ verdienen. Wir müssen uns auch überlegen, in welcher Form wir unsere zukünftigen Gemeinderatssitzungen gestalten wollen. Wenn man nicht mehr bereit ist über die Organisation, über Grundlagen in den dazugehörigen Ausschüssen, zu reden und Anträge richtig vorzubereiten, dann haben wir Sitzungen, die dauern dann drei Tage und Nächte. Das können wir schon einmal machen. Die Leistung wird dann aber wahrscheinlich dramatisch herunterfallen. Wenn man heute die GR-Sitzungstagesordnung ansieht, wir haben hier heute die größte Zeit verplempert, weil es gerade von der SPÖ und ihren Referenten, keine ausreichende und keine geeignete Vorbereitung zu den einzelnen Themen gegeben hat. Es ist ganz gleich, von was wir sprechen. Ob jetzt der Punkt 2), Wissenschaftstage, der Punkt 3), Studiengang, Punkt 6), Neuerlassung von Bürgerinitiativen, Punkt 8), Drehscheibe Kind, Punkt 17), Kaufvertrag mit den

Ärzten, jetzt Sportförderung, wir werden noch sehr diskutieren über den Verein IndustrieForum, auch hier, keine Vorbereitung, wir werden über Punkt 33) diskutieren. Lauter Punkte, wo die Vorbereitung fehlt. Eine Sitzung, meine sehr verehrten Damen und Herren, von dieser Qualität, von diesem Gremium, von dieser Größe, die gehört vorbereitet, da sollen dann nur mehr punktuell die Meinungsunterschiede bekannt gegeben werden, und dann wird abgestimmt. Dann brauchen wir nicht Sitzungen bis in die Früh haben. Aber so, Herr Bremm, sich einer Diskussion entziehen und scheinbar zu sagen, ihr könnt eh eine Stellungnahme überall abgeben und so quasi, es interessiert mich überhaupt nicht ob einer jetzt eine genaue Stellungnahme abgegeben hat, ob jemand anderer gesagt hat er möchte in einer anderen Form noch einmal diskutieren, weil die Grundlagen, die Rahmenbedingungen noch nicht einmal ausdiskutiert worden sind, das interessiert den Herrn Bremm einfach nicht. Es interessiert ihn einfach nicht. Ohne Punkt und Beistrich gibt er es vorher in den Stadtsenat hinein, und sie haben es auch gesagt, in der Fraktionsobmännerbesprechung oder Fraktionsobleutebesprechung, hier in dieser Konferenz, daß sie es sowieso unverändert in den GR geben. So ist es Herr Bremm. „Nicht Genügend“.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jetzt freust du dich als Lehrer. So, wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr StR Bremm. Es ist tatsächlich zutreffend, daß der vorliegende Verordnungsentwurf bzw. der Richtlinienentwurf sicherlich nicht gut durchdacht, nicht richtig ausformuliert ist und in einigen Punkten dringend ergänzungsbedürftig ist. Ich könnte jetzt wirklich, weil er derart unvollständig ist, stundenlang darüber reden, aber es ist 0.30 Uhr, die Ursachen haben wir gerade gehört, warum einzelne Tagesordnungspunkte so lange diskutiert werden müssen. Deswegen reiße ich es nur in äußerst kurzer und gedrängter Form an, was unseres Erachtens dringend geändert gehört.

Pkt. 2) Förderungswürdigkeiten, Abs. 1) lit. e), da steht drinnen: „Förderungswürdigkeit, wenn die Finanz- und Vermögensverhältnisse und die sonstige Vereinführung in Ordnung ist.“ Was heißt, in Ordnung ist? Nach welchen Kriterien? Was ist in Ordnung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vorwärts!

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Vorwärts beispielsweise, das wollte ich gerade sagen. Was ist in Ordnung? Wer beurteilt das? Bitte Herr Doktor, sie haben oft mit Gesetzen zu tun, Gummiparagraph, was soll das bitte für einen Juristen. Was soll das? Was ist in Ordnung? Wo ist das definiert, was in Ordnung ist? Es geht dann

weiter, das zieht sich natürlich weiter durch die ganze Richtlinie. Paragraph 4 - Rückzahlung. Wenn Auflagen, Befristungen und Bedingungen nicht erfüllt werden. Welche Bedingungen?

Paragraph 5 Ziffer 2) - Ausschluß weiterer Förderungen - wenn sonstige Bedingungen trotz Aufforderung nicht erfüllt werden. Welche sonstigen Bedingungen? Welche bitte? Ich weiß es nicht. Das steht nichts. Wenn sie etwas sagen, ist das dann eine Bedingung? Das ist nirgendwo definiert, nirgendwo klargelegt.

Der Kollege Kupfer hat es angesprochen. § 5 Ziffer 3 - wenn Handlungen gesetzt werden, die dem Ansehen der Stadt oder ihrer Repräsentanten abträglich sind. Na, welche Handlungen denn? Ja wirklich, wenn der Sportreferent nicht begrüßt wird oder was soll das? Welche Handlungen? Willensfreiheit, Willkür wird da wirklich Tür und Tor geöffnet.

Punkt 7 ist überhaupt das Größte. Sportheime- und Sportplatzhaltung. Ausgenommen von der Förderung ist Tennis und Golf. Auf Golf will ich mich nicht einlassen, wir haben keinen Verein in Steyr. Aber Tennis. Bitte, der Klassenkampf, das haben auch die Grünen zutreffenderweise in ihrer Stellungnahme angeführt, hat in Sportförderungsrichtlinien sicher nichts verloren. Überhaupt nichts. Tennis spielt heutzutage jeder. Das sind keine Kapitalisten mehr. Die kann man ruhig genauso fördern. Gerade die Tennisvereine und die Jugendlichen bedürfen einer besonderen Förderung, weil gerade der Tennissport, wenn man ihn leistungsmäßig betreibt, sehr kostenintensiv ist. Teure Trainerstunden, teure Reisen zu Turnieren usw. Wenn die Söhne oder Töchter nicht von begüterten Eltern stammen, dann muß der Verein die entsprechenden Zuschüsse leisten. Wenn dem Verein bei der Sportplatzhaltung, dem Tennisverein nämlich, keine Mittel gewährt werden, dann gehen halt diese Mittel von wo anders ab. Der Klassenkampf hat da nichts verloren. Wenn da gesprochen wird, diese Richtlinien sind von Linz, von den alten Richtlinien wohl gemerkt, abgekupfert, verzeih die Namensgleichheit, dann erinnert mich das eher an die DDR, da kommt das wahrscheinlich vor, vor 1989 wohl gemerkt.

Dann geht es weiter, ebenfalls vom rechtlichen Standpunkt her, § 8, Zuschüsse für außerordentliche Leistungen. Mannschaften usw., können eine Förderung bis S 30.000,-- erhalten und Ziffer 2) auch. Können, was heißt können? Gummiparagraph bis zum geht nicht mehr. Was heißt können? Können heißt nichts anderes, daß die Gewährung oder Nichtgewährung einer Subvention ausschließlich vom Gutdünken, von ihrem Gutdünken oder vom Gutdünken des entsprechenden Entscheidungsorgans, abhängt. Können, Herr Doktor, ist sicherlich nicht die richtige Formulierung. Hinein gehört, „haben eine Förderung zu erhalten“. Da ist ein wesentlicher Unterschied.

Präsidialdirektor SR Dr. Gerhard Alphasamer:

Ach so.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Gut, was rede ich da.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wenn sie den Unterschied zwischen „haben und können“ nicht kennen, dann hat es diesbezüglich keinen Sinn zu reden. Keine juristische Aufklärung. Lassen sie sich einmal von wem aufklären, vom Stephan Keiler, der versteht ein bißchen etwas davon.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der ist gar nicht herinnen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

In Ziffer 4 vom § 8 steht wieder drinnen, „können eine Förderung erhalten bis ...“ Ich würde vorschlagen, daß man diesen Pkt. 4) einbezieht, dann „haben eine Förderung zu erhalten von bis“ und dann die Kriterien, in objektiver Weise, festlegt, entsprechend der Platzierungen, bei Platz 1 so und so viel usw., wobei man die Mindestgrenzen ganz deutlich festlegt und das Ganze an objektive Kriterien knüpft, weil so wie das da enthalten ist, das schafft nichts anderes als eine Abhängigkeit vom zuständigen Entscheidungsorgan und eine derartige Abhängigkeit lehnen wir überall ab, bei jeder Art von Förderung, sei es Wirtschaftsförderung, sei es Sportförderung, sei es Kulturförderung oder wo auch immer. Wenn keine objektiven Kriterien für Förderungen, für Steuermittel die da vergeben werden, festgeschrieben werden, dann ist das alleine schon aus diesem Grund abzulehnen.

Paragraph 10 ist auch ein bißchen absurd, was da drinnen steht. „Über die speziellen Förderungen hinaus können usw., weitere Subventionen verteilt werden.“ Also, da haben wir wiederum keine Festschreibung. Da wäre es selbstverständlich besser, wenn man auch bei § 10 objektiver Kriterien, die objektiv überprüfbar sind, einfließen läßt.

Zusammenfassend ist dieser Entwurf derart unvollständig, daß wir gar keinen Abänderungsantrag machen können, weil das ist aus rechtlicher Hinsicht und in jeder Hinsicht ein derart schwacher und unausgereifter Entwurf, daß mit einem Abänderungsantrag diese Mängel gar nicht saniert werden können, daher werden wir sicherlich nicht die Zustimmung zu diesem Entwurf erteilen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Doktor, aber sie hätten schon einen Abänderungsantrag machen können. Da hättet ihr euch intensiv damit befassen und Vorschläge unterbreiten müssen. Die kann man in einem Abänderungsantrag machen.

Unverständliche Zwischenrufe von GR Ing. Klaus Hoflehner und GR Dr. Wilfrid Wetzl

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn man Kritik übt, dann muß man auch etwas auf den Tisch legen, meine Damen und Herren. Das muß ich schon sagen. Bei euch war nur ein Vorschlag, Punkte. Das war der ganze Vorschlag.

Als nächste zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Frech. Ich erteile es ihr zum 2. Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In einem Punkt irren sie, Herr Dr. Pfeil. Diese seltene Allianz zwischen Liberal, Freiheitliche und Grüne hat es herinnen schon einmal gegeben und zwar das letzte Mal, wie es um die Volkshilfe gegangen ist. Heute haben wir ein anderes Thema und wir sind uns trotzdem sehr einig. Möglicherweise sind wir uns deshalb auch so einig, weil das ein Punkt ist, der noch nicht zur Sprache gekommen ist, daß wir ja wahrscheinlich auch alle 3 etwas gemeinsam kritisieren, daß die Politisierung des Sports in Österreich noch immer da ist, nämlich vor allem die Parteipolitization, daß wir noch immer „Schwarze“ Sportvereine und eher „Rote“ Sportvereine haben. Das ist sogar im Gesetz festgelegt. Wenn sie sich beispielsweise das öö. Sportgesetz ansehen, dann gibt es einen eigenen Paragraphen. Dieses Gesetz stammt übrigens vom 12. Juni 1997. Also, es ist relativ neu. Da finden sie in § 5 Abs. 2, Ziffer 2, wer in diesen Landessportausschüssen zu sitzen hat und analog dazu in den Stadtsportausschüssen. Dann sind das immer nur drei, eben ASKÖ, ASVÖ und Union. Dann heißt es praktisch, wenn man mit denen gesprochen hat, hat man ohnedies die Vereine angehört. Von da her finde ich auch diesen Vorschlag vom Kollegen Kupfer sehr unterstützenswert, zu sagen, wir reden nicht nur mit denen die in diesem Stadtsportausschuß drinnen sitzen, wir reden mit allen. Diesem Antrag vom Kollegen Kupfer kann ich nur vollinhaltlich zustimmen. Allein lieber Andreas, glaubst du wirklich, daß sie es machen werden? Sie reden ja nicht einmal mit uns als Mandatäre, sie nehmen ja nicht einmal unsere Vorschläge an und sind nicht bereit in einem Finanz- und Rechtsausschuß darüber zu diskutieren. Ja, werden sie dann bereit sein, das Ganze öffentlich zu diskutieren, mit den Vereinen, und da eine Arbeitsgruppe zu bilden? Also, ich würde es mir wünschen, aber ich glaube, die Realität sieht anders aus. Ich werde natürlich diesen Abänderungsantrag unterstützen. Ich glaube auch, daß wir die Diskussion jetzt beenden sollten, weil, geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, auch wenn man keinen Abänderungsantrag einbringt, kann man sich sehr wohl damit beschäftigt haben. Ich habe da auch, das kann ich auch herzeigen, diese schönen Linzer Sportförderungsrichtlinien. Da muß ich ihnen auch eines sagen, da steht am Schluß drinnen: „Diese Richtlinien dienen dazu, die zur Verfügung stehenden Geldmittel gerecht, sinnvoll, effizient, sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig, zur Sicherung und Erhöhung des Ansehens der Stadt Linz, als dem Sport aufgeschlossene Kommune, zu verwenden.“ Bei unseren Richtlinien können sie hinschreiben, die dienen dazu, daß man es sich wieder richten kann, wie man es braucht. Also, deshalb plädiere ich für ein Ende der Diskussion und wirklich Zuweisung an den Finanz- und Rechtsausschuß oder eben diesem Abänderungsantrag der Grünen die Zustimmung zu geben. Alles andere ist schlichtweg ein Verhau.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Kollegin, sie haben jetzt zweimal gesprochen, darum können sie plädieren, daß eine Beendigung der Diskussion ist, weil sie hätten keine Wortmeldung mehr. So schaut es nämlich aus. Sie haben jetzt zweimal eine Wortmeldung gehabt und es steht ihnen nur zweimal eine Wortmeldung zu. Die anderen, die reden wollen, das ist ihnen schon wieder egal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber es wird an der ganzen Geschichte nichts ändern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es geht ja darum, daß sie nicht vorschlagen können, Beendigung der Diskussion.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Vorschlagen darf ich es schon.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, vorschlagen, aber ich muß sagen, weil sie zweimal gesprochen haben. Wenn sie noch nicht zweimal geredet hätten, dann hätten sie das bestimmt nicht vorgeschlagen. Was die Abstimmungen betrifft, mich freut es, daß es so gut mit der Volkshilfe funktioniert, wo sie ja auch so dagegen waren. Sie sehen, daß die Vereine gut zusammen arbeiten, alle drei Einrichtungen. Es ist zwar ein anderes Thema, aber sie haben es angeführt, darum muß ich ihnen das auch sagen.

So, wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort Herr Referent bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich möchte es kurz halten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eines, ein bißchen als Garnierung, dazu. Gerade die Grünen und die Freiheitlichen waren jene, auch unter anderem die starken Betreiber, daß der seinerzeitige Ausschuß für Schule und Sport aufgelöst worden ist. Das war nicht ein Bestreben meinerseits als Referent, daß wir keinen Ausschuß mehr haben, sondern sie, Herr Dr. Pfeil, waren dabei und du, ich weiß nicht, warst du schon dabei Kurt Apfelthaler, ihr wart es, die dabei waren den Ausschuß aufzulösen. Sich heute zu beklagen, daß man das nicht in einem politischen Gremium diskutiert, also ich muß ehrlich sagen, das ist schon sehr unterhaltsam. Das muß ich ehrlich sagen. Das gehört nur gesagt. Dann gehört noch dazu gesagt, die Stellungnahme, bei den Grünen sage ich eh noch etwas, was wir vereinbart haben, bei den Freiheitlichen, sie haben gesagt, ein Dreizeiler ist es, das ist die Stellungnahme zu den Sportförderungsrichtlinien.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Lesen sie es vor was wir vorgeschlagen haben.

STADTRAT GERHARD BREMM:

„Die Freiheitliche GR-Fraktion ersucht um nochmalige Besprechung der vorgelegten Sportförderungsrichtlinien nach folgenden Kriterien. Nicht nur Ausrichtung nach Größe des Vereines und Größe der Sportanlagen sondern Einführung eines Punktesystems, wo Gesundheitsförderung durch den Sportbetrieb, Nachwuchsförderung und Breitensport mehr Berücksichtigung findet.“ Punkt aus. Nicht eine Stellungnahme zu den Sportförderungsrichtlinien die zur Diskussion stehen. Sie haben halt eine Pauschalstellungnahme abgegeben, aber keine Stellungnahme zu den vorliegenden Richtlinien.

Sie, liebe Frau Frech, sie haben ja wirklich daran geknüpft. Sie haben gesagt, sie müssen sich zuerst die Linzer und die Welser Sportförderungen ansehen ...

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Richtig, dazu stehe ich auch.

STADTRAT GERHARD BREMM:

... und dann können sie erst dazu eine Stellungnahme abgeben. Das war ihr Kommentar dazu. Punkt und aus.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die hat es zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegeben.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es ist ja nicht verboten, daß sie selbst auch denken dürfen, ohne daß Linz und Wels die Zettel in die Hand nehmen müssen. Sie haben überhaupt keine Stellungnahme abgegeben. Sie stellen sich nur hier heraus und kritisieren. Ich bin es eh gewohnt, ich bin ja über ihre Haltung nicht überrascht, das muß ich ehrlich sagen.

Zu den Grünen muß ich sagen, da ist eine umfassende Stellungnahme dazu abgegeben worden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ja auch egal.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein, das ist nicht egal. Wir müssen nämlich da schon schauen, von was wir reden. Wir reden von S 700.000,-- die zur Verteilung anstehen. S 700.000,-- und nicht mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt ja nicht. Wollen sie es nicht verstehen? Die sind ja zusätzlich. Das sind keine Richtlinien für die S 700.000,-- sondern allgemein gültige Richtlinien. Reden sie nicht so einen Blödsinn daher.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Da sage ich eh etwas dazu. Ich muß mir auch oft ihren Blödsinn anhören und jetzt müssen sie sich meinen Blödsinn anhören. Das ist einmal so.

Gelächter

STADTRAT GERHARD BREMM:

Um S 700.000,--. Wenn wir auf die Forderung der Grünen eingehen und diese in den Richtlinien berücksichtigen, dann brauchen wir um ein Stück mehr Geld und das ist nicht vorhanden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wieso denn? Sag mir wo, wie?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein, ihr habt einfach die Beträge, die da bei dem Vorschlag drinnen sind, erhöht und zusätzliche Forderungen gestellt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das stimmt ja nicht.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sowieso. Den Behindertensport habt ihr gestellt, ohne eine Frage dazu, ob überhaupt ein Bedarf ist.

Diskussion verschiedener Mandatäre

STADTRAT GERHARD BREMM:

Hört zu, ich habe auch zugehört. Seid ein bißchen disziplinierter. Zusätzlich sind hier Vorschläge, wo man Geld verteilen soll. Nicht nur. Ich gebe auch zu, daß einige Punkte zu kritisieren sind, aber soweit ist es ja gar nicht gekommen, daß man die eine oder andere Passage diskutiert und sagt, ob man die abändern kann oder nicht, ob da der eine oder andere Paragraph in seiner Formulierung abgeändert, ausdiskutiert werden kann, um das ist es ja nicht gegangen. In Wirklichkeit ist die Position so gewesen, daß im Wesentlichen zu diesem Vorschlag die Bereitschaft der drei Fraktionen nicht vorhanden ist. Eines möchte ich schon hier bekunden und zu dem stehe ich auch und das war auch eine Vorgabe, die ich gemacht habe. Wenn wir neue Sportförderungsrichtlinien erstellen, dann kann es nicht so sein, daß ein Verein, der jetzt Förderungen von der Stadt Steyr bekommen hat, daß

der, aufgrund der Richtlinien, weniger Geld bekommt. Das war eine Vorgabe von mir und zu dem stehe ich auch und das war auch mein Wille als Referent dazu, daß wir jetzt nicht S 700.000,- im Budget mehr haben und dann bekommen Vereine, weil wir Förderungsrichtlinien erstellen, weniger Geld. Zu dem stehe ich. Wenn hier jemand anderer Meinung gewesen wäre, dann hätte er das sagen müssen, daß man Vereinen ein Geld wegnimmt und anderen vielleicht dazugibt oder neue Dinge hier ins Leben ruft. Zu den einzelnen Punkten möchte ich gar nicht im Besonderen darauf eingehen. Ich glaube, daß das schon für jeden plausibel ist, da herinnen, wenn man von großen und von kleinen Sportanlagen spricht. Jetzt nehme ich die Fußballanlage der Vorwärts als Sportanlage her und dann nehme ich die Stockbahnen in „Klein aber mein“ her. Also, da brauche ich niemanden recht erklären, was eine große und eine kleine Sportanlage ist. Ob die Aufwendungen gleich groß sind bei den Stockbahnen oder dort am Fußballplatz, also, das ist schon sehr plausibel und hier sollte man danach auch unterscheiden. Vergleiche mit der Stadt Linz, da sprechen wir von anderen Größenordnungen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Da steht nichts von Geld drinnen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das müssen sie aber wissen, Herr Kupfer, daß die Stadt Linz ungleich höhere Beträge als Sportförderung ausschüttet als die Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat ja nichts damit zu tun. Sie tun uns heute wirklich weh.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich weiß es eh, sie wollen es nicht hören und nicht sehen und nicht zustimmen. Ich möchte sonst gar nichts mehr dazu sagen. Ich ersuche, daß wir die Richtlinien beschließen, damit die Subventionen an die Vereine ausbezahlt werden können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren. In dem Fall liegt kein Abänderungsantrag vor sondern es ist eine Absetzung des Antrages.

Wir kommen zur Abstimmung über die Absetzung des Antrages. Das ist vor dem Hauptantrag. Es muß eine 2/3 Mehrheit sein, dann wird dieser Antrag abgesetzt. Also, wer diesem Antrag zur Absetzung die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Also doch?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, nein, es stimmt schon, weil da steht „Absetzung des Antrages“. Es ist kein Abänderungsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der ist jetzt zulässig?

Präsidialdirektor SR Dr. Gerhard Alphasamer:

Der ist zulässig. Der braucht eine 2/3 Mehrheit und dann ist er abgesetzt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

11 sind dafür (FPÖ, GAL, LIF). Wer ist gegen die Absetzung? 21 (SPÖ, ÖVP). Wer enthält sich der Stimme? Niemand.

Wir kommen zum Hauptantrag. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 22 (SPÖ, ÖVP, 1 FPÖ - GR Hans Payrleithner). Wer ist dagegen? FPÖ, LIF und GAL. Wer übt Stimmenthaltung? 1 (GR Günter Fürweger). Der Hauptantrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter StR Gerhard Bremm. Nächster Berichterstatter ist StR Eichhübl.

Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe erstmals die Ehre ihnen zu so früher Morgenstunde ...

Gelächter

... drei Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Es darf gelacht werden. Ich darf gleich mit dem ersten Antrag beginnen und der betrifft den Bereich Städt. Wasserwerk. Und zwar geht es um Instandsetzungsarbeiten bzw. Sanierung des Hochbehälters Steyrecker und die dazu notwendigen Auftragsvergaben. Ich werde mich ebenfalls sehr kurz halten und ihnen den Antrag des Stadtsenates zur Verlesung bringen, der folgender Maßen lautet:

Stw-10/99

Städtisches Wasserwerk; Instandsetzungsarbeiten bzw. Sanierung Hochbehälter Steyrecker; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 10. Mai 1999 wird im Zusammenhang mit Instandsetzungsarbeiten bzw. der Sanierung des Hochbehälters Steyrecker der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

Bauarbeiten

Fa. Nograsek BaugesmbH, Steyr

S 574.754,-- (exkl. USt.)

Installationsarbeiten

Fa. Meisl GesmbH, Grein

S 432.995,-- (exkl. USt.).

Bauschlosserarbeiten

Fa. Metallbau Federer GesmbH

& Co KG, Steyr

S 60.485,-- (exkl. USt.).

Verfließungsarbeiten

Fa. Oberlininger, Steyr

S 1,506.165,-- (exkl. USt.).

Örtliche Bauaufsicht- und Bauabrechnung

DI Walter Brunner, Steyr

S 95.896,-- (exkl. USt.).

Ankauf Adsorptions-Lufttrockner

Fa. Ing. Norbert Payer, Frastanz

S 26.910,-- (exkl. USt.).

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1999 der Stadtwerke Steyr unter B berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Ich bitte den Herr Bürgermeister die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag Nr. 20) steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Das ist einstimmig beschlossen. Nr. 21) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Antrag Nr. 21) befaßt sich mit der Erdgasaufschließung St. Ulrich, und zwar dem 1. Teil. Konkret die Bauarbeiten und die dazugehörenden Auftragsvergaben. Im Amtsbericht wird sehr ausführlich darauf hingewiesen, daß auch die Wirtschaftlichkeit in dieser Angelegenheit gegeben ist. Ich darf ihnen daher ebenfalls den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat verlesen.

Stw-42/99

Erdgasaufschließung St. Ulrich, 1. Teil; Bauarbeiten; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 11. Mai 1999 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung St. Ulrich 1. Teil der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

GASLEITUNGSBAU

Fa. Ing. Egger GmbH, Steyr

S 2.175.849,60 (exkl. USt.)

ROHRANKAUF

Fa. Pipelife Rohrsysteme

Wr. Neudorf

S 173.476,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1999 des Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter A III 5, A III 6, A IV 6 sowie A IV 8 berücksichtigt (Begründung siehe Amtsbericht) und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag Nr. 21) steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr, das ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Schlußendlich geht es noch um die Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 2. Teil, Vergabe von Arbeiten. Ich habe ja bereits heute darüber berichtet, daß eine Begehung des Stadtbades am 25.6. stattgefunden hat. Bei dieser Gelegenheit konnten sich die daran teilnehmenden Personen über den Fortschritt der Bauarbeiten und Sanierungsarbeiten im Hallenbad überzeugen. Soweit es jetzt abzusehen ist, ist es durchaus möglich die Bauzeit, die ursprünglich bis Ende Oktober angesetzt war, einzuhalten und dann eben der Bevölkerung dieses neu sanierte Hallenbad bzw. Teilbereiche des neu sanierten Hallenbades zur Verfügung zu stellen. Der Antrag des StS an den GR lautet:

Bau5-3862/88

Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 2. Teil; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 16.6.1999 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten für die Sanierung des Hallenbades, 2. Bauetappe, 2. Teil, wie folgt zugestimmt:

P 1.0 Garderobenschränke

P 1.1 Fa. Ecker, Linz

netto S 145.585,70

P 2.0 Kassen- und Zutrittssystem

P 2.1 Fa. Systems, Wien

netto S 1.524.600,--

Die Deckung der Mittel kann vorläufig bei den mit Gemeinderatsbeschluß vom 4.3.1999 unter VSt. 5/8330/010140 freigegebenen Mittel in Höhe von S 14,0 Millionen gefunden werden.

Die Freigabe der zur Ausfinanzierung des Bauvorhabens noch erforderlichen Mittel in Höhe von S 9,0 Millionen sowie der zur Finanzierung des Kassen- und Zutrittssystems für den Freibadebereich erforderlichen Mittel in Höhe von netto S 343.000,-- bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hiefür zuständigen Organen im Rechnungsjahr 2000 vorbehalten.

Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag Nr. 22) steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aus Zeitgründen möchte ich gar nicht hinausgehen, weil ich ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das geht nicht. Sonst hört man sie nicht. Wir brauchen das ja für das Protokoll.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich wollte nur Zeit sparen.

Zwischenruf: Sparen kann man sich nur eine Wortmeldung.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Nur ganz kurz, um es zu begründen. Ich werde mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten, und zwar deshalb, weil ich auch der 2. Bauetappe nicht die Zustimmung gegeben sondern mich da auch enthalten habe. Deshalb, weil ich die Etappensanierung als die zu teure Variante empfinde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Möchtest du ein Schlußwort machen?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aus Zeitgründen werde ich nicht auf die Erklärung der Kollegin Frech eingehen. Danke.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 22). Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung. 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Kollegen Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Kollege Mayrhofer. Bitte sehr.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich hoffe, daß wir nicht vom Arbeitsinspektorat überrascht werden, weil sonst sperren sie uns womöglich noch die Sitzung. Ich darf mit dem ersten Antrag beginnen. Und zwar geht es hier um den Verkauf von Geodaten der Stadt. Unsere Fachabteilung für Vermessung hat sämtliche verfügbaren Daten über Grundstücke und Häuser computermäßig erfaßt, digitalisiert und vernetzt und schlägt vor, diese Daten nicht an eine Firma als Monopol zu veräußern sondern die Veräußerung selbst lt. den beiliegenden Tarifen vorzunehmen.

GHJ2-40/98

Verkauf von Geodaten der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Vermessung vom 10. Mai 1999 wird den für die Abgabe von Geodaten vorgeschlagenen Richtlinien und Tarifen zugestimmt.

Die Einnahmen erfolgen bei VSt. 2/032000/817000.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:.

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der zweite Antrag bezieht sich auf den Ausbau der Friedhofstraße. Hier geht es um die Grundeinlösen um auf die notwendige Breite zu kommen und zwar von den Ehegatten Alois und Theresia Stögbauer sowie von Herrn Rudolf Fuchs aus Gleink. Es ist dazu ein Betrag von S 408.000,- - notwendig. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BauStr-11/97

Ausbau der Friedhofstraße; Grundeinlösen von den Ehegatten Alois und Theresia Stögbauer sowie von Herrn Rudolf Fuchs.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 17. Mai 1999 wird der zum Ausbau der Friedhofstraße notwendigen Grundeinlöse von den Ehegatten Alois und Theresia Stögbauer, 4407 Dietach, Dietachdorfer Straße 7, sowie von Herrn Rudolf Fuchs, 4407 Steyr-Gleink, Hausleitner Straße 1 zu den im vorstehenden Amtsbericht angeführten Bedingungen zugestimmt.

Zur Bezahlung von 80 % der vereinbarten Grundeinlösen sowie der zu erwartenden Grunderwerbsteuer wird bei der VA-Stelle 5/612000/002400 ein Betrag von S 408.000,-- (Schilling vierhundertachttausend) freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 408.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist noch gar nicht allzu lange her, daß wir über die Leebergünde und das zu erwartende Verkehrsaufkommen in diesem Raume diskutiert haben. Es gab sogar ein Faxgutachten von Prof. Breitling, es gab ein Verkehrsgutachten und überall dort hat es geheißen, daß aufgrund der Verbauung der Gründe im Bereich der sogen. Leebergünde kein dramatisches oder überhaupt kein zusätzliches, merkbares Verkehrsaufkommen sein wird. Der entstehende Verkehr, so ist in einer Vereinbarung zwischen den damaligen Baureferenten und Bürgermeister und den betroffenen Anrainern gemacht worden, wird 50:50 in Richtung Kronbergweg und Friedhofstraße aufgeteilt. Nun stehen wir vor der Tatsache, daß der Verkehr überwiegend über die Friedhofstraße abläuft und daß man jetzt plötzlich argumentiert, um in der Friedhofstraße, so wie der Herr Baureferent es gerade gesagt hat, auf die notwendige Breite zu kommen. Jetzt verstehe ich es nicht. Vor wenigen Jahren hat man gesagt, es reicht dort völlig aus, dort kommen alle Stunden ein paar Autos, mehr nicht. Jetzt müssen wir plötzlich auf eine notwendige Breite von 5,50 m kommen. Das verstehe wer will.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Es geht hier natürlich nicht nur um die Fahrbahnbreite sondern auch um einen beidseitigen Gehsteig mit jeweils 1,25 m. Jeder der dort geht wird die Notwendigkeit einsehen. Daß man in der Einschätzung der Zunahme eines Verkehrs natürlich daneben liegen kann, beweist auch ihre Einschätzung des Bahnhofsparkdecks, wo sie sich auch gewaltig geirrt haben, im Bezug auf die Auslastung. Ich glaube trotzdem, daß man den Anrainern der Friedhofstraße diesen geforderten Ausbau geben soll und ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der 3. Antrag bezieht sich auf die Vergabe von Instandsetzungsarbeiten bei der Fußgängerrampe Paddlerweg. Es sind Mittel in Höhe von S 1,683.000,-- notwendig und werden bei der vorgesehenen VA-Stelle Fuß- und Radwege, Straßenbau von Fuß- und Radwegen freigegeben. Der Auftrag wird an den Bestbieter, die Firma Alpine, Steyr, gegeben. Ich ersuche um Zustimmung.

BauBrü-1/99

FG-Rampe Paddlerweg; Vergabe der Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 18. Mai 1999 wird der Vergabe der Arbeiten zur Generalinstandsetzung der Paddlerwegrampe im Ausmaß von S 1.683.001,01 an die Fa. Alpine, Steyr, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 1,683.000,-- werden bei der vorgesehenen VSt. 5/612100/002000 „Fuß- und Radwege; Straßenbau von Fuß- und Radwegen“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 2.284.000,-- erforderlich, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wenn sie dem Antrag die Zustimmung geben, ersuche ich sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Errichtung Kanalisation Steyrdorf und zwar auf den Kanal Dachsbergweg. Bei diesem Nebenkanal wäre vorgesehen gewesen, ihn mittels Inlineverfahren ohne aufgraben und ohne Neugestaltung zu sanieren. Bei der Kamerabefahrung hat sich allerdings herausgestellt, daß solche Setzungen im Kanal sind, daß er a) undicht ist und b) daß das Inlineverfahren in diesem Fall keine Anwendung finden kann. Es wird daher von der zuständigen FA vorgeschlagen, daß der Kanal auf die notwendige Dimension von 40 cm erweitert und neu gemacht wird und dafür sind Mittel in Höhe von S 1,052.000,-- notwendig. Infolge der Dringlichkeit, weil unser Wirtschaftshof die Gas- und Wasserleitungen ebenfalls jetzt reinlegt, wird ersucht der Dringlichkeit stattzugeben. Ich ersuche um Zustimmung.

BauT-8/99

Errichtung Kanalisation Steyrdorf, NK Dachsbergweg 1, S 20 - S 13; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 31. 05.1999 werden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten zur Errichtung des Kanals Dachsbergweg 1 S 20 - S 13 an die Fa. Nograsek, 4400 Steyr, Punzerstraße 49 a, zum Preis von S 1,052.000,-- exkl. MWSt. auf Basis des Billigstbieterangebotes der Gas- und Wasserleitungsarbeiten Dachsbergweg 8 (GR-Beschluß vom 20.05.1999) übertragen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 1,052.000,-- für die Erneuerung des NK Dachsbergweg 1, werden im Wege einer Kreditübertragung von VSt. 5/851000/004430 (Kan. Reichenschwall - Pyrach) zu VSt. 5/851000/004280 (Kan. Steyrdorf) freigegeben.

In diesem Zusammenhang wird jedoch vereinbart, daß Mittel in gleicher Höhe, welche voraussichtlich bei der Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Steyr eingespart werden, die Endabrechnung der ÖBB liegt derzeit noch nicht vor, für die Wiederdotierung der Kanalbaustelle Reichenschwall - Pyrach verwendet werden.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 1,052.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag Nr. 26) steht zur Debatte. Gibt es Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr, das ist einstimmig beschlossen worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der vorletzte Antrag bezieht sich auf den Steyrtalradweg Steyr - Grünburg und zwar auf den Bauabschnitt Roseneggerstraße BA 1. Hier geht es um die Vergabe von Arbeiten. Es wurden von 12 Firmen Angebote eingeholt. Billigstbieter ist in diesem Fall die Firma Zwettler BaugmbH., Steyr, die den Radweg zu den Gesamtkosten in Höhe von S 531.010,56 inkl. MWSt. ausführen wird.

Ich bitte um Zustimmung.

BauStr-8/99

Steyrtalradweg Steyr - Grünburg; Bauabschnitt Roseneggerstraße BA 1; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 2. Juni 1999 wird dem weiteren Ausbau des Steyrtalradweges - Abschnitt Roseneggerstraße BA 1 - zugestimmt und der Auftrag zur

Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Zwettler BaugmbH., Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 531.010,56 inkl. MWSt. übertragen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von

S 531.100,-- inkl. MWSt.

sind bei der VSt. 5/612100/002300 vorgesehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag Nr. 27) steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen worden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte meiner Anträge bezieht sich auf das Asphaltierungsprogramm 1999. Hier geht es um die Vergabe der Arbeiten. Dieses Asphaltierungsprogramm wurde ausgeschrieben und die Bestbieterfirma ist die Fa. Zwettler BaugesmbH, zu den Gesamtkosten von S 1,900.000,-- inkl. MWSt., wobei im Haushaltsplan S 1,700.000,-- bei der entsprechenden Voranschlagsstelle vorgesehen sind. S 200.000,-- sind durch eine Kreditübertragung von der VA-Stelle Ausbau weiterer Straßen zu finanzieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß sich der Zustand der Asphaltdecken in unserem Gemeindegebiet drastisch verschlechtert und wir in den nächsten zwei Jahren mit einem höheren Aufwand beim Asphaltierungsprogramm zu rechnen haben und werden das auch in den Budgetverhandlungen einbringen. Ich ersuche, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BauStr-2/99

Asphaltierungsprogramm 1999; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Tiefbau vom 1. Juni 1999 wird dem Asphaltierungsprogramm 1999 mit der Erweiterung des Ausbaues des Arnhalmweges (1. BA - oberer Bereich zur Goldhahnstraße) zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 1,900.000,-- inkl. MWSt. übertragen.

Weiters sind die im Haushaltsplan 1999 bei VSt. 5/612000/002000 vorgesehenen Mittel von

S 1,700.000,--

freizugeben und der Rest von

S 200.000,--

durch eine Kreditübertragung von VSt. 5/612000/002020 (Ausbau weiterer Straßen) zu VSt. 5/612000/002000 zu finanzieren.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1,527.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nr. 28) steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Stimmt jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Ihr zwei da, ganz rechts. Jetzt war gerade eine Abstimmung. Was möchtet ihr denn gerne tun? Zustimmung, ablehnen, sich der Stimme enthalten! Ich wollte nur festhalten, daß die Sitzung noch im Gang ist. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich danke für das klare Votum.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster Berichterstatter ist StR Spanring. Bitte sehr.

BE: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um eine Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung. Es wurde eine entsprechende Auflistung der verwendeten Mittel dem Antrag beigegeben. Der Antrag lautet:

Fin-81/99

Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 12. 05. 1999 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 1999 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt S 400.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 400.000,-- (vierhunderttausend)

bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

Ich ersuche diese Gewährung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dieser Antrag hat in der Vergangenheit immer zu einer heftigen Diskussion geführt und wurde immer sehr unterschiedlich bewertet. Es wurde eine Maßnahme, von mir schon vielfach kritisierte Maßnahme, die dem OÖ Tierschutzgesetz bzw. dem Jagdgesetz widersprochen hat, endlich herausgenommen, und zwar das Wettfischen, das Wettangeln, das einfach nicht mit den Gesetzen konform gegangen ist. Das wissen wir. Das hat auch die Gewerkschaft gewußt. Sie hat es nur jahrelang hineingeschrieben und wir haben es auch jahrelang mitbestimmt und unterstützt. Jetzt ist es heraus. Nach Rücksprache mit den Vertretern des Personals werden wir dieses Mal der Personalbetreuungssubvention zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine mehr. Wird ein Schlußwort gewünscht? Kein Schlußwort. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr, das ist einstimmig beschlossen. Nr. 30) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Verein Industrieforum Steyr für das laufende Jahr.

Fin-161/94

Verein Industrieforum Steyr; Ausstellung „Tradition - Innovation“; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 18. 5. 1999 wird dem Verein Industrieforum Steyr für die am 1. Mai 1999 wiederum begonnene Ausstellungstätigkeit im Reithoffer Objekt eine diesbezügliche Förderung von

S 500.000,--

(Schilling fünfhunderttausend)

aus der VA 1/360000/757000 gewährt. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung aus der VA 1/360000/757000 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, hier haben wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, wieder einen Antrag der besonderen Art und der sich schon eine gewisse Würdigung verdient. Die Landesausstellung im Bereich Reithoffer Industrieforum war ja nicht so von dem durchschlagenden, wirtschaftlichen und touristischen Erfolg begleitet. Es waren viele Dinge, die nicht für das Industrieforum, von den Besucherströmen her, gesprochen haben. Da haben natürlich die anderen beiden Mitbewerber das eine oder andere dazugetan. Die Leute haben sich aber sehr bemüht und ich habe, nach Rücksprache mit dem Geschäftsführer letztes Jahr im Sommer, schon darauf hingewiesen, daß wir ein Konzept für nach den 2. November 1998 brauchen. Ich habe damals mein Versprechen gehalten, die Ausstellung bzw. die Nichtausstellungsplanung für 1999 nicht in der Öffentlichkeit zu kritisieren. Ich habe im Budgetentwurf für 1999 mehrmalig und nachhaltig insistiert, daß hier Mittel für dieses Industrieforumprojekt vorgesehen werden. Es ist nicht budgetiert worden und es waren auch im Verein Industrieforum einige sehr merkwürdige Vorgänge. Es waren plötzlich Vorstandssitzungen, die im Nachhinein keine Vorstandssitzungen waren, obwohl sie im Protokoll als Vorstandssitzung angegeben worden sind, wie z. B. diese, ein Vorstandsbeschuß vom 28. 1. 1999 wo man das Projekt „Vom Oldtimer bis zum Internet“ aus der Taufe gehoben hat, aber ohne zu wissen, was macht man denn dort überhaupt. Die jetzige Ausstellung ist halt wirklich nur eine Sparvariante der Sparvariante und die negativen Besucherströme zeigen uns eben, daß die Besucher das nicht honorieren, daß wir dort sehr wenig bis nichts herzeigen. Es haben derzeit, bis zur letzten Vorstandssitzung, denke ich, 16 Besucher pro Tag das Haus frequentiert. Der Besucherstrom hat sich in Grenzen gehalten. Nur, das ist nicht das Ziel unserer Aktivitäten und es sollte auch nicht das Ziel der Aktivitäten sein. Mich wundert schon die Inaktivität des Kulturreferenten. Er hat sich hier in den Vorstand wählen lassen, er ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender von dem Verein. Ich habe weder im Verein eine laute Stimme gehört, daß für 1999 noch etwas passiert. Es gibt Pläne für 2000 aber die sind ja auch schon wieder relativ ins schwanken geraten, nach der Wortmeldung des Mag. Kräter bei der letzten Vorstandssitzung. Hier denke ich, wird einiges auf uns zukommen. Man beruft sich immer wieder auf eine mündliche Zusage des Herrn Bürgermeisters die er damals bei dieser ominösen Nichtvorstandssitzung am 28. 1. gegeben haben soll. Man hat auch bei der letzten Sitzung wiederum gesagt, wenn der Verein nicht bis Ende Juni diese S 500.000,- bekommt, dann ist er pleite. Ich glaube, man hat nicht wörtlich pleite gesagt, aber man braucht diese Gelder unbedingt sonst ist man zahlungsunfähig oder irgend so etwas in der Richtung. Heute schreiben wir den 9. Juli und wir beschließen das erst heute. Gelder, die nicht budgetiert sind. Wir haben eine Kreditüberschreitung, die in keinem Ausschuß war. Das ist auch das Sonderbare daran. Wir sollten schon überlegen, wie es da unten, trotz sehr großer Geldspritze, weiter geht. Natürlich werden wir, und ich persönlich, diesen Antrag unterstützen. Aber ich mache auf die Gefahren aufmerksam, zu Weihnachten schon beim Budget, im Frühjahr und auch jetzt, wenn das nicht eine Geldvernichtung werden soll, Freunde, dann müssen wir uns anstrengen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich möchte es kurz machen. Es gibt ein paar wesentliche Punkte. Einige sind schon angesprochen worden. Punkt 1., S 500.000,-- sind es uns nicht wert in einem zuständigen Gremium vorher behandelt zu werden, sprich Kulturausschuß. Ansonsten beschäftigen wir uns im Kulturausschuß oft mit S 10.000,--, S 20.000,-- oder S 50.000,--. Mit S 500.000,-- beschäftigen wir uns halt nicht. Das brauchen wir ja nicht. Der 2. Punkt ist, ich frage mich eigentlich, wozu ich da heute noch eine Zustimmung erteilen soll, es ist ja ohnedies alles klar. Der Herr Randig schreibt ja in einem Schreiben vom 23. 4.: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie von ihnen in der Hauptversammlung des Vereins am 8. 3. 1999 zugesagt, ersuchen wir um Veranlassung der Anweisung von ATS 500.000,--.“ D.h., die Zusage liegt ja schon vor. Eigentlich hätten wir das mit einer Bürgermeisterverfügung auch schon wieder machen können. Daß diese S 500.000,--, eine halbe Million Schilling, nicht einmal im Budget vorgesehen sind, ist ein weiterer Punkt, der aufklärungsbedürftig ist, weil die Landesausstellung war letztes Jahr. Wenn man letztes Jahr gewußt hat, daß man sie weiterführen will, unten im IndustrieForum, dann hätte man auch Budgetmittel hineinnehmen müssen. Eine Frage, die ich bis heute, trotz intensivster Recherchen, für mich nicht klären konnte. Da steht Aussage gegen Aussage. Das ist ein wesentlicher Punkt. Ein Argument warum man jetzt diese Ausstellung heuer wieder machen muß, war seitens des Vereins, ja, das ist Voraussetzung für die Förderung seitens des Landes gewesen, daß es eben auch im nächsten Jahr wieder betrieben wird. Meine Rückfragen beim Land haben ergeben, daß es diesbezüglich keine Vereinbarung gibt und, daß der Verein selbstverständlich keine Fördermittel zurückzahlen muß, auch wenn er heuer keine Ausstellung macht. Gut. Jetzt habe ich die eine und die andere Meinung gehört. Was wirklich wahr ist, läßt sich schwer eruieren. Aber ich denke mir schon, auch im Hinblick darauf, daß wir vielleicht in Zukunft nicht mehr GR-Sitzungen haben die bis 2, 3, 4 Uhr morgens gehen, auch wenn es mitunter vielleicht ganz amüsant ist, man sollte diese Dinge wirklich beizeiten in den richtigen Gremien einer Beratung unterziehen und nicht einfach so, S 500.000,-- machen wir ganz geschwind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Kurze Aufklärung: Das Land OÖ hat mit 7 Millionen Schilling diese Ausstellung gefördert. Ein integrierender Bestandteil der Förderungsvereinbarung war nachhaltige Nutzung. Das gilt übrigens für den gesamten Bereich der Ausstellungen, die hier an 24 Projekten durchgeführt wurden. Es ist eigentlich auch plausibel, daß der Landeskulturreferent nicht für eine Ausstellung, die von Mai bis Oktober dauert, 7 Millionen hinblättert und dann löst sich das Ganze in Wohlgefallen auf. Es geht also um die Nachhaltigkeit und das war natürlich ein Bestandteil. Daß sich hier Veränderungen, im Ausstellungsinhalt, möglicherweise ergeben können oder werden, bei einer Reihe von Projekten ist das so, ist, glaube ich, auch evident. Bei uns haben wir es mit einer Situation zu tun gehabt, von der wir schon gewußt haben, daß wir nicht ohne Förderungen über die Runden kommen werden, als wir über das Budget gesprochen haben. Es ist auch zutreffend, daß dieser Betrag während der Budgetberatungen zur Debatte gestanden ist. Es wäre aber aus meiner Sicht wirklich taktisch vollkommen falsch gewesen, die Hauptbeteiligten, nämlich die zwei Unternehmungen SNF und SAT, sozusagen da nicht unter Zugzwang zu stellen. Wir haben gesagt, wir werden dann etwas tun, wenn auch diese Unternehmen zahlen. Die nächste Schwierigkeit war, daß die beiden Vorsitzenden, Dr. Feizlmayr und Dr. Lettner, erklärt haben sie werden nach Ende der Ausstellung bei einer Generalversammlung, und diese hat auch stattgefunden, aus dem Verein ausscheiden. Mit viel gutem Zureden haben wir das also dann hinausgezögert. Ich habe mich eigentlich deswegen wieder besonders eingeschaltet. Das war ja auch keine Vorstandssitzung, aus meiner Sicht, sondern die

Einladung aller Steyrer Unternehmungen und das Präsidium, um hier alle Steyrer Industriebetriebe dazu zu veranlassen sie einzuladen, zu bitten, aufzufordern, zu appellieren, möglichst dort weiter zu machen. Natürlich ist es nicht ganz so einfach, weil sich die Unternehmen nicht gleichmäßig repräsentiert fühlen und es gibt auch inhaltliche Debatten und Diskussionen. Einfach ist das nicht. Die Finanzierung ist auch nicht einfach und wenn ich mir das neueste Ereignis, nämlich den Verkauf der SAT durch die Magna an ZF-Passau noch dazu hereinreflektiere, dann wird es erst recht nicht leichter werden. Ich habe den Herrschaften immer ganz klar gesagt, die Stadt Steyr wird kein Museum, von ehem. Steyr-Daimler-Puch Produkten, auf 1.800 m² unterhalten. Was wir wollen ist ein Industrieforum. Darum ist ja dieser Name gewählt worden. Es soll ein Überblick über das industrielle Geschehen der letzten 100 Jahre bis in die Gegenwart und mit einem Fenster in die Zukunft sein. So in etwa, in kurzen Sätzen gesagt. Darüber wird zu debattieren sein und darüber, wie so eine Ausstellung aussehen kann, wird es natürlich eine Konzeption geben. Aber auch das ist wieder leicht gesagt. Großes Konzept gemacht, kostet auch etwas, aber das werden wir uns noch verhältnismäßig leicht leisten können. Die Umsetzung des Konzeptes und die Mitwirkung der Steyrer Industrieunternehmungen, das ist nämlich die Herausforderung. Alle sind herzlich eingeladen ihren Einfluß geltend zu machen und ihre Fähigkeit diese Unternehmungen zu überzeugen. Ihr könnt auch gerne alle in dem Vorstand mitwirken. So sieht nämlich die Welt aus. Wenn ich mich noch weiter zurückerinnere, dann war das doch eine zentrale Forderung unserer Tourismuswirtschaft, daß wir doch nicht diese Chance schon wieder vorbeigehen lassen und nicht diese Veranstaltung dort im Reithofferhaus plazieren. Als es darum ging überhaupt das Haus zu beschaffen, da habe ich auch die dankbare Aufgabe gehabt, die Verhandlungen zu führen. Da hat man gesagt, wir hätten schon wieder etwas verschlafen. Wir haben es nicht verschlafen, wir haben es auf die Welt gebracht und wir haben auch ganz schön dazu bezahlt. Jetzt haben wir das Ding da und es wird natürlich unseres Einflusses bedürfen, daß das auch wieder eine interessante Schau wird. Meiner Meinung nach ist sie jetzt auch zu Steyr Daimler Puch lastig. Ich habe das auch ohne Umschweife gesagt und ich glaube, daß das auch ein springender Punkt ist. Momentan war es einmal darum zu tun, daß wir die Veranstaltung dort überhaupt in dieser Saison am Leben erhalten und schauen, daß wir sie zustande bringen. Da müssen wir halt diesen Beitrag jetzt leisten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber Herr Bürgermeister, wer zahlt jetzt noch dazu außer uns?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja die Steyrer ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Haben sie schon Beträge? Ich weiß nichts.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die müssen miteinander auch eine halbe Million auf die Welt bringen. Ich habe das dem Herrn Wolf gesagt, als einen von ein paar wichtigen Punkten. Er hat gesagt, er wird das mitnehmen. Der Herr Dr. Reif, der dieses Unternehmen vertritt, hat versprochen, daß er sich dafür einsetzt und hat signalisiert,

daß das funktionieren wird, wenn es richtig gemacht wird. Der Herr Dr. Schlögl ist der Entwicklungsleiter, das sind ja hochrangige Leute, die im Entwicklungsbereich in diesen beiden Firmen tätig sind. Wir müssen ja froh sein, daß sich die bereit erklärt haben, das ehrenamtlich zu machen. Das ist gar nicht so selbstverständlich, daß solche Manager das tun. Sie haben es aber getan. Wir brauchen deren Mitwirkung, ihre Fachkompetenz, den guten Namen, die Reputation, daß das dort weiter geht. Wir können uns natürlich ganz locker zurücklehnen und sagen, das war es. Okay, dann versuchen wir eine andere Widmung dort hinein zu bringen. Da würde ich allerdings davon abraten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das Land hat abgelehnt, das Bundesministerium hat noch keine Antwort gegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schauen sie, daß das Land eine Landesausstellung immer nur auf ein Jahr veranstaltet, von dem gehe ich aus, daß das bekannt ist. Die werden wahrscheinlich nicht hier diese Landesausstellung fortsetzen. Das haben sich einige Mitglieder des Vorstandes des Vereins Eisenstraße vorgestellt. Wir machen alle zwei Jahre eine Landesausstellung, wir sparen ein bißchen zurück und nächstes Jahr wird es halt wieder eine Landesausstellung an einem anderen Ort geben, ich glaube in Wels oder irgendetwas habe ich gelesen. Also, die werden nicht einfach eine Verlängerung machen und weiter zahlen. Wir müssen damit rechnen, daß wir das Ding jetzt haben. Da geht es dann natürlich um Folgekosten und es ginge um die Mitwirkung der Industriebetriebe. Da müßte sich die Wirtschaft halt auch ein bißchen präsentieren und diese Chance wahrnehmen. Nicht wahr. Die haben ja alle erhebliche Werbebudgets und da könnten sie ein bißchen etwas in ihrer Heimatstadt auch tun, um sich zu präsentieren und auch dort Veranstaltungen durchzuführen. Damit werden wir uns auseinandersetzen und befassen müssen. Ich halte das natürlich nicht für sehr produktiv, wenn wir uns jemand aus unserem Kreis suchen, dem wir die Schuld geben, daß das nicht so richtig gut funktioniert. Da gibt es einen ganzen Vorstand. Wenn sich da von uns jemand hineinsetzt, und einige von uns haben das immer getan und tun das jetzt auch noch, dann verwenden sie zusätzliche Zeit und würden die auch anderweitig irgendwo verbraten können. Also, wenn man da noch damit rechnen muß, daß man die Gurke bekommt, das halte ich für keine Vorgangsweise, die geeignet erscheint, daß irgendwer noch wo über die Tätigkeiten, die er ohnehin ausübt, noch irgendetwas tut. Alle sind herzlich eingeladen mitzuwirken.

Schlußwort Herr Referent.

Kein Schlußwort?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Nein, du hast eh alles gesagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. SPÖ, ÖVP, GAL, 8 FPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? 2 Stimmenthaltungen (LIF + 1 FPÖ - GR Elfriede Reznar). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluß 1998, Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Fin-267/97

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1998; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 1998 wird, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 11. Mai 1999, der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in der Höhe von S 31,756.342,75 (Betriebskostenanteil: S 17,960.650,28; Investitionskostenanteil: S 13,795.692,47) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von S 18,824.342,75 (S 31,756.342,75 abzüglich Akontozahlung von S 12,932.000,--) zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zu diesem Zweck werden bei VASSt. 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von S 17,773.493,72 und bei VASSt. 5/851000/77400 ein Betrag in der Höhe von S 1,050.849,03 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1,051.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Da aufgrund des Fälligkeitstermins vom 15.06.1999 der Beschluß des Gemeinderates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann, wird der Magistrat Steyr wegen Dringlichkeit gemäß § 47 (5) StS 1992 zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

Ich ersuche um Kenntnisnahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zum Antrag Nr. 31) das Wort? Niemand. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Nr. 32) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im Antrag Nr. 32) geht es um die Festsetzung der Kursgebühren und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr. Ich erspare mir, den Amtsbericht vorzulesen.

VH-12/99

Festsetzung der Kursgebühren und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, FA für Erwachsenenbildung, Dienststelle Volkshochschule vom 11. Juni 1999 werden die Kursgebühren und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr sowie die „Allgemeinen Bedingungen“, entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag, neu festgesetzt. (Beilage).

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja Herr Spanring. Ich habe kein Problem damit, wenn man den Kursleitern für eine Kursstunde um S 10,-- mehr gibt. Ich habe aber ein Problem damit, daß man begründet, auf Anfrage, daß natürlich selbstverständlich damit eine Erhöhung der Kursgebühren im Herbst erfolgen wird, weil die Kursleiterhonorare gestiegen sind. Da habe ich ein Problem damit. Daß wir uns selber in die Höhe treiben, einmal der, einmal der, das muß wirklich nicht sein. Ich werde mich hier der Stimme enthalten. Weil das Argument, daß andere Kursanbieter billiger sind oder nicht gleich gut, also heutzutage ist es auch auf diesem Markt sehr, sehr schwierig zu bestehen und die Konkurrenz ist sehr groß.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Also, ich konnte nirgends feststellen, daß andere Kurse billiger sind als die Kurse in der Volkshochschule. Von einer fachlichen Qualifikation ist auch nirgends etwas gesagt worden, ob sie jetzt schlechter oder besser sind. Ich bin an sich der Auffassung, daß die Kurse grundsätzlich, ganz egal von welchem Anbieter, in etwa einer gleichen Qualität gegeben sind. Wenn ich die Teilnehmerzahl betrachte, die unsere Kurse besuchen, kann man durchaus auch von einem erfolgreichen Ablauf sprechen. Daß nach drei Jahren die Kursleiterhonorare um S 10,-- erhöht werden, ist, glaube ich, mehr als recht und billig und daß diese erhöhten Kursleiterhonorare bzw. gewisse Zulagen, vor allem wenn ich an den Computerbereich denke, auf die Kurskosten umgelegt werden, ist, glaube ich, wirtschaftlich ein ganz klarer Vorgang der hier gewählt wird und damit sehe ich hier keine schlechte oder schlimme Vorgangsweise sondern einen üblichen wirtschaftlichen Vorgang der hier dem Antrag zugrunde liegt. Ich ersuche, diese neuen Gebühren zu beschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. (SPÖ, ÖVP, GAL, LIF). Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? 7 (FPÖ). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nr. 33) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Der Antrag Nr. 33) ist ein Antrag der Freiheitlichen und der Liberalen GR-Fraktion.

Antrag auf Beschlußfassung von Richtlinien für ein modernes Personalauswahlverfahren bei Geschäftsbereichs- und Fachabteilungsleitern des Magistrates der Stadt Steyr.

Die unterzeichneten Mandatare des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgenden Antrag:

Präs-376/99

Antrag der F- und LIF-GR-Fraktion auf Beschlußfassung von Richtlinien für ein modernes Personalauswahlverfahren bei Geschäftsbereichs- und Fachabteilungsleitern des Magistrates der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Unabhängig vom gesetzlich vorgesehenen Auswahlverfahren gemäß dem öö. Objektivierungsgesetz hat in Hinkunft bei der Nachbesetzung von Geschäftsbereichs- und Fachabteilungsleitern ein verbindliches Auswahlverfahren unter Einhaltung folgender Richtlinien zu erfolgen.

Ausschreibung auf der Homepage des Magistrates sowie in einer Samstagsausgabe der Tageszeitung „Oberösterreichische Nachrichten“. Bei Geschäftsbereichsleitern hat die Ausschreibung darüber hinaus in einer Samstagsausgabe der Printmedien „Die Presse“ und „Der Standard“ zu erfolgen.

Einbindung des Personalentwicklers des Magistrates oder eines privaten Personalentwicklungsbüros sowohl bei der Formulierung des Anforderungsprofils als auch beim Auswahlverfahren.

Analog zur Aufnahme in den Landesdienst (öö. Objektivierungsgesetz § 2 Abs. 3) hat die Ausschreibung jedenfalls die besonderen Voraussetzungen zu enthalten, soweit sie für die Erfüllung der Aufgaben des vorgesehenen Arbeitsplatzes von wesentlicher Bedeutung sind. Bei jedem dieser Erfordernisse ist ausdrücklich anzuführen, ob es unbedingt zu erfüllen ist oder ob es nur als erwünscht anzusehen ist.

Streichung der Bevorzugung interner Bewerber gegenüber externen Bewerbern.

Bekanntgabe des konkreten Auswahlverfahrens bereits bei der Ausschreibung.

Abhaltung eines Hearings und/oder Assessment Centers, an dem je ein Mitglied jeder Fraktion, die im Gemeinderat der Stadt Steyr vertreten ist, teilnehmen kann. Die Durchführung eines Assessment Centers ist bei Geschäftsbereichsleitern jedenfalls verpflichtend.

Diese neue Regelung eines verpflichtenden Hearings und/oder Assessment Centers hat bereits bei den beiden laufenden Ausschreibungen für die Leiter der Geschäftsbereiche III und VI zu erfolgen. Zudem ist vor dem Ende der Bewerbungsfrist am 31. Juli 1999 festzulegen, welche der Erfordernisse bloß erwünscht und welche vom Bewerber bzw. der Bewerberin unbedingt zu erfüllen sind.

Begründung:

Eine moderne Verwaltung setzt ein modernes Personalauswahlverfahren voraus, das sicherstellt, daß der jeweils qualifizierteste Kandidat bzw. die jeweils qualifizierteste Kandidatin zum Zuge kommt.

Im Bereich des Magistrates der Stadt Steyr sind zur Zeit zwei der insgesamt 8 Geschäftsbereichsleiter ausgeschrieben, ohne daß ein konkretes Auswahlverfahren in der Ausschreibung bekanntgegeben wird.

Weiters ist bei den erwähnten Ausschreibungen vor allem bei den Anforderungen für den Leiter des GB VI nicht angegeben, ob es sich bei den beschriebenen Erfordernissen um unbedingt zu erfüllende oder um bloß erwünschte handelt.

Eine Bevorzugung interner Bewerber gegenüber externen Bewerbern ist aus Gründen des Gleichheitsgrundsatzes strikt abzulehnen und ist auch aus dem öö. Objektivierungsgesetz nicht ableitbar.

Ich ersuche um Diskussion, Begründung und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht zu dem Antrag das Wort? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, Herr Spanring, wiederum ein Kapitel das sie trifft, sie sind Personalreferent. Aber es ist ihnen offensichtlich völlig egal, wann welcher Posten wo ausgeschrieben wird. Wir haben hier Spitzenposten, die einfach ohne Diskussion, sie sind ja nicht nur jetzt für das Personal zuständig, und wenn wir vom Kulturstadtdirektor sprechen, auch da zuständig. Auch hier wäre es, in ihrer Eigenschaft als Kulturreferent, mehr als notwendig gewesen, daß wir uns über die Rahmenbedingungen des neuen Kulturstadtschefs unterhalten. Wir unterhalten uns über S 3.000,-- Subvention, aber nicht über wichtige Dinge. Da wird einfach, wie früher das Amen im Gebet, ausgeschrieben, das ist ein 8er-Posten, da fährt die Eisenbahn darüber und es wird womöglich eine Hausbesetzung, weil die Ausschreibung machen wir schon so und alles ist wiederum paletti und man hat alles im Griff, hat alles in der Hand und alles ist überschaubar. Gerade im Kulturbereich sollte man wirklich den Mut haben, einmal von den Beamten wegzugehen und gerade die Kultur nicht nur verwalten zu lassen sondern wirklich die Kultur leben zu lassen. Gerade das wundert mich, daß in dieser neuen Legislaturperiode überhaupt nichts geht, daß man nicht einmal im Ansatz eine Diskussion stellt. Ich habe damals, vor 7 Jahren, einen sehr inkriminierten Presseartikel geschrieben, wo ich gesagt habe, Kultur und Beamte vertragen sich nicht. Ich glaube, der Herr Dr. Lutz hat in heute noch ganz groß oben hängen. Der war da relativ sauer auf mich. Ich glaube, gerade jetzt bietet es sich hier als Chance an die bevorstehende Pensionierung mit neuem Leben zu erfüllen. Aber man tut nichts, man schreibt aus. So wichtig es einmal vor langen Jahrzehnten gewesen ist, daß eine Stadt

wie Steyr sich bereit erklärt hat für die Kultur einen Spitzenposten zu reservieren, das war einmal bestimmt zeitgemäß. Die Kultur ist der Stadt Steyr soviel wert gewesen, daß sie einen Spitzenposten reservieren. Nur heute, bei unserer raschlebenden Zeit, bei unserer wechselnden Zeit, ist doch eine Pragmatisierung, gerade in diesem Bereich, tödlich. Meine Herrschaften, ich würde sie wirklich dringend und höflich bitten, daß sie gerade hier unseren Antrag unterstützen, ich gehe jetzt vom Kulturbereich aus, der mir ganz besonders am Herzen liegt, daß wir hier neue Rahmenbedingungen bekommen, daß wir neuen, frischen Wind bekommen. Aber ich glaube, es schaut halt auch nichts bei anderen Spitzenpositionen, wie in der Baudirektion, daß hier eine umfassende Ausschreibung und umfassende Diskussion, daß es dann der Beste wird, daß hier so ein Auswahlkriterium auch stattfindet, heraus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Eigentlich müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß eine Stadt wie Steyr ein modernes Personalauswahlverfahren an den Tag legt. Insofern glaube ich, müßte es ihnen leicht fallen, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben. Um auf die Punkte inhaltlich einzugehen. Die Ausschreibung auf der Homepage des Magistrates sollte eine Selbstverständlichkeit sein und passiert auch derzeit bereits meistens, sowie in einer Samstagsausgabe der Tageszeitung „OÖ. Nachrichten“, dürfte wohl auch kein Problem sein. Bei Geschäftsbereichsleitern hat die Ausschreibung darüber hinaus in einer Samstagsausgabe der Printmedien „Die Presse“ und „Der Standard“ zu erfolgen. Ganz einfach deshalb, um eine überregionale Ausschreibung zu erreichen und nicht immer nur im eigenen Saft zu kochen.

Die Einbindung des Personalentwicklers des Magistrates sollte eigentlich ebenfalls als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Die Praxis hat mir allerdings gezeigt, daß das leider nicht der Fall ist. Wenn man schon nicht auf den Personalentwickler des Magistrates zurückgreifen will, was ich allerdings in erster Linie befürworte, weil dafür haben wir ihn ja, dann zumindest einen privaten Personalentwickler. Sowohl bei der Formulierung des Anforderungsprofils als auch beim Auswahlverfahren.

Ein weiterer Punkt ist: Analog die Handlung zur Aufnahme in den Landesdienst. Das ist mir ganz wichtig, diese Unterscheidung, in jene Voraussetzungen, die ein Bewerber unbedingt zu erfüllen hat und solche, die erwünscht sind. Diese Unterscheidung ist deshalb sehr wesentlich, weil, wenn sie die Kriterien hineinschreiben und keine Unterscheidung treffen ob es eine erwünschte oder eine unabdingbare Voraussetzung ist, dann kann ich einen Bewerber sofort zurückweisen, wenn er auch nur eine einzige Anforderung aus diesem Profil nicht erfüllt. Beispielsweise, wenn man jetzt die Ausschreibung für den Leiter des GB VI hernimmt, da haben wir unter dem Punkt, z. B. umfangreiches Wissen über die darstellende und bildende Kunst Europas, ausreichende Kenntnis in Musik und Musikgeschichte, Erfahrung mit der Führung eines Archivs. Ja, was ist wenn einer der Bewerber zwar alle Punkte erfüllt nur einen nicht? Dann brauche ich ihn eigentlich nicht mehr zu einem Bewerbungsgespräch einladen. Deshalb ist diese Unterscheidung in erwünscht und unabdingbar für mich schon sehr wesentlich. Es gibt dazu auch die Rechtsauskunft des Landes, daß dazu auch das Objektivierungsgesetz des Landes anzuwenden ist. Im Landesdienst wird diese Unterscheidung in erwünscht und Voraussetzung selbstverständlich gemacht. Interessant ist, daß wir es nämlich beim zweiten Posten, den wir zeitgleich ausgeschrieben haben, beim Leiter des GB III, beim Baudirektor, sehr wohl den Punkt drinnen haben, „Dienstprüfung für den höheren technischen Dienst“ oder zumindest „Ziviltechnikerprüfung“ wäre erwünscht. Also, da haben wir es sehr wohl

gemacht. Einmal fühlen wir uns zuständig das Landesgesetz anzuwenden, ein anderes Mal nicht.

Die Streichung der Bevorzugung interner Bewerber gegenüber externen Bewerbern. Sie können davon ausgehen, daß ein interner Bewerber ohnedies einmal einen gewissen Bonuspunkt hat. Er kennt sich aus, er kennt die Internas, er hat Zugriffe auf Informationen, ihm fällt es sehr viel leichter sich auf die Bewerbung vorzubereiten. Dann aber noch ein zusätzliches Privileg hineinzubauen und zu sagen, Interne genießen prinzipiell den Vorzug vor Externen, auch wenn die Qualifikation gleich ist, verhindert im Prinzip, daß frischer Wind herein kommt.

Die Bekanntgabe des konkreten Auswahlverfahrens bereits bei der Ausschreibung, ist etwas, was Linz beispielsweise selbstverständlich macht. Wenn sie sich die Ausschreibung in Linz ansehen, dann steht immer auch dabei, wie ist das Auswahlverfahren. Der Bewerber weiß völlig transparent, was erwartet mich. Wir machen das nicht. Eigenartigerweise hin und wieder machen wir es schon. Also, wenn sie sich das Amtsblatt vom Juni angesehen haben, da suchen wir einen Lehrling, eine Kfz-Mechaniker. Für diesen Kfz-Mechaniker haben wir auch schon das Auswahlverfahren angegeben. Vorstellungsgespräch, Berufseignungstest bzw. sonstige eignungsdiagnostische Methoden. Bei einem Lehrling machen wir es aber bei Geschäftsbereichsleitern machen wir es nicht.

Die Abhaltung eines Hearings und/oder Assessment Centers, an dem je ein Mitglied jeder Fraktion, die im Gemeinderat der Stadt Steyr vertreten ist, teilnehmen kann. Dieser Punkt ist deshalb wesentlich, weil im Personalbeirat ja Grün und Liberal nicht vertreten sind und deshalb auch relativ wenig oder keine Informationen über Personalgeschehnisse haben. Die Durchführung eines solchen Assessment Centers sollte zumindest bei Geschäftsbereichsleitern verpflichtend sein. Wir haben ohnedies nur 8 und die sollten uns das wert sein, wenn wir sie neu einstellen.

Diese neue Regelung sollte auch bereits bei den beiden laufenden Ausschreibungen für die Leiter der GB III und VI erfolgen. Zudem sollte vor dem Ende der Bewerbungsfrist am 31. Juli festgelegt werden, welche der Erfordernisse bloß erwünscht und welche unbedingt zu erfüllen sind.

Die Begründung, denke ich mir, erübrigt sich eigentlich. Wir reden immer von der modernen Verwaltung. Eine moderne Verwaltung setzt auch ein modernes Personalauswahlverfahren voraus, das sicherstellt, daß der jeweils qualifizierteste Kandidat oder die qualifiziertestes Kandidatin zum Zug kommt. Gerade im öffentlichen Dienst ist es um so wichtiger, weil wir unsere Mitarbeiter nicht so einfach kündigen können, wie es in der Privatwirtschaft möglich ist. D. h., wir müssen noch sehr viel sorgfältiger auswählen. Zeugnisse und so reichen längst nicht mehr, das sind Formalqualifikationen. Heute ist immer die Rede von Schlüsselqualifikationen, von Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit usw. Nur, wie kann ich die überprüfen? Die kann ich nicht abfragen. Da muß ich mir halt andere Methoden überlegen, ein Hearing oder Assessment Center.

Diese Bevorzugung interner Bewerber gegenüber externen Bewerbern ist meines Erachtens zum einen aus Gründen des Gleichheitsgrundsatzes abzulehnen und auch nirgendwo irgendwo verpflichtend vorgeschrieben. Also, ich gehe davon aus, daß sie eigentlich diesem Antrag sehr leicht die Zustimmung geben können und es würde mich freuen, hier eine breite Zustimmung zu finden. Seitens der ÖVP-Fraktion ist es dankenswerterweise ja schon signalisiert worden, daß sie dieses Thema genau so sehen, moderne Verwaltung braucht moderne Personalauswahlverfahren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Sicherlich könnte man einigen Punkten jederzeit leicht zustimmen, wie sie das meinen, weil wir in Wirklichkeit in den meisten Bereichen dem öö. Objektivierungsgesetz entsprechen. Wenn wir hier die Punkte, die in diesem Antrag aufgelistet sind, bei den Anforderungskriterien z. B. entsprechen wir hier genau den Richtlinien. Auch auf den Ausschreibungsmodus wird genau, auf diese Punkte die hier angeführt werden, Bezug genommen und wird dem entsprochen. Ich glaube, man kann das Ganze relativ schnell auf den Punkt bringen. Man will alles, die Politik hinaus, die Politik keinen Einfluß, wenn man selbst nicht davon betroffen ist. Wenn man selbst betroffen ist, dann gilt das auf einmal nicht mehr. Auch die gesetzlichen Grundlagen haben keine Gültigkeit, weil die sind undemokratisch, weil die Frau Frech nicht dabei ist. Jetzt gehören da eigene gesetzliche Richtlinien geschaffen, damit sie wieder dabei sind. Wir entsprechen hier in unserer Vorgangsweise der Bestellung diversen Personen, Funktionen ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Also, der Punkt kam von mir.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Na ja, das mag schon sein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn man den Personalausschuß in der Zusammensetzung würdigt, dann wissen wir ja eh was passiert. Da brauchen wir ja nicht darüber abstimmen. Das ist der Hauptgrund.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Aber bitte sehr, irgendwo muß man halt doch auch das Wahlergebnis respektieren und akzeptieren. Der Gesetzgeber, das Land OÖ, hat hier genau vorgeschrieben, wie die Vorgangsweise bei Personaleinstellungen vorzunehmen sind. An diese Richtlinien halten wir uns. Es gibt die Ausschreibungskriterien, wie ich schon angeführt habe, die Anforderungskriterien, die Objektivierungskommission, die auch vom Land OÖ vorgeschrieben und genau definiert ist und darüber hinaus gibt es dann den Personalbeirat, der sich entsprechend dem Wahlergebnis der GR-Wahl zusammensetzt. An nichts anderes halten wir uns. Ich glaube, jede Änderung die man hier vornehmen würde, würde in Wirklichkeit auch das Wahlergebnis verwischen und nicht dem Wahlergebnis entsprechen. Frau Frech, es hilft ja nichts. In Wirklichkeit ist die Forderung, gerade von ihnen Herr Dr. Pfeil und da seid ihr euch ja eh immer sehr einig darüber, da sagt ihr, die Politik gehört bei personellen Entscheidungen weitgehend herausgehalten. Jetzt haben wir die Objektivierungskommission, jetzt wollt ihr zwingend in diesem Antrag vorgesehen haben, daß Hearings oder Assessment Centers durchgeführt werden, wo je ein Mitglied der politischen Fraktionen im GR drinnen sitzen. Auf einmal wollt ihr wieder als politische Fraktionen dabei sein. Also, so kann das einfach nicht funktionieren und so ist das auch nicht in Ordnung.

Hier uns unterstellen, Herr Dr. Pfeil, wir machen da einen „Drüberfahrer“, dann ist das wirklich

zurückzuweisen. Wir fahren da nicht darüber sondern wir halten uns an das Objektivierungsgesetz des Landes OÖ und an sonst nicht. Alle anderen Punkte die hier angeführt werden, na da kann man sagen, ob man bei der Ausschreibung, das haben sie eh gesagt Frau Frech, im Homepage wird das gemacht, am liebsten wäre es ihnen ja, wenn das nicht wäre, weil dann hätten sie einen Punkt mehr, jetzt kann man nur sagen, ob man es in der Presse oder im Standard auch ausschreiben muß, zusätzlich über den gesetzlichen Kriterien sind wir eh schon, aber ob wir das zusätzlich machen oder nicht, das ist eine Frage. Das ist immer eine Frage, welcher Personenkreis hier betroffen ist, welches Interesse von möglichen Bewerbern gegeben ist. Ich glaube, in solchen Funktionen, wenn das heute ein Geschäftsbereichsleiter oder sogar ein Fachabteilungsleiter ist, die Leute, die sich für solche Funktionen interessieren, auch Nichtsteyrer, die wissen ganz genau, wo man da nachsehen oder nachlesen muß, ob solche Posten ausgeschrieben sind oder nicht. Wie gesagt, alles andere wird wirklich erfüllt. Eines glaube ich schon, daß es fair ist und daß es eine ganz normale Vorgangsweise in jedem guten Unternehmen auch ist, wenn es interne Bewerber gibt und es ist hier eine Gleichwertigkeit von einem Externen und einem Internen, daß der interne Bewerber den Vorzug bekommt, weil wir hier gleiche Voraussetzungen haben. Ansonsten würde das nicht unbedingt ein Signal zu den eigenen Beschäftigten sein, sich anzustrengen, sich weiterzubilden, sich zu engagieren. Das würde nicht unbedingt dazu beitragen. Das ist also ein ganz normaler Vorgang, eine ganz normale Verhaltensweise, bei gleichen Kriterien, daß der interne Bewerber den Vorzug bekommt. Das kenne ich von unserem Unternehmen und von vielen anderen Unternehmen auch. Also, wir werden diesem Antrag die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Hauser. Bitte sehr.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, werte Gäste. Also, ich finde den Antrag, der da liegt, schon fast lustig, wenn ich mir vorstelle, daß hier Dinge verlangt werden, die in den Stellenausschreibungen des Magistrates sogar noch überzeichnet sind. Weil erst dann, wenn ich nämlich differenziere zwischen erwünscht und verpflichtend, bringe ich überhaupt einen Unterschied hinein. Überall dort, wo nicht erwünscht steht, sind sie verpflichtend. Da braucht man eigentlich nur in den gesetzlichen Vorgaben nachsehen, wie es so ist. Diese öffentliche Ausschreibung die stattfindet, ist ja ohnehin gegeben. Sie werden gar nicht glauben, wie schnell die Buschtrommeln in Österreich grassieren, wenn so ein hoher Posten ausgeschrieben ist. Da kommen sie nämlich plötzlich darauf, von wo die eine oder andere Bewerbung kommt. Ich komme aus einem Bereich des Bundesdienstes, wo überhaupt nur intern ausgeschrieben wird. Es wird zwar mit Verlautbarungsblatt ausgeschrieben, aber Aufnahmen von der Straße gibt es überhaupt nicht. Daher denke ich mir, daß wir uns hier eh schon in einem Bereich befinden wo ich dann schon überhaupt nichts daran finde wenn man sagt, wenn es Bewerber im internen Bereich gibt die gleich gut sind, daß die dann bevorzugt werden. Manchmal habe ich schon ein bißchen den Anschein, Frau Kollegin Frech und Herr Dr. Pfeil, daß wir uns in einem derzeitigen System befinden, wo wir von vornherein die Magistratsbediensteten eh schon abqualifizieren, daß sie eigentlich nicht fähig sind, weil sie nämlich schon intern beschäftigt sind, so einen Arbeitsplatz überhaupt inne zu haben. Ich glaube schon, daß man manchmal auch ein bißchen vorsichtig sein sollte, daß man die Leute immer ständig herunterqualifiziert, mit denen man eigentlich in Zukunft dann weiter zusammenarbeiten sollte. Wenn ich mir dann dagegen noch ansehe, daß sie, Frau Kollegin Frech, z. B. vergleichen, daß Auswahlverfahren von Lehrlingen, das in der Ausschreibung festgeschrieben ist, dann muß ich ihnen schon sagen, wenn man also bei einer Ausschreibung für einen Posten z. B. der Leiter oder Leiterin des GB VI darauf schreiben muß wie wir in auswählen wenn wir ihm vorher sagen, daß er ein Hochschulstudium braucht und eigentlich eine Qualifikation von vornherein nachweisen muß, daß

wir dann auch noch prüfen ob er das bringt was er da gelernt hat, dann frage ich mich schon ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist in der Wirtschaft gang und gäbe.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das glaube ich ihnen schon, aber in der Wirtschaft sind sie nämlich offensichtlich auch der Meinung, daß die Leute, wenn sie studiert haben, trotzdem nichts können. Oder ist das bei uns jetzt auch so? Ich weiß es nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und die Linzer sind „deppert“ wenn sie es machen.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das habe ich ja nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, aber sie sagen sie brauchen es nicht.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Schauen sie Herr Dr. Pfeil, hier ist die Stellenausschreibung und da steht, ein abgeschlossenes, einschlägiges Hochschul- und Universitätsstudium. Dann werden sie doch wohl nicht behaupten müssen, daß der von vornherein nicht qualifiziert ist, obwohl er ein Hochschulstudium nachweist. Ihnen sagt ja auch keiner, daß sie als Tierarzt nicht qualifiziert sind.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie verstehen den Antrag nicht.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Oh ja, ich verstehe ihn schon. Ich habe sehr viel mit solchen Anträgen zu tun und außerdem muß ich

noch dazu sagen, daß unter anderem Gremien auch für nicht qualifiziert erachtet werden, die z. B. den Namen Personalbeirat oder Objektivierungskommission haben. Sie sprechen diesen Kommissionen und diesem Beirat überall die Qualifikation ab. Da möchte ich ihnen nur dazu sagen, sie sagen, daß das politisch manifestiert ist, daß darübergefahren wird und sonstiges, dann gebe ich ihnen nur den guten Rat, schauen sie derzeit nach Kärnten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da ist alles in Ordnung.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das sieht man eh, wie die Ausschreibungen zurückgenommen werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Koppensteiner bitte.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Thema Ausschreibung hat die Kollegin Frech, glaube ich, ausreichend erläutert. Herr Hauser, ich bin bei zwei Dingen absolut nicht bei ihnen. Ein Punkt: Niemand qualifiziert irgendjemanden, einen Beamten, von vornherein hier ab. Sich einem Hearing zu stellen, einem Assessment Center, ist bitte keine Abqualifikation.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das habe ich nicht gesagt. Da hätten sie aufpassen müssen, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt, da drinnen steht, daß interne Bewerber, bei gleicher Qualifikation, nicht bevorzugt werden dürfen. Das habe ich gesagt

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ich glaube, in einem modernen Personalbereich muß man Hearings und Assessment Centers machen. Das ist einmal der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, da haben sie gesagt, der Personalbeirat wird abqualifiziert. Ich sitze im Personalbeirat. Unbefriedigend für mich da drinnen ist, wir bekommen aussortierte Bewerbungen. Ich weiß zwar die Anzahl, 17 Bewerber haben sich gemeldet. Herr „Sowieso“ bekommt diesen Posten. Das ist meine Information im Personalbeirat. Ich glaube eher, nicht abqualifizieren sondern doch Teilkompetenzen wegnehmen. Es ist so. Ich kann es nicht ändern. Da gebe ich dem Herrn Bremm Recht, im größten Teil der Fälle ist es so, daß nach den oö. Objektivierungsrichtlinien vorgegangen

wird. Aber nach einem Gesetz und nach einem modernen Personal-entwicklungsmodus vorgehen, das sind, glaube ich, schon zwei Paar Schuhe, denn, daß wir gesetzlich vorgehen, das ist glaube ich die erste Voraussetzung. Daß wir aber den modernen Anforderungen entsprechend Personal auswählen, glaube ich, ist die zweite Angelegenheit. Da glaube ich schon, daß im Personalbeirat doch einige Dinge etwas ausführlicher und genauer zugeführt werden müssen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Frau Koppensteiner. Nächster am Wort ist Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nach anfänglichen Durchlesen dieses Schreibens kann man ja einige Punkte durchaus unterschreiben, weil ich denke mir, sehr viel Dinge sind darin ein Füllstoff, Ausschreibung auf der Homepage etc., werden ja eh teilweise schon gemacht und warum es gerade „Die Presse“ sein muß, aber gut, darüber kann man streiten. Ich glaube der wesentliche Punkt kommt nämlich ganz zum Schluß und darüber streiten sich ja die Geister schon seit Jahren, wenn nicht schon seit Jahrzehnten, und der Herr Dr. Pfeil hat ja besondere Erfahrungen damit gemacht, wenn es heißt: Streichung der Bevorzugung interner Bewerber gegenüber externen Bewerbern. Ich glaube, das ist einer der Angelpunkte, um was es eigentlich den Betreibern dieses Antrages in Wirklichkeit geht. Ich wäre als Unternehmer ja blöd, ganz egal ob ich jetzt in einem öffentlichen oder privaten Bereich bin, wenn ich auf die Erfahrung meiner Mitarbeiter verzichten würde. Da wäre ich ziemlich blöd und nicht allzu gut beraten, wenn ich nicht auf die Erfahrung zurückgreifen könnte und auch jenen die sich seit 5, 10, 20 Jahren um einen Posten bewerben, auch eine gewisse Startchance für einen Leiterposten geben würde. Stellen sie sich das einmal umgekehrt vor. Sie sitzen Jahre oder Jahrzehnte hier im Amt und hätten dann quasi, aufgrund ihrer Erfahrung, keinen Vorteil gegenüber jenen die aus externen Bereichen kommen. Das ist mir nicht ganz klar, wieso das dann da drinnen weggestrichen werden soll. Anscheinend geht es hier wirklich um eine private Angelegenheit, vielleicht um eine kleine oder um eine große Fehde und da sind wahrscheinlich direkt Personen damit gemeint.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist eine böse Unterstellung. Ich weiß wirklich nicht, auf was sie jetzt hinauswollen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Jetzt geht es um ein modernes Personalauswahlverfahren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bitte sagen sie es heraus Herr Apfelthaler. Sagen sie es.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich kann mich ja ehrlich gesagt noch auf ihre Fehde, die sie z. B. mit dem Herrn Locicnik gehabt haben, erinnern. Da ist seinerzeit ja auch kein Auge trocken geblieben. Wenn sie sich hersetzen und ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, vielleicht melden wir uns alle ein bißchen zu Wort, wie es sich gehört.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Der zweite Punkt, der mir auch sehr seltsam vorkommt, Bekanntgabe des konkreten Auswahlverfahrens bereits bei der Ausschreibung. Also, wenn wir schon im Vorhinein festlegen ob wir ein Hearing, ein Assessment Center oder eine Mischung davon machen, das wird wahrscheinlich nicht gehen. Man muß sich einmal vorstellen, man macht für eine Person ein Assessment Center. Ist schon toll. Auf der einen Seite sagen wir, wir müssen sparen, auf der anderen Seite, vielleicht wissen jene, die das verlangen, gar nicht was das eigentlich für ein Aufwand ist, ein Assessment Center zu machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie das Bewerberfeld aussieht.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, das ist obendrein noch ein Punkt. Dieses Auswahlverfahren festzulegen ohne daß ich weiß wer sich aller bewirbt, ob es sich überhaupt auszahlt, daß man eines macht oder ob ein Hearing genügt. Ich denke mir, das soll doch bitte offen bleiben, damit ich mir das vorher auch ansehen kann. Frau Kollegin, Frau Koppensteiner, was ich mich erinnern kann, werden für Direktorinnen- oder Direktorenposten auch Assessment Centers gemacht. Jetzt kommen wir zu der Bevorzugung, die Streichung der Bevorzugung. Was ich mich erinnern kann, gibt es für Direktoren, also für die, die sich um einen Direktorenposten bewerben, auch Punkte, wenn sie auf ihrer eigenen Stammschule kandidieren.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Das steht im Objektivierungsgesetz drinnen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Was ich mich erinnern kann, wenn ich mir die Liste ansehe, wie das bewertet wird, wenn ich auf meiner eigenen Schule ...

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Im neuen Objektivierungsgesetz, das es seit 1991 gibt, sicher nicht.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Na gut. Es hat es aber wahrscheinlich geben.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Es ist sehr, sehr oft reformiert worden. Das ist richtig.

Zwischenruf von Präsidialdirektor SR Dr. Gerhard Alphasamer

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Herr Dr. Alphasamer, könnten sie das bitte noch einmal wiederholen.

Präsidialdirektor SR Dr. Gerhard Alphasamer:

Es gibt ein Lehrermitbestimmungsgesetz bei der Direktorenauswahl.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer leitet denn die Sitzung? Die reden alle durcheinander.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, weil wir eine Pause brauchen, weil sie unkonzentriert sind.

Gelächter

Ordnungsruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sei's wie's sei. Eines ist mir auf jeden Fall aufgefallen, in meinem mittlerweile fast 47jährigen Leben, daß das beste Auswahlverfahren, das ja nicht unbedingt das komplizierteste Auswahlverfahren sein muß, aber ich sage nur, das beste Auswahlverfahren wo man versucht so objektiv wie möglich zu sein, keine Garantie ist, daß diese Person, die durch dieses Auswahlverfahren durchgelaufen ist, aber auch wirklich auf diesen Posten reüssiert. Das ist keine Garantie. Also, wenn wir jetzt anfangen Reglementierungsverfahren bis zum geht nicht mehr zu machen, mit welchem Ziel machen wir das letzten Endes, ja immer in der Hoffnung auf Mitsprache, das ist ja eh da drinnen. Das ist auch ein Aspekt. Aber um so genau wie möglich die Person auszuwählen. Ich sage ihnen noch einmal, auch wenn wir es noch so genau machen, heißt es noch lange nicht, daß derjenige oder diejenige nach zwei, drei Jahren aufgibt und sagt, nein, das paßt nicht für mich, das geht nicht, oder der Dienstgeber darauf kommt, er hat zwar irrsinnig präliert, aber gebracht hat er es nicht eigentlich nicht. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die letzte Wortmeldung reizt direkt ein bißchen zum Widerspruch. Ein bißchen kommt mir das vor, Herr Kollege Apfelthaler, als wie wenn sie jetzt krampfhaft irgendeinen Grund suchen, warum sie diesem Antrag nicht die Zustimmung geben wollen. Wenn sie wirklich überlegen, was sie da gesagt haben, ich meine, das paßt ja wirklich hinten und vorne nicht zusammen. Das ist ja wirklich ein Blödsinn. Worum es hier geht ist ja nicht um das Auswahlverfahren für das normale Personal sondern für Leiterposten. D. h., wirklich für Positionen, wenn ich mir ansehe, jetzt ist auch der Leiter für den GB III ausgeschrieben worden, der immerhin über 200 Leute unter sich hat, das ist ja keine Kleinigkeit. D. h., hier müssen sehr wohl die Voraussetzungen stimmen. Da gibt es natürlich verschiedene Philosophien. Es gibt Firmen und Industriekonzerne, die sagen, bei mir kommt für so eine Leiterposition nur ein Auswärtiger infrage. Das verurteile ich bitte genau so wie auch jene Bevorzugung, die hier stattfindet, daß man sagt, bei den gleichen Voraussetzungen hat der im Amt den Vorzug. Ich glaube, was man mit diesem Neuantrag vor allem erreichen will ist, ein bißchen mehr an Transparenz. Weil wenn es so ist, wie es jetzt im Personalbeirat gehandhabt wird, bitte schön, daß ich einen vorselektierten Vorschlag auf den Tisch bekomme und kann dann über ein Dreierpaket im Prinzip abstimmen oder absegnen, das kann es ja wirklich nicht sein. Ich glaube, daß diese Geschäftsbereichsleiterpositionen und Fachabteilungsleiterpositionen wertvoll genug sind, daß wir uns wirklich mittlerweile absolut herkömmlichen Methoden einer modernen Personalentwicklung bedienen und vor allem auch die Forderung, wenn ich es mir ansehe, daß da der interne Personalentwickler miteingebunden werden soll, ja bitte schön, das ist ja eigentlich eine Grundvoraussetzung.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Kollege Bremm, ich glaube, da wissen wir alle was los ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Apfelthaler, beim besten Willen, ich habe die Ausführungen von ihnen nicht verstanden. Wir haben diesen Antrag bitte schön nicht miteingebracht. Wir haben ihn uns aber angesehen und können durchaus damit leben und glauben, daß das eine sinnvolle Entwicklung ist und daß wir diesen Weg auf alle Fälle gehen sollten und wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja Herr Apfelthaler, ihre Wortmeldung ruft ja wirklich zum Widerspruch heraus. Es ist schon eigenartig, wenn sie nicht weiter können dann reduzieren sie das auf irgendwelche persönlichen Geschichten und können dann aber nicht sagen, um was es sich dreht. Ich habe überhaupt persönlich keine Fehde mit Herrn Dr. Locicnik gehabt. Überhaupt nicht. Ich habe nur damals, wenn sie sich erinnern können, vorgeschlagen, weil es ja auch damals nicht diskutiert worden ist, den Posten, der damals von der Frau Karner, als Leiter der Erwachsenenbildung, durch die Pensionierung freigeworden ist, daß man versucht, diesen Posten einzusparen, daß wir Leute umgruppieren und, daß man auch hier personell, finanziell eine Entlastung hat. Gleichzeitig habe ich auch dazu gesagt, daß wir gerade im Museumsbereich Nachholbedarf haben. Insbesondere durch die hauptamtliche Tätigkeit, aber nicht freigestellt, des Personalvertreters. Das ist ja auch eine Dauerleihgabe von der Kultur an die Personalvertretung.

Zum letzten Punkt, den sie hier stark kritisiert haben, da würden ja alle Universitätsinstitute ja dumm sein, weil bei den meisten Universitätsinstituten ist es fast Voraussetzung, daß ein externer Bewerber kommt. Nicht weil man die eigenen Leute heruntermachen möchte. Ganz im Gegenteil, weil man sich befruchten möchte. Das soll die Meinung von einer anderen Universität, von einer anderen Bildungseinrichtung weiterbringen. Ich bin schon verwundert, daß gerade sie im kulturellen Bereich auf das Beharrende stehen. Sie kommen mir auch in der Argumentation wirklich von vorgestern, aus der DDR, vor.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist so. Wenn sie nur irgendwo ein „Gesetzerl“ haben, wo sie sich anhalten können, mit den

„Roten“ mittun können, dann sind sie dabei und sind glücklich. Wissen sie, ich habe wirklich die Schnauze voll, im Personalbeirat zu sitzen und dann Ergebnisse aus der sogenannten Objektivierungskommission da zur Kenntnis zu nehmen und das „Handerl“ zu heben. Ich erleide es nicht mehr. Es tut mir körperlich weh. Es gehören wirklich gerade bei solchen Spitzenpositionen die Rahmenbedingungen im Auswahlverfahren geändert. Um das geht es und um nichts anderes. Ansonsten haben wir wiederum jedes Jahr die 3 % Personalkostenerhöhung und nichts geht weiter.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es steht aber auch herinnen, es soll trotzdem je ein Mitglied jeder Fraktion teilnehmen. Das hat ja mit einem Hearing oder einem Assessment Center nichts mehr zu tun, wenn die Politiker bei einem Auswahlverfahren mitreden.

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Es ist ja nicht weiter verwunderlich, daß, wenn ein derartiger Antrag gestellt wird, bei dem es um Objektivierung geht, sich da die Genossen der SPÖ mit Händen und Füßen dagegen wehren, weil alles was mit Objektivierung zu tun hat, gerade im Postenbereich, widerspricht derart dieser Ideologie. Sie schütteln den Kopf, ich weiß es eh. Es ist sinnlos mit einem Genossen über so etwas zu reden.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das müssen sie gerade sagen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Es ist wirklich sinnlos über so etwas zu reden, weil dieses Ideologie ...

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Bitte schauen sie, daß ihre Schäfchen wenigstens um diese Zeit wieder ruhiger werden. Daß sie sich um diese Zeit nicht einmal mehr ein bißchen zurückhalten können, ihr habt eh schon soviel gesagt. Dieses Thema, diese Ideologie, und alle „Roten“ schütteln den Kopf, das gefällt mir so richtig. Diese Postenschacherideologie ist bei der SPÖ derart tief verwurzelt, daß es einfach wirklich sinnlos ist überhaupt noch zu reden. Ich nehme es aber gar nicht übel, weil 30 Jahre an der Macht führen eben zu diesem Realitätsverlust, den ich heute schon einmal angesprochen habe. Ihr habt nicht einmal ein schlechtes Gewissen dabei. Das ist so. Ich nehme es euch persönlich gar nicht übel. Ihr seid halt so. Das muß man so zur Kenntnis nehmen, es ist nicht besser. Objektivierung, die überall erforderlich ist, in der Privatwirtschaft. Es gibt nichts mehr, kein großes Unternehmen, daß nicht umfangreiche

Hearings oder Assessment Centers durchführt. Jedes Unternehmen führt das durch. Nur in der Politik haben wir wieder die Ideologie. Jede Lebensposition, die irgendeinen Posten in höher Position vergeben, wo irgend so ein Posten vergeben werden soll, muß über die Partei vergeben werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gegen das haben wir nichts. Wir haben nur etwas dagegen, weil da die Politik mitreden will. Das steht auch in dem Antrag.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Dieser Antrag, darum geht es, einen Schritt in Richtung Objektivierung und der wird natürlich wieder abgelehnt. Von wem wird er unterstützt? Die ÖVP unterstützt auch diesen Antrag in diese Richtung. Wer stimmt euch wiederum zu, immer dann wenn es eng wird? Das fällt auch schon wieder auf, die Grünen. Das ist halt wieder der Abtausch, damals, den wir schon vor zwei Jahren besprochen haben. Der Vorsitzende im Prüfungsausschuß, das ist halt dann die Treue, die an den Tag gelegt wird. So wird das wieder kompensiert. Es paßt schon alles zusammen. Es tut weh, es war damals der Vorsitz, daß bei allen Themen, wo es irgendwo eng wird ...

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Ich nicht!

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Er hat ein schlechtes Gewissen, weil er fühlt sich offensichtlich betroffen. Da gibt es halt dann die Unterstützung. Das ist halt dann das „Händler-,_Schacherleprinzip“, diese Mentalität die derart tief verwurzelt ist, die man einfach nicht herausbekommt. Aber ich nehme es euch gar nicht übel, ihr seid halt so.

Diskussion verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Forstenlechner. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

GEMEINDERAT ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat. Ich wollte auch zu dem Thema noch einmal etwas sagen, weil

das Thema Auswahlverfahren wirklich so aussieht, wenn man da mit einem Assessment Center anfängt, dann hat man die goldene Regel gefunden, dann hat man die Lösung gefunden die man eigentlich sucht. Ich kann aus eigener Erfahrung berichten, daß ich bei Assessment Centers selbst dabei war, einige Male, und ich habe mich auch mit Personalisten zu diesem Thema unterhalten und ich habe mich zu diesem Thema ausgetauscht. Ich muß ganz klar sagen, es braucht sich keiner einbilden, daß man mit einem Assessment Center, nur weil es ein modernes Verfahren ist, die beste geeignete Frau oder Mann findet. Also, wir haben sicher schon die unterschiedlichsten Erfahrungen. Ich bin erst vor kurzem dabei gewesen und ich bin überzeugt, wenn man drei oder vier verschiedene Gruppen ein Assessment Center praktizieren läßt, kommen drei, vier verschiedene Lösungen heraus. Es kann alles herauskommen. Angefangen von einer ganz einer guten Lösung bis hin zu einer ganz einer schlechten Lösung. Es ist halt eine Methode, die sicher nicht schlecht ist, aber, daß man da ein Allheilmittel hat, das wunderbar funktioniert, das ist es mit Sicherheit nicht. Das kann ich sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech. Ist das eh nicht die dritte Wortmeldung?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, es ist die zweite Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich traue ihnen nicht ganz.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich finde es nur fair, wenn man zur Argumentation eines anderen Kollegen spricht ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Schauen sie einmal her, der folgt nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Muß er ja nicht, es war ein Angebot, weil ich möchte nicht über Personen sprechen die sich außerhalb dieser Räumlichkeiten befinden. Also, wieder zurück zu unserem Antrag. Ich finde es auf der einen Seite schon ein starkes Stück, wenn man da unterstellt, da werden jetzt persönliche Fehden

ausgetragen oder sonst etwas, nur weil sich drei Fraktionen des Steyrer Gemeinderates um ein modernes Personalauswahlverfahren bemühen, in dem Fall haben wir zwar stimmenmäßig leider nicht die Mehrheit, aber immerhin, es sind drei von fünf Fraktionen des Steyrer Gemeinderates, die in diesem Weg eine ähnliche oder sogar dieselbe Linie verfolgen. Die Argumentationen, die ich jetzt zum Schluß gehört habe, sind wirklich nicht ganz stimmig. Ich gebe jedem Recht, daß natürlich ein Assessment Center, ein Hearing, Rollenspiele, Diskussionen, wie auch immer, Aufgabenstellungen aller Art, Interviews, Testverfahren nicht immer das Gelbe vom Ei sein müssen. Nur, sich hinzustellen und zu sagen, weil es ja oben vielleicht nicht so hundertprozentig funktioniert machen wir es gleich gar nicht.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist so gekommen. Das ist so als Kritik gekommen, also machen wir es gleich gar nicht. Das verstehe ich nicht ganz. Klar haben alle Testverfahren ihre Lücken, aber wir sollten schauen, daß wir möglichst objektiv und möglichst zielführend unser Personal auswählen. Eines habe ich vom Kollegen Apfelthaler auch nicht ganz verstanden, wo er so in den Raum gestellt hat, oder es ist zum Teil auch vom Herrn Hauser gekommen, wir disqualifizieren die internen Mitarbeiter des Magistrates ab, wenn wir diese Bevorzugung aufheben. Ganz im Gegenteil. Wir verhindern damit eine Disqualifizierung und Herabsetzung der externen Bewerber, weil wir damit eine Gleichstellung herbeiführen. Eine Gleichstellung, die ohnedies nicht vorhanden ist, weil wie gesagt, ein interner Bewerber hat natürlich das interne Wissen und tut sich bei einer Bewerbung leichter. Auf der anderen Seite denke ich mir, irgendwie ist diese Formulierung, wenn wir hineinschreiben, bei gleicher Qualifikation sind interne Bewerber zu bevorzugen, so auf die Art ein Signal nach außen, wir müssen unsere internen Bewerber vor den Externen schützen. Das kann es ja auch nicht sein. Bitte, wovor fürchten wir uns denn? Wir haben gutes, internes Personal. Man braucht sich nicht fürchten gegenüber externen Bewerbern. Da gehört nur eine Gleichstellung her. So sehe ich das jedenfalls. Ich freue mich in diesem Fall und möchte mich auch bei der ÖVP-Fraktion bedanken, daß sie diesem Antrag ihre Zustimmung geben wird. Was mich schon sehr verwundert ist, daß die Grüne Fraktion hier wirklich signalisiert, daß sie von Modernität im Personalauswahlverfahren schlichtweg nichts hält.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

So ein Blödsinn.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zur Zeit gibt es keine weitere Wortmeldung. Ich möchte nur sagen, daß eigentlich ich, als Bürgermeister, mir keinen schlechten Mitarbeiter in einer Spitzenposition wünsche. Wieso denn auch? Wo wäre das Motiv, bewußt einen Schwächeren als den Besten der zu bekommen ist, dort hin zu setzen?

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Um das geht es ja nicht. Die Vorgangsweise muß passen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das würde mir doch nicht gut tun, wenn ich da einen Schwächeren hinsetze, wenn ich einen guten Mitarbeiter bekomme. Ich bin da eigentlich vollkommen offen. Ich habe nur ein paar Erfahrungen in der Vergangenheit gemacht. Keine einzige, aber keine einzige Personalbestellung in den letzten neun Jahren ist über die Bühne gegangen, wie das unter normalen Verhältnissen normal gehen soll. Immer ist massiv die jeweilige Bestellung kritisiert worden. Und zwar unabhängig davon, ob Hearings oder Assessment Centers gemacht wurden. Das haben wir ja schon alles gehabt. Ich bin ja gar nicht gegen ein Assessment Center möglicherweise auch nicht gegen ein Hearing. Da muß man sich das Bewerberfeld überhaupt einmal ansehen, um zu sehen, was man macht. Daß wir das Objektivierungsgesetz des Landes OÖ, das für uns nämlich Gültigkeit, Verbindlichkeit hat, einhalten müssen, das brauche ich da auch nicht diskutieren. Wenn das als unmodern bezeichnet wird, wie das von ihnen, Frau Kollegin Koppensteiner, geschehen ist, dann würde ich mit ihren Freunden sprechen, die in OÖ die Mehrheit im Landtag haben, daß sie das ändern und moderner machen. Das können sie gerne tun und ich wünsche ihnen dabei viel Glück. Fest steht eines, glaube ich, daß wir eine merkwürdige Herangehensweise haben. Wir wollen plötzlich das Objektivierungsgesetz insofern konterkarieren, indem wir wieder politische Mitwirkung in diesem Antrag verlangen. Na net, hinsetzen werden sie sich und nichts werden sie sagen. Das kann ich mir ja vorstellen, das war ja noch nie ihre Art. Daß natürlich die Frau Frech jetzt, oder ich weiß nicht wer, unbedingt den aussuchen soll, den beste Geschäftsbereichsleiter für das Kulturamt ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das hat niemand gesagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... oder für das Bauamt, das ist ja auch wirklich nicht einzusehen, z. B. aus meiner Sicht, weil bestellen muß ihn nämlich zum Schluß ich. Und wissen sie was? Ich werde überhaupt keinen bestellen, von dem ich nicht weiß, daß er gut ist. Das ist nämlich meine Verantwortung und die nimmt mir auch niemand ab. Daher sind diese vielen Diskussion um jede Postenbesetzung, meiner Meinung nach, müßig. Ich glaube, das Gesetz ist eh schon so eng, es gibt eh schon so viel vor. Ich weiß nicht, wie weit wir das Ganze noch determinieren sollen. Bis zum letzten Gamaschenknopf? Dann reden wir von Objektivität und dann wollen sie wieder eine politische Entscheidung treffen und letzten Endes wollen sie auch noch die Mehrheitsverhältnisse außer Kraft setzen und damit in Wirklichkeit auch die Wahlergebnisse nicht zur Kenntnis nehmen. Das nennen sie dann Demokratisierungsprozeß. Also, ich kann ihnen da leider nicht folgen, das tut mir außerordentlich Leid. Ich wollte nur eine kleine Bemerkung machen, weil ich an dem Spiel an prominenter Stelle auch mitwirken muß.

Ich möchte den Herrn Referenten um sein Schlußwort bitten.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Es ist schon eigenartig, wie mit verschiedenerelei Maß da heute im Laufe Gemeinderates gemessen wurde. Wenn ich daran denke, bei den Sportrichtlinien die der Kollege Bremm vorgetragen hat und der große Aufschrei, jetzt den Sport zu verpolitisieren und die Politik in den Sport zu tragen. Die OÖ Landesregierung hat ein Objektivierungsgesetz angelegt um die Politik aus der Bestellung der Landesbediensteten, die Politik aus der Bestellung der leitenden Landesbediensteten in Folge die Bestellung der leitenden Bediensteten in Statutargemeinden zu regeln. Da kommt jetzt der Antrag, das wieder auf eine andere Basis zu stellen und die Politik wieder mitmischen zu lassen. Ich glaube nicht, daß wir der Stadt Steyr unterstellen können, daß wir gegen das Objektivierungsgesetz des Landes OÖ bei Bestellungen von Mitarbeitern, aber auch leitenden Mitarbeitern, die nicht ganz mit dem Paragraphen übereinstimmen, die sie, Frau Kollegin Frech, angeführt haben, sondern es gibt an sich einen ganz speziellen Gesetzestext dann für Statutargemeinden, was auch leitende Beamte betrifft. Da wird dann unter anderem der § 2 aufgehoben und kommt nicht zur Geltung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

In der Folge wird dann auf § 20 verwiesen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Aber dann noch dazu, ja. Ich denke, so wie die Stadt Steyr die Ausschreibung durchführt, auch über eines der modernsten Möglichkeiten, über das Homepage, denke ich, daß wir wirklich diesen Punkt, der in ihren Forderungen drinnen ist, als erfüllt bezeichnen können, wie in der Stadt Steyr vorgegangen wird. Wobei ich auch denke, in der Zeit wo wir jetzt leben, werden sich die Leute kaum mit den Zeitungen herumschlagen sondern eher in den Homepages herum suchen. Wir haben gewisse Erfahrungen damit, daß das auch der richtige Weg ist.

Zum Punkt, zwingend oder nicht zwingend, den sie angeführt haben ist auch die Durchführung, wie es die Stadt Steyr macht, klar und deutlich. Sie haben es selbst gebracht, wenn eine Anforderung nur erwünscht ist, sh. beim Baudirektor, wird es bei der Ausschreibung angeführt. Sämtliche anderen Kriterien sind als zwingend zu erfüllen zu betrachten.

Ja, zur beantragten Streichung der Bevorzugung interner Bewerber gegenüber externer Bewerber möchte ich eines festhalten, daß dies landesweit bei Aufnahmen in den Landes- und auch in den Gemeindedienst eine übliche Formulierung darstellt, die auch sachlich damit begründbar ist, jetzt kommen wir zur gleichen Chancengebung, daß sich diese Bevorzugung interner Bewerber gegenüber externer Bewerber nur auf denjenigen Fall bezieht, daß bei beiden Kandidaten vollkommen gleiche Voraussetzungen bestehen. Man kann es jetzt weiterspinnen. Wenn ich das wirklich habe und der interne Kandidat vom Bürgermeister ernannt wird, wird logischerweise ein neuer Platz frei. Wir haben heute schon, von Herrn Dr. Pfeil angesprochen und zuerst wieder gesagt, die 3 % und das ist ein Wahnsinn, es geht sonst nichts weiter, das wäre eine der Möglichkeiten auch dann entsprechende Kosten einzusparen, wenn ich dann diesen Platz entsprechend mit einer jungen Nachwuchskraft besetze.

Betreffend Hearing und Assessment Center wurde schon eine ganze Reihe gesagt. Ich kann mich den Apfelthaler Kurt durchaus anschließen.

Ich sage auch eines ganz klar, Kollegin Frech, es hat niemand gesagt, daß kein Hearing und kein Assessment Center durchgeführt wird.

Betreffend der Einteilung der Mitglieder der Begutachtungskommission, die ja aufgrund des Objektivierungsgesetzes vorgesehen ist, möchte ich nur auf eines hinweisen und das ist für mich eigentlich einer der wichtigsten Punkte. Die Mitgliederbegutachtungskommission für alle Bewerbungen die es grundsätzlich gibt und schlußendlich hat dann auch, wenn wir ein Hearing machen, die Begutachtungskommission die Entscheidung zu fällen, und sind bei der Ausübung ihres Amtes an keine Weisung gebunden. Das ist eine Verfassungsbestimmung die, denke ich, aus diesem Grund auch entsprechend einzuhalten ist und auch eingehalten wird. Also noch einmal. Die Ablehnung eines Hearings oder Assessment Centers ist in keiner Weise irgendwo festgehalten, auf der einen Seite. Auf der anderen Seite, der Arbeit der Objektivierungskommissionen hier in diesem Haus kann man sicher nicht unterstellen, daß sie in irgendeiner Art und Weise weisungsgebundene Entscheidungen trifft entsprechend der Erfüllung des Gesetzes.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen. FPÖ, ÖVP, LIF. Wer ist gegen diesen Antrag? GAL + SPÖ. Der Antrag ist somit mit Mehrheit abgelehnt.

Wir nehmen nunmehr den Dringlichkeitsantrag Nr. 2) in Behandlung. Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Liberalen und der ÖVP Gemeindefraktion. Weisung gegenüber dem Kollegen Eichhübl.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Den haben wir nicht. Wir haben nur den Dringlichkeitsantrag Nr. 3). Keiner hat ihn.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber ich habe ihn schon vorgelesen.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, wir versuchen einmal die Fraktionsvorsitzenden damit zu versorgen. Ich habe den Antrag vorgelesen, als wir über die Dringlichkeit befunden haben. Die Dringlichkeit wurde zuerkannt. Es sind hier zwei Fraktionen angeführt, die unterzeichnet haben. Der Antrag ist ausreichend unterstützt und steht nunmehr in Behandlung. Ich bitte die Einreicherfraktionen das Wort zu nehmen und zu erläutern.

Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gast. Was sie hier heute vor sich sehen ist eine Premiere im Steyrer Gemeinderat. Um 2.45 Uhr morgens, zu einer Zeit, wo ansich ein Gemeinderat nicht mehr tagt. Und zwar ist es laut Stadtstatut, laut Verfassungsgerichtshofserkenntnis und auch laut Bestätigung der Gemeindeabteilung möglich, daß nämlich der Gemeinderat, als oberstes Organ der Stadt Steyr, dem Stadtsenat oder einzelnen Stadtsenatsmitgliedern eine Weisung erteilen kann. Ich möchte noch ein bißchen zurückgehen. Ihnen allen ist ja bekannt, wir haben eine rege Diskussion, auch hier im Gemeinderat, zum Thema neue Linienführung der Steyrer Busse abgeführt. Wenn sie sich ein paar Gemeinderatssitzungen zurückerinnern, da hat es dann einen Dringlichkeitsantrag der ÖVP und des Liberalen Forums für eine verbesserte Linienführung gegeben. Dazu hat es dann auch einen Abänderungsantrag der F-Fraktion und der GAL-Fraktion gegeben. In der nächsten GR-Sitzung war alles anders. Plötzlich wurde uns mitgeteilt, der GR ist für die Linienführung der Steyrer Busse ab sofort nicht mehr zuständig. Da ist man plötzlich draufgekommen, daß es nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderates geht. Na ja gut, wenn es nicht die Zuständigkeit des GR über Anträge ist, dann eben im konkreten Fall über eine Weisung. Die Dringlichkeit haben wir ja ausreichend begründet. Wann, wenn nicht heute, ist es möglich, noch Änderungen zu erreichen und noch schlimme Folgen zu verhindern. Wir haben uns jetzt, seitens der ÖVP und des Liberalen Forums, auf einen Punkt zurückgezogen. Uns liegen natürlich viel mehr Punkte am Herzen. Aber dieser eine Punkt, nämlich die jetzige Linie 3a, Ennsleite-Neuschönau-Bahnhof, weiterhin über den Stadtplatz zu führen, haben wir deshalb genommen, weil sie uns natürlich ein besonderes Anliegen ist, aufgrund der konkreten Voraussetzungen und Folgen, aber vor allem auch deshalb, weil das jener Punkt war, wo sich in der GR-Sitzung, wo der GR noch per Antrag zuständig war eine klare Mehrheit gefunden hat. Ich kann mich erinnern, die Linienführung 3a war jene, wo man gesagt hat, das wäre machbar. Man verstößt zwar gegen das durchgängige Prinzip, jeder muß einmal am Bahnhof umsteigen, aber wenn man will, das ist auch seitens der Stadtwerke verkündet worden, dann kann man das machen. Das war der kleinste gemeinsame Nenner zwischen ÖVP, LIF, Grün ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Die Stadtwerke haben immer gesagt: „Nein!“. Das war ja das Problem.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Der Herr Anibas hat immer gesagt, das steht sogar im Protokoll drinnen, lies es bitte Andreas, daß es möglich ist, und nur gegen das gängige Prinzip verstößt. Das war auch in der Diskussion im GR so, wenn sie sich zurückerinnern, und wenn sie sich ihre eigenen Anträge ansehen, daß der kleinste gemeinsame Nenner wirklich diese Linienführung, über den Stadtplatz bei der Linie 3a war.

Die Begründung dafür ist klar. Gerade in der Neuschönau gibt es sehr viele Seniorenwohnheime, es ist ein Wohngebiet mit älterer Wohnbevölkerung und natürlich steht bei dieser Fahrtstrecke einfach die Fahrtstrecke in keiner Relation zur Fahrzeit, wenn ich über den Bahnhof herumfahren muß. Aus diesem Grund gehen wir, seitens der ÖVP und des Liberalen Forums, davon aus, hier eine breite Mehrheit zu finden, weil es der kleinste gemeinsame Nenner ist, den man machen kann. Ich würde sie daher wirklich bitten diesem Antrag, in Form einer Weisung, die Zustimmung zu erteilen, damit wir zumindest einen Punkt heraußen haben, weil uns sonst am 12. Juli sicherlich einige böse Überraschungen erwarten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Herr Stadtrat Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte jetzt gar nicht auf diese rechtliche Situation eingehen. Auch die Dringlichkeit muß mit Sicherheit nicht wiederholt werden. Jetzt geht es wirklich um den Grund für diesen erneuten Antrag. Wir möchten nicht über irgendetwas reden wie über Stadtplatz oder Stadtplatzkaufleute, das ist hier wirklich nicht das Thema. Hier geht es um die Bevölkerung der Neuschönau, die sich von allen anderen Stadtteilen vor allem auch dadurch unterscheidet, daß in diesem Gebiet überhaupt keine Nahversorgung ist. D. h., die nächste und vor allem einzige Einkaufsquelle ist hier nächstgelegenen der Stadtplatz. Wir glauben, daß das schon absolut erschwerend ist, gegenüber allen anderen Linien und, daß es hier gerechtfertigt ist. Vor allem auch, wo die Stadtwerke gesagt haben, sie sind zwar grundsätzlich dagegen aber machbar wäre es, daß man hier dem Wunsch der Bevölkerung wirklich entgegenkommt und diese eine Linie nach wie vor über den Stadtplatz laufen läßt. Das wird für uns keine Verschlechterung sein, es entstehen kaum Kosten. Ich sage das bewußt, kaum Kosten, und ich glaube, daß wir der betroffenen Bevölkerung wirklich etwas Gutes tun können. Ich ersuche daher, vom reinen Parteiendenken wegzugehen und wirklich im Sinn dieses Antrages zu entscheiden, im Interesse der Bürger der Neuschönau. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Kollege Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte nur seitens der Ennsleitner SP-Funktionäre klarstellen, daß sich an unserer Position, gegenüber der letzten GR-Sitzung, nichts verändert hat. D. h. klipp und klar, wir sind nach wie vor nicht glücklich über die Linienführung, aber wir stehen auch zu einer demokratischen Entscheidung und es kann uns zumindest bei diesem Punkt niemand vorwerfen, daß da nicht genügend diskutiert wurde. Ich denke mir, man sollte auch einmal eine mehrheitliche Entscheidung akzeptieren, zumal, und das ist nämlich mein Wissensstand, uns sehr wohl seitens der Stadtwerke versichert worden ist, daß, sollten sich diese Befürchtungen bewahrheiten, man sehr kurzfristig reagiert und eine diesbezügliche Nachjustierung dieser Linienführung vornehmen kann. Also, ich denke mir, bleiben wir dabei. Mir kommt das jetzt so vor, jetzt ist uns das nicht gelungen, jetzt hängen wir uns halt noch einmal an die letzte Möglichkeit an. Ich denke mir, bleiben wir bei einer geraden Linie, probieren wir es einmal so, wie wir es besprochen haben. Wir haben lange genug darüber diskutiert Das wollte ich eigentlich nur zur Klarstellung sagen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wollen sie auch den Saal verlassen.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Nein, wieso?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster am Wort ist Kollege StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe ja bereits eingangs dieser Sitzung, als es um die Zuerkennung der Dringlichkeit gegangen ist, zum Ausdruck gebracht, daß ja damit zu rechnen war, daß bei der letzten GR-Sitzung, kurz vor der Eröffnung der zentralen Busumsteigstelle am Bahnhof, Aktivitäten in diese Richtung gesetzt werden und es war auch für mich selbstverständlich, daß gerade die Kollegin Frech die Gelegenheit wahrnehmen wird, um aus demokratiepolitischen Gründen, wie sie immer sagt, ihre überdimensionale Fraktionsstärke in Einklang mit der ÖVP zu bringen, um hier noch vor der Sommerpause ein paar Punkte zu machen. Enttäuscht, Herr Kollege Mayrhofer, bin ich von der leicht dezimierten ÖVP-Fraktion, daß sie so einen stark dezimierten Antrag heute einbringt. Wenn sie wenigstens bei der Linie geblieben wären Herr Kollege Mayrhofer, dann hätte ich ein bißchen mehr Achtung vor diesem Antrag. Was ist den mit ihrer ursprünglichen Forderung des 5-Minuten-Taktes, zusätzlich zu den von den Stadtwerken vorgeschlagenen Maßnahmen und nach langer Diskussion oder nach mehreren Diskussionen nicht nur im Ausschuß für Kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen sondern auch hier im GR vorgeschlagenen Möglichkeiten? Was ist denn bitte mit ihrer Forderung, alle Busse, die in Richtung Stadtplatz fahren oder vorbeifahren, wie sie das formuliert haben, die sich auch künftighin auf den Stadtplatz dort einfinden. Ich kann ihnen schon sagen warum. Weil sie inzwischen wahrscheinlich draufgekommen sind, daß wir dann dieses Parkdeck gar nicht brauchen bzw. diese zentrale Busumsteigstelle gar nicht brauchen. Das würde dann diese GR-Beschlüsse, wo sie auch mitgewirkt haben, ad absurdum führen. Ich habe schon sehr deutlich heute auch ihre Äußerung gehört, Herr Kollege Mayrhofer, wo sie im Zusammenhang mit der Errichtung des Ärztehauses umgleich einer zukünftigen Diskussion vorzubeugen, was nämlich die Kaufkraftabflüsse betrifft, erwähnt haben, na ja, dieser Bereich Ärztehaus, das ist ja auch das Stadtzentrum. In diesem Antrag schreiben und verlangen sie, daß die Erreichbarkeit des Stadtplatzes als Zentrum der Stadt mit der Linie 3a auch künftighin direkt angefahren werden soll. Also, jetzt müssen sie mir schon einmal erklären, was sie eigentlich wollen. Ich halte es schon für unverantwortlich, wenn man heute hier hergeht, man weiß, daß sämtliche Vorbereitungsmaßnahmen, aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses im Kommunalausschuß in Richtung Umstellung im Zusammenhang mit der Errichtung der zentralen Busumsteigstelle abgeschlossen sind, dazu gehört der Antrag an die übergeordnete Behörde, dazu gehören die Informationen an die Bevölkerung, dazu gehört die Aussendung dieses neuen Fahrplanes - Frau Kollegin Frech, haben sie den auch erhalten oder haben sie keinen Haushalt? - ich frage sie nur vorsichtshalber, ich nehme an, auch sie haben ihn bekommen ...

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... und mir geht es jetzt gar nicht so sehr, im Hinblick darauf, daß da ein jugendhaftes Foto vom Herrn Bürgermeister drinnen ist, daß man es deswegen nicht einstampft, sondern das wäre ja wirklich eine Verhohnepipelung der Bevölkerung. Das muß ich ihnen hier sehr deutlich sagen. Ich brauche jetzt gar nicht darauf hinzuweisen, das hat ja der Kollege Oppl bereits gesagt, daß wir uns in wiederholten Sitzungen mit dieser Thematik befaßt haben, daß wir auch selbstverständlich die Linie 3a und die

künftige Führung besprochen haben. Wenn sie, Frau Kollegin Frech, meinen, daß man vonseiten der Stadtwerke, konkret sagten sie war es der Herr Anibas, gemeint hat, daß es natürlich möglich wäre die Linie 3a auch künftighin über den Stadtplatz zu führen, dann haben sie aber vergessen zu sagen, daß das auch mit gewissen Nachteilen verbunden ist. Ich habe bestimmt kein Problem und ich glaube es wird mir niemand unterstellen, daß ich die älteren Menschen aus dem Stadtteil Neuschönau hier in irgendeiner Form benachteiligen möchte. Herr Kollege Mayrhofer, eines sage ich schon auch, ich habe jahrzehntelang in der Neuschönau gearbeitet und wenn sie hier behaupten, daß die einzige Nahversorgung am Stadtplatz ist, dann stimmt das nicht. Bitte, das stimmt nicht, weil die Ennsleite von ihnen nicht berücksichtigt wurde. Es obliegt natürlich jedem frei wohin er sich wendet um seine Einkäufe zu tätigen. Ich kann ihnen schon sagen, ich wäre nie auf die Idee gekommen, daß ich bei dieser Verkehrslage auf den Stadtplatz fahre sondern ich bin, so wie andere Bewohner der Neuschönau auch, um meinen täglichen Bedarf zu decken, auf die Ennsleite gefahren.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sie sind aber nicht mit dem Bus gefahren sondern mit dem Auto.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber nun komme ich noch einmal darauf zurück, was die Nachteile sind, wenn die Linie 3a künftighin wieder den Stadtplatz, so wie bisher, anfahren würde. Da würde eines passieren, und das ist ja auch in den Diskussionen immer klar und deutlich zum Ausdruck gekommen, Frau Kollegin Frech, sie können sich vielleicht nicht daran erinnern, ich habe es ja schon einmal gesagt, bei der betreffenden Sitzung waren sie glaube ich nicht dabei, ich mache ihnen keinen Vorwurf, aber ich erinnere sie daran, daß, wenn diese direkte Linienführung auf den Stadtplatz beibehalten werden würde, müßten sehr viele Fahrgäste in Hinkunft zweimal umsteigen, nämlich am Stadtplatz und am Bahnhof, wenn sie in einen anderen Stadtteil gelangen wollen. Die Studie, die auch immer wieder strapaziert und von jenen beansprucht wurde, die da so großartige Veränderungen verlangt haben, weist ja immerhin darauf hin, daß 44 % der Fahrgäste ...

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

... umsteigen wollen bzw. die Linie benützen um eben in andere Busse umzusteigen, die in andere Stadtteile führen.

Bin ich verstanden worden Herr Kollege Mayrhofer?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Selbstverständlich.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke, dann brauche ich es nicht wiederholen, das ist sehr freundlich von ihnen. Aber wie gesagt nochmals. Ich bin wirklich darüber enttäuscht, daß sie hier davon reden die parteipolitischen Hintergründe wegzulegen um da einer Bevölkerungsgruppe zu helfen. Ich glaube, das werden sie nicht einmal ernsthaft annehmen, daß da parteipolitische Hintergründe dazu geführt haben, daß man diese Linienführung gewählt hat und auch mehrheitlich im Ausschuß und auch bei anderen Gelegenheiten wiederum ins Ziel bzw. ins Treffen geführt hat, weil sich eben Fachleute mit der Erstellung des Fahrplanes auseinandergesetzt haben. Wer sich wirklich intensiv damit beschäftigt, der weiß um die Zusammenhänge, der weiß, welche Verknüpfungen eben notwendig sind zu erreichen, wenn man ein modernes Konzept, und darum geht es ja, auch in die Tat umsetzen möchte.

Frau Kollegin Frech, auch ihr Gatte war in den Stadtwerken und hat um ein Gespräch gebeten bzw. darum gebeten, seine Vorstellungen im Bezug auf eine Fahrplanerstellung dort zum Ausdruck zu bringen. Wir haben ein sehr gutes Gespräch geführt, das wird er ihnen bestätigen. Auch er hat erkannt, daß es nicht so leicht ist, jetzt einfach einen Teilbereich herauszunehmen und dann zu sagen, ja, die anderen Stadtteile lassen wir einfach unberücksichtigt oder nehmen es in Kauf, daß im Grunde genommen dann für andere, die das öffentliche Verkehrsmittel benutzen, Nachteile entstehen. Wenn man sich dazu bekennt, daß die zentrale Busumsteigstelle am 12. Juli in Betrieb geht, wenn man diese Beschlüsse mitgetragen, hat meine Damen und Herren des Gemeinderates, dann müßte man sich auch zu diesem Fahrplankonzept bekennen. Ich sage nochmals, das was sehr oft auch bei öffentlichen Veranstaltungen aber auch intern zum Ausdruck gebracht wurde, daß man durchaus nach wie vor bereit ist, nach einer gewissen Probezeit, es wird einige Monate durchaus notwendig sein diesen neuen Betrieb zu beobachten, darauf zu reagieren. Wenn dort und da Änderungen notwendig sind, dann wird man darauf reagieren. Das, glaube ich, kann ich, hier als Referent nochmals unterstreichen und auch versprechen.

Es ist an und für sich tatsächlich eine Premiere, was die Kollegin Frech angesprochen hat, daß der GR hier eine Weisung an einen StR beschließen soll. Ich persönlich hätte gar kein Problem damit, aber ich kann ihnen schon auch eines sagen, wenn sie hier in ihrem Antrag schreiben, daß sie beim Referenten kein offenes Ohr gefunden haben, ich fühle mich als zuständiger Referent, als Ausschußvorsitzender dem Ergebnis der Abstimmung verpflichtet und ich bleibe auch dabei.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster ist Herr Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Ich muß jetzt noch etwas sagen, sonst habe ich heute ein Magengeschwür. Dieser gemeinsame Antrag den wir da jetzt noch versucht haben, ist einfach die verzweifelte Suche und der verzweifelte Versuch, daß wir noch irgendetwas retten können. Herr StR Eichhübl, wenn sie sagen eine Verhohnepipelung der Fahrgäste, ich meine, das was sie mit der Frau Mag. Frech da zuerst gemacht haben, war mindestens genau so. Aber es entspricht offensichtlich auch der Einstellungen den Stadtwerken, wenn der Dir. Riedler sagt, die Stadtplatzkaufleute sollen endlich einmal etwas gescheites machen, vielleicht oben ohne bedienen, dann muß ich sagen, fühle ich mich genau so verhohnepipelt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der ist ja schon in der Pension, glaube ich.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Es war noch in der aktiven Zeit, der war noch voll in dieser Diskussion drinnen. Ich meine, diese Studie, die sie anschreiben, haben nicht wir in Auftrag gegeben sondern die habt ihr, die Stadtwerke, in Auftrag gegeben.

44 % sind Umsteiger, aber was ist eigentlich mit den restlichen 56 %? Die sind euch egal. Die 56 % sind eigentlich genau die Leute, die nicht so mobil sind. Eigentlich wäre das die Mehrheit, muß ich sagen. Es ist natürlich so, der Herr Oppl hält sich zurück, weil den Autobus von der Ennsleite hat er direkt am Stadtplatz herunter. Eigentlich braucht er da nichts mehr.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Daß du so tief sein kannst, hätte ich nicht geglaubt. Ich darf dir sagen, ich gehe jeden Tag zu Fuß herunter.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Nein, aber ich fühle mich wirklich mit verschiedenen Aussage da auch verhöhnepipelt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, wie man so uneinsichtig bzw. so viel Inakzeptanz gefaßten Beschlüssen entgegenbringen kann, das verwundert mich schon sehr. Noch dazu, wenn ich mir dann die Begründungen ansehe, die so drinnen stehen. Wenn ich da in dem ersten Punkt in materieller Hinsicht, im ersten Absatz schaue und da steht dann: „Insbesondere dann, wenn sie nicht mehr selbst motorisiert bzw. gebrechlich sind. Für die genannte Personengruppe stellt der Zwang zum Umsteigen auf der Nahverkehrsdrehscheibe eine unzumutbare Belastung dar, die durchaus vermeidbar ist. Diese unzumutbare Belastung trifft zudem auch Behinderte sowie Eltern mit Kleinkindern.“ Da wird vorher darauf eingegangen, daß es halt hier auch ein Seniorenheim gibt. Ich möchte nur sagen, alle die von den Seniorenheimen vom Tabor herunter fahren, müssen umsteigen, alle die vom Seniorenheim vom Wehrgraben herauffahren und nicht durch den Grünmarkt selbst hereingehen wollen, müssen auch umsteigen. Ein gewisses Maß an Gleichheit der Bevölkerung ist halt für mich auch eines der Prinzipien. Weil wenn wir solche Begründungen letztendlich wirksam werden lassen, dann müssen wir sie für alle wieder wirksam

werden lassen. Das genau ist ja für meine Begriffe die wirkliche Zielrichtung von euch, die diesen Antrag gestellt haben nämlich die Liberale GR-Fraktion und die ÖVP GR-Fraktion, daß nämlich wieder alle Autobusse auf den Stadtplatz hereinfahren, weil dann könnte man ja wieder argumentieren, daß eh alle gleich behandelt werden. Da frage ich mich schon, für was wir seit einem Jahr etwa an der ganzen Sache herumdoktern und diskutieren, für was wir soviel Geld für eine neue Busumsteigstelle ausgeben, wo wir noch dazu heute selbst von der ÖVP GR-Fraktion gehört haben, daß das eh zum Stadtzentrum gehört. Da frage ich mich halt schön langsam, warum es für die einen unzumutbar und für die anderen zumutbar sein soll. Ich schlage daher vor, daß wir nicht nur diesem Antrag nicht zustimmen sondern endlich einmal die neue Regelung in Kraft treten lassen und dann schauen, wer sich geirrt hat und dann können wir es verändern. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr. Doch. Kollegin Frech die 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werter Gast.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe selten so viel an Diffamierung oder Untergriffen erlebt, wie jetzt in dieser Diskussion. Nämlich uns zu unterstellen wir würden jetzt noch schnell vor der Sommerpause ein paar Punkte sammeln. Bitte, dieses Thema beackern wir jetzt seit Ewigkeiten. Ich kann es zum Teil schon nicht mehr hören.

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber es hat sich schlichtweg als notwendig erwiesen, darüber zu diskutieren. Wissen sie, was mich schon etwas stört? Hier wird sehr viel über demokratische Beschlüsse, die sind dann und dann gefaßt worden, über Mehrheitsmeinungen und da gehen wir nicht mehr ab davon, gesprochen. Ich frage mich, wo bleiben die Bedürfnisse jener, die unsere Busse benutzen? Wo bleiben die Bedürfnisse der Bewohner in der Neuschönau? Wo bleiben die?

Wenn sie sagen, Herr Kollege Eichhübl, mit diesem Busfahrplan da wackelnd, ob ich den nicht bekommen habe, ob ich leicht keinen Haushalt habe. Ich habe einen Haushalt, aber ich habe ihn nicht an meinen Haushalt bekommen. Ich habe ihn aber in der Schule gesehen. Da ist mir schon eines sehr aufgefallen. Auf den ersten Blick ist er völlig ident mit dem früheren Fahrplan. Man hat nicht einmal zur Information wenigstens einen Stempel darüber gegeben „Achtung geänderte Linienführung“. Wahrscheinlich traut man sich gar nicht darauf hinzuweisen, weil wenn man dann aufschlägt, dann kommt erst das große Erwachen. Ich würde mich wirklich freuen, wenn ich mich geirrt hätte. In dem Fall würde ich mich absolut freuen, wenn ab 12. Juli dieses System wunderbar funktioniert. Dann

nehme ich alles zurück, was ich jemals in diesem Zusammenhang behauptet habe. Aber nur, ich glaube es nicht. Es ist heute wirklich die letzte Chance gewesen. Wenn sie ansprechen, der Kollege Mayrhofer wäre jetzt auf einmal feige geworden und würde nicht mehr Punkte darauf schreiben die ihm früher noch wichtig waren, dann haben sie nicht zugehört. Wir haben beide eingangs betont, es ist uns darum gegangen einen gemeinsamen Nenner zu finden, der über alle Fraktionen machbar war und das war genau dieser eine Punkt. Da haben wir uns bemüht einfach eine Mehrheit zu finden. Das mag doch legitim sein, daß man sagt, wir gehen einen Kompromiß ein, wenn er halt mehrheitsfähig sein sollte. Aber ich sehe schon, sie wollen ganz einfach nicht. Sie wollen die Ereignisse abwarten. Eines muß ich ihnen zum Abschluß schon noch sagen, Herr Kollege Eichhübl. Ich finde es positiv, wenn sie heute sagen, sie werden sich Änderungen überlegen, wenn sich diese Änderungen als notwendig herausstellen. Eines müssen sie aber auch wissen, Kunden und Fahrgäste die man einmal verloren hat, die bekommt man so schnell nicht wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Liberalen GR-Fraktion und der ÖVP-Fraktion stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. ÖVP + LIF. Wer ist gegen diesen Antrag? SPÖ, FPÖ, GAL. Die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag Nr. III, den wir als zweites behandeln. Resolution des Gemeinderates an den Stadtsenat. Ich bitte die Begründungen vorzunehmen. Vorgelesen habe ich ihn schon. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Zum letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Zum vorletzten Tagesordnungspunkt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... zum vorletzten Tagesordnungspunkt. Wir haben noch die „Aktuelle Stunden“, aber ich gehe davon aus, daß jeder darauf verzichtet. Aber gut, lassen wir uns überraschen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Jeder von ihnen hat ja diesen Antrag, der gemeinsam von der GAL-Fraktion und dem Liberalen Forum eingebracht worden ist, vor sich liegen. Ich verzichte deshalb darauf, ihn jetzt wortwörtlich

vorzutragen. Der Grund für diese Resolution des GR an den Stadtsenat ist schlichtweg jenes Schreiben des Herrn Bürgermeister an die Fraktionen, das ihnen ja allgemein bekannt sein dürfte, daß eben der GR der Stadt Steyr in Hinkunft nicht mehr für Straßenbenennungen zuständig sein wird. Ich habe mich erkundigt. In Linz war das bis dato so, da hat immer noch der Stadtsenat die Straßenbenennungen vorgenommen, in Wels detto. In Steyr hat man das halt bisher im GR behandelt. Wenn es nun nicht mehr im GR behandelt wird, was durchaus konform den gesetzlichen Richtlinien ist, dann finden wir es um so wichtiger, daß es einfach Richtlinien gibt bzw. gewisse Spielregeln nach denen dann im Stadtsenat Straßen benannt werden. Das ist der Hintergrund dieses Antrages. Wir gehen davon aus, daß sie diesem Antrag auf eine Resolution an den Stadtsenat gut zustimmen können, weil der erste Punkt, die Einbindung von Initiatoren bei der Straßenbenennung in die Planungs- und Entscheidungsphase, glaube ich, sollte eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit sein, vor allem dann, wenn es einen Antrag seitens der Bürger, einer Initiative oder einer Privatperson auf eine bestimmte Straßenbenennung gibt. Wenn so etwas vorliegt, dann ist es selbstverständlich, daß man in die Planungs- und Entscheidungsphase, nach Möglichkeit, diese Personen mit einbezieht. Daß man eine Erhebung über alle im Stadtgebiet noch nicht benannten Straßen und Plätze durchführt, dürfte im EDV-Zeitalter kein großes Problem sein.

Ja, die verstärkte Benennung nach Frauen ist schlichtweg die, sie finden im Straßenbild halt leider, obwohl es viele prominente Persönlichkeiten gibt, es hat Dichterinnen, Künstlerinnen gegeben, aber die finden sich halt im Stadtbild nicht wieder.

Der letzte Punkt, Zusatztafeln anzubringen, die auf Leben und Werk jener Persönlichkeiten hinweisen nach denen man die Straße benannt hat, ist auch der Versuch, daß diese Persönlichkeiten nicht in Vergessenheit geraten. Natürlich unter Vorgabe dessen, daß es möglich und gesetzeskonform ist.

Wir gehen davon aus, seitens der Grünen Fraktion und des Liberalen Forums, daß es möglich sein müßte, diese Resolution, die eine Bitte an den Stadtsenat darstellt, der hinkünftig für Straßenbenennungen zuständig ist, ihre Zustimmung zu erteilen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet hat sich Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Also, es ist schon sehr mühsam mit ihnen, Frau Kollegin Frech. Wenn ich mir diese 4 Punkte, die sie hier anführen, ansehe, dann kann man vielleicht noch beim Pkt. 2), und da auch nur im Entferntesten, sagen, da sind vielleicht Ansatzpunkte drinnen, die irgendwo ihre Berechtigung haben. Aber selbst da muß man sagen, ich habe mich einmal erkundigt, das würde ich ihnen auch einmal empfehlen, daß sie auf das Kulturamt hinaufgehen, zum Dr. Lutz, da gibt es eine aktuelle Liste über Persönlichkeiten, wo man nur darauf wartet, Straßen, die vielleicht neu errichtet werden oder die noch keine Benennung haben, nach diesen Persönlichkeiten zu benennen. Das ist das eine.

Das andere ist, sie sind ja auch im Bauausschuß, es hat zwar einmal eine Diskussion im Bauausschuß gegeben, ob überhaupt der Bauausschuß für Straßenbenennungen zuständig ist. Nachdem sich letzten Endes herausgestellt hat, daß er das ist, ist ja auch dort dann diese Vorgangsweise gewählt worden. Ich kann mich eigentlich nicht erinnern, daß sie da dagegen waren. Im Bauausschuß ist das dann so vorgenommen worden, wie sie es jetzt hier auf einmal fordern.

Aber zu den anderen Dingen, die da noch oben stehen. Erstens einmal halte ich auch in dieser Angelegenheit, zumindest die Freiheitliche Fraktion, nichts von Quotenregelungen. Ich glaube, daß wir es so halten sollen, wie wir es in den letzten 50 Jahren, zumindest seit dem Jahr 1945, so weit das zurückverfolgbar ist, gehalten haben. Ich glaube, daß das eine gute Regelung war, daß man in Steyr Straßen, Plätze, Gassen nach Persönlichkeiten, ganz gleich ob das Frauen oder Männer waren, benannt hat, die etwas Hervorragendes für die Stadt geleistet haben. Ich glaube, daß das eine gute Vorgangsweise ist, die wir auch in Zukunft beibehalten sollten. Das wäre es.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Vielleicht noch ein Wort zu den Zusatztafeln. Ich weiß nicht, wie sie sich das in der Praxis vorstellen. Wir haben ja jetzt schon einen gewaltigen Schilderwald. Wenn sie jetzt im Nachhinein jedes Straßenschild, sie haben es ja selbst erwähnt, daß das ja sehr schwierig sein wird, das in die Praxis umzusetzen, weil ja diese Tafeln großteils auf Privatgrund angebracht sind. Abgesehen davon, halte ich auch davon relativ wenig. Wir haben derzeit schon einen gewaltigen Schilderwald in Steyr. Nicht nur Verkehrstafeln sondern auch diese Hinweistafeln auf die kulturelle Bedeutung von bauhistorisch wertvollen Häusern. Wir haben diese ganzen Tafeln, was die Gastronomie betrifft usw. Ich weiß nicht, ob das wirklich sinnvoll ist, ob das wirklich dann wer ansieht. Es gibt ja im Haus, Gott sei Dank, die Tourismusführungen, wo man ja für Interessierte sehr wohl in Erfahrung bringen kann, was die Plätze und Gassen in Steyr für eine Bedeutung haben. Ich halte von diesen Dingen eher weniger.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht noch das Wort? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aus demokratiepolitischen Gründen habe ich diesen Antrag mitunterzeichnet, daß er heute hier diskutiert werden kann, weil ich es zutiefst ablehnen, daß wir, wie ich heute schon einmal erwähnt habe, Anlaßverordnungen machen. Ganz egal, wie man zu einem bestimmten Thema steht. Ich finde es wirklich abträglich, wenn man aus einem Anlaß heraus die bestehenden Verordnungen in einem laufenden Verfahren ändert. Da muß man früher darauf kommen oder das Verfahren abwarten und nachher ändern. Inhaltlich hat der Kollege Payrleithner schon unsere Stellungnahme abgegeben. Ich möchte noch einmal den dritten Punkt hier betonen. Ich halte absolut nichts davon, daß man jetzt verstärkt auf Frauensuche geht. Ich fühle mich da wirklich als Mann diskriminiert.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

110 : 6.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich habe schon geglaubt, daß die Sitzung in den frühen Morgenstunden harmonisch zu Ende geht. Da habe ich mich aber ein bißchen getäuscht. Für unsere Fraktion möchte ich sagen, daß wir mit dieser Resolution leben können. Es liegt uns fern, bei Benennungen von Straßen, Plätzen oder Gassen hier Polarisierungen und immer Konflikte hervorzurufen. Ich glaube, solche Dinge sollten sowieso harmonisch zu lösen versucht werden. Diese 4 Punkte, die hier angeführt sind, mit denen können wir leben und wir werden diese Resolution als Sozialdemokraten unterstützen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Ich denke, daß es gar nicht genug Anlässe geben kann, wo wir auf die besondere Situation darauf hinweisen und die besondere Situation kennen sie alle miteinander. Ich denke, das ist dieser Streit wegen Friedrich Uprimny. Friedrich Uprimny-Platz oder Straße. Auch die etwas längere Diskussion bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und alle Diskussionen vorher, seit 1992. Ich denke, das steht ja auch auf der Resolution oben. Hochinteressant ist ja, wenn sie sich den ersten Punkt durchlesen. In Hinkunft sollen die Initiatoren von Straßenbenennungen nach Möglichkeit etc., etc. Ich denke, das ist ja schon einmal erfüllt worden. Das haben wir ja an und für sich schon durchexerziert. Also ist es in Wahrheit, im Prinzip, nichts Neues. Aber lassen sie mich vielleicht allgemeiner über Straßenbenennungen sprechen.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Dann nicht.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Es ist immer seltsam. Ich brauche nur den Namen Uprimny nennen und alle sind unangenehm berührt.

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, ich kann ehrlich gesagt auch nichts dafür, daß es mittlerweile schon 10 Minuten vor halb 4 Uhr ist. Also, das kann man mir nicht vorwerfen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir haben eh gesagt, daß wir es als dringlich erachten.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Also, die 10 Minuten könnt ihr mir noch gönnen.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Auch nicht. Ist das zuviel? Gut.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich weiß nicht, wie ich das schaffen soll. Ich denke mir, Straßenbenennungen sind im Prinzip ein Zeichen. Es ist ein Zeichen im öffentlichen Raum und es ist ein Zeichen für die jeweilige Gesellschaft. Je nach ihrem sozialen und kulturellen Umfeld. Wie wir wissen, haben wir ja einige Persönlichkeiten, Frauen wie Männer, mehr Männer als Frauen, im Verhältnis 110 :6.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das war heute nicht der erste Umfaller.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Also, wie ich sehe, sind sie nicht besonders interessiert. Vielleicht kann ich ihren Geist ein bißchen erfrischen.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Auch nicht. Was ist ihnen lieber? Sie lesen es morgen oder übermorgen in der Zeitung oder ich erzähle es ihnen jetzt?

Zwischenrufe: Morgen in der Zeitung.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Gut. Hoffentlich denken sie an uns, wenn sie uns morgen oder übermorgen in der Zeitung lesen können. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Somit, Frau Frech!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte mir nie gedacht, daß es um 4 Uhr morgens im GR noch so lustig sein kann. Im Gegensatz zum Kollegen Apfelthaler habe ich in dem Fall nicht die Möglichkeit es ihnen über die Presse ausrichten zu lassen, weil ich glaube, daß es eine Nachricht ist, welche die Presse nicht bringen würde. Und zwar möchte ich mich ganz einfach bedanken. Ich möchte mich zum einen bedanken, daß die F-Fraktion diesen gemeinsamen Antrag aus demokratiepolitischen Gründen unterstützt hat, weil er wäre sonst nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Weiters möchte ich mich auch beim Kollegen Bremm bedanken, daß er diesem Antrag seine Zustimmung geben kann und insofern freut es mich irgendwo, daß gerade am Ende einer GR-Sitzung, wo wir ja doch sehr selten einer Meinung sind, es doch schaffen, nicht in Meinungsverschiedenheiten auseinander zu gehen. Es freut mich, daß sie diesem Antrag die Zustimmung geben können. Sogleich möchte ich mich auch bei all jenen bedanken, mit denen ich den einen oder anderen gemeinsamen Antrag eingebracht habe, für ihre Fairness und ihre Kooperation. Bei der Beamtenschaft kann ich mich leider sehr wenig bedanken, und zwar deswegen, weil nur mehr sehr wenig Beamte anwesend sind.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich möchte es aber trotzdem tun und zwar auch ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Entschuldigung, ich habe nur eine Zwischenfrage, weil sie sich verabschieden ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wollen sie sich verabschieden?

Gelächter

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, sie haben sich zu früh gefreut. Kollege Eichhübl, ich glaube, es muß auch einmal möglich sein, sich am Ende eines Arbeitsjahres zu bedanken. Gerade am Ende einer solchen Sitzung und das habe ich somit getan.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Wir kommen zur letzten Abstimmung. Wer dieser Resolution, die in Form eines Dringlichkeitsantrages eingebracht wurde, die Zustimmung erteilt, der möge ein Zeichen geben. SPÖ, GAL, LIF. Danke sehr. Wer ist dagegen? 6 (FPÖ + StR Mayrhofer). Wer enthält sich der Stimme 6 (ÖVP, 2 FPÖ - GR Ing. Hoflehner, GR Reznar, 1 SPÖ - Ing. David Forstenlechner). Die Resolution ist mit Mehrheit angenommen.

So, wir kommen zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Auch nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP? Hallo, ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich hätte ein paar Themen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist Juli, die Sitzung ist geschlossen. Schönen Urlaub.

Ende der Sitzung: 3.25 UHR.

Der vorsitzende:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

Die protokollführer: die protokollprüfer:

OAR Anton Obrist GR Elfriede Reznar

Gabriele Obermair GR Walter Oppl